

Der Proletarier

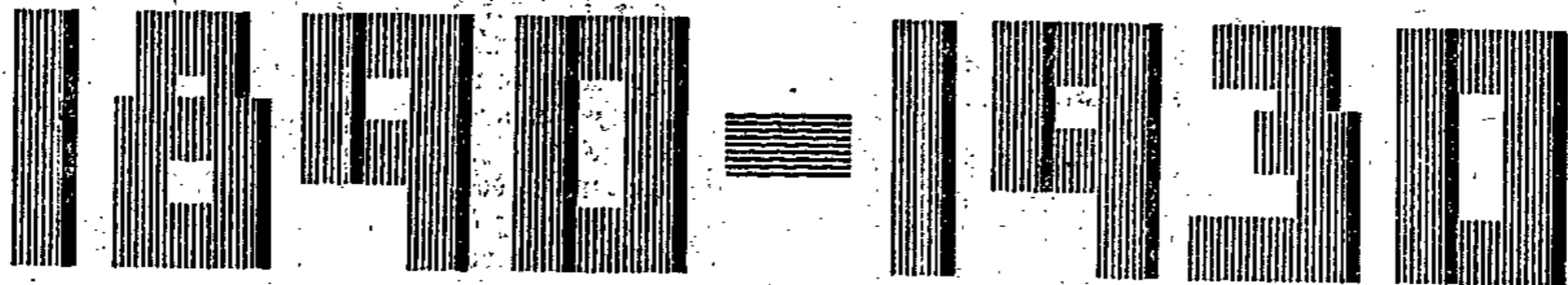
Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey, Druck von E. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover ■ Redaktionschluss: Montags um 9 Uhr
Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prüll, Hannover ■ Redaktion und Expedition: Hannover, Rathenauplatz 3

Nummer 26

Hannover, 28. Juni 1930

39. Jahrgang



40 Jahre Fabrikarbeiterverband

In Hannover schlug eine Flamme empor
Und leuchtete weit ins Land,
Fuhr züngelnd und lodernnd von Ort zu Ort,
Steckte Herzen und Hirne in Brand.

Ein Gedanke sich dem Gehirn entrang,
Drang hinaus als Ruf weit und breit:
Hörst du, geknechtetes Arbeitervolk?
Wir rufen zur Einigkeit.

Und staunend wurde den Sklaven klar:
Unsere Seele ringt sich zum Licht;
Was ahnend in uns vorhanden war,
Steigt klar auf, das Dunkel zerbricht.

Und sie formierte sich überall,
Die enterbte, geknechtete Schar;
Es wuchs und wuchs zur großen Zahl,
Was seither vereinzelt war.

So schufen die „Nichtgewerblichen“ sich
Die Einheitsorganisation,
Weil in der Zerklüftung die Schwäche liegt,
Doch Macht in der Zentralisation.

Schon holten die Gegner zum Schlage aus;
Sie waren damals ihrer drei:
Mit ehrlichen Waffen kämpften sie nicht,
Unternehmer, Staat, Polizei.

Unsere Besten wurden mit Weib und Kind
In die Fremde, ins Elend gejagt;
Doch bezwungen? Nein, das haben sie uns nicht;
Wir haben gekämpft, nicht geklagt.

Seit 4 Jahrzehnten stehen wir nun
Im Kampfe. Und was ist erreicht?
Wir haben die Armeen zu Menschen gemacht.
Eine Tat! und sie war nicht leicht.

Noch stehen uns schwere Kämpfe bevor;
Wach gilt es zu sein und bereit,
Damit aus Wille und Tat werden kann
Eine schönere, bessere Zeit.

Stark sei der Wille, klar sei der Geist,
Geschlossen die kämpfende Schar;
So drängen wir freudig dem Ziel entgegen
Und befreien, was Sklave war.

Der Faulen soll nicht mehr Herrscher sein
Und vergeuden der Arbeit Ertrag.
Gemeinsames Werk soll Segen spenden
Für alle und jeden Tag.

Vereint und einig bezwingen wir
Wirtschaftliche Tyrannei.
Die Frucht unserer Arbeit soll unser sein;
Erst dann ist die Menschheit frei. S. Prüll.

Vierzig Jahre Kampf und Vormarsch.

Der Wille der Arbeiterschaft zum Kampfe auf wirtschaftlichem Gebiete ist nicht freier Wille, er ist vielmehr zwangsläufig bedingt. Das private kapitalistische Wirtschaftssystem hat den größten Teil der Menschheit losgelöst von den Produktionsmitteln. Die privaten Kapitalbesitzer waren von jeher bestrebt, zu ihren eigenen Gunsten die Lebenshaltung der Arbeitnehmer möglichst tief herabzudrücken. Ganz selbstverständlich mußten diese sich dagegen zur Wehr setzen. Die wirtschaftliche Lage, in der die Arbeiterschaft sich befand, mußte ein bestimmtes Denken bei ihr auslösen. Der einzelne sah und fühlte seine Hilflosigkeit gegenüber seinem „Arbeitgeber“. Also — so ging der Gedankengang logisch weiter — müssen wir vereint erstreben, was der einzelne nicht zu erreichen vermag. Deshalb Zusammenschluß, gemeinsames Handeln. Und als da und dort einzelne aussprachen, was viele dachten, da wurde die Organisation geboren, als das Ergebnis des aus bestimmten wirtschaftlichen Verhältnissen herausgewachsenen Denkens einer Gesellschaftsschicht: der Arbeitnehmerschaft.

Die „Ungelehrten“ waren die „Paria“ unter der Arbeiterschaft. Und doch schufen sie sich in verschiedenen Orten des Reiches schon in den achtziger Jahren lokale Organisationen zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen.

Weiter zurück reichen die Gründungen der Porzellan- und Glasarbeiter. Aber einerlei, welche Berufsgruppe unseres Gesamtverbandes es auch sei, sie haben alle eine schwere, aber auch erfolgreiche Organisationsfähigkeit hinter sich.

Die Wurzeln des Jubilars „Fabrikarbeiterverband“ sind in dieser Nummer von den verschiedenen Mitarbeitern aufgezeigt. Der Gedanke der zentralen Zusammenfassung der damals vorhandenen lokalen Ortsgruppen wurde von Hannover aus propagiert. Von Hannover aus ging der Ruf zum Zusammenschluß, und zwar hatte August Lohberg den Auftrag, den ersten Kongress der nichtgewerblichen Arbeiter einzuberufen, der dann auch im Ballhof in Hannover vom 29. Juni bis zum 2. Juli tagte. Die Gründung kam zustande, und es wurde vom Kongress ein provisorischer Vorstand gewählt, bestehend aus August Lohberg als Vorsitzendem, Jean Wilhelm als Kassierer und Wilhelm Thielhorn als Schriftführer. Lohberg hatte nicht die Absicht, den Vorsitz zu behalten, und so wählte die hannoversche Mitgliedschaft vier Wochen später den Kollegen August Brey endgültig zum Vorsitzenden. Die Amtstätigkeit unseres Kollegen Brey begann am 1. August 1890. Seit dieser Zeit steht er an der Spitze unseres Verbandes. August Brey ist also seit 40 Jahren Vorsitzender unserer Organisation und ist damit gleichfalls Jubilär.

Wir gratulieren unserem kampfgewohnten ersten Vorsitzenden, unserem Führer, Herrn und Kameraden recht



herzlich und danken ihm, daß er sein Wissen, seine Tatkraft und seine Person unserem Verbande, der Arbeiterschaft zur Verfügung gestellt hat.

Der Name August Brey ist ein Programm für unseren Verband. Dieser Name wird für alle Zeiten klingen wie eine Fanfare. Im Verbande sowohl wie in der Arbeiterbewegung überhaupt wird der Name Brey ewigen Bestand haben.

Brey erhielt das fürstliche Gehalt von 30 Mk. pro Monat als Vorsitzender des Verbandes der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Daß Brey davon nicht leben konnte, ist selbstverständlich, und so hat er noch lange Zeit als Schuhmacher das Nötige verdienen müssen.

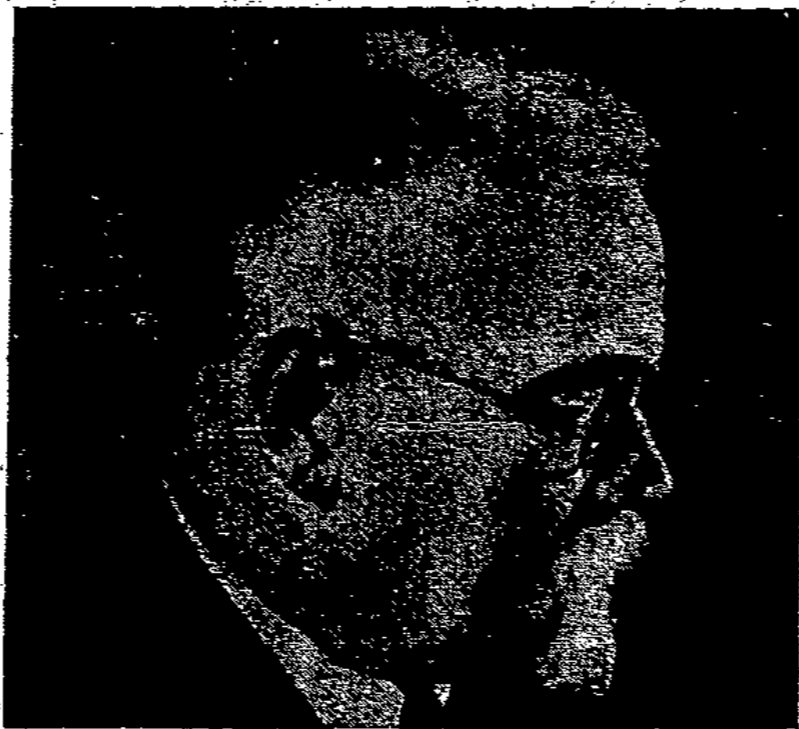
Mit einem einzigen halbbezahlten Funktionär fing der Fabrikarbeiterverband im Jahre 1890 an; heute hat er ungefähr 450 Angestellte, um die Organisationsarbeiten durch das Zusammenwirken verschiedener Spezialabteilungen zu bewältigen. Neue erprobte Kämpferscharen sind zu uns gestoßen durch den Anschluß der Verbände der Glasmacher und der Porzellanarbeiter. Aber eine ganze Anzahl eigener Verbandshäuser im Reiche verfügt der Verband. Der Hauptvorstand ist soeben — im Jubiläumsmonat — in das eigene Verbandshaus, die ehemalige Diskontobank, eingezogen. Der Keramische Bund in Charlottenburg besitzt ein eigenes Bürohaus.

Sowohl unsere Zeitschrift „40 Jahre Kampf“ wie auch diese unsere Jubiläumsummer berichtet über Werdegang, Kämpfe, Niederlagen und Erfolge, über Aufstieg und Wandlungen unserer Organisation.

Hier wird uns die Erkenntnis vermittelt, wie die Organisation an Macht und Einfluß gewonnen hat. Der Verband hat der Mitgliedschaft Selbstvertrauen gegeben und trägt in erheblichem Maße zur geistigen und materiellen, überhaupt zur kulturellen Hebung unserer Mitgliedschaft bei.

Bei der heutigen Konzentration von Kapital und damit von Wirtschaftsmacht in verhältnismäßig wenigen Händen bei dem heutigen technischen Stand der Produktionsmittel denke man sich nur einmal die Arbeiterorganisationen weg. Dazu die Arbeitslosigkeit. Die Versklavung der Arbeiterschaft wäre vollkommen. Wenn es heute noch keine Arbeitnehmerverbände gäbe, müßten sie morgen gegründet werden.

Zum Jubiläum des 40jährigen Bestehens unseres Verbandes geloben wir, in gemeinsamer Arbeit uns weiter vorwärts zu kämpfen, Schritt um Schritt näher heran an das hohe Ziel der Arbeiterbewegung: Befreiung der Arbeitnehmerschaft aus wirtschaftlicher Sklaverei.



August Brey.





Ballhof, Tagungslokal des 1. Kongresses.

Nach 4 Jahrzehnten.

Von August Brep.

Im Jahre 1915, als die Kriegsfurie blutig tobte, blickte der Verband auf sein 25jähriges Bestehen zurück. Der „Proletarier“ erschien aus diesem Anlaß in festlichem Gewande. Ein Beitrag in dieser Nummer war beauftragt: „Im Anfang“. Er schilderte die Behelfe und Unzulänglichkeiten, mit denen das Verbandschifflein im Kampfe für die Interessen der Kollegen gesteuert wurde. Am Schluß sagte der Verfasser: „Was die Entwicklung auch bringen möge, das zweite Vierteljahrhundert wird der Verbandsentwicklung günstiger sein, und unsere Kollegen haben leichtere Arbeit.“ Die Arbeit ist im zweiten Vierteljahrhundert leichter geworden, da die polizeilichen Plackereien mit dem Kriegsende als überwunden gelten konnten.

Wiederholt wurde in der Vorkriegszeit versucht, unseren Verband bzw. seine Ortsgruppen als politisch zu erklären. So erging es in den neunziger Jahren auch der Zahlstelle Linden. Das Landgericht in Hannover hatte am 11. Mai 1898 die Zahlstelle Linden freigesprochen. Es wurde Revision beim Kammergericht in Berlin anhängig gemacht. Dessen Strafsenat entschied am 26. September 1898: „Es sei festgestellt, daß am 21. Dezember 1896, am 9. Oktober 1897 und am 6. November 1897 in Versammlungen zu Linden politische Gegenstände erörtert worden seien. Aber in Rücksicht auf die geringe Anzahl der gehaltenen politischen Vorträge und den etwa zehmonatigen Zwischenraum zwischen den ersten beiden Versammlungen halte das Gericht nicht für festgestellt, daß sich der Verein die Erörterung politischer Gegenstände zum Zwecke gesetzt habe.“ Die Revision wurde zurückgewiesen.

Noch einige Male nahmen die Ordnungshüter Anlauf, dem Verbands das Fortkommen unmöglich zu machen. In einem Schreiben vom 3. Mai 1899 unter dem Zeichen „Geheim“ teilte der Oberpräsident der Provinz Sachsen, v. Boetticher, dem Regierungspräsidenten mit, daß die Revision zurückgezogen sei. Weiter blieb es:

„Der Herr Oberstaatsanwalt ist indes — wie ich zur vertraulichen Kenntnisnahme mitteile — der Auffassung, daß es nur einer sorgfältigen und geschickten polizeilichen Überwachung der ferneren Versammlungen der Nebenstellen bedürfen wird.“

Die Abschrift dieses Geheimerlasses ging — ebenfalls geheim — an die Ortspolizeibehörden mit dem Auftrage, „die weitere Entwicklung des Verbandes sorgfältig zu überwachen“. Der Eifer wurde angespornt durch die Bemerkung:

„Der Verband ist nach meinen Wahrnehmungen das gefährlichste Organ der Sozialdemokratie im hiesigen Kreise, weil er die Agitation unter die landwirtschaftlichen Arbeiter zu tragen bestimmt ist.“

Der Polizeipräsident von Berlin war im Verlauf eines Prozesses gegen die Zahlstelle Bitterfeld am ein Gutachten abgegeben worden. Er erteilte es unterm 1. Januar 1913 mit dem einleitenden Satz:

„Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands mit dem Sitz in Hannover wird einwirken hier noch nicht als ein politischer Verein im Sinne des § 3 RWG. angesehen.“

Der Polizeipräsident in Hannover war rascher in seinem Urteil und erklärte unterm 16. Januar 1914 den Verband als einen politischen Verein. Unter Androhung einer Zwangsstrafe von 100 Mk. wurde gefordert, das Verzeichnis der Vorstandsmitglieder und die Satzungen einzureichen. Außerdem wurde dem Verbands mitgeteilt, daß „Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, dem Verbands weder als Mitglieder angehören, noch bei seinen Versammlungen zugegen sein dürfen“.

Das Entschließen des Berliner Polizeipräsidenten zeitigte keine Folgen. Die Verordnung des hannoverschen Polizeipräsidenten blieb — wie viele vorausgegangenen — unerfüllt. Aus dem 24jährigen Kampfe mit Polizei und Gerichten ging der Verband als Sieger hervor.

Es kam der Zusammenbruch und das Ende des Krieges. Politisch war Deutschland besiegelt. Nach dem alten Grundsatz „Wehe dem Besiegten“ wurden ihm von den Siegern harte Friedensbedingungen auferlegt. Nationalistische „Desperadopolitik“ anseherhalb der Gesetze bestrebt zum „passiven“ Widerstand. Durch Besetzung des Ruhrgebietes wurde die Schlagader der deutschen Wirtschaft unterbunden. Im Laufe der Zeit trat ein Verfall der Währung ein. Jeder Maßstab für die Kaufkraft des Geldes ging verloren. Fortgesetzt mußte das Entgelt für die Arbeitsleistung neu bestimmt werden. Am Ende dieser Periode hatte die Billion, gemessen an dem amerikanischen Dollar, den Wert einer Goldmark. In dieser Zeit der schwersten Not hat unser Verband — wie überhaupt die gesamte Gewerkschaftsbewegung — die Leistung vollbracht, für den ermittelten Index der Unterhaltskosten das Entgelt im Lohne zu erringen. Bis zum finanziellen Zusammenbruch hat der Verband alles zur Wahrung der Interessen der Mitglieder angewandt. Eine großzügige Unterstützung der Fabrikarbeiterinternationale ermöglichte den Wiederaufbau des Verbandes.

Es kam die Stabilisierungskrise. Abermals mit einer Umwertung aller Werte. Auch in dieser Zeit hatte der Verband die Aufgabe, für seine Mitglieder den Anteil aus dem Arbeitsertrag zugunsten der Kolleginnen und Kollegen zu regeln. Diese Arbeit, so schwer wie irgendeine im ersten Vierteljahrhundert, konnte gut für unsere Kollegenschaft geleistet werden. Sie wäre nicht zu erfüllen gewesen, wenn die Unternehmer in der Lage gewesen wären, den nach dem Fall des Sozialistengesetzes eingenommenen Herrenanspruch anrechtzuerhalten. „Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nach den Bedürfnissen des Betriebes“ war der Grundsatz der „-nehmer. Besonders in unseren Betrieben stand hinter diesem Grundsatz der feste Wille der Unternehmer, ihn durchzuführen. Dem Willen gestellte sich organisatorisch Wirtschaftsmacht zur Seite. Trotzdem mußte das Unternehmertum erleben, daß in unseren Industrien schon vor Kriegsausbruch der Tarifgedanke zur Anerkennung gekommen ist. Die Zahl der abgeschlossenen Tarife nahm zu. Am Schluß des Jahres 1929 war der Verband Träger von 703 Manteltarifen und 1709 Lohnverträgen. Der Verbandsgrundsatz: Erriingung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen und deren Festigung durch den Abschluß von kollektiven Arbeitsverträgen hat bedeutend an Ausdehnung gewonnen. Die Feindschaft gegen den kollektiven Arbeitsvertrag ist nicht eadgültig überwunden. Eine Reihe von Unternehmern nimmt Fronstellung ein für den persönlichen Arbeitsvertrag der tariflosen Zeit. Sie erblicken darin ein Mittel, die Folgen des Weltkrieges, die in der Wirtschaftskrise in der ganzen Weltwirtschaft in und anseherhalb Europas zum Ausdruck kommen, leichter zu überwinden. Abban der Löhne, längere Arbeitszeit, verschärfte Anspannung der Arbeitskraft sind die Mittel, um den Anteil des Kapitals an dem Ertrage der Arbeit zu steigern. Dazu suchen die Unternehmer Handstruppen. Sie haben sie bereits gefunden in den „Gelben“, Nationalsozialisten und anderen Gesetzen, die den Widerstreit der Interessen zwischen Kapital und Arbeit nicht als einen natürlichen Ausdruck der Klassengegensätze ansehen, sondern als etwas willkürlich Behauptetes. Der Glaube an die Harmonie der Interessen zwischen Kapital und Arbeit hat neue Apokalypse gefunden, die neue Gläubige suchen. In der inneren Politik ist ein jäher Wechsel eingetreten. Neue Finanzgesetze belasten die

Erzeugung; die Rahmengesetze für die Zoll- und Handelspolitik erschweren den Absatz nach dem Auslande, mehrten somit die Arbeitslosigkeit, verteuern im Innern die Lebenshaltung, so daß mit Kämpfen um die Gestaltung der Tarife in aller nächster Zukunft zu rechnen ist. Wie es aber den Unternehmern in der hinter uns liegenden Zeit nicht möglich gewesen ist, den Arbeitsvertrag nur nach ihrem Willen zu gestalten, so wird es ihnen auch in der Zukunft nicht möglich sein, den Einfluß der Kollegen und ihrer Vertreter bei Erhaltung und günstiger Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen maßzulassen.

Das ist ein Ergebnis des Kampfes, den wir in 40 Jahren geführt haben. Der Einfluß einer starken Organisation drückt sich nicht allein in Arbeitsbedingungen aus, sondern auch in Vergleichsverhandlungen, die das gleiche Ergebnis bringen wie eine erfolgreiche Verweigerung der Arbeitsleistung.

Aus einer anderen Betrachtung ergibt sich das Fortschreiten unserer Verbands-tache. Als vor 40 Jahren kähne Pioniere unseren Verband einreichten in den Rahmen der übrigen Organisationen, da hatten unsere Satzungen fast weiter nichts zu bieten als die Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Das war ein Versprechen, das war ein Wille, hinter dem zu damaliger Zeit aber weder Mittel noch Macht standen, die den Willen zur Tat werden lassen konnten. Als es in den ersten Jahren Ernst mit den Kämpfen geworden war, mußte die Verbandsleitung auf dem Verbandstag in Halberstadt an die Solidarität der gesamten Gewerkschaften appellieren. Das Unterstützungswesen für den Kampf um's Dasein war in jeder Beziehung mangelhaft. Wir entbehrten den Personenapparat, den wir heute haben, wo im Hauptvorstand, in den Gauleitungen und in den Zahlstellen Hunderte von Mitarbeitern den Kollegen mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Heute, nach 40jährigem Ringen und Streben um den Aufstieg ist unser Statut ausgebaut zu einem weltanschauenden sozialpolitischen Programm. In den Satzungen des Verbandes ist die Auffassung niedergelegt, daß die völlige Gleichberechtigung des Arbeiters in Staat und Gesellschaft Ziel sein soll. Der Verband kämpft um volle Anerkennung des Wertes und des Rechtes der Arbeit. Auf dem Wege zu diesem Ziele gewährt er alle Mittel lohnpolitischer und familiärer Art, die dem allgemein erhobenen Ziele förderlich sind.

Die Verbandsleitung wendet alles auf, um das in den Anfängen bereits gesetzlich festgelegte Mitbestimmungsrecht in den Betrieben rechtlich zu sichern, die Kolleginnen und Kollegen bei Nutzung dieses Rechtes zu schützen und das Recht selbst in seinen Wirkungen auf viel breitere Grundlagen zu stellen.

Wenn aus Mitteln der Verbandskassette im Jahre 1929 3 194 555 Mk. an Erwerbslosenunterstützung geleistet worden sind, so wirkt das lohnpolitisch, um die Kollegen in dem Bewußtsein zu stärken, daß sie nicht jeder Lohnknechtung nachgeben müssen. In dem Bewußtsein, der Verband schützt dich, konnten sie Zuminutungen mit lohndrückenden Tendenzen ablehnen.

Im Erwerbslosenunterstützung im Falle von Krankheit sind 2 870 133 Mk. ausgezahlt worden. Eine bedeutende Hilfe für die Familien und die Angehörigen der erkrankten Mitglieder. Beide Erwerbslosenunterstützungsarten sind von weitgehenden günstigen Folgen für alle jene Wirtschaftskreise, die in ihrer Existenz auf Gedeih und Verderb mit der Arbeiterklasse unlosbar verbunden sind.

Im Anfang und Jahrzehnte über den Anfang hinaus erschöpft sich unsere Aufklärungsarbeit in dem Verbandsorgan. In der Mitte des zweiten Jahrzehnts eröffnete sich einigen die Aussicht, die Gewerkschaftsschule besuchen zu können. In einem gut ausgebauten Aufklärungsapparat gibt unser Verband seit Jahren Belehrung über den Stand der Sozialpolitik und die Aufgaben des sozialen und wirtschaftlichen Arbeiterrechts. Diese Aufklärung setzt ein mit Kurzen in den Zahlstellen. Sie werden fortgesetzt in der Verbandschule in der Werniger Mark. Je nach Möglichkeit bringen staatliche Wirtschaftsschule in Düsseldorf, Berlin und Tinz, die Arbeiterakademie in Frankfurt am Main und in Zukunft die Gewerkschaftsschule in Bernau den Abschluß. Das Ziel dieser Bildungsarbeit ist, einer großen Zahl von Kollegen Einblick in die Wirtschaftslage zu verschaffen und ihnen damit die Möglichkeit zu bieten, gut für die Verteidigung ihrer Interessen einzutreten.

Wir fordern nach unseren Satzungen sanitären Arbeiterschutz und weitgehenden Schutz der Jugendlichen und Frauen.

All diesen Zielen sozialer, wirtschaftlicher und familiärer Hilfe schließt sich an die Invalidenunterstützung. Auf dem Verbandstag in Hamburg 1928 beschlossen, wird sie bereits an rund 9300 Kolleginnen und Kollegen gewährt. Damit haben unsere Invaliden der Arbeit eine beachtliche Hilfe an ihrem Lebensabend. Mit der Invalidenunterstützung hat der Verband einen Ausbau seiner Leistungen vollzogen. Das wird den Mitgliederbestand festigen, die Werbekraft und Schlagkraft der Organisation stärken. Damit sehen wir auch mit Zuversicht den kommenden Kämpfen entgegen. Die Einheit der Organisation, die geschlossene Kraft der Organisation werden uns die schwersten Kämpfe siegreich bestehen helfen. In der Befreiung der Arbeiter, als der geschichtlichen Mission der Arbeiterklasse, wird unsere Organisation ein gut Teil mitwirken. Pflicht einer jeden Kollegin und eines jeden Kollegen ist es, in diesem Kampfe in Treue zum Verbands zu stehen. Das soll bei seinem 40jährigen Bestehen aufs neue Ergebnis sein.

Erinnerungen.

Von August Lohrberg.

Ganz klein kam ich mir vor, als ich der Vorführung unseres Werbefilms beiwohnte, und mit steigendem Interesse die gewaltigen Zahlen der Angehörigen des Verbandes verfolgte. Die vielseitigen organisatorischen und Unterstützungseinrichtungen riefen Bewunderung bei mir hervor.

Was war in 40 Jahren geschaffen? Lebhaft trat mir vor Augen das Sitzungszimmer im Ballhof, in dem vom 29. Juni bis 2. Juli 1890 eine kleine Gemeinde tagte. 29 Abgeordnete aus 28 Orten des deutschen Vaterlandes hatten sich hier versammelt, um zu beraten, was geschehen müsse, um die jammervolle Lage der nichtgelernten Arbeiter zu bessern.

Die da beisammen saßen, brauchten nicht die Not der arbeitenden Klasse zu studieren, denn sie fühlten sie täglich am eigenen Leibe. Kummer, Sorgen und Not hatten sie reichlich, dafür aber wenig Brot. Selten ist wohl eine Versammlung von so viel brüderlichem Geist, Opfer- und Hoffnungsfreundlichkeit und Schaffungswillen getragen gewesen wie diese.

Der Lohn der „Nichtgelernten“ war damals bei 10- bis 12stündiger Arbeitszeit 2 bis 3 Mark täglich. Entsprechend diesen Hungerlöhnen waren auch die Tagelöhner, „Diäten“ genannt, dazu Fahrgeld vierter Klasse.

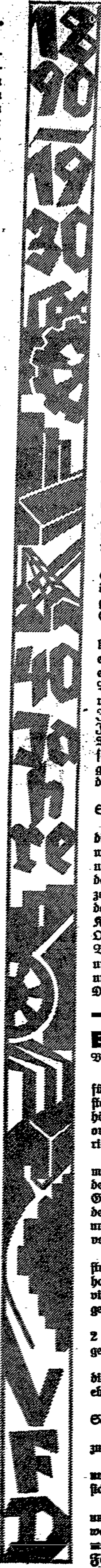
Wie groß der Idealismus der Teilnehmer am Kongress war, illustriert am besten die Tatsache, daß ein Delegierter, der einen Tagelohn von 18 Groschen hatte, ebenso hohe Diäten erhielt.

Um diesen Überproleten die Teilnahme am Kongress zu ermöglichen, wurde eine Sammlung unter den Nichtbesitzenden veranstaltet.

Otto Reimer, ein Hamburger Ausgewiesener, benutzte das Sitzungszimmer zugleich als Hotelzimmer, um der Polizei die Nähe der Meldung zu ersparen.

Warum fand der Kongress nun statt? Fast sämtliche Berufe waren zentralisiert, nur einige, besonders die Maurer, die meist starke lokale Vereine hatten, konnten sich über die Organisationsform nicht einig.

Die Bauhilfsarbeiter wurden in die Vereine der Gesellen nicht aufgenommen und hatten daher in mehreren Orten ebenfalls selbständige Lokalvereine. In diesen waren auch andere nichtgelernte Arbeiter vertreten. Neben diesen Vereinen mochten wohl noch 40 bis 50 Vereine in Deutschland bestehen, in denen auch Fabrikarbeiter organisiert waren.



Die Hausdiener waren nur in den größeren Städten zusammengeschlossen. Bedeutung hatten jedoch nur Hamburg und Berlin.

Die Fabrikarbeiter, insbesondere die in Gummiabriken beschäftigten, lehnten einen Beitritt zu den genannten Vereinen ab und wünschten eigene Vereine.

Hannover hatte eine ziemlich starke Organisation, in der, wie andernorts, aber die aktuelle Frage der Organisationsform debattiert wurde.

Der Meinungsstreit wurde insbesondere bei den Mitgliedern des Baugewerbes in hitziger und oft unschöner Weise angefochten.

Mitten in diesen Streit fiel unser Gründungskongress.

Der wichtigste Tagesordnungspunkt war: Lokalorganisation oder Zentralisation?

Dieser Tagesordnungspunkt hatte sowohl bei den Hausdienern wie auch bei den Bauhilfsarbeitern großen Unwillen hervorgerufen, wie die folgenden Ausführungen eines Berliner Verksammlungsredners zeigen. Er sagte unter anderem,

„dass, wenn der von Lohrberg einberufene Kongress zustande kommt und dort Beschlüsse gefasst werden, dieselben von großem Schaden für uns sein könnten und wir dann die Spaltung in den eigenen Reihen hätten.“

Nun, der Kongress kam zustande. Die Spaltung trat nicht ein. Im Gegenteil, die Maurer schufen ihre Zentralorganisation und nahmen ihre Hilfsarbeiter auf. Immer in meinem ereignisreichen Leben hat mir die mir innewohnende Portion Optimismus über viele Dinge hinweggeholfen. Die Gründung unseres Verbandes hat mir jedoch zeitweise einige Kopfschmerzen bereitet. Insbesondere konnte ich, wie die Dinge lagen, den Beschluß des Kongresses nicht ablehnen, den Posten des provisorischen Vorsitzenden zu übernehmen. Doch als der Kollege August Brey sich auf Drängen der hannoverschen Kollegen bereit erklärte, die Leitung des Verbandes zu übernehmen, wußte ich die Sache in den besten Händen, und ich hatte recht, wie der Werbefilm beweist.

Werden und Wirken des Keramischen Bundes.

Von Hermann Gränzel.

Der Existenzkampf, den die Arbeiterorganisationen seit ihrer Gründung zu führen hatten, ließ schon recht frühzeitig den Gedanken einer stärkeren gewerkschaftlichen Konzentration auftauchen. Hatten schon die an Mitgliedern stärksten Organisationen einen sehr schweren Kampf für die Besserstellung ihrer Mitglieder zu führen, so war das selbstverständlich noch schwieriger für die kleinen Organisationen. Das Unternehmertum konnte es nicht überwinden, daß die Gewerkschaften sich um die Verhältnisse in den Betrieben kümmern und durch ihre Aktivität es verstanden, die Arbeitslöhne und Arbeitsbedingungen zu verbessern und die Arbeitszeit herabzudrücken.



In dem Bestreben, den verhassten Gegner niederzuzwingen, waren die Unternehmer sich einig, und sie hatten es verstanden, ihre Organisationen in kurzer Zeit viel besser auszubauen als die Arbeiter. So mußte jede kleine Verbesserung in hartem Kampfe errungen werden. Streik und Aussperrung bald in dieser, bald in jener Industrie kamen in schneller Folge. Im Gegensatz zu den Unternehmern machte die Organisierung der Arbeiterschaft nur langsam Fortschritte. Die geringe Zahl der Organisierten konnte nicht die großen Mittel aufbringen, die zur Führung der Kämpfe notwendig waren. Die finanzielle Schwäche der Gewerkschaften blieb natürlich den Unternehmern nicht verborgen. Zu den geschilderten Schwierigkeiten kamen, nach die technischen Umwälzungen sowie die immer mehr um sich greifende Frauenarbeit, die die Kämpfe der Arbeiterschaft erschweren.

Unter solchen Umständen ist es zu verstehen, daß in den Vorständen der Organisationen, aber auch in deren Mitgliederkreisen der Wunsch nach größerem Zusammenschluß wach wurde. So war es auch in den Verbänden der Glasarbeiter, Porzellaner und Töpfer im Jahre 1905. Die Glasarbeiter hatten die schweren Kämpfe des Jahres 1901 und deren Folgen kaum überwunden. Sie hatten gegen sich ein stark organisiertes Unternehmertum und mußten mit weiteren schweren Auseinandersetzungen rechnen. Die Töpfer wurden im Jahre 1903 in 23 Orten ausgesperrt und hatten dann 1906 eine Aussperrung über 47 Orte zu verzeichnen. Die Porzellaner hatten gegen sich ein stark organisiertes Unternehmertum und mußten mit Aussperrungen rechnen, die dann auch in der Folgezeit eintraten. Dem mußte entgegengewirkt werden, und das schien nur möglich durch starke Zusammenfassung der Arbeiterschaft.

In gelegentlichen Zusammenkünften besprachen die drei Verbandsvorsitzenden die Frage, ob es nicht möglich sei, die Verbände zusammenzuführen. Man wurde sich einig, in den Organisationen darüber zu diskutieren. Das ist auf allen Verbandstagen der folgenden Zeit geschehen. Prinzipielle Zustimmung zur Verschmelzung wurden gegeben. Es galt die Schwierigkeiten zu überwinden, die aus der Verschiedenheit der Beiträge und Unterstützungseinrichtungen erwuchsen. Diese Fragen nahmen den größten Raum in den Beratungen der Verbände ein. Die Töpfer hatten keine Arbeitslosenunterstützung, die Glasarbeiter keine Krankenunterstützung. Beide Verbände führten mit Rücksicht auf die anzustrebende Verschmelzung die entsprechenden Unterstützungen ein. Die Glasarbeiter sollten daneben auch eine bedeutende Erhöhung ihrer Beiträge vornehmen; die Porzellaner hatten eine gut ausgebauten Krankenunterstützung, die abgebaut werden mußte, wenn es zur Verschmelzung kommen sollte. In allen drei Verbänden wurden diese Maßnahmen im Jahre 1911 durchgeführt. Natürlich ergaben die getroffenen Änderungen, die den Beschlüssen der Generalversammlungen unterlagen, noch lange keine Übereinstimmung in den Statuten.

Die Vorstände wurden aufgefordert, ein Normalstatut auszuarbeiten. Das geschah, und im Jahre 1913 wurde dieses den zu gleicher Zeit in Leipzig tagenden Verbandstagen vorgelegt. Auf allen drei Verbandstagen wurde das Normalstatut als ungeeignet abgelehnt und beschlossen, eine Kommission aus je 9 Mitgliedern der drei Verbände zu wählen, die neue Vorschläge auszuarbeiten sollten. Der Versuch wurde unternommen und neue Bestimmungen wurden dann der gemeinschaftlichen Tagung der Verbände vorgelegt. Am meisten wurde der Entwurf bekämpft von den Glasarbeitern und Töpfern. Die Glasarbeiter wünschten, noch einmal allein zu tagen. Sirbig brachte dann das Resultat dieser Tagung. Die Glasarbeiter verlangten Zurückstellung der Verschmelzung auf zwei Jahre, um Zeit für weitere Verhandlungen zu schaffen. Damit war für die anderen Verbände die Notwendigkeit gegeben, sich mit der neuen Sachlage zu beschäftigen. Ähnliche Beschlüsse waren die notwendige Folge. Die Verschmelzung war damit gescheitert. Die geplanten weiteren Verhandlungen wurden dann durch den Krieg unmöglich gemacht.

Nach dem Kriege waren es die Töpfer, die 1921 den Wunsch zu erneuten Verhandlungen äußerten. Dem Wunsch konnte nicht entsprochen werden, weil weder Porzellaner noch Glasarbeiter die notwendige Zeit fanden. Die Töpfer schlossen sich dann dem Baugewerksbund an. Im Jahre 1922 wurde Gränzel von seinem Verband beauftragt, Verhandlungen mit den Porzellanern anzuregen. Dies geschah durch einen Brief an Wollmann. Dieser antwortete, daß für die Porzellaner keine Möglichkeit bestünde, sich zur Zeit mit der Frage zu beschäftigen, daß man aber auch besser die Vorlage des AOBW betr. Industrieverbände abwartete, die dieser auf Beschluß des Gewerkschaftskongresses in Leipzig auszuarbeiten sollte. Die Diskussionen über die Verschmelzung führten im Glasarbeiterverband in der Folgezeit zu der Ansicht, daß eine Verschmelzung mit den Porzellanern allein nicht mehr genüge, sondern daß es nicht gemeinsam mit ihnen ein Vertritt zum Fabrikarbeiterverband erwogen werden müsse. Darüber fand im Büro der Porzellaner im Februar 1924

eine Aussprache zwischen Wollmann, Heerden und Gränzel statt. Wollmann erludte um Bedenkzeit von vier Wochen, ließ aber dann nichts mehr von sich hören. Die Glasarbeiter nahmen dann nach einem Referat von Gränzel auf dem Verbandstag 1924 eine Entschlieung an, die verlangte, mit dem Fabrikarbeiterverband und dem Baugewerksbund Verhandlungen aufzunehmen.

Der Vorstand des Porzellanarbeiterverbandes dagegen hatte nach dem Breslauer Gewerkschaftskongress an den AOBW einen Antrag eingefandt, der verlangte, daß in den Richtlinien für die Industrierverbände ein selbständiger Keramarbeiterverband aufgenommen werden solle.

Die Glasarbeiter nahmen Verhandlungen mit dem Baugewerksbund auf. Dabei ging man von der Erwägung aus, daß bei evtl. späteren Verhandlungen die Fabrikarbeiter die gleichen Bedingungen bei einem evtl. Übertritt geben würden. Entgegen den Wünschen des Referenten vom Verbandstag beschloß der Beirat Anfang 1925 mit 27 gegen 6 Stimmen, den Mitgliedern den Anschluß an den Baugewerksbund zu empfehlen. Eine Urabstimmung ergab eine erdrückende Mehrheit dafür.

Mittlerweile hatte die Kommission des AOBW ihre Vorschläge formuliert, und in ihnen befand sich auch ein besonderer Keramischer Verband. Der Baugewerksbund änderte seine Ansicht und erklärte nunmehr, er würde sich für einen besonderen Keramischen Verband einsetzen. Die Verschmelzung der Glasarbeiter mit dem Baugewerksbund müsse zurückgestellt werden.

Der Gewerkschaftskongress in Breslau nahm den Antrag des Bundesvorstandes an. Der Keramische Verband war vorher herausgestrichen worden und stand nur noch im Antrag Dörmann, der dem Bundesvorstand als Material überwiesen worden war. Der Verbandstag der Porzellanarbeiter 1925 faßte eine Entschlieung, in der der Vorstand beauftragt wurde, zuerst noch einmal den Versuch zu unternehmen, einen Keramischen Verband zu gründen, und erst wenn dies sich als unmöglich erweisen sollte, den Anschluß an eine Organisation zu suchen, mit der die meisten Berührungspunkte vorhanden seien.

Nach diesem Verbandstage fand auf Wunsch des Baugewerksbundes eine Sitzung beim AOBW statt. Geladen waren die Bauarbeiter, Fabrikarbeiter, Porzellanarbeiter und Glasarbeiter. Zweck der Sitzung war, festzustellen, ob ein Keramischer Verband Aussicht auf Errichtung habe. Wollmann trat dafür ein und verlangte vom Fabrikarbeiterverband Herausgabe der keramischen Gruppen für den Keramischen Verband. Thiemig lehnte dies ab, und nachdem auch Gränzel die Erklärung abgegeben hatte, daß die Glasarbeiter sich an einem selbständigen Keramischen Verband nicht beteiligen würden, wurde der Gedanke fallen gelassen und die Verhandlungen mit dem Fabrikarbeiterverband aufgenommen, die dann zur Gründung des Keramischen Bundes innerhalb dieses Verbandes führten. Die Glasarbeiter haben auf der Generalversammlung im Jahre 1926 den Anschluß mit 85 gegen 17 Stimmen beschlossen. Die Porzellaner haben eine Urabstimmung vorgenommen, wobei mit überwältigender Mehrheit die Verschmelzung beschlossen wurde.

Der Übertritt der beiden Verbände fand völlig geschlossen statt. Kein Mitglied ging wegen des Anschlusses verloren. Damit soll nicht gesagt werden, daß nicht Reibungsflächen vorhanden waren, nicht persönliche und sachliche Mißverständnisse auftauchten. Das konnte nicht anders sein.

Aber alle diese Dinge waren Übergangserscheinungen. Schnell haben sich die Mitglieder zusammengefunden, und heute darf wohl auch von allen Funktionären gesagt werden, daß, von ganz vereinzelten Ausnahmen abgesehen, Mensch sich zu Mensch gefunden, alle Beteiligten einträchtig vom gleichen Wunsch befeuert für den Aufstieg und die Kräftigung der Organisation arbeiten.

Wollmann, der Leiter des Keramischen Bundes geworden war, verließ wegen seines Alters und schlechten Gesundheitszustandes seinen Posten am 1. September 1928. Reiche Ehrungen wurden dem alten Veteranen der Arbeiterbewegung zuteil. An seine Stelle ist Gränzel getreten. Als Stellvertreter wurde Echner gewählt.

Die Zusammenarbeit im Bund ist sehr gut. Die Erfahrungen werden gegenseitig ausgetauscht in allen vorkommenden Fragen. Daß sich die gute Zusammenarbeit zum Vorteil der Organisation auswirken muß, ist selbstverständlich. Gleiches vertrauensvolles Zusammenarbeiten besteht zwischen Bund und Hauptvorstand.

Wenn früher Befürchtungen bei manchem alten Funktionär des Fabrikarbeiterverbandes bestanden haben, daß der Bund im Verband sich als Fremdkörper erweisen würde, so wird wohl heute niemand mehr diesen Gedanken haben. Der Bund fühlt sich nur als ein Teil des Gesamtverbandes, und an diesem liegt es, durch baldige Übersiedlung nach Berlin die Zusammenarbeit noch inniger zu gestalten.

Die Hoffnungen, die von den Befürwortern der Verschmelzung vor deren Inkrafttreten gehegt worden sind, haben sich voll erfüllt. Alle Branchen, die im Bund vertreten sind, haben Fortschritte erzielt. Glasarbeiter und Porzellaner haben durch den Zusammenschluß eine gewaltige Stärkung erreicht. Dasselbe gilt auch für die Gesamtorganisation. Die drei alten Verbände haben durch ihre Verschmelzung bewiesen, daß trotz aller Eigenarten und Traditionen der ehemals selbständigen Verbände ein inniges Zusammenarbeiten möglich ist. Eigenleben und Berückichtigung besonderer beruflicher Interessen in den einzelnen Branchen sind kein Hindernis für erfolgreiches Wirken im Interesse des Gesamtverbandes und aller seiner Mitglieder. Das hat die vergangene Zeit bewiesen. In und für die Organisation zu wirken, einer den anderen zu stützen und zu schützen, das soll unsere Lösung auch für die Zukunft sein. In uns allen lebt die Geschichte und der Ruhm unserer alten Organisationen. Aus ihnen müssen wir die Kraft ziehen, der gemeinsamen Organisation so zu dienen, daß die, die nach uns kommen, mit Stolz und Freude unser Werk vollenden können.

Aus der Geschichte der Organisation der Porzellanarbeiter.

Von Euzko Apel.



Im Jahre 1710 hat Johann Böttger die erste deutsche Porzellanfabrik auf der Albrechtsburg in Meißen errichtet. Die Produktion wurde im Anfang sehr geheim betrieben, aber es war doch nicht zu vermeiden, daß das Geheimnis weitergetragen wurde, und in den nachfolgenden Jahren entstand rasch hintereinander eine beträchtliche Zahl von Porzellanfabriken. Bis zum Jahre 1799 gab es in Deutschland schon über 20 Betriebe.

Die Fabrikation von gutem einwandfreiem Porzellan stellte an die Betriebe wie auch an die Arbeiter unter Berücksichtigung der damals zur Verfügung stehenden Hilfsmittel hohe Anforderungen. Viele Berufsgruppen mußten eine lange Lehrzeit bis zu acht Jahren durchmachen und noch ein beträchtliches Lehrgeld zahlen. Nach alten Überlieferungen waren die in den Porzellanfabriken Beschäftigten auch nicht Arbeiter im gewöhnlichen Sinne des Wortes, sondern man nannte sie „Fabrikanten“ oder „Porzellanmeister“, im Gegensatz zum Besitzer des Betriebes, der Prinzipal oder Chef genannt wurde. Überhaupt das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Prinzipal war zu Anbeginn ein patriarchalisches, und manche Arbeitergruppen, wie Dreher, Former, Modelleure und Maler, wurden als Künstler bezeichnet. Sie trugen auch die Künstlerkleidung: Schnallenschuhe und Zylinderhut. Dazu kam noch für die Dreher und Maler mancher Betriebe das fälschliche Privileg des Degentragens.

Aus einem Lohnbuch, das aus dem Jahre 1788 stammt und im Original vor mir liegt, kann man ersehen, daß einzelne Berufsgruppen in den Betrieben damals schon sogenannte „Fremdenkassen“ hatten. Für die Organisation der Porzellanarbeiter recht bedeutungsvoll erscheint in diesem Buch im Jahre 1792 „Einspruch in die Fremdenkassen“ und von diesem Zeitpunkt an immer wiederkehrend



Malen einer Kunstfigur.

der Beitrag für die Fremdenkasse. Der Beitrag war gar nicht gering, im Quartal 2 bis 4 Spezesthaler. Die Zahlung in die Fremdenkasse beweist die schon damals vorhandene Wanderlust der Porzelliner. Sie ist aber auch ein Beweis des Übergangs von der losen Zusammengehörigkeit aus Berufsgründen bis zu der zeitlich viel später folgenden Organisation der Porzellanarbeiter. Die Fremdenkassen sind die ersten Anfänge einer auf Kollegialität und Solidarität aufgebauten Vereinigung von „Personalen“ der Porzellanarbeiter. Vorwiegend waren es

Dreher und Maler, die solche festgefügt Personal gründeten. Aus den Personal- und Fremdenkassen wurde Reise-, Kranken-, Sterbe- und Notfallunterstützung gezahlt. In späteren Jahren finden wir in den Personal- und Fremdenkassen auch Beiträge als Ausgabe für solche Personale, die sich im Auslande (Strike) befanden. Einzelne Personale zahlten sogar Unterstützung im Falle der Arbeitslosigkeit. Nach dem Auslernen bekam der Lehrling vom Personal ein besonderes Zeugnis, in dem ihm bestätigt wurde, daß er seine kollegialen Pflichten erfüllt habe, und er dem Wohlwollen der Kollegen allerorts empfohlen wurde.

Im Jahre 1869 wurde ein Gewerkeverein der Porzellan- und Glasarbeiter gegründet, der dem „Zentralverein der Deutschen Gewerkevereine“ (Hirsch-Duncker) angeschlossen war. Schon damals vereinigten sich auch die Dreher- und Malerpersonale untereinander. Im Februar 1869 erfolgte im „Sprechsaal“, dem Publikationsorgan der damaligen Zeit, ein Aufruf, „An die verehrten Dreher und Maler“, an einem Kongress der deutschen Porzellan-, Steingut- usw. -Dreher und -Maler am 29. März 1869 in Berlin teilzunehmen. Auch dieser Kongress gab wieder Anregung, daß neue Ortsvereine gegründet wurden.

Im Gewerkeverein der Porzellan- und Glasarbeiter schienen die Porzelliner nicht die rechte Befriedigung und das ihnen zuzugende Milieu gefunden zu haben. Einzelne Ortsvereine waren mit der Haltung der Gewerkevereine nicht zufrieden. Der Ortsverein Ilmenau erklärte im Jahre 1869 seinen Austritt, weil er mit dem Korporationsgeist nicht einverstanden war und man nur auf das vielgepriesene Versöhnlichkeitsprinzip angewiesen sei. Andere Ortsvereine schlossen sich dieser Auffassung an, in den Betrieben begann man sich zu regen. Kleine Teilstreiks kamen vor. Vom August 1869 bis Dezember 1869 streikten die Dreher bei Tiefsch in Allwässer. Arbeitsniederlegungen der Arbeiter beantworteten die Unternehmer mit schwarzen Listen. Fast alle Unternehmer Thüringens erklärten im Herbst 1869 in drei Zirkularen, daß sie es als Ehrensache ansehen, Arbeitern, welche wegen Unzufriedenheit mit dem Lohn oder sonstigen Fabrikeinrichtungen Strike machen, auf ihren Etablissements keinesfalls Arbeit zu gewähren. Im Gewerkeverein waren 1869 schon 4500 Mitglieder. Trotzdem wurden von den Drehern und Malern noch besondere Verbände gegründet. Mancher Arbeiter gehörte auch zwei Verbänden an. 1885 wurde der Reiseunterstützungsverband Dresden und der Reise- und Unterstützungsverband Deutscher Porzellandreher Magdeburg, beide von Drehern, ins Leben gerufen. Kurz hintereinander wurden noch folgende Malervereinigungen oder Verbände gegründet: Reiseunterstützungsverband Schlesiener Porzellanmaler — Sitz Allwässer — 1886, Thüringer Malerverband — Sitz Hilsenfeinach — 1887, Malerverband vor dem Thüringer Wald — Sitz Ohrdruf — 1888, Rheinisch-Westfälischer Malerverband — Sitz Düsseldorf — 1890, Verband der Porzellanmaler und Berufsgenossen Berlins, Deutscher Porzellanmalerverband — Sitz Frankfurt, Bayerischer Malerverband — Sitz Selb, Nordböhmischer Malerverband — Sitz Kisdorf. Außerdem haben noch einige Vereinigungen bestanden, die aber über lokale Bedeutung nicht hinaus kamen.

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes 1890 begann unter den nunmehr bestehenden Verbänden ein lebhaftes Verlangen nach Vereinigung. Die Überzeugung gewann Platz, nur eine große, alle Berufsgenossen umfassende Organisation ist in der Lage, den Kampf mit dem Unternehmertum für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen aufzunehmen. Die Dreher und Maler hatten nun auch begriffen, daß sie sich nicht gegen die übrigen Arbeiter in einer Porzellanfabrik abschließen können, wenn nicht auch sie darunter leiden sollten. Infolge der stetig fortschreitenden technischen Entwicklung wurden mehr und mehr Angelernte, aber auch Arbeiterinnen in den Produktionsprozess einbezogen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Dreher und Maler verschlechterten sich dauernd, so daß die immer ungünstiger sich gestaltende wirtschaftliche Lage auch diese Arbeiterschichten nötigte, sich ernstlich mit der Frage zu befassen, wie es möglich sei, eine einheitliche Organisation zu schaffen, in welcher der einzelne Rückhalt findet gegen die Wechselfälle des Lebens.

Die vereinigten Personale von Tiesensfurt gaben 1869 die Anregung an den Deutschen Porzellanmalerverband nach Frankfurt, die notwendigen Schritte zur Einberufung eines Delegiertentages und zur Gründung eines einzigen großen Verbandes zu unternehmen. Frankfurt kam dem nach, und am 11. und 12. August 1889 fand ein Delegiertentag der Porzellanmaler Deutschlands in Zwickau statt, der von 8 Verbänden durch 23 Vertreter mit 46 Stimmen beschickt war. Die Delegierten vertraten 2307 Mitglieder. Einmütig wurde beschlossen, einen Verband mit dem Namen „Verband Deutscher Porzellanmaler und Berufsgenossen“ mit Sitz in Frankfurt zu gründen. Statuten wurden beraten und festgesetzt. Sie sollten am 1. Januar 1890 in Kraft treten. Als die Delegierten auseinandergegangen waren, hat sich niemand mehr um die Beschlüsse gekümmert.

Der Vorstand des Schlesiener Malerverbandes wollte Ende 1890 seinen Verband an den Hirsch-Duncker'schen Verband anschließen. Die Mehrheit der Mitglieder lehnte dieses ab; das führte zum Sturz des Vorstandes. Als neuer erster Vorsitzender wurde der Kollege Georg Wollmann gewählt. Wollmann betrieb im Mai 1891 eine Konferenz der bestehenden Malerverbände nach Berlin. Zusammen waren 8 Verbände durch 13 Mitglieder vertreten. Beschlossen wurde, den „Verband der Porzellanmaler und verwandten Berufsgenossen Deutschlands“ mit Sitz in Allwässer zu gründen. Wollmann meldete diese Organisation im Jahre 1891 auch sofort als Mitglied der Generalkommission der freien Gewerkschaften an. Auf der ersten Tagung der Generalkommission im Jahre 1892 in Halberstadt war diese Organisation durch Wollmann schon vertreten. Im April 1892 beschloß die erste Generalversammlung des Malerverbandes, angelernte Arbeiter und Arbeiterinnen in den Malerverband aufzunehmen. Der Hirsch-Duncker'sche Gewerkeverein der Porzellan- und Glasarbeiter hielt im Oktober 1891 in Charlottenburg seine 2. Generalversammlung ab, an der auch der Dresdener Porzellandreherverband teilnahm. Die beiden Verbände beschloßen hier ihre Vereinigung und zugleich den Austritt aus dem Hirsch-Duncker'schen Gewerkeverein. Die neue Organisation hieß nun von 1. Januar 1892 an „Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter“. Sein Sitz war Berlin. Die Zeitung trägt von Nr. 46, 1891, an den Titel „Die Ameise, Organ der Porzellan- und verwandten Arbeiter“. Der Magdeburger Dreherverband hat sich an dieser Verschmelzungaktion nicht beteiligt. Er hat bis 1911 bestanden und wurde dann aufgelöst.

Der Verband der Porzellanmaler und verwandten Berufsgenossen Deutschlands (Wollmann) hatte im April 1892 in Berlin seine erste Generalversammlung, auf der schon die Verschmelzung mit dem nun aus dem Hirsch-Duncker'schen Gewerkeverein ausgegliederten „Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter“ diskutiert und genehmigt wurde. Beide Verbände trafen im Oktober 1892 zu einer gemeinsamen Generalversammlung in Berlin zusammen. Hier wurde die Verschmelzung beschlossen. Vom 1. Januar 1893 an bestand nun eine über das ganze Deutsche Reich ausgedehnte einheitliche Organisation der Porzellan- und verwandten Arbeiter, die auch angelernte Arbeiter als Mitglieder aufnahm. Vorsitzender dieses Verbandes war A. Kern, Kassierer Johann Bey, Hauptgeschäftsführer und Redakteur des Verbandorgans „Die Ameise“ Richard Jahn. Georg Wollmann wurde vom



Malerverband als Angestellter ins Hauptbüro aufgenommen. Die Mitgliederzahl betrug am 31. Dezember 1897. Mit dem 1. Januar 1898 erfolgte der Anschluß des gesamten Verbandes an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Der neue Verband fand von vornherein in dem Unternehmertum einen scharfen Gegner. Maßregelungen wegen Zugehörigkeit zum Verband waren auf der Tagesordnung. In den Betrieben hingen Plakate mit der Aufschrift „Den Mitgliedern des Berliner Verbandes ist der Zutritt zu diesem Betrieb bei Strafe wegen Hausfriedensbruchs verboten“.

Die damals geführten Kämpfe waren von außerordentlich langer Dauer. Dabei spielten schwarze Listen eine große Rolle, und mancher Porzelliner mußte viele Male mit Frau und meistens nicht wenig Kindern von Ort zu Ort ziehen, ehe er wieder einmal festen Fuß fassen konnte. Die Verdienste der Porzellanarbeiter waren an sich und im Vergleich mit denen anderer Arbeitergruppen sehr niedrig und bedingten energisches Fordern und Handeln, um Besserung zu erreichen. Bald stellte sich dem Verband der Arbeiter ein Verband der Unternehmer, „Der Verband keramischer Gewerke“, entgegen, der die Interessen der Porzellanfabrikanten vertrat. Auf Angriff und Abwehrmaßnahmen der Arbeiter antwortete der Unternehmerverband mit Aussperrungen.

Zunehmende Mitgliederzahl und vermehrte Arbeit im Interesse der Mitglieder erforderten weitere Anstellungen von Kollegen im Hauptbüro. 1905 wurde der erste Gauleiter angestellt, dem in späteren Jahren noch drei Gauleiter folgten, und von 1906 an erfolgten auch Anstellungen von Geschäftsführern für einzelne Ortsgruppen.

Vor Ausbruch des Krieges zählte der Verband 16 972 Mitglieder, davon waren 3679 Frauen. Während der Kriegszeit ging die Mitgliederzahl bis auf 4424 zurück. In vielen Zahlstellen war es nur der aufopferungsvollen Arbeit der Frauen zu danken, wenn die Zahlstellen erhalten und besetzen blieben.

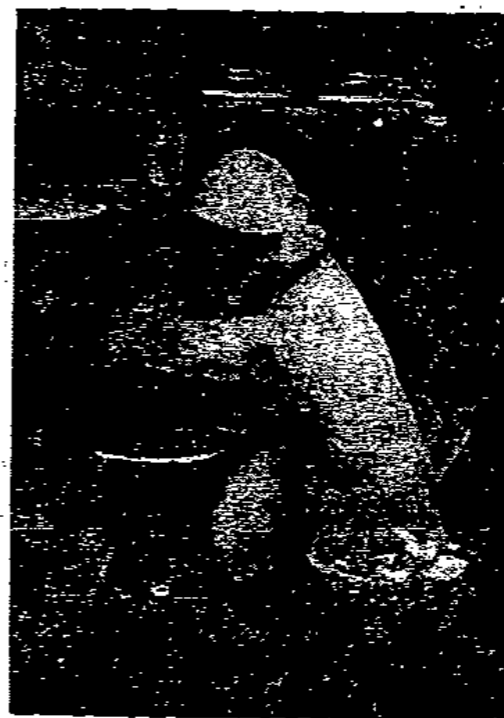
Schon im Jahre 1905 wurde nach Ausführungen des Kollegen Wollmann auf der Generalversammlung der Porzellanarbeiter die Verschmelzungsfrage diskutiert. In den nachfolgenden Jahren fanden Besprechungen mit den Vorständen des Zentralverbandes der Glasarbeiter und dem Zentralverband der Töpfer statt. Die drei genannten Verbände hielten jeder für sich 1913 in Leipzig eine außerordentliche Generalversammlung ab. Im Anschluß daran tagten die drei Verbandsgeneralversammlungen gemeinsam. Zur Beratung stand ein von den drei Vorständen entworfenes Normalstatut für einen gemeinsamen Verband.

Die Verschmelzung kam leider nicht zustande, aber der Wille, eine Verschmelzung herbeizuführen, wurde nicht fallengelassen. Der ausgebrochene Krieg hinderte alle Absichten, und erst in den Nachkriegsjahren wurde die Frage der Verschmelzung erneut aufgerollt.

1918 konnten wir den Mitgliederbestand des Jahres 1913 wieder aufweisen, und der Zustrom setzte sich fort und steigerte sich bis zum Jahre 1922 auf 73 000 Mitglieder. Das waren alle in der Porzellan- und Steingutindustrie Beschäftigten.

Die nun groß und mächtig gewordene Organisation konnte jetzt endlich daran gehen, von den Arbeitgebern zu fordern, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt würden. Vorschläge dazu wurden vom Verbandsvorstand und der bayerischen Gauleitung im Jahre 1917 beim Kriegsamt in Nürnberg gemacht. Diesem wurden Lohnforderungen der Porzellanarbeiter überreicht. Die Porzellanfabrikanten lehnten aber damals ab. Erst am 6. und 7. Mai 1918 kam es für Oberfranken und Oberpfalz zu einer tariflichen Regelung. Am 5. Dezember 1918 konnte unser Vorstand einen Reichstarifvertrag für die Porzellanindustrie abschließen, der die große Mehrheit der Porzellanfabriken erfaßte. Für die Steingutindustrie wurde am 19. Februar 1919 ebenfalls ein Vertrag abgeschlossen. Zu einem gemeinsamen für alle Industriegruppen im Deutschen Reich geltenden Vertrag mit dem nunmehr gegründeten Arbeitgeberverband der Deutschen Feinkeramischen Industrie, der insbesondere die Frage der Mindestlöhne regelte, kam es am 25. August 1919. Für die nachfolgenden Jahre und bis zum heutigen Tag wurde dieser Vertrag immer wieder neu abgeschlossen, was oftmals nicht ohne schwere Kämpfe möglich war.

Schmelzung eines Tellers.



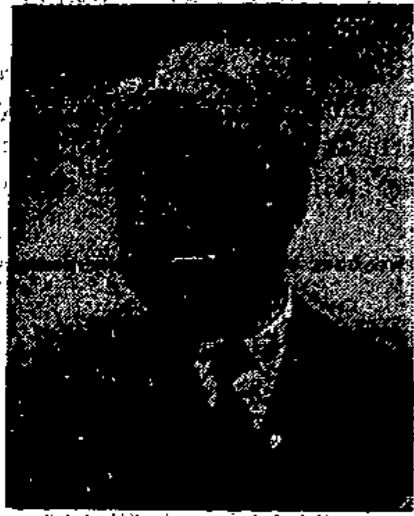
1. Drehen eines Telleres. 2. Überformen des Telleres mit Gipsform und Schablone auf der Scheibe.

An der Generalversammlung des Verbandes im Jahre 1905 nahmen auf Einladung der deutschen Organisation die Verbandsvorstände des französischen, des dänischen und des österreichischen Keramarbeiterverbandes teil. Mit diesen Vertretern wurden Besprechungen gepflogen zu dem Zweck, eine internationale Verbindung der Keramarbeiter zu schaffen. Das Resultat der Verhandlungen war die Konstituierung eines internationalen Komitees, dessen Leitung den deutschen Kollegen anvertraut wurde. Im nächsten Jahr fand ein internationaler Kongress der Keramarbeitervertreter in Limoges in Frankreich statt. Deutschland, Frankreich, Italien, England, Dänemark und Österreich hatten 10 Delegierte entsandt, die zusammen 22 700 Porzellanarbeiter vertraten. Später trat Holland noch als Mitglied bei. Im Jahre 1930 kann die Internationale auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken.

Die Verschmelzungsabsichten des Verbandes der Porzellanarbeiter bekamen in der Nachkriegszeit neue Anregungen dadurch, daß man in Deutschland zur Schaffung von Industrieverbänden überging. Die Glasarbeiter regten 1923 und 1924 Verschmelzungen zwischen Porzellan- und Glasarbeitern an. Die Töpfer hatten sich inzwischen dem Baugewerksbund angeschlossen. Auf der Generalversammlung 1925 in Magdeburg, an der Vertreter des Glasarbeiterverbandes, des Baugewerksbundes und des Verbandes der Fabrikarbeiter teilnahmen, wurde beschlossen: „den Vorstand zu beauftragen, Schritte zu unternehmen, um doch noch zu einer die gesamte Keramik umfassenden Industrieorganisation zu kommen. Sollte diese selbständige Organisation infolge der in den letzten Jahren beobachteten Entwicklung sich nicht mehr ermöglichen lassen, dann ist die Verbindung mit derjenigen großen Industrieorganisation anzustreben, deren zuständige Betriebe mit unserer Hauptproduktion die meisten Berührungspunkte aufweisen.“

Die große Industrieorganisation wurde später im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands erblickt. Nach langwierigen Verhandlungen wurde der Verband der Porzellanarbeiter, der Verband der Glasarbeiter und die Abteilung Steine und Erden des Verbandes der Fabrikarbeiter am 1. August 1926 im Keramischen Bund zusammengeführt, der eine Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter bildet.

Das ist in ganz großen Zügen ein Überblick über das Entstehen und die Entwicklung der Organisation der Porzellan- und Steingutarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.



Die Gründung des Verbandes der Glasarbeiter.

Von Emil Girbig.

Ende der 60er Jahre machte sich bei der Glasarbeiterchaft der Gedanke zur Organisierung bemerkbar. Die Unternehmer wollten dieser Absicht zuvorkommen und versuchten die Arbeiter einzufangen. Nachdem sie den Verband der Glasindustriellen im Jahre 1871 gegründet hatten, trafen sie an die Arbeiterchaft in Großräschen und Dresden heran und forderten sie auf, mit in diesen Verband einzutreten. In der Leitung sollten sie allerdings nicht mitbestimmen. Die Glasarbeiter lehnten das ab und

beschlossen, selbst zur Gründung einer Organisation zu schreiben. Diese verzögerte sich aber, und erst im September 1875 kam es zur Gründung des „Allgemeinen Glasküßlerbundes Deutschlands“. Trotzdem die Industriellen sofort den Glasarbeitern den Beitritt zum Bunde verboten, hatte derselbe in kurzer Zeit in 90 Orten Mitglieder. Ein Jahr später wurde die Herausgabe einer eigenen Zeitung, „Die neue Glashütte“, beschlossen. Der Bund hatte kein langes Leben. Am 18. Oktober 1878 löste er sich selbst auf, um der, infolge des Inkrafttretens des Sozialistengesetzes, drohenden Auflösung zu entgehen. Auch die „Neue Glashütte“ stellte ihr Erscheinen ein. In den 80er Jahren erfolgte dann die Gründung einer ganzen Reihe von örtlichen Fachvereinen.

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes trat in Bergedorf ein Kongreß der Glasarbeiter zusammen, der die Gründung des Verbandes der Glasarbeiter beschloß. Zum Sitz dieses Verbandes wurde Bergedorf bestimmt, und als Vorsitzender der Kollege Albert Gebel gewählt. Als Verbandsorgan bestimmte der Verbandstag das bereits bestehende Organ der Glasarbeiter, den „Fachgenossen“.

Eine lebhaft propagandistische Organisation setzte ein, so daß sich in kurzer Zeit fast allen Orten mit Glasindustrie Mitglieder des Verbandes befanden. Waren es auch wenige, die den Gedanken der Zusammengehörigkeit erfaßt hatten, so bestand doch die Hoffnung, daß die Organisation sehr bald den Industriellen entgegenzutreten könnte. Überall führten die Glasindustriellen einen gemeinsamen Kampf gegen die neu geschaffene Organisation der Arbeiter, und Maßregelungen setzten ein. Die Unternehmer schreckten auch vor Ausperrungen nicht zurück. Die Arbeiter wurden aus den Werkwohnungen hinausgeworfen und auf sogenannte „schwarze Listen“ gesetzt. Kein Arbeiter, dessen Name auf dieser Liste stand, hatte die Möglichkeit, in der Glasindustrie Arbeit zu finden, denn in ihrem Beschluß hatten die Industriellen hohe Konventionalstrafen festgesetzt, um die Einstellung mißliebiger Arbeiter vollkommen zu verhindern.

Am 1. Verbandstag im Bergedorf im Jahre 1892 zählte der Verband rund 2500 Mitglieder. Es war eine furchtlose Truppe, die sich in der Organisation einen Stützpunkt gegeben hatte; waren doch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Glasindustrie sehr schlecht. Fast überall bestand eine Arbeitszeit von 10 bis 12 Stunden und dazu die Sonntagsarbeit von 6 bis 8 Stunden. Erst später wurde die Sonntagsarbeit in der Weise beschränkt, daß ein Sonntag freigegeben wurde, dafür aber an jedem zweiten Sonntag die Arbeitszeit bis zu 12 Stunden ausgedehnt werden konnte.

Der Vorsitzende, Kollege Gebel, erhielt keine Entschädigung, mußte vielmehr seine Existenz im Nebenberuf suchen, und erst der 2. Verbandstag im Jahre 1892 bewilligte für Gebel eine Entschädigung von 1500 Mk. für die vergangenen zwei Jahre, setzte auch für die nächsten zwei Jahre ein Gehalt von 750 Mk. pro Jahr fest.

Um für den Verbandsvorstand eine sichere Existenz zu schaffen und die Einstellung gemäßigter Kollegen zu ermöglichen, kam man zu dem Gedanken, eine Genossenschaftsglasfabrik zu gründen. Mittel zur Durchführung dieses Planes gingen ein, und es waren die besten der Kollegen, die durch einen Anteil der Genossenschaft beitraten. Alle diese Mittel genüßten nicht, um den Bau der Glasfabrik zu vollenden, und der Verbandsvorstand nahm auch die Verbandsmittel zur Vollendung des Baues in Anspruch. Die Kraft reichte jedoch nicht aus, das kleine Werk lebensfähig zu machen. Der Zusammenbruch trat ein, und da die eingetragenen Genossen zur Haftung herangezogen wurden, erfolgte ein ungeheurer Rückschlag für die Organisation.

Der Verbandsvorstand vom Jahre 1897 war gezwungen, den Sitz des Verbandes nach Berlin zu verlegen, und bestimmte den Kollegen Emil Girbig zu seinem Vorsitzenden. Der Jahrestelle Berlin wurde die Wahl des Kassierers überlassen, die den Kollegen Gustav Hamann wählte. Als Gehalt wurden für den Vorsitzenden 750 Mk., für den Kassierer 250 Mk. jährlich festgesetzt. Am 1. August 1897 fand die Verlegung des Verbandsitzes von Bergedorf nach Berlin statt.

Eine lebhaft mündliche und schriftliche Agitation setzte ein, und dem Verbandstag in Gärth im Jahre 1901 konnte berichtet werden, daß die Mitgliederzahl auf rund 7000 gestiegen war. Dieser erfreuliche Aufstieg war erreicht, nachdem es in den Jahren von 1899 bis 1901 gelungen war, fast in allen Glashütten die verhasste Sonntagsarbeit zu beseitigen.

Ihren Hauptstützpunkt hatte die Organisation unter den Flaschenmachern; es war deshalb auch ganz begreiflich, daß in der Flaschenindustrie die Mehrzahl der Streiks entstanden. In Schwanstein bei Obernkirchen hatten die Kollegen Forderungen gestellt, die sehr leicht hätten bewilligt werden können; aber die Firma Heye lehnte ab, und die Arbeiter traten in den Streik. Nachdem die 700 Kollegen fast volle 6 Monate im Kampfe standen, wurde beschlossen, den Kampf auch auf den Hauptbetrieb der gleichen Firma in Nienburg auszudehnen. Im März 1901 begann der Kampf, und rücksichtslos warf die Firma Heye auch alle Arbeiter und deren Familien aus den Wohnungen. Wenige Tage darauf sperrte auch die Firma Hinly, Holscher & Co. ihre gesamten Arbeiter aus. Von den Beiträgen allein konnten die Arbeiter nicht über Wasser gehalten werden. Die Kollegen an anderen Orten zahlten hohe Extrabeiträge, und besonders die Flaschenmacher zahlten regelmäßige Extrabeiträge bis zu 4 Mark wöchentlich.



Wagen der Waage.

Leider trafen die Erfolge nicht ein, und so brach sich der Gedanke Bahn, den streikenden Kollegen dadurch Hilfe zu bringen, daß auch die Flaschenmacher aller übrigen Hütten in den Zustand zu treten haben. Im Juni 1901 wurde dieser Streik proklamiert, und rund 4000 Arbeiter standen im Kampf. Aber auch dieser Opfermut brachte keine Entscheidung. Trotzdem die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Sammlungen für den Streik ausgeschrieben hatte, die Streikenden sich mit der denkbar niedrigsten Unterstützung begnügten — die Verhörfahrten erhielten 5 bis 6 Mark, die Ledigen einen noch geringeren Satz —, gaben die Industriellen nicht nach. In der letzten Woche des August 1901 mußte der Streik abgebrochen werden, weil keine Mittel zur Fortsetzung vorhanden waren. Rund 580 000 Mark hatte der Streik verschlungen. Kein Streikbrecher war zu finden, mit seltener Energie wurde der Kampf geführt, leider ohne den gewünschten Erfolg.

Die Industriellen verlangten beim Abbruch des Kampfes, daß sich die Kollegen beim Arbeitsnachweis der Industriellen zu melden haben, und sperrten über 700 Kollegen aus, die vorläufig nicht wieder eingestellt wurden. Die Brutalität der Industriellen, ging sogar so weit, daß einzelne überhaupt nicht eingestellt wurden und Arbeit im Ausland suchen mußten.



Wenn auch der Streik ungeheure Summen verschlungen hatte und ohne Erfolg abgebrochen werden mußte, der Glaube an den endlichen Aufstieg der Arbeiterklasse war ungebrochen. Die Flaschenmacher bewahrten der Organisation Treue.

Der 1901 abgehaltene Verbandstag beschloß, den Verbandsvorsitzenden völlig freizustellen, den Kassierer weiter im Nebenamt zu beschäftigen und zwei Gauleiter anzustellen. Gewählt wurden die Kollegen Reinhold Bräse und Michael Dirschner. Da sich die Tätigkeit der Gauleiter glänzend bewährte und die Arbeit im Hauptbüro weiter stieg, wurde Kollege Robert Dornhelm für das Hauptbüro angestellt, der bereits 1908 nach Thüringen als Gauleiter überbedelte, und dessen Stelle vom Kollegen Grünzel besetzt wurde.

Das Verbandsorgan befand sich im Privatbesitz des Kollegen Horn und wurde in Dresden gedruckt. Erst im Jahre 1907 übernahm der Verband die Fachpresse in eigenen Besitz und stellte den Kollegen Albert Gebel als Redakteur an. Nach seinem Tode wurde Kollege Robert Groß gewählt.

Auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes hat die Organisation Erhebliches geleistet. Die völlige Beseitigung der Sonntagsarbeit ist das Werk der Organisation. Die Beseitigung der Nacharbeit in den Weißglashütten für die Glasmacher und deren Hilfsarbeiter ist dem Verband zu danken.

In den abseits der großen Verkehrsstraßen gelegenen Glashütten war die Beschäftigung von Arbeiterinnen und Kindern vor dem Glasefen sehr oft zu finden. Die Organisation setzte ihre Kraft für die Beseitigung dieser unhalbbaren Zustände ein, und es gelang, eine Verordnung zu erwirken, die die ungerechten Zustände abschaffte.

Durch den Kriegsausbruch wurde auch der Verband der Glasarbeiter überaus hart betroffen. Die besten Kräfte wurden zum Kriegsdienst einberufen. Zählte der Verband am 1. Juli 1914 rund 19 000 Mitglieder, so sank die Zahl bis zum 1. Januar 1915 auf 6495 Mitglieder. Nur die Gewerkschaften, die über einen hohen Prozentsatz weiblicher Mitglieder verfügten, hatten einen geringeren Verlust ihrer Mitglieder zu verzeichnen.

Erst nach der Beendigung des Krieges, nach dem Ausbruch der Revolution und mit der Rückkehr der alten Mitglieder schnellte die Organisation empor. Fast 80 000 Mitglieder konnte der Verband im Jahre 1922 mustern. Mit der Spaltung der Arbeiterbewegung setzte auch ein erheblicher Rückschlag in dem Verband der Glasarbeiter ein. Erst im Jahre 1928 trat ein Aufschwung unserer Wirtschaft ein und damit auch eine Stabilisierung unter den Mitgliedern. Das Jahr 1928 schloß der Verband mit einem Mitgliederbestand von rund 45 000 ab.

Von jeher waren die Glasarbeiter auf internationalem Gebiet tätig. Durch die Brutalität der Industriellen war es den hervorragend tätigen Kollegen oft unmöglich, Arbeit in Deutschland zu finden. Die deutschen Glasarbeiter waren deshalb gezwungen, im Ausland Arbeit zu suchen, und das zwang sie, an eine internationale Verbindung zu denken. Der 1. Internationale Kongreß fand im Jahre 1886 in London statt. Weitere Kongresse folgten, bis im Jahre 1921 der in Amsterdam stattfindende internationale Glasarbeiter-Kongreß den Beschluß faßte, das Internationale Sekretariat nach Paris zu verlegen, und den Kollegen Delzant (Frankreich) als Internationales Sekretär anzustellen.

Die deutsche Glasarbeiterchaft hat mit großer Fähigkeit und starkem Idealismus an dem Ausbau ihrer Gewerkschaftsorganisation gearbeitet. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Mit großem Stolz und innerer Freude kann die Arbeiterchaft der Glasindustrie auf ihr Werk blicken.

Branche Grobkeramik. (Industrien Steine und Erden.)

Von Max Elzner.

Uralte Gewerke sind es, die die Gruppe Grobkeramik in sich vereinigt. So alt die Baukunst, so alt auch die Geschichte des Zieglers. Eng verbunden damit ist auch der Beruf der Kalkarbeiter, der ebenso wie der Zieglerberuf über eine jahrtausendealte Entwicklung zurückblicken kann. Aber auch Kies und Sand, Lonzröhren wie auch die Wandbekleidung blicken auf solch hohes Alter zurück. Ihre Verbundenheit mit dem Bau, der Baukunst und der Aus schmückung des Bauens ist so eng, daß das eine ohne das andere nicht werden konnte.

Von Organisationen in genannten Industriezweigen im Altertum ist nichts bekannt. Erst das Mittelalter gibt uns Kunde von Zünften und Zunftgebräuchen, die für Ziegler Geltung hatten. Eine Arbeitsordnung von 1428 behandelt in eingehender Weise, wie und in welcher Art der Ziegel am besten hergestellt wird. Gleichzeitig wird in dieser Arbeitsordnung die Sondervergütung für jeden guten Brand geregelt. Erneuert wurde die Arbeitsordnung 1612.



Auch die Arbeitsvermittlung der Ziegelstreicher wird in einer Urkunde vom Jahre 1436 behandelt.

Diese Zünfte des Mittelalters wuchsen zu Innungen aus, die sich vornehmlich auf Norddeutschland, Mecklenburg, Ostpreußen und Schlesien erstreckten und um die Jahre 1750 bis 1800 in hoher Blüte standen.

Die bewegten Jahre 1840 bis 1850 rüttelten teilweise auch die Ziegler auf, indem sie in den Innungen nicht mehr mit den Meistern zusammenstehen wollten. Die Klassengegenstände traten hervor und führten dazu, daß 1840 in der Mecklenburger Zieglerinnung sich die Zieglergesellen von den Meistern trennten, um ihre Angelegenheiten selbständig zu erledigen.

In den nachfolgenden Jahrzehnten herrschte Losenstille. Allzuschwer lastete der wirtschaftliche und politische Druck auf den Arbeitern. Fürchterlich waren auch die Arbeitsbedingungen, die unseren Kollegen keine Zeit übrig ließen, um über ihre Lage nachzudenken.

Erst die achtziger Jahre bringen neues Leben und die ersten Anfänge einer modernen Organisation. In zahlreichen Orten, besonders in Brandenburg, wurden Lokalorganisationen ins Leben gerufen. Allzunehmend zeigte sich jedoch, daß solche kleinen Lokalorganisationen, die oftmals nur wenige Mitglieder zählten, den Unternehmern nicht gewachsen waren.

Am 13. August 1889 trafen daher die Vertreter der Ziegler aus den Orten Brandenburg, Lehnin, Herzfelde, Hennickendorf, Kehn, Werder und Glindow in Kehn zusammen, um die Schaffung einer Zieglerorganisation zu beraten. Beschlossen wurde, im kommenden Jahre einen Ziegler-Kongreß abzuhalten und durch einen Aufruf alle Ziegler zu ersuchen, diesen Kongreß zu beschicken. Der Kongreß fand dann auch 1890 in Luckenwalde statt. Er beschloß die Gründung des Verbandes der Zieglerarbeiter, der seinen Sitz in Werder a. d. H. hatte.

Der zweite Kongreß wurde bereits im folgenden Jahre zum 2. März 1891 in Werder a. d. H. einberufen.

Die Entwicklung der jungen Organisation war im Anfang sehr erfolgversprechend, doch hielt diese Aufwärtsentwicklung nicht lange an, und ein starker Rückgang der Mitgliederzahl setzte ein, der dazu führte, daß auch das Fachorgan, welches die Organisation herausgab, zu erscheinen aufhörte.

Auch die Eingliederung des Verbandes von Werder nach Langensfelde bei Hamburg konnte dem Mitgliederückgang nicht Einhalt gebieten, und 1893 mußte sich der Verband auflösen, nachdem die Mitgliederzahl auf 7 gesunken war. Der Höchststand dieser Organisation dürfte 500 bis 600 Mitglieder nicht überschritten haben.

Am 29. Juni 1890 fand in Hannover ein Kongreß aller nichtgewerblichen Arbeiter statt, der zur Gründung unseres Verbandes führte.

Klein, unendlich klein, nur wenige Mann zählend, war die Schar derer, die, zur

Bereits 1894 hatte die Organisierung der Ziegler Fortschritte zu verzeichnen, so im Hamburger Gebiet, in Mitteldeutschland und auch in Süddeutschland.

Auch bei den Zementarbeitern konnte das Organisationsinteresse geweckt werden, und es waren die Schleswig-holsteinischen Zementarbeiter in Lägerdorf, die zum Verband der Fabrikarbeiter Vertrauen faßten. Ein Jahr später konnte dasselbe von den Zementarbeitern in Hemmoor berichtet werden.

Zehn Jahre nach der Gründung, im Jahre 1900, hatte der Verband 250 Zahlstellen, die in ihrer großen Mehrzahl auch Ziegler, Zement- und Kalkarbeiter als Mitglieder aufweisen konnten.

Neben unserem Verband war es auch die Töpferorganisation, die es sich angelegen sein ließ, die Ziegler zu organisieren. 1904 waren es 450 Ziegler, die zum Töpferverband gehörten und diesen veranlaßten, auf ihrem Kongreß den Namen Zentralverband der Töpfer und Ziegler anzunehmen. Um die Ziegeleiarbeiter in größerem Ausmaße zu gewinnen, unternahm dann 1895 der Töpferverband einen umfassenden Versuch, die Ziegler zu organisieren. Eine weitere Aktion wurde 1897 unternommen, indem eine Konferenz der Ziegler Deutschlands nach Brandenburg einberufen wurde, an der 8 Orte sich beteiligten.

So gut die Maßnahmen des Töpferverbandes auch gemeint waren — und ohne Zweifel ist zuzugeben, daß alle Aktionen nur im Interesse der Zieglerchaft unternommen wurden —, so waren sie doch geeignet, die Einheit der Zieglerorganisation in Gefahr zu bringen. Trotz aller Anstrengung sollte dem Töpferverband jedoch kein nachhaltiger Erfolg beschieden sein, denn nach kurzer Zeit wurde beschlossen, die Agitation unter den Ziegeleiarbeitern einzustellen.

Eine weitere Gefahr, die einheitliche Entwicklung zunichte zu machen, war der 1898 unternommene erneute Versuch, eine selbständige Zieglerorganisation zu gründen. Ein Zieglerkongreß in Dortmund beschloß auch die Gründung einer eigenen Organisation, doch die Schwierigkeiten innerer und äußerer Art waren so groß, daß trotz weitestgehender Unterstützung durch die damalige Generalkommission sich die neue selbständige Organisation nicht halten konnte und nach kurzer Zeit einging.

Trotz der Wirtschaftskrise, die ausgangs 1900 einsetzte, war es in den kommenden Jahren möglich, das bisherige Gebiet Ziegelei-Zement-Kalk organisatorisch neu zu erschließen. Eine gigantische Arbeit wurde geleistet, um auch die polnisch sprechenden und die italienischen Arbeiter, die in Ziegel- und Zementbetrieben vielfach anzutreffen waren, für die Organisation zu gewinnen.

Das Jahr 1906 war für unsere Branche von besonderer Bedeutung: Die Frage, wer als Organisation für die Ziegler zuständig ist, war immer noch ungelöst, was zur Folge hatte, daß Töpfer und Bauarbeiter ebenfalls Ziegler als Mitglieder hatten und auch eine gewisse Agitation entfalteten. Dieser Zustand, der die organisatorische Entwicklung der Ziegler stark beeinträchtigte, fand auf der Ziegeleiarbeiterkonferenz, die am 3. und 4. Juni 1906 in Magdeburg tagte, seine Lösung. Mit Zustimmung der Generalkommission sowie der offiziellen Vertreter des Töpfer- und Bauarbeiter-Verbandes wurde einstimmig beschlossen, daß unser Verband als die allein zuständige Organisation für die Ziegler zu gelten habe.

Durch diesen Beschluß wurde die organisatorische Störfkraft der Ziegler erheblich gestiftet und erweitert. Zu den bei uns organisierten Ziegler in Zahl von 4800 stießen etwa 1200 bis 1500, die bisher im Bauarbeiterverband, und etwa 400, die noch im Töpferverband waren.

Zu dieser nun vereinten Gruppe von fast 7000 Ziegler kamen noch die übrigen grobkeramischen nebst den haustoffherzeugenden Arbeitern, die im Fabrikarbeiterverband organisiert waren und eine Branche von rund 10 000 Mitgliedern bildete, die zusammengefaßt eine besondere Betreuung durch den Agitationsleiter Chr. Berg erfuhren.

Ein weiterer Schritt zur Ausgestaltung der heutigen Gruppe Grobkeramik (Steine und Erden) war damit getan.

Die Unternehmer legten großen Wert darauf, die Ausbreitung der Organisation zu verhindern. Maßregelungen, Verurscherklärungen, Schaffung gelber Verbände waren die Mittel, derer sie sich bedienten.

Dennoch ging es vorwärts, und 1913 konnte erfreulicherweise festgestellt werden, daß der Umfang der Branche sich wiederum erweitert und im Laufe der Jahre auch in der Schamotte-, Wandplatten-, Steingeng-, Kachelofen-, Betonwaren-, Kies- und Sand-, Schwemstein- und Gips-Industrie Eingang gefunden hatte. Der Mitgliederbestand der Branche Steine und Erden dürfte zur angegebenen Zeit auf rund 22 000 gestiegen sein.

Ein Jahr später kam der verheerende Krieg, der der Fortentwicklung der Organisation zunächst ein Ziel setzte.

Nach Beendigung des Krieges, der 1918 auch politisch eine Umwälzung brachte, war ein Zustrom zu den Gewerkschaften erfolgt, der alle Erwartungen übertraf und seine Erklärung nur darin findet, daß die niedergedrückten Massen nun alles Heil von den Gewerkschaften erwarteten.

Mit Schluß des Jahres 1919 hatte die Branche Steine und Erden einen Mitgliederbestand von 78 833. Auch in den folgenden Jahren hielt der Zustrom an und stieg im Jahre 1921 auf 155 000 Mitglieder, wovon 56 885 Ziegler waren.

Die immer stärker einsetzende Inflation, die 1923 einen Grad annahm, daß Wertbegriffe nicht mehr ankamen, hatte auch für die Gewerkschaften eine verhängnisvolle Wirkung. Die einkommenden Beiträge, die anzuzahlenden Unterstützungen, die wöchentlich oft zweimal festgelegten Löhne zerrannen in nichts und brachen in Mitgliederkreisen zum Teil eine fatalistische, zum Teil eine Panikstimmung aus. Ausgenutzt wurde die Stimmung dann von Leuten, die sich auch Arbeitervertreter nannten, und die ihre höchste Aufgabe darin sahen, den Mitgliedern ihre Organisation zu verkehren, die Gewerkschaften herunterzureißen und die Parole aufzustellen: „Her aus den Gewerkschaften!“

In kurzschichtiger Verblendung ließen viele Mitglieder den Verband im Stich, ohne daran zu denken, daß sie sich damit ihrer einzigen Waffe beraubten. Auf über die Hälfte sank der Gesamtverband in der Mitgliederzahl und im gleichen Ausmaße auch die Branche Steine und Erden.

Die 1924 eintretende Stabilisierung entzog den Gewerkschaftsführern, die sich Kommunisten nannten, den Boden und ließ der Arbeiterschaft die Zeit zur Besinnlichkeit. Mit großem Opfermut, in glänzender Überzeugungstreue gingen unsere Vertrauensleute, Laufende und aber Laufende von Namenlosen, denen nichts die Treue zur Organisation ramben konnte, sofort daran, den Scherbenhaufen, den die Kommunisten — Schreier und Drahtzieher — hinterlassen hatten, zu sortieren, um den Aufbau in die Wege zu leiten. Bereits 1925 bewegte sich unser Verband in aufsteigender Linie und mit ihm die Branche Steine und Erden. Eine angenommene Statistik der Branche Steine und Erden ergab eine Mitgliederzahl von 90 000, davon stellten u. a. die Ziegler 42 000, die feinste Industrie 9500, die Zementindustrie 7641 und die Kalkindustrie 6200 Mitglieder.

Das Jahr 1926 brachte der Branche einen weiteren Aufstieg. Zwei Zusammenschlüsse, gleich wichtig in ihrer Art, befestigten und stärkten die Branche Steine und Erden nach innen und außen.

Am 22. Januar 1926 lösten sich die Lippischen Ziegler vom christlichen Gewerksverein der Ziegler. Einmal waren es die Kollegen überdrüssig, bei der christlichen Organisation nur Pflichten zu tragen, ohne Rechte zu besitzen, des anderen war die Erkenntnis der Notwendigkeit einer einheitlichen organisatorischen Zusammenfassung der Ziegler so stark und mächtig geworden, daß für Splitterverbände kein Raum mehr blieb.

Die eingeleiteten Übertrittsverhandlungen führten in kurzer Zeit zu dem Ergebnis, daß mehr als 2000 Lippische Ziegler mit allen Rechten und Pflichten geschlossen zu unserem Verbands übertraten. Die gleiche Zahl zog es vor, sich in unserem Verband neu anzuschließen zu lassen, da die Rückschlüsse in den Mitgliedsbüchern zu hoch waren.

In den gleichen Monaten wurden Verhandlungen geführt, um die Verbände der Glasarbeiter und Porzellanarbeiter mit unserem Verband zu verschmelzen und mit

der Gruppe Steine und Erden eine Abteilung zu bilden. Diese Verhandlungen hatten vollen Erfolg.

Mit fast 100 000 Mitgliedern bildet die Branche Steine und Erden seit dem 1. August 1926 eine Untergruppe neben den Branchen Glas und Porzellan, die Abteilung Keramischer Bund, im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Über die weitere Entwicklung der Abteilung Keramischer Bund seit 1926 wird in einem besonderen Abschnitt berichtet werden.

Zum Festtag des Verbandes.

Von Wilhelmine Köhler-Neimes.



Klein war die Zahl der Delegierten zu der im Jahre 1890 in Hannover tagenden Konferenz der ungelerten Arbeiter und Arbeiterinnen. Aber das Ergebnis dieser dreitägigen Tagung war die Gründung des Verbandes, trotz des vielen Unkengeschreis fernstehender, die den ungelerten Arbeitern und Arbeiterinnen die Organisationsfähigkeit überhaupt absprachen. Obgleich die Beiträge sehr niedrig waren, wurde die Aufklärungsarbeit und die Gewinnung von Mitgliedern unter den in Betracht kommenden Arbeiterschichten wirklich sehr schwer.

Nur ganz vereinzelt erkannten auch die Arbeiterinnen die Notwendigkeit des Zusammenschlusses. Bei den Frauen galt es, noch viel mehr Unwissenheit und Hoffnungslosigkeit und dazu die anerzogenen Vorurteile zu überwinden als bei den Männern. Der fraulichen Eigenart, der ganzen Sonderstellung dieser Frauen mußte Rechnung getragen werden. Märtyrer eines sozialen Schicksals waren diese Frauen zumeist. Die Geschichte ihrer organisatorischen Gewinnung und Emporhebung mußte noch besonders geschrieben werden. Sie waren niedergedrückt durch das Doppelloch von Fabrik- und Hausarbeit, abgearbeitet, geschwächt, feilsch herabgestimmt — nun hieß es, sie gewerkschaftlich und politisch denken zu lehren, ihnen ein feilsches Ideal zu geben.

So erging 1891 u. a. auch von Wandsbek aus der Ruf an die ungelerte Arbeiterinnen, sich zu einer Organisation der Fabrik- und Handarbeiterinnen zusammenzuschließen.

Die Leitung als Vorstandsmitglieder hatten Frauen übernommen, und die Verfasserin dieser Zeilen war während der zweijährigen Lebensdauer dieser kleinen Organisation die Vorsitzende dieses Verbandes. Unter tätiger Mithilfe durch Rat und Tat eifriger Genossen, so des längst verstorbenen Koschitzky und des Parteivorsitzenden Effkinge aus Wandsbek, des alten Zimmerers Niemeyer aus Hamburg-Eilbek, besonders aber der Genossinnen Blom und Rönfeld, beide Zigarrenmacherfrauen aus Hamburg, gewann der Verband bald an Ausdehnung. Im Laufe seines zweijährigen Bestehens wurden in acht Orten 975 Mitglieder, alles Frauen und Mädchen, als zumeist rege an der Sache Beteiligte gewonnen.

Diese Organisation war nicht als Streik- bzw. Kampforganisation für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gedacht, sondern diente dem Zweck, die Frauen und Mädchen zusammenzufassen, sie durch Feilschigkeit, also durch Ausflüge und durch Zusammenkünfte, bei denen auch den Kindern Handarbeitsunterricht erteilt wurde, mit dem Herzen an die Bewegung zu fesseln und sie durch Vorträge auch über die Ziele der modernen Arbeiterbewegung aufzuklären. Der Monatsbeitrag betrug 20 Pf., der allmonatlich in Wandsbek frei von der Kartonnagenarbeiterin Sarkopf (späteren Frau von Julius Sittensfeld, dem allbekanntesten Genossen aus der alten Stukkateurbewegung) einkassiert wurde. Sie war Schriftführerin im Hauptvorstand, zugleich Ortskassiererin in Wandsbek.

Der Gründung und den Versammlungen dieser kleinen Organisation wurde es schon recht schwer gemacht. Zusammenstöße mit der Wandsbeker Polizei und Versammlungsausschlüssen mit der Begründung, Frauen dürften nicht an öffentlichen Versammlungen teilnehmen, veranlaßten uns, in einem besonders krassen Falle eine Beschwerdeschrift an den Regierungspräsidenten von Köller nach Schleswig zu richten. Obgleich in dessen Antwort an uns zugestanden war, daß die Versammlung nicht zu Recht aufgelöst sei, hatten wir doch den Schaden, da die gutbesuchte Versammlung der Organisation nicht nur keine Mitglieder gebracht hatte, sondern auch Bedenkllichkeiten und Unsicherheit bei manchen Frauen, die uns näherzukommen begannen, hinterließ.

Nach dem Halberstädter Gewerkschaftskongreß (1892), der bekanntlich der jungen Gewerkschaftsbewegung ganz besondere Anstöße gab, so auch den zum Zusammenschluß kleiner und gleichartiger Organisationen, erfolgte die Auflösung unseres Arbeiterinnenverbandes, und die Verschmelzung mit dem jungen Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter fand statt.

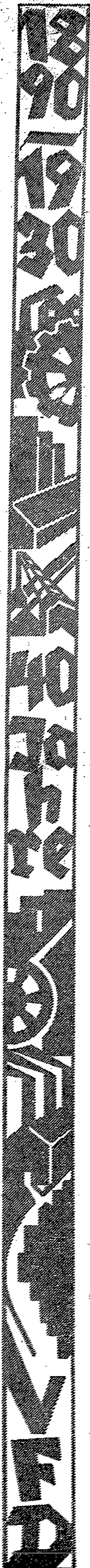
Die Agitation unter den Arbeiterinnen wurde auch seitens der damaligen „Generalkommission“ stark gefördert.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands war 1890 mit dem Sitz in Hamburg gebildet worden. Ihr junger Führer Karl Legien aber, wenn es sich um Arbeiterinnenagitation in den Beratungen handelte, war stets derjenige, der Ratsschläge dafür hatte und Mittel dafür bewilligte und bereit war, jede Maßnahme, die er als praktisch zur Gewinnung der Arbeiterinnen hielt, zu unterstützen. Legien, der immer weitwichtiger werdende große Führer der deutschen Gewerkschaften, sah eben von Anfang an in dem Vordringen der billigeren weiblichen Arbeitskraft eine große Gefahr, die der Verbesserung der Entlohnung auch der männlichen Arbeiter entgegenstand. Als im Jahre 1896 eine von Emma Jhrer (Berlin), einer der ersten agitatorisch tätigen Sozialistinnen, verfaßte Broschüre „Die Arbeiterin im Klassenkampf“ herauskam, war es besonders Karl Legien, der für eine Massenverbreitung unter den Arbeiterinnen eintrat. Und da es sich bei jeder Art von Aufklärungsarbeit unter den Frauen nun doch zu beständigen schien, daß die Frau am wirksamsten aufklärend zur Frau zu sprechen vermag, wurden u. a. besonders auch rednerisch befähigte Parteigenossinnen als Verkünderinnen des gewerkschaftlichen Organisationsgedankens unter die Massen der Arbeiterinnen geschickt. Luise Jiech, Frau Wackwitz aus Dresden sowie ich selbst waren wohl die am meisten hinausgeschickten Referentinnen, und in Hunderten von Versammlungen haben wir der Organisierung der ungelerten Arbeiterinnen das Wort geredet.

Wenn wir nach dem Versammlungsvortrag mit den Aufnahmescheinen von Tisch zu Tisch gingen, so gab es oft ein heftiges Frage- und Antwortgespräch, bei dem wir nichts schuldig blieben, und die Hauptsache war: auch die Arbeiterinnen ließen sich immer mehr vom Wert und der Notwendigkeit des Verbandes überzeugen, und sie stellten bald tüchtige Helfertinnen. So hatte — um zu den Anfängen zurückzukehren — der Verband in den Jahren 1893/94 eine Zahlstelle für Landarbeiter in Dövenstedt im Braunschweigischen, die vollständig von Frauen verwaltet wurde und sehr gut funktionierte.

Noch jahrelang blieb es für eifrige Orte charakteristisch, daß die Männer noch nicht organisiert waren, während die Arbeiterinnen schon als Kämpferinnen der Organisation auftraten. So legten z. B. 1910 in einer Zichorienfabrik in Bayern sämtliche Arbeiterinnen, die dem Verband der Fabrikarbeiter angehörten, die Arbeit nieder und erhielten schon nach halbtägiger Arbeitseinstellung die Erhöhung der Akkordsätze um 10 Prozent zugestanden. Kein einziger Mann gehörte dem Verbands an. Die Folge davon war, daß die Arbeiterinnen 18 bis 20 Mk. in der Woche verdienten, während die Männer mit Löhnen von 15 Mk. nach Hause gingen.

Im Jahre 1910 wurde an den 10. Verbandstag berichtet, daß damals 16 000 weibliche Mitglieder im Verband vorhanden waren, und gegenwärtig, nach vierzigjährigem Bestehen des Verbandes, stehen über 100 000 weibliche Mitglieder neben etwa 370 000 männlichen in seinen Reihen.

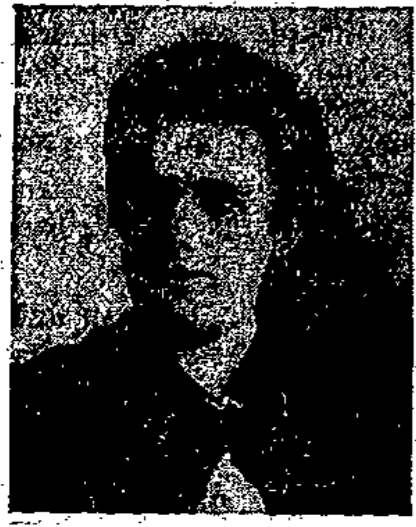


Das volle Verbandswerk, in seinem Lohn- und Tarifwesen, seinen Unterstützungs- einrichtungen, seiner Hinaufführung einstmals besonders fleißigster behandelt und wirtschaftlich schwach gestellter Arbeiterschichten zu höherer geistiger und materieller Kultur werden herbeizuführen — aber das eine hohe und schöne, das der Verband geschaffen hat, sei auch hier besonders erwähnt: das im Jahre 1925 eröffnete eigene Schulheim des Verbandes in Wennigsen bei Hannover, jene heutige Stätte systematischer Selbstbildung und Aufklärung für die Verbandsmitglieder.

Das Herz kann einem aufgehen, wenn man liest, wie der Bildungshunger eifriger Mitglieder jetzt gestillt werden kann, und wenn man dem gegenüberstellt, wie mühselig wir Alten uns das Rüstzeug zum Arbeiten in der Bewegung haben sammeln müssen. Möge auch die Teilnahme der weiblichen Mitglieder, am offiziellen gewerkschaftlichen Schulwesen eine starke werden! Eure Mitarbeit, Kolleginnen, vermag dem Wohl eurer Arbeitsschwestern insbesondere zu dienen.

Auch in Zukunft wird der Verband seine Waffen schärfen, gegen rechts: Für Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, um die Arbeiterklasse vor Verelendung und Versumpfung zu bewahren — für eine höhere wirtschaftliche und politische Auf- fassung! Gegen links: Um die Arbeiterklasse vor einem Miß- brauch der Gewerkschafts- und der gesamten Arbeiter- bewegung zu bewahren — ein Kampf gegen Irrgänge, den ebenfalls zu führen leider heute notwendig geworden ist.

Möge der Verbandsfesttag einen Antriebs bilden, daß neue Tausende von Mit- gliedern sich um seine Fahnen scharen und seine Ziele auf bewährten Wegen weiter verfolgen. Im Kampf unserer Arbeiterklasse soll nicht ein verzagtes Müdesein eintreten, es soll ein stetes Vorwärtstreiben bleiben — ein stetes und ein hoffnungsvolles!



Dem Andenken von Luise Zietz.

Es ist gar nicht denkbar, unser vierzigjähriges Verbandsjubiläum vorübergehen zu lassen, ohne Luise Zietz zu erwähnen, die in der Anfangszeit unserem Verbands mit ihrer ganzen Kraft und mit voller Hingabe gedient hat. Im „Proletarier“ Nr. 6/7 vom 18. Februar 1922 haben wir über das Ableben der früheren Kollegin Zietz berichtet und daran die Bemerkung geknüpft:

„Wenn einmal die Geschichte unseres Ver- bandes geschrieben wird, werden wir Luise Zietz unter den tätigsten Pionieren zu nennen haben.“

Und so wollen wir ihrer heute gedenken, denn sie hat es um die Organisation ver- dient.

Luise Zietz, geboren am 25. März 1865 in Bargseeheide (Holst.) stammte aus aller- ärmsten Verhältnissen. Aber sie war reich an Menschenliebe, an Geist, an Be- geisterung und Hingebung zu einer ihr heiligen Sache. Und eine solche war ihr die Arbeiterbewegung. Luise Zietz mußte sich früh ihren Lebensunterhalt selbst ver- dienen, als Kinderfräulein und später als Fabrikarbeiterin. Wo sie auftauchte, da gab es Leben und Bewegung. Ihr Geist hatte nie Ruhe, er spähte, zergliederte, schlussfolgerte, und dann mußte Luise Zietz handeln. Sie mußte reden, werben. In Hamburg hat sie sich der Arbeiterbewegung angeschlossen, weil das für sie einfach selbstverständlich war. Denn Organisation, das war es ja gerade, was sie wollte und wovon sie lebte. Hier war sie zu Hause. Und es war ebenso selbstverständlich, daß sie während des Maschinistenstreiks in Hamburg von November 1896 bis Februar 1897 aktiv mit eingriff. In einer Versammlung, an der viele Frauen der Streikenden teil- nahmen, trat sie als Rednerin auf, und mit ihrer ganzen Impulsivität und Inbrunst schleuderte sie ihre Anklagen gegen die Unternehmer heraus und wirkte auf die Frauen ein zum Ausmarsch. 1898 finden wir sie als Delegierte auf dem Verbandsstag in Kassel, wo sie als Schriftführerin während der Verbandsstagwoche fungierte; auch dort ist sie rednerisch hervorgetreten. Bis zum 10. Verbandsstag, im Jahre 1906 in Leipzig, finden wir sie auf allen Verbandsstagen. Auf der zuletzt genannten Tagung sollte über die Frage entschieden werden: „Organisierung der Landarbeiter im Fabrik- arbeiterverband oder in einer selbständigen Organisation?“ Kollegin Zietz als Referentin setzte sich für Beibehaltung der Landarbeiter in unserem Verband ein, während Rehbein (Berlin) als Korreferent für eine selbständige Landarbeiter- organisation eintrat.

Organisatorisch hat Kollegin Zietz für unseren Verband hervorragend und im ganzen Reich gewirkt. Sie war damals wohl eine der besten und schlagfertigsten Rednerinnen. Außerdem verfügte sie über eine prächtige Unerstrockenheit. Zahl- reich sind die Versammlungen, in denen sie als Rednerin auftrat, anstiftete, be- geisterte. Als Referentin hatte sie fast immer Erfolg. Das zeigen ihre Versamm- lungsberichte im „Proletarier“, besonders die Jahrgänge der neunziger Jahre. Eine ganze Reihe von Jahrestellen hat sie gegründet. Später war sie vorwiegend politisch tätig.

Luise Zietz wurde auf dem Kampfposten vom Tode übertrafen. Während einer Rede im Reichstag als Abgeordnete erlitt sie einen Ohnmachtsanfall. Sie wurde nach dem Krankenhaus gebracht, wo sie am 27. Januar 1922 starb.

Im Namen unseres Verbandes sei ihr gedankt für ihre rastlose Beseßigung zum Wohle der leidenden und bedrückten Proletarierchichten, aus denen sie selbst kam. Wie ein helles Licht in schwer dunkler Zeit kommt sie uns heute vor. So wollen wir sie auch im Gedächtnis behalten. S. P.



Die Arbeiterinnen im Rahmen unseres Verbandes.

Von Anna Sammet.

Wiederholt hatten mutige und klassenbewusste Arbeiterfrauen Anfang der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts den Versuch gemacht, „Ar- beiterfrauen- und Mädchenvereine“ zu gründen, zum Zwecke der Aufklärung und Belehrung der arbei- tenden Frauen und Mädchen. Aber diese Vereine haben sich nicht entwickeln können. Auf Grund der vereinsgesetzlichen Bestimmungen, die den Frauen die Teilnahme an politischen Vereinen untersagten, wurden die Arbeiterinnenvereine des öfteren aufgelöst

und ihre Führerinnen mit Gefängnis und Geldstrafe bedacht. Die rechtlose Stellung der Arbeiterinnen zu jener Zeit wird besonders deutlich durch die Tatsache, daß alle Arbeiterinnenvereine, selbst wenn sie „nur wirtschaftlicher Natur“ waren, von Polizei und Staatsanwaltschaft als politisch erklärt und unter Verhängung ent- sprechender Strafen verboten werden konnten. Diese Schwierigkeiten und die fortschreitende Zunahme der Frauenarbeitsarbeit haben aber dazu beigetragen, daß in den Reihen der Arbeiterinnen auch das Klassenbewußtsein stärker und lebendiger wurde.

Als nach dem Fall des Sozialistengesetzes neben der Entwicklung der sozialistischen Arbeiterbewegung auch die Gewerkschaftsbewegung sich freier entfalten konnte, wurde in den Gewerkschaften die Notwendigkeit der Gleichberechtigung für die Frau im Organisationsleben erkannt, denn die Steigerung der Frauenarbeit drängte dazu. Ein Beschluß auf dem ersten Gewerkschaftskongress im Jahre 1890

besagt, daß von der Bildung besonderer Gewerkschaften für Frauen abzusehen sei und daß die Gewerkschaften die Frauen als gleichberechtigte Mitglieder in ihre Reihen aufnehmen sollen. Von zentraler Seite wurde ein Frauenkomitee geschaffen, welches mit Unterstützung der Generalkommission der Gewerkschaften die Frauenagitation entfalten sollte. Im Jahre 1905 wurde dieses Frauenkomitee abgelöst durch die Errichtung eines Arbeiterinnensekretariats. Dieses besteht heute noch im Rahmen des ADGB. Das Arbeiterinnensekretariat hatte zunächst vor- wiegend die Aufgabe, die im Arbeitsleben stehenden Frauen und Mädchen den für sie zuständigen Organisationen zuzuführen.

Der Verband der Fabrikarbeiter hat schon bei seiner Gründung zur Frage der Frauenarbeit Stellung genommen und erkannt, daß nur durch Zusammenschluß der Kolleginnen in der Gesamtorganisation die Lage der Ar- beiterinnen wirklich gebessert werden kann. In einzelnen Orten aber mußten doch Arbeiterinnen gesondert in Vereinigungen zusammengefaßt werden, um sie über- haupt zu organisieren. Besonderer Wert wurde dabei auf die Erfassung der Land- arbeiterinnen gelegt. Aber schlagkräftige und zweckmäßige Kampforganisationen wurden das nicht, sondern Hauptaufgabe war es hier, die Arbeiterinnen über die Ziele und die Zweckmäßigkeit der modernen Arbeiterbewegung aufzuklären. Als reine Frauenorganisationen blieben sie auch zu schwach.

Auf dem ersten ordentlichen Verbandsstag 1892 zu Braunschweig wurde folgende Resolution angenommen:

„In Erwägung, daß durch die kapitalistische Produktionsweise die Arbeiterinnen gleich den Arbeitern gezwungen sind, bedingungslos sich dem Kapitalismus zu unter- werfen, wenn sie nicht durch eine straffe Organisation geschützt werden, beschließt der erste ordentliche Verbandsstag der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter, die Arbeiterinnen in den Verband aufzunehmen.“

Die Organisation erhielt demzufolge auch den Titel: Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Somit war den unorganisierten Arbeiterinnen in gewerblichen Betrieben und den Landarbeiterinnen der Weg frei, durch Eintritt in ihre Berufsorganisation zur Verbesserung ihrer Lebenslage beizutragen.

In den Berichten der Delegierten auf dem zweiten Verbandsstage 1894 in Celle über die wirtschaftliche Lage in den verschiedenen Orten wird die Lage der Arbeiterinnen als geradezu trostlos bezeichnet. Trotz langer Arbeitszeit wurden Durchschnittswochenlöhne von 6 Mk., hier und da auch einmal 8 Mk. erreicht. Aber die Arbeiterinnen waren trotzdem schwer zu gewinnen. Doch diese schwierigsten Jahre des Kampfes und der inneren Festigung der Organisation wurden überwunden. Auch die Arbeiterinnen erlangten Vertrauen zum Verband, dank der aufopfernden und intensiven Agitations- und Aufklärungsarbeit selbstbewusster, überzeugter Kollegen und Kolleginnen. Zu den ersten und eifrigsten Agitatorinnen für den Verband zählten die Kolleginnen Wilhelmine Köhler, Luise Zietz und Marie Wackwitz, die nicht nur in Versammlungen und bei der Hausagitation erfolgreich zu wirken verstanden, sondern auch auf Verbandsstagen und Konferenzen. In Wort und Schrift versuchten sie den Arbeiterinnen den Organisationsgedanken näher zu bringen. Luise Zietz ist am 27. Januar 1922 gestorben. Im Nachruf der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ heißt es u. a.: „Mit Luise Zietz ist eine der markantesten Frauen aus der Arbeiterbewegung dahingegangen, eine Kämpferin, wie sie nur die Vergangenheit, die Zeit der Kämpfe um minimalste Rechte der Arbeiterschaft und der Frauen und die Zeit der Ver- folgung und Unterdrückung auch der kleinsten Regung der Arbeiterbewegung hervor- bringen konnte.“

Der Vorstand des Verbandes hatte das Bestreben, durch die Agitation von Frau zu Frau den Wünschen und der Eigenart der Frauen Rechnung zu tragen. Auf dem vierten Verbandsstage 1898 in Kassel waren auch zwei weibliche Delegierte unter den insgesamt 40 Delegierten. Das war ein kleiner und sehr bescheidener Anfang der aktiven Anteilnahme der Kolleginnen am Verbandsleben. Auf den späteren Verbandsstagen waren fast immer Kolleginnen vertreten, wenn auch anteilmäßig gesehen immer in viel zu geringer Zahl.

Bei Betrachtung der Lage der Arbeiterinnen z. B. der Gründung des Ver- bandes und der wirtschaftlichen, sittlichen und kulturellen Lage in heutiger Zeit wird uns klar, welch ungeheure Energie dazu gehörte, in vier Jahrzehnten so grundlegende Veränderungen im Leben der Arbeiterin zu schaffen. Es sei nur darauf hin- gewiesen, daß im Jahre 1890 noch keine gesetzliche Arbeitszeitregelung bestand. Es gab weder nennenswerten Arbeiterinnenschutz noch sonstige ausreichende Schutz- bestimmungen für die Arbeiterschaft. An Tarifvertrag, Urlaub, Betriebsratsgesetz, Arbeitslosenversicherung usw. war noch gar nicht zu denken. Das alles waren Forderungen des Verbandes und der übrigen Arbeiterorganisationen, an deren Er- füllung die Kolleginnen genau so großes Interesse hatten wie die Kollegen. Denn die Arbeiterinnen waren in den Betrieben bezüglich Entlohnung und Behandlung stets schlechter gestellt.

Die Erfolge des Verbandes haben aber auch ihre Wirkung auf die Entwicklung der Zahl der weiblichen Mitglieder gehabt. Die Statistik über die Mitglieder- bewegung in unserer Organisation führt seit 1896 die Zahlen der weiblichen Mitglieder getrennt und läßt demnach in unseren Betrachtungen eine anschauliche Übersicht über die Entwicklung der Zahl der weiblichen Mitglieder zu:

1896	1532	= 11,4 v. H.
1900	3578	= 11,2 v. H.
1905	5762	= 7,6 v. H.
1906	11 824	= 9,6 v. H.
1910	20 516	= 12,3 v. H.
1918	28 031	= 12,6 v. H.
1916	22 076	= 27,4 v. H.
1917	40 456	= 36,6 v. H.
1918	90 877	= 35,4 v. H.
1919	180 955	= 30,0 v. H.
1922	207 509	= 28,7 v. H.
1925	80 253	= 24,0 v. H.
1927	94 002	= 22,2 v. H.
1928	105 731	= 22,2 v. H.
1929	102 597	= 21,9 v. H.

Der größte Prozentanteil der Arbeiterinnen im Verbands entfällt auf das Jahr 1917. Das erklärt sich daraus, daß während des Krieges die Frauenarbeit immer größere Bedeutung gewann. In allen Industrien, selbst in der chemischen Großindustrie und in den Papierfabriken, verrichteten die Frauen und Mädchen vielerorts Männerarbeit ohne Rücksicht auf Leben und Gesundheit. Nach den amtlichen Krankenkassenstatistiken waren im Jahre 1917 in Deutschland überhaupt mehr Frauen beschäftigt als Männer. Aber trotzdem blieb die Zahl der organisierten Arbeiterinnen immer in einem großen Mißverhältnis zur Zahl der Beschäftigten. Als erfreuliches Zeichen darf allerdings erwähnt werden, daß gleich nach dem Kriege der Zustrom der Frauen zum Verbands nicht hinter dem der Männer zurückstand. Und mit Genugtuung und Freude kann man an die ersten Jahre nach dem Kriege zurückdenken, wie fast allerorts die Kolleginnen im Betriebe selbst daran achteten, daß keine unorganisierten Arbeiterinnen sich einschlichen und die Arbeitsverhältnisse verschlechterten.

Die Umwälzung auf staatspolitischem Gebiet, die verstärkte Tätigkeit der Ge- werkschaften auf wirtschafts- und kulturpolitischem Gebiet brachte ganz besonders den Arbeiterinnen Vorteile, auf die sie schon lange berechtigten Anspruch hatten. Im Jahre 1919 waren 196 448 Arbeiterinnen an Lohnbewegungen unseres Verbandes beteiligt. Die Bemühungen des Verbandes, die Frauenlöhne zu erhöhen und die Spanne zwischen Männer- und Frauenlöhnen zu verringern, hatten Erfolg. Während in der Zeit vor und während des Krieges der Lohn der Frauen durch- schnittlich nicht einmal 50 Prozent vom Lohn des Mannes betrug, ist er jetzt ge- liegen auf durchschnittlich 67 Prozent. Der Prozentsatz ist dort am niedrigsten, wo die Arbeiterinnen am schlechtesten organisiert sind.



Der Verband hat viel zum kulturellen Aufstieg und in der Entwicklung der Arbeiterinnenbewegung getan. Als Gleichberechtigte im öffentlichen Leben, als mitbestimmender Faktor in der Organisation trat die Arbeiterin immer mehr in die Erscheinung. Unsere Verbandschule, die staatlichen und örtlichen Bildungseinrichtungen stehen den Kolleginnen genau so offen wie den Kollegen, und manche tüchtige Funktionärin, die an den Bildungsveranstaltungen teilnahm, arbeitet heute im Betriebe an der weiteren Verstärkung der Organisation. Den besonders interessierten Kolleginnen liefert der Verband die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ gratis. Bereits 1645 Kolleginnen fungieren als Betriebsratsmitglieder, ungezählt die übrigen Kolleginnen, die als Kassiererinnen, Verwaltungsmitglieder und in sonstigen Funktionen tätig sind.

Zur Förderung und Belebung der Frauenagitation im Verbandsgebiet wurde am 1. Juli 1927 ein besonderes Arbeiterinnensekretariat beim Hauptvorstand errichtet, mit der Verfasserin dieser Zeilen als Sekretärin. Seitdem konnte in besonderen Frauenversammlungen, Frauenkonferenzen und -kursen zur Arbeiterinnenfrage in unserem Verbandsgebiet eingehender Stellung genommen werden. Die Tatsache und Wirkungsmöglichkeit des Sekretariats ist ein weiterer Fortschritt im Organisationsaufbau und -ausbau.

Auf den letzten Verbandstagen hat die Arbeiterinnenfrage schon wiederholt besondere Beachtung gefunden. So wurde auf dem Verbandstag 1922 in Frankfurt a. M. beschlossen, daß die Arbeiterin in den Tarifverträgen mit 18 Jahren als vollwertig gelten soll. Außerdem sollen bei Lohnabkommen für Frauen mindestens 80 Prozent der Männerlöhne gefordert werden. Natürlich sollte damit der allgemeine geltende Grundsatz der Gleichberechtigung nicht fallen gelassen, sondern mit mehr Nachdruck die Verringerung der Lohnspanne erreicht werden. Zur Frage Mutterschutz wurde ein Antrag angenommen, bei allen Tarifverhandlungen dahin zu wirken, daß folgende Bestimmungen mit in den Tarifvertrag aufgenommen werden: „Schwangeren Arbeiterinnen ist im Einverständnis mit der gesetzlichen Vertretung der Arbeiterchaft leichte körperliche und wenig gesundheitschädliche Arbeit zuzuwiesen. Schwangere Arbeiterinnen dürfen drei Monate vor und drei Monate nach ihrer Entbindung nicht entlassen werden, sofern ein Grund zur fristlosen Entlassung nicht vorliegt.“ Die heutigen gesetzlichen Bestimmungen reichen allerdings an dieses Verlangen noch nicht ganz heran. Deshalb muß weiter versucht werden, den Arbeiterinnenschutz soweit als möglich auszubauen und auch tariflich zu verankern.

Der Verbandstag in Hamburg 1928 nahm eine Entschließung einstimmig an, worin die stärkere Heranziehung der weiblichen Mitglieder zu den Verbandsfunktionen und zur Werbetätigkeit unter den Arbeiterinnen betont wird. Außerdem legte der Vorstand in Hamburg Wert darauf, daß die seit Bestehen des Arbeiterinnensekretariats eingeführten Frauenkonferenzen fortgesetzt werden.

Unsere Forderungen und grundsätzliche Ziele finden ihre Verwirklichung immer in dem Maße, wie die Kraft vorhanden ist, das Geforderte durchzusetzen.

Was die Bedeutung der Frauenerwerbsarbeit und die daraus sich ergebende Arbeiterinnenfrage als Ganzes betrifft, so seien hier zum Schluß wenige Worte unserer Vorkämpferin Luise Jieß unterstrichen, die aus dem Jahre 1916 stammen:

„Wir bedauern keineswegs die Revolutionierung der Frauenarbeit, die nur eine Seite jener wirtschaftstechnischen Entwicklung darstellt, die den Kapitalismus zum Siege führte. Wir bedauern und bekämpfen nur die Begleitumstände, unter denen diese Entwicklung sich vollzieht. (Lohndruck, Überlastung der Frau, Vernachlässigung der Kinderpflege und -erziehung, Vernachlässigung der Hauswirtschaft usw.) Sie (die Revolutionierung der Frauenarbeit) selbst begrüßen wir als kulturellen und geschichtlichen Fortschritt, der wesentlich dazu beiträgt, die Vorbedingungen für die Verwirklichung des Sozialismus zu vollenden.“

Das wollen wir ebenfalls beachten. Nur dadurch, daß wir bestrebt bleiben, das Klassenbewußtsein zu wecken und unsere Kolleginnen zur Teilnahme am Gewerkschaftskampf anzurufen, werden wir am besten und erfolgreichsten die sozialen Mißstände der heutigen Frauenerwerbsarbeit bekämpfen können.



Die ersten Anfänge.

Von Heinrich Marxens.

Die nichtgewerblichen Arbeiter waren kurz vor dem Ablauf des Sozialistengesetzes die letzten, die sich auf gewerkschaftlichem Gebiet eine Organisation schufen. Die Großindustrie, die sich in den 80er Jahren schnell entwickelt hatte, duldete mit wenigen Ausnahmen keine Arbeiterorganisationen. Das Spitzelwesen sorgte dafür, daß Kollegen, die für die Organisation zu wirken suchten, rücksichtslos gemahregelt wurden. Der Drang nach Organisation wurde auch bei den nichtgewerblichen Arbeitern immer stärker. Schon im Jahre 1889 entstand in Harburg eine Organisation

der Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen, die den Anschluß an den Zentralverband der Hand- und Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands fand, dessen Sitz in Barmen-Elberfeld war. Diese Organisation brachte es in der damaligen Zeit zu der höchsten Mitgliederzahl von etwa 600. Aber der Ueberstand und die Uneinigkeit in den eigenen Reihen zerstörten diese Organisation in kurzer Zeit wieder.

Als im Jahre 1889 das Sozialistengesetz in den letzten Zusätzen lag, kam auch unter den nichtgewerblichen Arbeitern in Harburg der Organisationsgedanke immer stärker zum Ausdruck. Angeregt durch die Gründung einer Organisation der Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen in Linden bei Hannover, gingen einige Kollegen von den Vereinigten Gummiwerkstätten aus Werh, um die Vorarbeiten für die Schaffung einer Organisation in Angriff zu nehmen. In einem Dachstuhl am Karuapp wurden die Pläne geschmiedet, und unter Heranziehung der Kollegen Weniger, Zimmermann, Bogisch und Marxens wurde vereinbart, zunächst eine öffentliche Versammlung einzuberufen, um den Kollegen die weiteren Maßnahmen mitzuteilen. Doch hier stieß man schon auf Schwierigkeiten, da ein Einberufer für die Versammlung schwer zu gewinnen war. Ein Kollege aus dem Betrieb wäre selbstverständlich sofort gemahregelt worden. Schließlich fand man den Kollegen Karl Hartmann, der auf dem Petroleumlager beschäftigt war und eine Mahregelung nicht zu befürchten hatte. Die erste Versammlung, in der die Gründung eines Lokalvereins vorgenommen wurde, fand am 21. November 1889 im Raulffschen Lokale statt. Die Versammlung war sehr stark besucht, so daß viele Personen keinen Einlaß mehr finden konnten. Es ließ sich sofort eine große Anzahl Kollegen in den Verein aufnehmen, so daß die Mitgliederzahl in kurzer Zeit weit über 1000 Personen betrug.

Viele Kollegen hatten erwartet, daß nunmehr gleich durchgreifende Verbesserungen überall eingeführt werden könnten. Damals fühlten die Kollegen, wie sie unter dem Druck der Ausbeutung zu leiden hatten, und alle hofften auf Erleichterung und Befreiung durch die Organisation. Schon im Jahre 1890 war die Zahl von 2000 Mitgliedern erreicht. Dieser Aufschwung sollte jedoch nicht von langer Dauer sein. Im März 1890 entstand ein Streik der Arbeiter der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft, der für die Organisation verhängnisvoll werden sollte. Die Arbeiter erhielten damals für die schwere und schmutzige Arbeit bei eifriger Arbeitszeit einen Tagelohn von 3 Mk. Es war daher verständlich, daß sie eine Lohnzulage, und zwar von 30 Pf. pro Tag, zu erreichen suchten. Die Forderung wurde natürlich abgelehnt, und als Antwort darauf wurden außerdem noch einige Kollegen gemahregelt. Hieraus flossen

98 Mann die Arbeit ein, die in einem vierwöchigen Kampf ihre Forderungen durchzusetzen versuchten. Leider war der Kassenbestand bald aufgebraucht, so daß um weitere Unterstützungen zahlen zu können, ein Extrabeitrag von 1,50 Mk. pro Mitglied erhoben werden sollte. Der Beschluß war wohl gefaßt, er konnte aber nicht durchgeführt werden, und so entstanden eine Menge Reibereien unter den Mitgliedern, was zur Folge hatte, daß eine große Anzahl ihren Austritt erklärte. Die Mitgliederzahl ging in einem Zeitraum von etwa einem Jahre von zirka 2000 auf 300 zurück.

Die Zentralorganisation.

Auf dem im Jahre 1890, am 29. Juni, in Hannover tagenden Kongress aller nicht-gewerblichen Arbeiter Deutschlands war auch Harburg durch den Kollegen Fritz Mumm vertreten.

In Harburg wurde gleich nach dem Kongress der Anschluß an den Zentralverband vollzogen. Es gab damals noch viele Kollegen, die einen Lokalverein für richtiger hielten, da man dann die vollen Beiträge am Orte behalten konnte. Diese Ansicht drang aber glücklicherweise nicht durch. Der hiesige Lokalverein trat mit einer Mitgliederzahl von 270 der Zentralorganisation bei, und auch der vorhandene Kassenbestand von 800 Mk. wurde dem Zentralverband in Hannover überwiesen. Damit hatten die Harburger Kollegen auch zugleich das Gründungskapital für den Zentralverband mit zur Verfügung gestellt, was allseitig mit Freuden begrüßt wurde. Die Schwierigkeiten und die Nachwehen aus dem Petroleumstreik machten sich in Harburg aber immer wieder bemerkbar, so daß mit einem Fortschritt der Organisation nicht zu rechnen war. Erst gegen Ende des Jahres 1892 hatte die Zahlstelle wieder 300 Mitglieder. Der wirtschaftliche Niedergang und die damit verbundene Arbeitslosigkeit erschwerten die Organisationsarbeit, obwohl die besten und tüchtigsten Kollegen sich keine Mühe und Opfer verdrießen ließen. Die Hauptarbeit mußte durch Hausagitation betrieben werden. Die Hausagitation war damals in Harburg von großem Erfolg, so daß an einem Sonntag etwa 500 Mitglieder gewonnen werden konnten. Die Mitgliederzahl, die bis zum 4. Quartal 1893 nur 472 betrug, war somit auf 930 angewachsen. Nunmehr stellten sich schwierige Kämpfe ein. Bei dem Versuch, die Löhne ein wenig aufzubessern, kam es wiederholt zu großen Streiks. Bei den meisten Lohnkämpfen wurden geringe Lohnerhöhungen durchgesetzt. Die Organisation hatte damit an Macht und Einfluß gewonnen, so daß auf einzelnen Arbeitsplätzen auch Lohnerhöhungen ohne einen Kampf durchgesetzt werden konnten. Die Organisation hatte nach diesen Kämpfen eine erhebliche Mitgliederzunahme. Am 1. April 1896 wurde ein Mitgliederbestand von 2400 gezählt.

Eine solche gewaltige Erstarkung der Organisation schien den Unternehmern und Behörden aber sehr bald bedenklich. Es wurde deshalb nach einem Mittel gesucht, um die Organisation zurückzuschlagen. Einige Vorträge in Versammlungen sollten den Beweis erbringen, daß der Verband sich mit Politik befaßt habe. Da der Zahlstelle auch Frauen angehörten, die nach dem preussischen Vereinsgesetz sich nicht an politischen Vereinen beteiligen durften, erfolgte die Auflösung des Vereins. Um den richtigen Vorwand zu schaffen, hatte man behauptet, daß durch die Vorträge, die in dem Verein gehalten wurden, Politik getrieben worden sei. Dieser Vorwand mußte dann dazu dienen, eine Auflösung des Vereins vorzunehmen. Doch diese erwies sich als ein Schlag ins Wasser, denn für solche Fälle hatte der Hauptvorstand ein fertiges Rezept, wonach alle Mitglieder als Einzelmittglieder des Verbandes betrachtet wurden. Die Mitgliedsbeiträge wurden weiter einkassiert, und auch Versammlungen wurden abgehalten, so daß die Polizei ein recht verdächtiges Gesicht machte. Man konnte es nicht verstehen, daß bei Schließung des Vereins die Mitglieder als Einzelmittglieder des Verbandes ihre Beiträge weiter entrichten konnten. Der damalige Polizeidirektor ließ den Vorstehenden auf sein Büro kommen und tat ganz verwundert, daß man Einzelmittglied des Verbandes sein könne. Und da man bekanntlich Einzelmittglieder nicht auflösen konnte, so mußte man gute Miene zum bösen Spiel machen. Nur das eine wollte dem Polizeidirektor nicht in den Sinn, daß der frühere Bevollmächtigte das Einkassieren der Beiträge weiter besorgte. Doch auch damit hat er sich schließlich abgefunden. In der Gerichtsverhandlung, die später stattfand, wurde der Vorstehende zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil er nach Ansicht des Gerichts geduldet hatte, daß Erörterungen über politische Angelegenheiten stattgefunden hätten. Der vorläufigen Schließung wurde aber vom Gericht nicht stattgegeben. Der Staatsanwalt legte gegen das Urteil Berufung ein, die aber später zurückgenommen wurde, worauf die Schließung des Vereins vom Landgericht in Stade aufgehoben wurde. Um allen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, wurde zur Neugründung einer Zahlstelle geschritten.

Der Verbandstag in Harburg.

Obwohl die Zahlstelle geschlossen war, hatte der Vorstand in Hannover es sich nicht nehmen lassen, den Verbandstag am 2. August 1896 in Harburg abzuhalten. Das war für die Harburger Kollegen ein erhebendes Moment, was sicher dazu beigetragen hat, daß die Organisation ein gutes Stück vorwärts gebracht worden ist. Zu Ehren der Delegierten hatten die Harburger Kollegen auch für eine Stunde der Freude und Erholung gesorgt. Das Fest fand im Raulffschen Lokale statt, wobei die Liedertafel „Sängerbund“ es verstand, dem Fest die richtige Weihe zu geben. Die Festrede hielt Kollege Brey, der als Thema gewählt hatte: „Und sie bewegt sich doch.“ Treffender konnte damals die Situation nicht gezeichnet werden. Die Organisation war scheinbar tot, aber sie erstreckte sich einer prächtigen Entwicklung. Die Ausführungen des Kollegen Brey lösten eine große Begeisterung aus.

In den nun folgenden Jahren von 1896 bis 1899 blieb der Mitgliederbestand fest und hielt sich immer über 2000. So hat die Zahlstelle Harburg aus kleinen Anfängen sich zu einer mächtigen Organisation entwickelt. Heute zählt die Zahlstelle über 7500 Mitglieder und ist auch finanziell gut gerüstet. Einen solchen Fortschritt haben die Gründer niemals erwarten können.

Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiter haben Großes geleistet. Aus diesen Erfolgen werden die Kollegen stets neuen Mut und neue Begeisterung schöpfen. Viel Unverstand ist noch zu bekämpfen, aber die großen Erfolge und der feste Glaube an die Zukunft werden uns stets neue Kraft geben und den Verband zu weiteren Erfolgen führen.

Die Gewerkschaftsbewegung ist heute die beste Waffe gegen Unterdrückung und Unfreiheit. Daß sie immer mehr an Macht und Einfluß gewinnen möge, ist mein Wunsch zum heutigen vierzigsten Gründungstag des Verbandes.

Der Dichter.

Ich dicke nicht nur für den Mai;
Ich denk' auch an den Winter,
wo frieren arme Kinder;
Ja, hohe Herren, ich bin so frei.

Hoh! so lacht der reiche Mann,
und wird es jemand frieren,
so muß er es doch spüren;
dann zieht er Pelz und Mantel an.

Ist einer alt an Jahren,
und geht das Laufen ihm gar schwer,
so stört er sichlich den Verkehr
und soll doch Auto fahren.

Der dort, der fahrende Gesell,
dem ist die Welt doch schmutzig;
er schmauft die Bettelstuppe;
das Nachtschlaf ist sein Hofel. L. D.



Unsere 16 Gauen in der Verbandsgeschichte.

Gau 1. Hannover.

Von Willi Scheinhardt.

Wir wollen nicht die Geschichte der letzten 200 bis 300 Jahre ausgraben. Aber doch möchten wir bei dieser Gelegenheit folgende Notiz unseren Kolleginnen und Kollegen nicht vorenthalten:

„Schon damals wird darüber geklagt, daß die Leute kein Holz hauen wollen, weil sie auf den Flüssen und bei Wegearbeiten guten Verdienst finden. Die königliche und kurfürstliche Kammer hat zwar in diesem Jahre 30 Holzhauer aus dem Harz nach den Untermündischen Forsten (Hann.-Münden) bringen lassen, aber ohne Erfolg; die Leute haben nach wenigen Tagen die Arbeit verlassen. Sie haben angegeben, die Untertanen läßen sie mit sehr scheelen Augen an; außerdem seien sie trotz des hohen Lohnes bei dem doppelten Haushalt nicht auf ihre Kosten gekommen.“

Der oben kurz angeführte Bericht stammt aus der Zeit, als das 19. Jahrhundert anbrach. In jener Zeit drehte sich langsam im Schatten der mittelalterlichen Zünfte das Wirtschaftsleben in unserem heutigen Gauegebiet. Das Handwerk beherrschte das gewerbliche Leben. Wie überall, so war auch bei uns noch der ungelernete Arbeiter Schubkarrenschieber, Lastenträger, Knecht oder Tagelöhner.

Aber bald wurde es lebendig. Ob in Hannover, Braunschweig oder Lippe, überall sahen wir die gleiche Erscheinung: Verfall des selbständigen Handwerks, Entwicklung zur Industrie. Der einst selbständige Leineweber in Lippe wurde Wanderarbeiter. Er ging Ziegeleien. — In Bomlitz begann man bereits 1815 mit der Herstellung von Schwarzpulver. 1835 entstand die erste mechanische Baumwollweberei unseres Wirtschaftsgebietes in Linden. Zu gleicher Zeit waren schon neun Glashütten vorhanden, darunter die „Glashütte zum Steinkrug“ sowie die Spiegelglasfabrik in Umetzth. Georg Eggestorff gründete 1832 die Saline Georgenhall, wenige Jahre später eine chemische Fabrik. Reges industrielles Leben entfaltete sich in dem kleinen Harzstädtchen Osterode. 1840 begann man in Braunschweig mit der Konservierung des Spargels. 1862 wurde in Hannover die Gummiwarenfabrik Excellor gegründet, neun Jahre später die Continental. Stürmisch war die Entwicklung der Industrie unserer Heimat von 1870 bis zum Ausbruch des Weltkrieges. In dieser Zeit entsteht die Kaliindustrie. Die Nachkriegszeit setzte mit einer starken Konzentrationsbewegung der Industrie ein. Das Zustandekommen des Gummitrustes unter Führung der Continental und die Interessenkämpfe in der Kaliindustrie sind in dieser Richtung die wichtigsten Erscheinungen.

Die Industrie unseres Gauegebietes hat eine glänzende Entwicklung durchgemacht. Trostlos dagegen war die Lage der Arbeiter, insbesondere die der Ungelernten. Wie der Lohn der Arbeiterinnen und Arbeiter in den Betrieben der chemischen Fabriken oder in den Papierfabriken in den 40er oder 50er Jahren des vergangenen Jahrhunderts war, darüber fehlt uns jeder Nachweis. 1870/71 soll der Tagelohn für Arbeiter in Hannover und Umgegend 1,50 bis 2 Mk. betragen haben. Aus den 80er Jahren liegen uns ganz bestimmte Nachrichten über die Höhe des Lohnes vor. Der Stundenlohn für den vollwertigen Arbeiter betrug in Hannover und Umgebung 20 bis 23 Pf., für die Arbeiterin 9 oder 10 Pf. Zu gleicher Zeit verdiente der Arbeiter in Celle 14 bis 18 Pf. pro Stunde. Dort, wo der Arbeiter nach Stunden entlohnt wurde, war bereits ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen. Betriebe, im ländlichen Gebiet gelegen, entlohnten noch im Tagelohn. Für eine elf- bis zwölfstündige Arbeitszeit wurde in Göttingen ein Tagelohn von 1,60 bis 2 Mk. gezahlt. Die Akkordarbeiter hatten keine Ahnung von der Berechnung ihres Verdienstes. Je nach der Leistung des einzelnen Arbeiters setzte der Werkmeister am Schluß der Lohnperiode den Akkordpreis fest. Die Arbeiter wurden verdrängt. Neben dieser Verdrängung gab es aber noch vieles andere, das die Arbeiterchaft zur Empörung brachte. Aus Braunschweig wird berichtet, daß in einem mittleren Betriebe in einem einzigen Jahre von der Arbeiterchaft 1100 Mk. Strafe gezahlt werden mußten. Die gleichen Klagen und Beschwerden hören wir aus Kleefeld, Hannover, Linden und anderen Orten.

Die Entwicklung der Industrie brachte es mit sich, daß in unserem Bezirke rechtzeitig die Arbeiterchaft ihre Interessen wahren mußte. Zunächst geschah dieses durch Zusammenschlüsse in örtliche Vereine. In Hannover, Braunschweig und Wolfenbüttel scheint allerdings die Genossenschaft der Manufaktur-Fabrik- und Handarbeiter bereits 1869 Mitglieder gehabt zu haben. 1868 waren aus unserem Gaubezirk auf dem allgemeinen Arbeiterkongreß folgende Orte vertreten: Hannover, Braunschweig, Osterode, Wolfenbüttel, Minden i. W., Einbeck und Lemgo. Die Delegierten dieser Orte vertraten insgesamt 2900 Fabrikarbeiter.

Die Arbeiterchaft fing an, ihre soziale Lage zu kritisieren. Diese Bewegung wurde plötzlich unterbrochen durch das Bismarcksche Sozialistengesetz. Da die Abhaltung von Versammlungen nicht gestattet war, fanden sich die hannoverschen Kollegen in der sogenannten „Lorskiste“ zusammen. In der Lorskiste gab es Flaschenbier. Von den Gummiarbeitern wurde in diesem Lokal recht lebhaft der Plan diskutiert, einen Gummiarbeiterverein zu gründen, der sich später über ganz Deutschland erstrecken sollte. Aber aus der Sache wurde nichts. Dieser Plan stieß bei allen Arbeitskollegen, die nicht in der Gummiindustrie beschäftigt waren, auf Widerspruch, und außerdem war die stärkste Persönlichkeit, August Lohrberg, für eine solche Sache nicht zu haben. Unter der Führung des Kollegen Lohrberg wurde im Sommer 1889 in Hannover der Verein zur Wahrnehmung der Interessen der Fabrikarbeiter und sonstigen nichtgewerblichen Arbeiter gegründet. In Braunschweig war ein ähnlicher Verein unter der Führung von Fris Ohlendorf zustande gekommen. Weitere lose Vereinigungen für Fabrikarbeiter bestanden in Verden, Celle, Bielefeld, Ilzen und Herford. Der Gedanke des Zusammenschlusses hatte auch bei den Fabrikarbeitern gefiegt.

Der Gedanke, einen Verband für die Fabrikarbeiter zu schaffen als zentrale Organisation, ging von den Kollegen in Hannover aus. Lohrberg berief im Auftrage des Lokalvereins Hannover zum 28. Juli 1890 einen Kongreß aller nichtgewerblichen Arbeiter Deutschlands ein. Aus 13 Orten waren Delegierte aus unserem Gauegebiet erschienen: Alfeld, Braunschweig, Döhren, Göttingen, Hannover, Hameln, Limmer, Linden, Osterode, Peine, Ricklingen, Ilzen, Verden. Die Braunschweiger Kollegen, unter Führung von Ohlendorf, sowie der Delegierte aus Ilzen sprachen sich gegen eine Zentralorganisation aus. Der Kongreß entschied sich aber für den Verband auf zentraler Grundlage.

Schon in den ersten Jahren kam es zu Lohnkämpfen in Braunschweig und in Celle. In Braunschweig endete der Kampf mit einem Erfolg. In Celle war die Organisation noch nicht stark genug, um zu siegen. Unternehmer, Staat und Polizei verlegten sich jetzt auf die Bekämpfung unseres Verbandes. Die Zahlstelle Hannover wurde als politischer Verein erklärt und aufgelöst. In Eschershausen händigte die Polizei die Mitgliederliste, die von ihr eingefordert war, dem Kriegerverein (Hies. Unternehmer) aus. Aber alles half nichts; wir wurden größer und stärker. 1902 hatten wir im Gau 18 Zahlstellen mit 1608 Mitgliedern. Das war zunächst nicht welterschütternd; aber schon das Auftreten als organisierte Macht schaffte für unsere Kollegen Vorteile. Das wichtigste war zunächst, daß mehr als 1000 Arbeitskollegen stündlich und täglich für unsere Idee in den Betrieben wirkten. Der Erfolg blieb nicht aus. Am Schluß des Jahres 1906 hatten wir innerhalb unseres Gaues 18 000 Mitglieder. Hannover und Braunschweig waren die führenden Zahlstellen. Der Zahlstelle Braunschweig war es auf Grund des guten Organisationsverhältnisses möglich, bereits im Jahre 1904 für die dortige Konservenindustrie einen Tarifvertrag abzuschließen. Als erste Zahlstelle im Gau stellte Hannover

den Kollegen Onken als besoldeten Funktionär an. Zwei Jahre später wurde Kollege Otto Contentius angestellt, der heute noch Vorsitzender der Zahlstelle Hannover ist.

Um die Agitation zu befördern, wurden im Jahre 1898 ehrenamtliche Gauvorstände eingesetzt. Dem ersten Gauvorstand im Gau 1 gehörte damals auch Kollege Stender an. August Stender ist heute noch Mitglied des Gauvorstandes. 1904 wurde Kollege Ernst Grohmann aus Hilbesheim als besoldeter Gauleiter mit dem Sitz in Magdeburg angestellt. Vom Gau 1 wurde folgendes Gebiet bearbeitet: Provinz Hannover (mit Ausschluß des nördlichen Teiles), Provinz Sachsen sowie Anhalt, Braunschweig und Lippe. 1907 hatten wir im obengenannten Gauegebiet 26 489 Mitglieder. Im selben Jahre wurde der Sitz des Gaues von Magdeburg wieder nach Hannover verlegt. Die ständige Zunahme der Arbeit innerhalb des umfangreichen Gauegebietes veranlaßten den Hauptvorstand, im Jahre 1909 Kollegen Karl Brander als zweiten Gauleiter für den Gau 1 anzustellen. 1911 wurde der Gau 1 aufgeteilt; es verblieb folgendes Agitationsgebiet: Provinz Hannover (mit Ausnahme des nördlichen Teiles), der jetzige Freistaat Braunschweig, Lippe und der Regierungsbezirk Minden der Provinz Westfalen. Die Provinzen Sachsen und Anhalt wurden Gau 2. Kollege Grohmann ging als Gauleiter des Gaues 2 nach Magdeburg. In Hannover blieb Kollege Brander. Während des Krieges wurde der Gau von den Kollegen des Hauptvorstandes mit verwaltet. 1919 kam Kollege Senkfeil aus Schönebeck nach Hannover als Gauleiter. Als Kollege Senkfeil später die Branchenleitung „Nahrungsmittel“ übernahm, wurde Kollege Heinrich Pröhl Gauleiter. Heinrich Pröhl starb im August 1924. Wilhelm Meißner war von Anfang 1920 bis zum Beginn des Jahres 1924 in der Gauleitung tätig. Kollege W. Haberhauße ist seit Oktober 1919 und Kollege W. Scheinhardt seit August 1924 Gauleiter im Gau 1.

Infolge der Stärke des Verbandes war es möglich, einen starken Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auszuüben. 1907 kam es in der Gipsindustrie in Stadtdendorf zu heftigen Differenzen wegen der Regelung des Lohnes und der Arbeitsbedingungen. Die Unternehmer verweigerten eine Lohnerhöhung. Aus diesem Grunde traten die Kollegen in den Streik. Dieser dauerte sieben Wochen und endete mit einem Erfolg für uns. Zur Arbeitseinstellung kam es im gleichen Jahre in der Lederfabrik in Celle.

Am Vorabend des Weltkrieges war der Mitgliederbestand 16 452. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten wir wichtige Fortschritte auf dem Gebiete der Tarifbewegung und Arbeitszeitverkürzung gemacht. Von der 14- und 15stündigen Arbeitszeit von einst sind wir durch unser Wirken zur zehnstündigen gekommen. — Der Krieg löste innerhalb unseres Bezirkes genau dieselben Erscheinungen aus wie in allen übrigen Bezirken des Reiches. Mit dem Ende des Weltkrieges veränderte sich die Situation grundlegend. 1922 erreichten wir die Mitgliederzahl von 61 000. Für die Papier-, chemische, Ziegel- und Kaliindustrie, für die Hüttenbetriebe und viele einzelne Betriebe konnten wir Tarifverträge schaffen. — Vieles, was in dieser Zeit in zähem Kampfe im Interesse unserer Kollegen erreicht wurde, verschwand wieder im Rachen der Inflation. Die Kaliindustriellen schlugen aus der Not der Arbeiter Kapital. Trotzdem ein Tarifvertrag bestand, der die Arbeitszeit regelte, führten sie unter Bruch des Vertrages innerhalb unseres Bezirkes Anfang 1924 die zehn- und zwölfstündige Arbeitszeit ein. In anderen Industrien wurden dieselben Versuche gemacht. Mit Erfolg wehrten wir die Angriffe ab. Bis zum Jahre 1925 konnten wir in allen Industriegruppen die achtfündige Arbeitszeit wiederherstellen.

Durch die Inflation war der Arbeitslohn sehr stark entwertet. Anfang des Jahres 1924 hatten wir Stundenlöhne von 30 bis 35 Pf. Um die Vorgegestaltung entwickeln sich heftige Kämpfe. Hierbei wurden Industriegruppen hineingezogen, die bisher einen Streik noch nicht kannten. Hier und dort gab es Niederlagen für uns. Aber in den größten und auch entscheidendsten Kämpfen ging unsere Kollegenchaft als Sieger hervor.

Obwohl wir heute in einer anderen Zeit leben, im Vergleich zur Vorkriegszeit, gibt es doch noch eine Reihe von Arbeitgebern, die eine Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Tarifvertrag nicht wünscht. An der Spitze dieser Arbeitgeber innerhalb unseres Gaues dürfte die Firma Winkelmann in Wieselhede stehen. Auf eine Eingabe zwecks Regelung der Löhne teilte sie 1928 folgendes mit:

„An den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Sitz Hannover, Hannover.“

Wir empfangen Ihr Einschreiben vom 17. d. M. und erwidern Ihnen darauf, daß wir es auf das entschiedenste ablehnen, mit Ihnen in Verhandlungen über die Regelung unserer Löhne einzutreten.

Hochachtungsvoll!
Norddeutsches Honig- und Wachswerk, G. m. b. H.
Winkelmann.“

Trotzdem konnten wir unseren Willen durchsetzen und in kurzer Zeit den dort beschäftigten Kollegen eine Lohnerhöhung von 14 Pf. pro Stunde verschaffen.

Frühzeitig setzte in unserem Bezirke die Rationalisierung ein. Durch die Betriebsstillegungen in der Kaliindustrie wurden blühende Industriedörfer vernichtet. Wir erinnern an Groß-Rhäden, Eime, Grehem-Bächten. In den letzten beiden Jahren sind weitere 39 Betriebe mit zirka 2000 Beschäftigten stillgelegt. Große Stilllegungen vollzogen sich infolge des Zustandekommens des Flaschensyndikats in der Glasindustrie. Massenentlassungen hat die Rationalisierung in der Gummi- und chemischen Industrie zur Folge gehabt. Durch diese Maßnahmen wurden in den letzten beiden Jahren 8000 unserer Arbeitskollegen aus dem Produktionsprozeß herausgeworfen.

Die Zementfabrik in Hardegsen lag mehrere Monate still. Bei Wiedereröffnung des Betriebes mußte jeder Arbeiter die Beitrittserklärung zum gelben Werkverein unterschreiben. Aus der Not der Ärmsten schlägt man Kapital.

Die Kirch-Dunckerische Gewerkschaftsbewegung hat in unserem Bezirk keine Bedeutung. Der Christliche Fabrik- und Transportarbeiterverband ist recht schwach. Soweit sich dessen Agitationsgebiet mit dem unseres Gaues deckt, dürfte seine Mitgliederzahl im höchsten Fall zur Zeit 2000 betragen. Im Gau 1 haben wir zur Zeit 40 500 Mitglieder. Innerhalb unseres Wirtschaftsgebietes sind wir neben dem Deutschen Metallarbeiterverband die stärkste Arbeitnehmerorganisation.

40 Jahre haben Tausende unserer Funktionäre unermüdlich gekämpft für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und zur Befreiung der menschlichen Arbeitskraft aus den Krallen des Kapitalismus. Dieser Kampf geht weiter. Wir rufen heute noch, wie vor 40 Jahren, unseren Arbeitskolleginnen und -kollegen zu:
Wacht auf, Verdammte dieser Erde!

Gau 2. Magdeburg.

Von Karl Lolski.

Eine Reihe von Zahlstellen wurde in den Jahren 1896 und 1897 gegründet.

Da in den damaligen Jahren das Agitationsgebiet nicht so streng abgegrenzt war wie heute und weil damals die ungelerneten Arbeiter in manchen Fachverbänden nicht aufgenommen wurden, suchten die ungelerneten Arbeiter, sich selbst eine Organisation zu gründen.

Innerhalb des heutigen Gauegebietes wurde im April 1890 der erste Verein der ungelerneten Arbeiter in Halle an der Saale gegründet unter dem Namen: „Verein zur Wahrung der Interessen der Fabrik- und sonstigen ungelerneten Arbeiter“. Die Zahl der Mitglieder betrug 60, aber nach 1 1/2jährigem Bestehen wurde der Verein polizeilich aufgelöst.



Am 29. August 1897 wurde die Zahlstelle Halle a. d. Saale gegründet. Der Kollege Oskar Löffler, einer der Gründer der Zahlstelle, kämpft heute noch in unserem Verbands.



Heinrich Rohne.

Die Polizei machte unserem Verband viele Schwierigkeiten. Kartelle und Gewerkschaften wurden als politische Vereine erklärt. Um der Polizei ein Schnippchen zu schlagen, wurden nacheinander 7, 9, 13, und sogar 25 Versammlungen an einem Tage abgehalten.

Die Zahlstelle Magdeburg wurde im November 1896 vom Kollegen Jänicke (Halberstadt) gegründet. Bei dieser Gelegenheit sei auch eines Mitbegründers der Zahlstelle Magdeburg gedacht, des Kollegen Heinrich Rohne.

Der Kollege Heinrich Rohne war nicht nur Mitgründer unserer Zahlstelle Magdeburg, sondern auch Gründer der „Volksstimme“ und des Sozialdemokratischen Vereins. Kollege Rohne, auch der „lange Heinrich“ genannt, gehört noch heute dem Gauvorstand an. Auf ihn sind wir besonders stolz.

Ausgangs der 90er Jahre hatten sich die Kollegen in Paryz zusammengeschlossen. Dieser Zusammenschluß paßte den Unternehmern nicht. Alle Schikanen mußte die Arbeiterschaft über sich ergehen lassen. Sogar ein Weg, den die Arbeiter benutzten, um früher zur oder von der Arbeitsstelle nach Hause zu kommen, wurde ihnen verboten und zum Privatweg erklärt. Durch diese Maßnahme entstand eine große Empörung unter der arbeitenden Bevölkerung am Orte. Die Zahlstellenleitung in Magdeburg wurde dringend gebeten, sofort einen Redner nach Paryz zu schicken, um die Angelegenheit in Ordnung zu bringen. Der für diese Mission bestimmte Kollege bekam den Auftrag zur Ordnung der Angelegenheit nach seiner Arbeitsstelle geschickt. Der „lange Heinrich“ schwang sich sofort auf sein Fahrrad (Paryz liegt zirka 40 Kilometer von Magdeburg entfernt) und hat dort die öffentliche Versammlung abgehalten, um die Sache zu regeln.

Als erster ehrenamtlicher Gauleiter wurde Kollege Gottlieb Panické gewählt (ist bereits seit Jahren tot). Der Kollege Panické hat mehrere neue Zahlstellen gegründet. Als Redner in den Versammlungen trat er nur in seinem unverfälschten Magdeburger Platt auf. Da unser Verband auch die Landarbeiter zu organisieren hatte und die Land- und Industriearbeiter in Magdeburg und Umgegend in ihrer Muttersprache fast nur Platt sprachen, war Panické ein gern gesehener Redner. Es kam auch vor, daß Panické und seine Freunde aus der Versammlung flüchten mußten, besonders wenn die Agrarier ihre Arbeiter in Gasthöfen mit Schnaps und Bier traktiert hatten und geschlossen zu unseren Versammlungen kamen.

Nach kurzem Bestehen unserer Zahlstelle in Magdeburg konnten wir für die Hilfsarbeiter in der Metallindustrie einen Streik mit Erfolg durchführen.

Etwas anders gestaltete sich der Abwehrstreik bei der Firma Pfeifer & Schmidt in Magdeburg. Eine Anzahl Italiener wurden als Streikbrecher herangeholt. Die Neuschäbter waren neugierig auf den neuen Zug, und als die Streikbrecher per Omnibus von der Bahn abgeholt wurden, geschah das Malheur, daß der Wagen umkippte. Dieser Vorgang war ein Grund zum Eingreifen für die Polizei, um mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Streikenden vorzugehen. Trotz alledem mußte die Werksleitung sich zu Verhandlungen bereitwillig stellen. Kollege August Brey und der jetzige Oberbürgermeister Genosse Weims (Magdeburg) waren die Verhandlungsleiter. Es gelang nach schwieriger Verhandlung, zu erreichen, daß die Italiener auf Kosten der Werksleitung abgeschoben wurden und der Abwehrstreik dadurch zugunsten der Kollegen entschieden wurde.

Die Zahlstelle Magdeburg war die erste Zahlstelle im Gau, die einen Geschäftsführer anstellte. Leider muß gesagt werden, daß die Mitglieder mit dem ersten und auch später mit dem zweiten Geschäftsführer Fiasko erlitten haben. Die Anforderungen an die Verbandsfunktionäre wurden immer stärker, deshalb wurde im November 1904 der Kollege Ernst Großmann als besoldeter Gauleiter mit dem Sitz in Magdeburg angestellt. Es war damals eine schwierige Aufgabe für den Kollegen Großmann, das Verbandsschifflein in die richtige Bahn zu lenken und dabei den Verband immer mehr auszubauen. Das ist dem Kollegen Großmann in seiner langjährigen Tätigkeit als Gauleiter in vollstem Maße gelungen. Aber nicht nur als Verbands-, auch als Parteifunktionär hat er seine Schuldigkeit getan, denn die Partei hatte den Kollegen Großmann als Reichstagskandidaten für den Kreis Gardelegen aufgestellt. Seit Mai 1920 ist der Kollege Großmann als Sekretär beim Hauptvorstand tätig.

Nachdem der Kollege Großmann den Boden gut vorbereitet hatte, konnte die Zahlstelle Magdeburg im Jahre 1905 den Kollegen Otto Frenzel als Geschäftsführer anstellen.

Einige Jahre später folgten weitere Zahlstellen im Gau mit der Anstellung von Kollegen zur Erledigung der laufenden Verbandsgeschäfte. Seit dieser Zeit hat der Verband ein stetes Wachstum aufzuweisen; trotz Willkür der Arbeitgeber im Bunde mit der Polizei. Jede Versammlung, und wenn es eine Betriebsversammlung war, mußte polizeilich angemeldet werden. Aus nichtigen Gründen wurden Versammlungen verboten. Lokale standen kaum zur Verfügung, so daß sehr oft die Versammlungen unter freiem Himmel abgehalten werden mußten.

Unsere Mitglieder mußten damals polizeilich an- und abgemeldet werden. Hatte der Besoldungsfähige eine Abmeldung versäumt, dann gab es ein Strafmandat.

Unser Verbandsstil zeigt die Schwierigkeiten, unter welcher die Verbandsmitglieder, insbesondere die Funktionäre, in der Vorkriegszeit zu leiden hatten.

Es soll hier noch der vielen Funktionäre gedacht werden, die nicht alle namentlich aufgeführt werden können, die ihre ganze Kraft der Arbeiterbewegung gewidmet haben.

Von den nach Laufenden zählenden Verbandsmitgliedern, die zum Kriegsdienst eingezogen wurden, waren viele besoldete und nicht besoldete Funktionäre unseres Verbandes. Ersatz zu schaffen für die Funktionäre, war mitunter recht schwer, teilweise unmöglich. Es muß darüber anerkannt werden, daß die Frauen der Funktionäre in die Bresche sprangen und die Verbandsgeschäfte weiterführten. Dieses Amt war für die Frauen doppelt schwer, da zu berücksichtigen war, daß sie noch für die Familie sorgen mußten und außerdem die stete Sorge: Wird der Mann wieder gesund oder wird er überhaupt aus dem Kriege zurückkehren? Es ist den Frauen zu danken, daß manche Zahlstelle nicht eingegangen ist und den Mitgliedern ihre alten erworbenen Rechte erhalten blieben.

Nach dem Kriege setzte ein harter Zulauf zum Verbands ein. Die Zahlstellen wurden weiter ausgebaut. So konnte der Laufgedanke in die Wirklichkeit umgesetzt werden und alle Industrien wurden die Arbeits- und Lohnbedingungen färslich geregelt. Im Vorteil, den die Arbeiterschaft davon hat, wird leider von einem Teil der Arbeitnehmer noch nicht voll gewürdigt.

Am Schluß des Jahres 1929 hatten wir in unserem Gau 49 Zahlstellen mit 32 083 männlichen und 5470 weiblichen Mitgliedern, zusammen 37 553 Mitgliedern.

Dem Gauvorstand gehören die Kollegen:

Otto Frenzel, Kurt Lücke, Heinrich Rohne und Max Neubert an. Die vorstehend aufgeführten Kollegen haben bereits seit Jahren ihr 25jähriges Verbandsjubiläum gefeiert. In der Gauleitung sind zwei angestellte Kollegen und eine Kollegin beschäftigt.

Unser Wachtel

Ein Bau liegt auf uns Not und Noth, Kom aus dem Nichts und wurde Noth. Er wuchs durch unsern Jahr und mehr, Ein Bau für Gott! Und Gott schenkt her. Und immer weiter, durchdrungen heiß, Stumpf gahnen aus der Acker Kreis. Und jede Scholle arbeitsvoll Späht, daß sie endlich fruchtbar soll.

Es naht der Tag, er naht gewiß, Wo der Pflug ins letzte Weidfeld bis. Denn daß der letzte schlechte Stein, Hat alles Land mit Ackerland sein. Den Tag an den Pflug! Und Lob der Frau! Unser Wachtel heißt: Organisation! Kampfeins, so zwingen wir schon. Franz Wiedrich.



Gau 3, Berlin.

Von Hans Kohl.

Im Gau 3 ist Berlin ein Wirtschaftszentrum von ungeheurem Ausmaße. Die hier zusammengehaltenen Produktionsmittel und -anlagen sind gigantisch. Die Haupteinnahme konzentriert sich hier gleichfalls, und diese doch auf einem immerhin engen Raum zusammengeballten Kräfte bestimmen auch zum guten Teil den Lebensrhythmus und das Arbeitstempo dieser Stadt der Arbeit. Daß das geistige Leben Berlins von diesen Kräften nicht unbeeinflusst bleibt, ist selbstverständlich. Dem Fremden mag Berlin als eine Stadt des Vergnügens erscheinen — er steht schließlich die Brennpunkte des Verkehrs und den Kurfürstendamm. Wer Berlin näher kennt, der weiß, daß für den Einheimischen und dazu insbesondere für die arbeitende Klasse Berlin alles andere ist, nur keine Stadt des Vergnügens. Der übrige Teil der Provinz Brandenburg hat keine einheimische Gliederung.

In der Niederlausitz und im Kottbusser Gebiet entwickelte während des Krieges und in der Nachkriegszeit die dortige Industrie starke Kräfte. Eines der bedeutendsten Aluminiumwerke in Deutschland, das Lautawerk, ist eine Schöpfung der Kriegszeit. Westlich von Berlin entstand während des Krieges die Pulverfabrik in Premnitz. Infolge der Auffassung von Köln-Kottweil durch die J.-G. Farbenindustrie wurde Premnitz zu einer modernen Kunstseidefabrik ausgebaut. Rings um Berlin liegt eine große Menge von Ziegeleien, deren Jahresproduktion nicht weit von einer Milliarde Steinen entfernt sein dürfte.

Die für unsere Organisation bedeutendsten Industrien im Gau 3 sind die chemische Industrie und die Industrie der Steine und Erden. Außerdem sind im Gau 3 noch Papier-, Konserven-, Zucker-, Mühlen-, Stärke- und noch sonst eine Anzahl kleinerer Industrien vorhanden.

Daß die ersten Anfänge der Organisation in Berlin waren, ist erklärlich. Die Chemiarbeiter fanden sich in einem Verein „Hoffnung“ zusammen, dessen Betätigung mehr geselliger als gewerkschaftlicher Art war. Die Gummiarbeiter Berlins hatten sich zu einem „Verein der Gummiarbeiter“ zusammengeschlossen, der in erster Linie als Unterfütterungsverein gedacht war. Dieser Verein versuchte später auch gewerkschaftliche Probleme zu lösen. In Berlin bestand dann noch ein Arbeiter- und Arbeiterinnenverein Kassalanischer Richtung. Die Meinungsverschiedenheiten darüber, ob Lokal- oder Zentralorganisationen zweckmäßiger seien, waren sehr stark, und erst am 23. August 1896 gelang es nach einem Vortrag des Kollegen Brey in diesem Verein, die Zahlstelle Berlin des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands zu gründen. Die Gründung vollzog sich jedoch nicht ohne Opposition, und es traten im ganzen nur 28 Mitglieder der Zentralorganisation bei. Die Opposition berief eine Versammlung nach Adlershof ein, und dort wurde der Anschluß der verschiedenen Berliner Bezirke an die Zentralorganisation abgelehnt. Die Entwicklung zur Zentralorganisation war jedoch nicht aufzuhalten, und im Jahre 1901 trat der letzte Berliner Bezirk zur Zentralorganisation über. Der Gründer der Zahlstelle Berlin war der Kollege Emil Schumann, der heute in Oranienburg lebt und mit seiner Frau, die ungefähr so lange organisiert ist wie er, heute noch der Organisation angehört. Der Kollege Emil Schumann hat nach seinem Wegzug von Berlin nach Oranienburg auch dort an der Spitze der Organisation gestanden, und als die Zahlstelle Oranienburg ihr Jubiläum feierte, da war es ein erhebendes Gefühl, den Kollegen Schumann in geistig frischer und lebendiger Weise von vergangenen Zeiten reden zu hören. Der Kollege Schumann führte den Vorsitz der Zahlstelle Berlin von 1896 bis 1899. Er war auch der erste Pauline-Medagaille auf dem Verbandstag 1898 in Kassel. Ihm folgte der Kollege Waldemar Funk von 1899 bis 1901, und von diesem Zeitpunkt an bis zum Jahre 1919 war Konrad Bruns die Leitung der Zahlstelle anvertraut. Unter der Leitung von Bruns nahm die Zahlstelle einen stetigen Aufstieg, besonders nachdem 1904 der Kollege Bruns und im Jahre 1905 der Kollege Kühle fest angestellt wurden. 1913 zählte die Zahlstelle Berlin 9037 Mitglieder. Es ist, man möchte sagen, selbstverständlich, daß die Funktionäre die Sache des Unternehmertums mehr als einmal zu spüren bekamen. Maßregelungen und schwarze Listen waren an der Tagesordnung. Im Mai 1919 berief der Hauptvorstand den Kollegen Bruns als Arbeitnehmervorsitzenden in die RAG. Chemie. Sein Nachfolger als Vorsitzender in fürmischer Zeit war der Kollege Wilhelm Reimann. Reimann wurde im Jahre 1926 als besoldeter Stadtrat und stellvertretender Bürgermeister in Berlin-Weißensee gewählt, und ihm folgte als Vorsitzender der Kollege Hermann Rücker, der heute die Zahlstelle noch leitet.

Von Berlin aus wurde der Organisationsgedanke hinausgetragen in die Provinz Brandenburg. Diese Arbeit geschah selbstverständlich am Anfang ehrenamtlich. Ihr unterzogen sich als Gauleiter die Kollegen Emil Schumann, Waldemar Funk, Hugo Krakau und Emil Bennewitz. 1904 wurde Bennewitz als Gauleiter angestellt. 1904 betrug die Mitgliederzahl in 34 Zahlstellen einschließlich Berlin 6600, 1908 waren es bereits 13 596 Mitglieder in 43 Zahlstellen. Am Schluß des Jahres 1913 betrug die Mitgliederzahl 17 208 einschl. 1180 weiblicher Mitglieder in 46 Zahlstellen. 1900 erfolgte die Gründung der Zahlstellen Welfen und Kehn, 1902 Tauen und Werder, 1903 Wittenberge und Schwiebus, 1904 Brandenburg und Kottbus, 1905 Finow und Rathenow, 1906 Guben, 1907 Sommerfeld, 1908 Küstrin usw. Zahlstellen wurden gegründet und gingen wieder ein. Kaum hatte die Organisation an den einzelnen Plätzen Fuß gefaßt, so sorgten Unternehmertum und Polizei dafür, daß den Zahlstellen das Lebenslicht ausgeblasen und die Funktionäre gemahregelt wurden. Es hagelte Polizeistrafen wegen Flugblattverteilung und ähnlicher Dinge, und das Saalabtreiben war an der Tagesordnung. Die Gründung so mancher Zahlstelle geschah auf freiem Felde und in größter Heimlichkeit. Die Unternehmer lehnten es in der Regel ab, mit der Organisation zu verhandeln.

Einiger in der Vorkriegszeit geführter Bewegungen wollen wir noch besonders gedenken. Das Jahr 1903 brachte der Zahlstelle Welfen (Kachelofenindustrie) einen glänzenden Aufstieg. Am 1. Oktober 1903 betrug die Zahl der Mitglieder rund 750. Als unsere Kollegen eine Lohnforderung von 2 Pfennig pro Stunde einreichten, stießen sie auf den hartnäckigsten Widerstand der Unternehmer. 1902 konnte eine Lohnhöhung von 2 Pfennig durchgedrückt werden. 1903 trafen unsere Kollegen in den Ausstand. Der Kampf dauerte ein Vierteljahr. Es fand sich auch nicht ein einziger Streikbrecher. Am 1. Januar 1904 wurde dieser Kampf mit einem Pfennig Lohnhöhung beendet. Von den Gründern der Zahlstelle Welfen wirken heute noch die Kollegen Paul Thiele und Johann Bruchzy als tatkräftige Funktionäre der Organisation.

Die Firma Reichstein in Brandenburg sperrte im Jahre 1906 die gesamte Arbeiterschaft, insgesamt 49 unserer Kollegen, aus. In der vierten Woche war die Aussperrung mit einem Erfolg für unsere Kollegen beendet. Um Brandenburg herum wurden in der damaligen Zeit zirka 5000 bis 6000 Ziegeleiarbeiter beschäftigt. Aber erst im Jahre 1912 konnte die Organisation bei den dortigen Ziegeleiarbeitern Fuß fassen.

Die Lausitz war eine Domäne der Hirsch-Dunckerschen. 1904 wurde in Sommerfeld der Bau- und Hilfsarbeiterverein gegründet, aus dem im Jahre 1907 der Fabrikarbeiterverband hervorging. Die Organisation hat die dort kämpfenden Kollegen tatkräftig auch materiell unterstützt, und unsere Kollegen Gläse, Kalische, Miran, Senge, Jäger, Roach und Merfching, welche die Gründer unserer dortigen Organisation waren, kämpften wie die Löwen. Der Streik hatte zwar keinen direkten Erfolg für unsere Kollegen, aber die Organisation hatte festen Fuß gefaßt und eine größere Anzahl Mitglieder gewonnen. Die Folge

des Streiks war, daß die Hirsch-Dunckerschen im dortigen Gebiet zur Einflußlosigkeit verurteilt wurden. 1912 wurde dann der erste Streik von unserer Organisation allein im dortigen Gebiet geführt, der auch mit einer Lohnerhöhung von 2 Pfennig pro Stunde für unsere Kollegen beendet wurde.

Im Jahre 1907 führte unsere Zahlstelle Finow bei der Firma Hoffmann & Mohr einen Streik, der 12 Wochen dauerte. Der Streik brachte unseren Kollegen keinerlei finanzielle Vorteile, aber die Anerkennung der Organisation. In dieser Zahlstelle besitzen wir einen Stamm sehr tüchtiger Funktionäre, die teilweise auch Gründer der Organisation waren, wie die Kollegen Bowitz, Buchwald, Gericke, Kolla, Andres, Quand, Gerlach, Ewald, Seidel, Simson und Engel.

Klein war auch der Anfang unserer Zahlstelle in Rathenow. Die ersten Mitglieder rekrutierten sich aus Arbeitern der Ziegelei Heidepriem und den Hilfsarbeitern der Ofenfabrik von Brucks. Dazu kamen noch einige Kollegen der damals bestehenden Gummifabrik. Ein Teil unserer Mitglieder war in der optischen Industrie untergekommen. In den letzten Jahren hat Rathenow einen guten Aufschwung genommen, so daß wir dort zur Anstellung eines Kollegen übergehen konnten. Schwierig ist das Gebiet auch heute noch, und diese Schwierigkeiten werden durch die latente Krise in der Kunstseidenindustrie noch vermehrt.

Die Zahlstelle Kottbus-Senftenberg hat sich aus den kleinsten Anfängen heraus entwickelt. Vor 26 Jahren waren es einige Ziegeleiarbeiter, welche sich zusammenschlossen, und wenn heute die Zahlstelle Kottbus-Senftenberg 7000 Mitglieder zählt, dann ist dieser Aufstieg ein Beweis für die Lebens- und Werbekraft unserer Organisation. Kollege Kerstan war mit einer der Gründer der dortigen Zahlstelle und ist ihr Vorsitzender bis zum heutigen Tage. Durch die Verschmelzung von Glas-, Porzellan- und Fabrikarbeiterverband bekam diese Zahlstelle einen nicht zu unterschätzenden Zugang gut geschulter Funktionäre. Aus der großen Zahl möchten wir eines Kollegen besonders gedenken. Es ist Kollege Grusche, dem die dortigen Glasarbeiter vieles zu danken haben. Maßregelungen blieben auch hier unseren Kollegen nicht erspart, schwarze Listen eilten den Kollegen, die von Ort zu Ort wandern mußten, voraus, und die Polizei machte mit den dortigen Unternehmern gemeinsame Sache.

Erwähnt sei noch ein Kampf, der im Jahre 1913 von unserer Zahlstelle Guben bei der Firma Gustav Krüger, Mückenberg, Zementwarenfabrik, geführt wurde. Nach 13wöchiger Dauer wurde dieser Kampf mit einer Lohnerhöhung von 5 Pfennig pro Stunde beendet. Von den Gründern der Zahlstelle Guben lebt heute noch Kollege Raschube, der, trotzdem er Invalide ist, immer noch eifrig für die Organisation wirkt.

Das Bestreben, die gewerkschaftlichen Organisationen unter Kutatell der Behörden zu stellen, zeigte sich auch bei der Politischerklärung ganzer Verbände und einzelner Zahlstellen. So wurde auch unsere Zahlstelle Berlin Anfang April 1914 als politisch erklärt. Dagegen wurde Einspruch erhoben und das Verfahren verlor durch den inzwischen ausgebrochenen Weltkrieg im Sande. Schwer war die Zeit des Weltkrieges für die Organisation in unserem Gau. Die Zahl der Mitglieder betrug 1913: 15 208. Sie sank 1914 auf 10 823, 1916 auf 6036. Dann setzte der Aufschwung wieder ein. Zum Militär eingezogen wurden bis zum Jahre 1918 insgesamt 8277 Mitglieder, im Kriege gefallen oder gestorben sind 765 Mitglieder, darunter das Mitglied des Gauvorstandes Friz Schäfer (Berlin). Zurück vom Militär meldeten sich 3285 Mitglieder. Die Beendigung des Krieges und die Umwälzung in Deutschland brachten auch dem Gau Brandenburg einen ungeheuren Zustrom von Mitgliedern. Die Zahl der Mitglieder stieg bis auf 40 862 männliche und 17 326 weibliche. Als die revolutionäre Welle abebbte, als die Reaktion in Deutschland wieder stärker wurde, kam der Rückschlag. So war es auch kein Wunder, wenn gerade zu jener Zeit Leute, denen bisher jeder Organisationsgedanke fernlag, ihre Zeit für gekommen erachteten, um Sonderorganisationen zu gründen. In Berlin wurde zum Beispiel die Gründung des „Arbeitnehmerbundes der chemischen Industrie Deutschlands“ (Acid) vollzogen. Diese sogenannte Organisation wollte alles in einer Organisation vereinigen, sowohl den Generaldirektor wie auch den letzten Arbeiter. Leiter dieses Arbeiterbundes war ein höherer Angestellter der chemischen Industrie Berlins. Dieser Bund betrieb seine Agitation über die Grenzen Berlins hinaus und kam auch zur Gründung von Ortsgruppen in Düsseldorf und einigen anderen Orten. In erster Linie wollte er unpolitisch sein, und die von ihm herausgegebene Halbmonatsschrift „Arbeitnehmer der chemischen Industrie Deutschlands“ läßt schließen, daß die Arbeiter lediglich dazu gebraucht werden sollten, die Gehälter einer Schicht höherer Angestellter der chemischen Industrie günstiger zu gestalten. In einer Versammlung der Acid im Heidelberger Hof an der Friedrichstraße erschien ein Vertreter unserer Organisation ungeladen; dieser zerplückte in der Debatte die vorghewonnenen Organisationsgrundsätze und Forderungen des Acid und stellte ihnen die Grundsätze der freien Gewerkschaften gegenüber. Das war der Todesstoß. Nachdem der Acid ein halbes Jahr bestand, entließ er faust.

Die ehemals selbständige Organisation der künstlichen Blumen-, Blätter- und Federindustrie hatte sich schon früher unserer Organisation angeschlossen. Kurz nach dem Kriege wurde ein Fachverband der Puz- und Modeindustrie gegründet, und ein Referent vom Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte, Paul Wegmann, versuchte in einer Versammlung in der Alten Jakobstraße den Kolleginnen klarzumachen, daß die Auflösung der bisherigen freigewerkschaftlichen Organisationen, darunter auch die des Verbandes der Fabrikarbeiter, eine absolute Notwendigkeit sei, wenn sich der Aufstieg der Arbeiterschaft vollziehen sollte. Dieser Fachverband der Puz- und Modeindustrie, der angeblich auf dem Boden des Rätegedankens stand, hat ein mehrjähriges Dasein gefristet. Später erfolgte durch Vereinbarung das Aufgehen desselben in den JbV. 1921 führten die im Verband der Fabrikarbeiter organisierten Blumen-, Blätter- und Federarbeiterinnen einen großen Kampf, der auch erfolgreich beendet wurde. Damals hatten wir 2500 organisierte Kolleginnen dieser Branche in der Organisation, heute dürfte die Zahl der Beschäftigten in dieser Branche kaum noch 250 betragen.

Einer der grimmigsten Feinde der freigewerkschaftlichen Organisationen war der Verband der Metallindustriellen Berlins. Unzählbar sind die Opfer seiner Maßregelungswut. Darunter hatten auch unsere Kollegen, nämlich die Gummi- und Isolationsarbeiter der Kabelwerke, die bei uns organisiert waren, zu leiden. Offiziell wurden Verhandlungen mit der Arbeiterorganisation immer abgelehnt. Der Verband der Metallindustriellen hatte es nach dem 9. November 1918 außerordentlich eilig, zu einem Lohnabkommen mit unserer Organisation zu kommen. In Berlin wurde auch das erste Abkommen mit dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Berlin, und dem Interessenverband der chemischen Industrie über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der chemischen Industrie im Gau 3 abgeschlossen. Es kann als ein Verdienst der Berliner Gummiarbeiter betrachtet werden, daß bei den Verhandlungen mit der Gummiindustrie die Beseitigung der Frauenarbeit in der Formerei, Presserei, Schlauchmacherei, Brennerei usw. erstmalig eingetretet ist.

Bis zum Jahre 1924 bestand für die Ziegeleindustrie des Bezirks Potsdam kein Mantelvertrag. Die Ziegeleiarbeiter dieses Bezirks waren nicht gerade gut organisiert. Es bedurfte außerordentlich großer Anstrengungen, um zu einem Vertrag zu kommen, der mit dem Erstarken der Organisation regelmäßig verbessert wurde. In der Ziegeleindustrie der Lausitz war die Organisation gut. Der damalige Syndikus Dr. Reichelt wollte die Organisation vernichten. Solange die wirtschaftlichen Verhältnisse für uns ungünstig waren, konnte Herr Reichelt seinem Ehrgeiz fröhnen. Im Jahre 1925 hielten wir die Zeit für gekommen. Wir traten im Frühjahr in den Kampf und hatten Erfolg. Höher aber als der materielle war der moralische Erfolg einzuschätzen. Herrn Dr. Reichelt brach dieser Streik das Genick. Die Unternehmer hatten von seiner Führung genug und sie verzichteten auf seine weiteren Dienste.

Heute haben wir in allen Industriezweigen Tarifverträge. Um die Anerkennung der Organisation brauchen wir große Kämpfe nicht mehr zu führen. Die Grundlagen der Organisation draußen im Gau schuf zum großen Teil Kollege Bennewitz, und als Kollege Kohl im Jahre 1924 die Leitung des Gaus übernahm, konnte er, entsprechend den veränderten Verhältnissen, auf diesen Grundlagen weiterbauen.

Mögen im fünften Jahrzehnt dem Verband große Erfolge beschieden sein, möge er als kultureller Machtfaktor ein immer größeres Gewicht zum Segen der arbeitenden Klasse gewinnen. Dies ist der Glückwunsch des Gaus 3 zum 40jährigen Bestehen des Verbandes.

Gau 4, Steffin.

Von Robert Wiesenbäcker.



Bevor ich meinen Posten am 15. November 1904 antrat, bestand der jetzige Gau aus zwei Gauen mit dem Sitz in Köslin und Steffin.

Ein großes Verdienst um die Ausdehnung unseres Verbandes im ganzen Osten hatte sich die verstorbene Kollegin Zieh erworben. Sie hat Ausgang der 9er Jahre und in den Jahren 1900—1903 größere Touren für unseren Verband unternommen.

Vor meiner Anstellung waren an Zahlstellen vorhanden: Elbing, Danzig, Rastenburg, Podelschuk, Köslin, Kolberg, Steffin, Pommerensdorf, Zülchow, Stolzenhagen, Anklam, Uckermünde, Wolgast, Greifswald, Böhlow, Bromberg, Schwaan und Fürstberg i. Mekl. Ein großer Teil dieser Zahlstellen wie auch verschiedene bereits wieder eingegangene sind auf das Verdienstkonto der Kollegin Zieh zu setzen. In Uckermünde waren die Ziegler, welche solange bei den Töpfern organisiert waren, zu uns übergetreten.

Unser Verband war im Osten besonders gehäßt, weil wir ja nicht nur die Industriearbeiter, sondern auch die Landarbeiter organisieren wollten. Letzteres war in den Augen der ostpreussischen Junker besonders unerhört.

Es war schwer, im Osten den Gedanken der Organisation verbreiten zu helfen, wenn man bedenkt, wie wenig Lokalitäten uns selbst in den größten Städten Memel, Litsch, Rastenburg, Elbing, Königsberg, Köslin, Kolberg usw. zur Verfügung standen. In den mittleren und kleineren Städten war fast kein Lokal aufzutreiben. Die Behörden, vertreten durch die Polizei und Gendarmarie, taten ein Weiteres, um uns die Lokale abzutreiben.

Bis zum Jahre 1909 hatte unser Gau die Nummer 6. Bis zu dieser Zeit gründeten wir an Zahlstellen: Memel, Ragnit, Litsch, Königsberg, Marienburg, Liegenhof, Stolp, Neustettin, Greifenberg, Trepow, Greifenhagen, Pölitz (mit Steffin verschmolzen), Gollnow, Neubrandenburg, Woldegg, Stralsund, Bartz, Pasewalk, Güstrow, Rostock, Plau, Garz a. Rg. und Sagard a. Rg. Im Jahre 1907 waren wir so weit, daß wir den Kollegen Hartwig (Garburg) als Hilfskraft für Königsberg (Ostpr.) anstellen konnten. Hartwig ist jetzt Parteisekretär für Pommern. Der Verbandstag in München im Jahre 1908 beschloß, den Gau 6 zu teilen. Ost- und Westpreußen wurden von unserem Gau abgenommen, und am 1. Januar 1909 trat der leider zu früh verstorbene Kollege Wolleman seinen Posten an. Dieser Gau erhielt die Nummer 5, und unser Gau wurde die Nummer 4. Für die abgetretenen Bezirke und Mitglieder bekamen wir jenes Stück Mecklenburger Land, welches bis dato an den Gau Hamburg angegliedert war, und zwar bis Schönberg und Wolkenburg hinaus. Hier waren folgende Zahlstellen vorhanden: Schönberg (abgegeben an den Landarbeiterverband), Dmütz a. d. Elbe, Grevesmühlen, Wismar, Lübböben. Wir gründeten neu in diesem Bereich: Grabow i. Meckl., Wolkenburg a. d. Elbe, Waren, Parchim, Doberan, Lübz, Schwerin, Hagenow und Friedland i. Meckl.

Als der Krieg ausbrach, hatten wir in unserem Bezirk 10 400 Mitglieder aufzuweisen, und zwar ohne Ost- und Westpreußen. In Memel war es uns im Anfang des Mai 1905 mit Hilfe des Genossen Erlise (Elbing) gelungen, eine Zahlstelle aufzubauen. Gleich darauf versuchte der damalige Hafenarbeiterverband unsere Zahlstelle wieder zu zer schlagen. Das hatte eine sofortige lange Reise Steffin—Memel zur Folge, um eine neue Versammlung mit unseren neu erworbenen Kollegen abzuhalten, die dann endgültig dazu beitrug, unsere Zahlstelle Memel dem Verband zu erhalten. — In Rostock hatte das damalige Gewerkschaftskartell beschlossen, uns unter keinen Umständen aufnehmen zu lassen. Dieser Beschluß hat nichts genutzt. Die Zahlstelle Rostock wurde von mir gegründet und hat sich dank der Unterfertigung des Kollegen Freitag und seiner Frau und der Kollegen Riech und Pefers kräftig entwickelt.

In den mittleren und kleineren Städten wollte es mit der Organisation — abgesehen von einigen Orten — nicht so recht klappen. Die Leute schenteten sich meistens, unsere Versammlungen zu besuchen; denn unsere Versammlungen wurden immer überwacht — nicht nur, daß sich der überwachende Beamte im Versammlungsraum aufhielt — es waren auch vor dem Versammlungsraum 2 bis 3 Personen aufgestellt, um genau zu beobachten, wer von den Arbeitern es wagte, unsere Versammlungen zu besuchen.

Keine rechten Fortschritte nahm die Organisierung der Landarbeiter. Wir hatten nur in wenigen Orten die Landarbeiter gewonnen, was auf verschiedene Umstände zurückzuführen war. Nur in Garz i. Rg., Schönberg i. Meckl., in der Danziger Niederung und einigen kleinen Orten hatten wir eine relative Zahl Landarbeiter organisiert. Abwechslungsreich war die Agitation unter den Landarbeitern der Danziger Niederung. In der Gegend ein Lokal zur Abhaltung von Versammlungen zu bekommen, war ganz ausgeschlossen. Unangemeldet hielten wir dann Versammlungen an entlegenen Plätzen an der Weichsel oder in der Privatwohnung eines Kollegen ab. Posten wurden aufgestellt, die uns vor der Polizei warnen mußten. Hätte uns die Polizei dann einmal entdeckt, waren die Versammlungen schon längst erledigt, und wir unterhielten uns gemächlich über private Dinge, so daß die Polizei keine Arbeit bekam.

Auf Schwierigkeiten stießen wir, wenn es galt, unsere Versammlungszettel an den Mann zu bringen. Häufig genug wurden wir bedroht. So wollten uns einmal die katholischen Arbeiter der Zuckerfabrik Neufahrwasser bei Danzig frühmorgens ins Wasser werfen. Sie nahmen dann aber doch davon Abstand. — Ein anderes Mal wurde ich von dem Ziegeleibesitzer Westphal (Stolp) mit einem Revolver und einem Hund bedroht, weil ich in den Betrieb „eingedrungen“ war, um Versammlungszettel an die Arbeiter zu verteilen.

Am einiges über die Pioniere und Mitarbeiter in unserem Bezirk. Da ist vor allen Dingen der über 80 Jahre alte Kollege Perschon (Elbing) zu nennen, der auch heute noch mit regem Interesse die Entwicklung unserer Bewegung verfolgt. Er hat stets tapfer und mutig mitgearbeitet und jede Versammlung geleitet. Weiter ist zu nennen der Kollege Emil Pieger (Köslin), welcher Jahre hindurch ehrenamtlich den Gau Köslin führte. Der Kollege Joh. Bernoseit ist Mitbegründer der Zahlstelle Anklam. Er war schon in der Vorkriegszeit Kassierer der Zahlstelle und ist es heute noch. Emil Baumann (Köslin) war mehrere Jahre Geschäftsführer der Zahlstelle Köslin und ist heute Geschäftsführer des Konsumvereins Köslin. Hervorzuheben ist der Kollege Friedrich Klann (Köslin), der dann mehrere Jahre als 2. Bevollmächtigter der Zahlstelle Kolberg fungierte. Hermann Treichel ist Mitbegründer der Zahlstelle Kolberg und langjähriger 1. Bevollmächtigter derselben. Albert Bülow (Steffin) hat jahrelang mit dem Gauvorstand zusammengearbeitet. Vor der Verschmelzung der Zahlstellen von Steffin und Umgegend war er 1. Bevollmächtigter der Zahlstelle Steffin und später 2. Angestellter der Bezirkszahlstelle Steffin. Zu vergessen sind die Kollegen Ulrich (Pommerensdorf) — der Kollege Zieh leider zu früh freiwillig aus dem Leben — und Willnow (Steffin). Zeffers hat im Jahre 1923. Er war Mitbegründer der Zahlstelle Podelschuk, deren 1. Be-



vollmächtigster, langjähriges Mitglied des Gauvorstandes und später Angestellter und Agitationsleiter der Zahlstelle Steffin. Albert G e n z e n (Braunschweig) hat, als er noch im Verband der Gärtner Mitglied war und in Stralund wohnte, sehr viel für uns in Vorpommern gewirkt. Ferner hat sich der frühere 1. Bevollmächtigte der Zahlstelle Schwaan, August K a m b o w, der heute noch unserem Verband angehört, für unsere Organisation verdient gemacht. Nicht vergessen wollen wir den unermüdeten Kollegen Johann L e s c h (Wolgast). Er ist Mitbegründer der Zahlstelle und über 25 Jahre Bevollmächtigter. Hätten wir überall einen Lesch gehabt, viel Unangenehmes wäre uns erspart geblieben.

Allen, auch den zwei Kollegen, die nicht mehr unter den Lebenden weilen, sei an dieser Stelle herzlich gedankt für ihre Mitarbeit an dem Aufbau unserer Organisation.

Für den Osten hatten wir in dem Gewerkschaftssekretär Hermann Trisse (Elbing), der auch schon lange Jahre tot ist, und dem heute noch lebenden früheren Angestellten des Metallarbeiterverbandes, Genossen F r ü n g e l (Königsberg), der jetzt in Elbing Polizeipräsident ist, tüchtige Mitarbeiter. Letzterer hat uns, bevor der Kollege Hartwig nach Königsberg kam, sehr unterstützt. Dadurch wurde ich entlastet, da ich nicht alle Augenblicke nach Königsberg zu fahren brauchte.

Im Bezirk Elbing und Uckermünde waren zirka 3000 Ziegler beschäftigt, abgesehen von allen anderen Orten, so daß die damalige Zahl der Beschäftigten in der Ziegelindustrie vom oberen Osten bis hinunter nach Mecklenburg auf 8—10 000 nicht zu hoch geschätzt ist. — Die zweitgrößte Industrie war damals die Papier- und Zelluloseindustrie. Dann folgten die chemische einschließlich Seifenindustrie, Blindindustrie und die rübenverarbeitende Zuckerindustrie mit den Zuckerraffinerien.

Über die Kämpfe in unserem Bezirk in der Anfangszeit ließe sich viel Wertvolles schreiben. Ich denke an die Kämpfe resp. Aussperrungen in der Zahlstelle Köslin im Anfang 1900, die uns viele Maßregelungen brachten und die Zahlstelle so dezimierten, daß bei meinem Antritt kaum 250 zahlende Mitglieder vorhanden waren. Dank der Mitarbeit der von mir genannten Kollegen aus der Zahlstelle Köslin erholte sich die Zahlstelle aber recht bald. Im Jahre 1906 waren wir mit der Zahlstelle schon wieder so weit, daß wir dem Führer der Arbeitgeber, Herrn Trepow, sagen konnten, daß wir im Jahre 1906 wären und nicht im Jahre 1901. Die Unternehmer merkten den Unterschied und schlossen mit uns einen Vertrag ab, ebenfalls die Rütgerwerke für ihren damaligen Betrieb in Kolberg. Ein großer Teil der Ziegeleibesitzer in Kolberg, Köslin, Schwaan und Jahnitz trat mit uns tarifliche Vereinbarungen. Meistens bedurfte es aber immer eines kleinen Grundes durch Streik. In der rübenverarbeitenden Zuckerindustrie konnte es nur der Rostocker Betrieb über sich gewinnen, mit uns einen Tarifvertrag abzuschließen.

Am tuppigsten waren die Unternehmer von Steffin und Umgegend. Sie gaben sich damals durchweg als Anhänger der liberalen Vereinigung aus. Als Arbeitgeber gehörten sie dem Verein der Industriellen an, und dieser Verein hatte seinen Mitgliedern verboten, mit unserem Verband Verhandlungen zu führen. Das hatte natürlich zur Folge, daß im Steffiner Wirtschaftsgebiet recht häufig erbitterte langandauernde Kämpfe gegen die Unternehmer geführt werden mußten. Den schwersten Kampf in unserem Bezirk hatten wir im Jahre 1908 gegen den Zementkönig Quistorp in Wolgast zu führen. Es gab weder einen Sieger noch einen Besiegten, aber dafür einen Landfriedensbruch, bei dem 16 Kolleginnen und Kollegen angeklagt waren. Diese wurden von Rechtsanwalt Heine (Berlin) verteidigt. Zwölf Kollegen resp. Kolleginnen wurden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen und vier verurteilt. Anlaß zu diesem Prozeß gab ein Gerichtsvollzieher. Derselbe hatte die Räumungsklagezustellung nicht den Männern zugestellt, sondern deren Frauen. Hierauf weigerten sich die Kollegen, die Werkwohnungen zu verlassen. Rummehr holte der Gerichtsvollzieher die Gendarmen, wodurch es zu dem Hausfriedensbruchprozeß kam.

Unser Gau zählt heute 19 200 Mitglieder.



Gau 5, Königsberg.

Von Willi Vogel

Im industriearmen Osten des Deutschen Reiches machte die Entwicklung unseres Verbandes bei der Gründung desselben keine bedeutenden Fortschritte. Lokale Organisationen der ungelerten Arbeitnehmer bestanden wohl in Königsberg i. Pr., Elbing und Danzig. Der Ruf zur zentralen Vereinigung blieb jedoch 1890 ungehört, und erst im Jahre 1893 machten sich die Anfänge einer Bewegung der Fabrikarbeiter bemerkbar, die infolge ungeheurer Schwierigkeiten nicht recht lebensfähig wurden. Manche Zahlstelle wurde gegründet, um nach kurzer Lebensdauer wieder einzugehen.

In Danzig waren es die Kollegen Schwarz und Gurski, die 1893 das Samenhorn zu dieser Bewegung legten. Gurski wahrte der Organisation ununterbrochen die Treue bis zu seinem Lebensende im Jahre 1930.

Weitere Gründungen erfolgten im Jahre 1897 in Königsberg und Elbitz. Waren hier auch die Bedingungen zur Entfaltung der Organisation gegeben, so war es der leidige Zweifelskasten — der auch heute wieder sein Unwesen, besonders in Elbitz, unter den führenden Personen treibt —, welcher den Zusammenschluß wieder zunichte machte. Man gründete darauf eine Sonderorganisation, den Verband der ungelerten Arbeiter für Litauen-Ostpreußen, Sitz Elbitz, der im Juni 1898 sanft einschläferte. Auch die Königsberger Zahlstelle konnte sich nicht lange halten und ging im Jahre 1900 wieder ein.

Der Mangel an geeigneten Agitatoren und die vorwiegend agrarischen Verhältnisse ließen den Verband der Fabrikarbeiter nie recht hoch kommen. Erst als man das große Gaungebiet anstellte und daraus im Jahre 1908 den selbständigen Gau 5 schuf, der sich über die Provinzen Ost- und Westpreußen sowie Posen erstreckte, und als besoldeter Gauleiter den Kollegen Max W o l l e r m a n n (Landsberg) anstellte, der am 1. Januar 1909 mit dem Gauamt in Bromberg seinen Dienst übernahm, machte sich ein Fortschritt bemerkbar. In rastloser Tätigkeit, in unermüdetem Arbeitseifer hat Wollermann unter den schwierigsten Verhältnissen die Organisation, die damals knapp 1000 Mitglieder in drei Provinzen mit wenigen Zahlstellen zählte, aufgebaut, so daß bei Ausbruch des Krieges bereits 5000 Mitglieder unserem Verbande angehörten. Leider zu früh wurde dieser Pionier unserer Bewegung im Osten entlassen. Am 31. April 1925, auf einer Dienstreise befindlich, ereilte ihn sein Schicksal bei der Eisenbahnunglück bei Pr. Stargard im polnischen Korridor.

In einzelnen Gebieten war die Verarbeitung besonders schwer. Die Angehörigkeit zu den verschiedenen Volksstämmen, religiöse Anschauungen, der Mangel an Versammlungsmöglichkeiten und der ganze Haß der reaktionären herrschenden Klassen der damaligen Zeit erschwerten unsere Bewegung. In geschlossenen Räumen konnten Demonstrationen und Versprechungen überhaupt nicht abgeschlossen werden. Die älteren Zieglerkollegen erinnern sich noch mancher Mitgliederversammlung in den Wäldern und Schluchten der Elbinger Haffküste, wo die Landgendarmen vergeblich um die Aufhebung der Versammlungen bemüht waren. Noch im Jahre 1911 wurden der Gauvorsitzende Wollermann und der Geschäftsführer Gö t z e in Haft bei Elbitz verhaftet und hinter Schloß und Riegel ins Spritzenhaus gefesselt, nur weil sie Agitation trieben und Mitglieder anwarben. Den Verhafteten wurden sogar die härtesten Beiträge und Eintrittsgelder abgenommen. Um deren Rückgabe mußte ein langwieriger Prozeß geführt werden. Erst nach einer Entscheidung des Kammergerichts sah der Verband die beschlagnahmten Gelder wieder.

Trotz aller Widerwärtigkeiten und Schikanen wuchs die Organisation auf dem feuchten Boden des Ostens. Der Krieg, der so vieles vernichtete, brachte auch hier einen sichtbaren Rückschlag. Teilweise Kriegsgebiet, in dem der Krieg mit all seinen Schrecken tobte, ersforderte die Aufrechterhaltung der Organisation die größten

Anstrengungen. Auf wenige hundert Mitglieder zurückgegangen, brachten erst die Jahre 1918 und 1919 eine sprunghafte Steigerung, während sich andererseits durch die Gebietsabtrennung (Versailler Friedensvertrag) das Verbandsgebiet verkleinerte, um sich nunmehr auf das deutsche Gebiet östlich der Weichsel und den Freistaat Danzig zu beschränken.

Die Inflation mit ihrem Zahlenwahnsinn konnte unsere Bewegung nicht vertiefen und festigen. Ein großer Teil der zu uns Bekommenen wurde bei Einführung der stabilen Währung fahnenflüchtig. Die dauernden Betriebsstilllegungen und Wiedereröffnungen, die mit Massenentlassungen abwechselten, trugen dazu bei, daß infolge der ständigen Sorge um die Existenz Nutzlosigkeit und Gleichgültigkeit gegenüber der Organisation eintraten. Die Kraft der gewerkschaftlichen Organisation war gebrochen. Angesichts dieser Schwäche versuchten die Arbeitgeber, vertreten durch ihre Verbände, den auf die niedrigste Stufe gebrachten Lohn durch Aussperrung im Jahre 1924 in fast allen Industriezweigen niederzuhalten, um nach einem Auspruch eines Arbeitgeberbündnisses „die einzige Kolonie zu schaffen, die Deutschland nach dem Kriege geblieben ist“. Gelungen ist es ihnen nicht. Selbst die geistige Verwirrung, welche die vaterländischen Verbände und die Werksgemeinschaften anrichteten, konnte die langsame Gesundung und die Fortschritte unserer Bewegung nicht aufhalten.

Wenn der Aufstieg und die Kräftigung unserer Organisation im Osten auch nicht stürmische Formen annahm, so ist doch ein stetes Vorwärtsschreiten nicht allein in der Mitgliederzahl, sondern auch in den Erfolgen auf dem Lohn- und Tarifgebiet zu verzeichnen. Der Verband hat sich trotz des größten Widerstandes der Wegenseite durchgerungen und ist ein Nachfaktor geworden, der nicht nur in manchem harten Kampf den Schutz der Arbeiterschaft bildet, sondern auch im stetigen Vorwärtstreben um ein menschenwürdiges Dasein für die Fabrikarbeiterschaft im Osten ringt.

Gau 6, Breslau.

Von Fritz Thieme



Schon Gerhart Hauptmann verweist in seinem Drama „Die Weber“ auf das Glendzgebiet Schlesiens. Wenn in der Vorkriegszeit die Arbeitsbrüder aus der Provinz Schlesiens an den Arbeitsstätten der anderen Bezirke Deutschlands auftauchten, wurden sie wegen ihrer Bedürfnislosigkeit fast immer als Lohndrücker betrachtet.

Obwohl die Arbeiter der gelehrten Berufe den Gedanken der Solidarität verhältnismäßig zeitig erfaßten und Schlesiens eine große Anzahl hervorragender Führer der Arbeiterbewegung geliefert hat, erfahnten die ungelerten Arbeiter dieses Gebietes den Solidaritätsgedanken nur schwer. Soweit die besonderen Verhältnisse Schlesiens das Aufkommen des Organisationsgedankens nicht hindern konnten, wurde das übrige weiter besorgt durch die Polizei, die Geistlichkeit und durch die Förderung des Schnapskonsums. Die Abtreibung von Versammlungslökalen, Verweigerung der Abkündigung im Reichstahl durch die katholischen Geistlichen und der Terror der Arbeitgeber, das waren ihre Mittel. Trotz aller Schwierigkeiten reichen die Anfänge unserer Organisation auch in Schlesiens weit in die neunziger Jahre zurück.

Hirschberg im Riesengebirge ist die Geburtsstätte des Fabrikarbeiterverbandes in Schlesiens. In den Bergen des Riesengebirges darben die Proleten der Papierindustrie, Porzellanindustrie usw. Im „Proletarier“ Nr. 15 vom 17. Juli 1897 wird berichtet, daß der Arbeiter der Papierindustrie bei 12stündiger Arbeitszeit 5—8 Mk., in der Porzellanindustrie 5—12 Mk. pro Woche verdienten.

Am 16. September 1894 fand die Gründungsversammlung der Zahlstelle Hirschberg in Cunnersdorf bei Hirschberg statt. Kollege H e n d e r aus der Wästenfabrik in Erdmannsdorf sprach über das Thema „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und der Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation“.

Ein Vertreter der H.-D. Gewerksvereine trat dem Kollegen Heyder scharf entgegen. Trotzdem gelang es, eine Zahlstelle unseres Verbandes zu gründen. 45 Aufnahmen waren der Erfolg der Versammlung. Als Vorsitzender wurde Kollege Heyder, als Kassierer Kollege E f f n e r gewählt. Kollege Heyder berichtet dann später, daß sie ohne Versammlungslökal waren und daß die H.-D. Gewerksvereine mithalfen, uns die Versammlungslökal abzufreiben.

Die junge Organisation hatte in Hirschberg Ende 1894 111 Mitglieder. Sie stieg im Jahre 1895 auf 118 Mitglieder und sank dann bis zum Jahre 1899 auf 22 Mitglieder.

Im Dezember 1895 wurde in Goldberg in Schlesiens eine Zahlstelle gegründet. Kollege August F l e g e l wurde Vorsitzender. Diese Zahlstelle ging aber sehr bald wieder ein.

Im Januar 1896 wurde die Zahlstelle Blumenau (Kreis Waldenburg in Schlesiens) gegründet. Kollege Robert P o h l war Vorsitzender. Im 2. Quartal 1897 ging auch diese Zahlstelle wieder ein.

Im April 1897 erfolgte die Gründung der Zahlstelle Brunau bei Hirschberg. Kollege Friedrich F i e l h a u e r wurde Vorsitzender der Organisation.

Im Jahre 1899 im August wurde die Zahlstelle Striegau vom dortigen Ortskartell ins Leben gerufen. Das Rekrutierungsgebiet war hauptsächlich die Steinindustrie. Kollege August H e i n z e l, von Beruf Müller, wurde Vorsitzender.

Im Jahre 1899 ist das schlesische Gebiet dann als Gau 9 proklamiert worden. Als Gauleiter wurde vom Vorstand Kollege Ernst Heyder, Hirschberg, Markt 32, bestimmt, der damals in der Wästenfabrik in Erdmannsdorf bei Hirschberg arbeitete. Gaukassierer wurde der Kollege Wilhelm M ü l l e r (Hirschberg). Müller war selbständiger Schuhmacher.

Im Frühjahr 1900 fand dann in Hirschberg die erste Gaukonferenz statt, auf der 5 oder 6 Zahlstellen vertreten waren. Diese Konferenz beschloß, den Sitz des Gauvorstandes nach Striegau zu verlegen. Als Gauleiter wurde Kollege August H e i n z e l (Striegau), als Gaukassierer der Kollege Hermann B u n k e (Striegau) gewählt. Letzterer arbeitete in der Wästenfabrik in Striegau. Kollege Heinzl gründete eine ganze Reihe neuer Zahlstellen, unter anderen auch Freiwaldau.

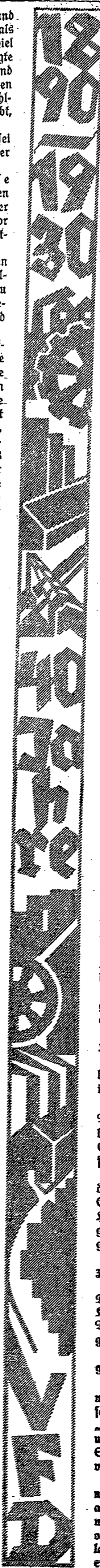
Im Jahre 1904 beschloß der Verbandstag in Hamburg, besoldete Gauleiter anzustellen.

Der bisherige Gau 9 (Schlesiens) wurde dem neugegründeten Gau 2 angegliedert. Dieser neugegründete Gau 2 umfaßte neben der Provinz Schlesiens das damalige Königreich Sachsen, die thüringischen Staaten und einen kleinen Streifen von Bayern. In Schlesiens waren bei der Zusammenlegung 10 Zahlstellen mit 502 Mitgliedern vorhanden.

Als Gauleiter wurde Kollege Gustav N e u r i n g aus Nied bei Frankfurt gewählt, der am 1. Dezember 1904 im Gaubüro in Dresden seine Stelle antrat.

Mehrere Zahlstellen wurden unter der Leitung Neuring's in Schlesiens gegründet, unter anderem auch die Zahlstelle Görlitz. Hierbei kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit dem Transportarbeiterverband, der in Görlitz eine Sektion, bestellend „Hilfsarbeiter“, gegründet hatte. Sektionsleiter war damals unser heutiger 1. Bevollmächtigter der Zahlstelle Görlitz, Kollege A r t l. Eine ganze Anzahl Kollegen dieser Sektion, mit Artl an der Spitze, trat zu dem neugegründeten Fabrikarbeiterverband über.

Die Gründung der Zahlstelle Breslau fiel ebenfalls in diese Zeit. Ihr Vorläufer war die im Jahre 1902 gegründete Zahlstelle Neukirch. Dort waren es die Hilfsarbeiter der Metallindustrie, vom Metallarbeiterverband nicht aufgenommen, die unsere Zahlstelle gründeten. Einer von den Gründern, der mit viel Fleiß und Aufopferung sich um das Wachstum der Organisation bemühte, war der noch heute lebende Kollege Gustav S t e i n. Auch in Deutsch-Lissa wurde 1904 eine Zahlstelle errichtet. In Breslau waren es die Gemischten Arbeiter, besonders aber die Schwarz-



decker der Dachpappenfabriken, aber auch die Kunstseidenarbeiter, die den Stamm der Mitgliedschaft lieferten.

Im Sommer 1905 hat die Zahlstelle Breslau einen Kollegen hauptberuflich angestellt. Von dieser Zeit an ging es in Breslau und seiner nächsten Umgebung vorwärts.

Der Verbandstag 1906 in Leipzig beschloß den Gau 2 zu teilen. Schlesien wurde ein selbständiger Gau. Als Gauleiter wurde damals der Geschäftsführer der Zahlstelle Breslau, J o p p i c h, gewählt. An seine Stelle trat in der Zahlstelle Breslau der noch heute lebende Kollege Theodor Müller. Joppich hat den Gau Schlesien nur kurze Zeit geleitet. An seine Stelle trat am 1. April 1908 Kollege Wilhelm K o w a l c z y k, der mit großer Aufopferung den erfolgreichen Versuch gemacht hat, die Organisation aufzubauen. Kowalczyk ist während des Weltkrieges vor Verbund gefallen.

Im Jahre 1910 hat auch die Zahlstelle Striegau einen Geschäftsführer angestellt. Die Wahl fiel auf den Büroarbeiter Hermann B u n k e, der bis vor kurzem noch als Angestellter fungierte, heute wegen Krankheit pensioniert ist.

Fast zur selben Zeit wurde Kollege K o k o t k als Geschäftsführer in Brieg angestellt.

Zur besseren Bearbeitung des ober-schlesischen polnisch sprechenden Teils wurde mit dem Sitz in Beuthen im Jahre 1908 Kollege P o t e m s k i, von Beruf Schneider, angestellt. Potemski kam später nach Hannover als Hilfsarbeiter ins Hauptbüro mit der Aufgabe, die Agitation unter dem polnisch sprechenden Teil in Wort und Schrift von dort aus zu betreiben. Er ist nach Jahresfrist von dort aus wieder zu seinem Beruf gegangen, wurde später eingezogen und ist wie Kowalczyk im Felde geblieben.

Wie schwierig der Aufbau der Organisation in jener Zeit war, sei an einigen Beispielen bewiesen.

In Oppeln hielt der Gauleiter im Jahre 1907 für die Zementarbeiter eine Versammlung ab. Die Polizei erschien und verbot die Versammlung. Der Gauleiter machte darauf aufmerksam, daß es sich um eine Mitgliederversammlung handle. Er wurde verhaftet, abgeführt und in eine stinkende Zelle gesperrt und erst nach 24 Stunden wieder entlassen.

Dem Gauleiter Joppich sowie dem Zimmerer K a s s y k und dem Maurer M u n d z y k aus Oppeln wurde der Prozeß gemacht. Das Urteil lautete: Joppich 66 Mk. Geldstrafe, evtl. 30 Tage Gefängnis, Mundzyk 30 Mk. Geldstrafe, evtl. 15 Tage Gefängnis, und Kassyk 6 Mk. Geldstrafe, evtl. 2 Tage Haft. Auch der heute noch in der Gauleitung amtierende Kollege G e i c k e wurde in Oppeln wegen Verteilung von Handzetteln von der Polizei verhaftet. Das beweist ganz klar, daß in Oppeln Unternehmer, Polizei und die Nachfolger Jesu, die Geistlichen, im Kampf gegen unsere Organisation Arm in Arm marschierten.

Am 20. Juni 1909 verteilte Kollege Kowalczyk vor der Oberschlesischen Portland-Zement-Fabrik in Oppeln Zettel. Auf einmal stürzte sich fast das gesamte Kontorpersonal unter wütendsten und gemeinsten Schimpfereien auf Kowalczyk. Als derselbe sich von seiner Zettelverteilung nicht abhalten ließ, drohte man jedem Arbeiter, wenn er einen solchen Zettel in Empfang nehme, mit 50 Pf. Strafe. Als Kowalczyk in äußerster Bedrängnis war, kamen zwei Polizisten, nicht etwa um Kowalczyk zu schützen, sondern um ihm die Zettel zu entreißen und ihn zu verhaften. In diesem Tage war gerade Jahrmakrt in Oppeln. Zwei Schutzleute führten den Kollegen Kowalczyk sechsmal durch den Jahrmakrtsummel zwischen Wache und Gefängnis hin und her. Am anderen Tage ließ man ihn wieder los.

In Schlesien befinden sich fast alle für unsere Organisation zuständigen Industriezweige: die Chemie mit rund 8000, die Papiererzeugungsindustrie mit rund 14 000, die Zuckerindustrie mit rund 3000, die Tonindustrie mit rund 4000, die Kalkindustrie mit rund 4000, die Zementindustrie mit rund 1500, die Ziegelerzeugung mit annähernd 20 000, die Glasindustrie mit rund 17 000 und die feinkeramische Industrie mit rund 5000 Beschäftigten.

Die Zahlstelle Breslau nahm im Jahre 1911 eine Statistik auf. Es wurden 1093 Fragebogen zurückgegeben.

Die Stundenlöhne schwankten bei männlichen Arbeitern zwischen 15 und 40 Pf. pro Stunde. Ein Teil männlicher Arbeiter bekam einen Lohn von 15 bis 20 Pf. pro Stunde; ein weiterer Teil 21 bis 25 Pf. pro Stunde. Der größte Teil erhielt 26 bis 35 Pf. pro Stunde.

Die Wochenlöhne betragen 18—22 Mk. In der Papiererzeugungs-Industrie wurden z. B. bei der Firma Norddeutsche Lederpappenfabrik Gr.-Särchen, Betrieb Brieg, bei 12stündiger Arbeitszeit an männliche verheiratete Arbeiter 1,70 Mk., an qualifizierte Arbeiter 2,80 Mk. pro Tag gezahlt, an Arbeiterinnen 1,30 Mk. pro Tag.

In der Zichorienindustrie in Breslau wurden während der Kampagne bei 12stündiger Arbeitszeit pro Tag 2 Mk. gezahlt. Arbeiter an verantwortungsvoller Stelle erhielten 2,50 Mk. pro Tag ohne freie Feuerung und Wohnung. Arbeiterinnen erhielten pro Tag 1,30 Mk.

In der Papierfabrik in Krampe bei Grünberg wurden bei täglich 13stündiger Arbeitszeit Wochenlöhne für männliche erwachsene Arbeiter von 13 bis 16 Mk., für Arbeiterinnen von 8 bis 9 Mk. gezahlt.

Überall wo die Organisation Eingang gefunden hatte, haben damals schon die Kollegen den Versuch unternommen, ihre elende Lebenslage zu verbessern. 1907 erreichten die Kollegen eines Metallbetriebes (Archimedes) durch Verhandlung auf die Altkordfänge 10 Prozent sowie auch eine dementsprechende Stundenlohnerrhöhung.

In Breslau erreichten die Kollegen des Möbel-Werkes eine Stundenlohnerrhöhung von 2 bis 5 Pf. und Einführung eines 20prozentigen Altkordzuschlages. Die Vereinbarung wurde mit unserer Organisation tariflich festgelegt.

Am 23. März 1908 legten die Kollegen der Chemischen Fabrik, AG., vorm. Oskar Heimann, die Arbeit nieder. Der Streik wurde nach einigen Wochen gewonnen. Der Erfolg war zwei Pfennig Stundenlohnerrhöhung und mehr.

Durch einseitigen Streik im Jahre 1910 erreichten die Kollegen der Asphalt- und Dachpappenfabrik Friedeberg in Breslau einen Lohnstarif.

Der Anfangslohn wurde von 30 auf 32½ Pf. pro Stunde erhöht. Alle Beschäftigten erhielten eine Lohnerrhöhung von 2¼ Pf. pro Stunde nebst sonstigen Verbesserungen.

Durch das weitere Vorrücken der Organisation, gewann sie in einzelnen Betrieben immer mehr Einfluß, wie die Berichte auf den Gaukonferenzen beweisen.

Im Jahre 1914 bei Ausbruch des Krieges hatte der Gau Schlesien rund 7500 Mitglieder. Angestellte waren vorhanden: in Breslau zwei, und zwar die Kollegen Emil G r o h m a n n und Richard G e i c k e, in Brieg Kollege Joseph K o k o t k, in S a r a u Kollege Hermann B u n k e, in Hirschberg Kollege S c h ö c k e l und in Görlitz Kollege Paul U r l t.

1918 lebte auch hier die Organisation wieder auf. Der Schreiber dieses, der bisher die Stelle des 1. Bevollmächtigten in Steffin innegehabt hatte, trat am 1. März 1919 die Stelle des Gauleiters für den Gau Schlesien an. Der Gau hatte im 4. Quartal 1918 12 271 Mitglieder. Am Ende des 1. Quartals 1919 23 322 Mitglieder in 44 Zahlstellen.

Am 1. Juli 1919 trat Kollege Richard Geicke (Breslau) als zweite Kraft in die Gauleitung ein.

Die Gauleitung ging dazu über, Bezirkszahlstellen zu gründen. Die Höchstzahl an Mitgliedern erreichte der Gau im 2. Quartal 1923 mit rund 57 000 in 18 Zahlstellen.

Neben dem Aufbau der Organisation mußte der Aufbau der Bezirksstarifverträge vorgenommen werden.

Im Jahre 1926 stießen die Kollegen der Glas- und Porzellanindustrie zu uns. Es wurden insgesamt 13 550 Mitglieder übernommen. Zur Gauleitung traten neu hinzu die Kollegen Karl W u h m a n n (Weißwasser) und Paul L e h m a n n (Hirschberg). Durch die Vermählung bekam auch bei uns in Schlesien die Organisation manchen braven Mitarbeiter neu hinzu. Die Organisation ist in den letzten

Jahren im langsamen Aufstieg begriffen. Der Fabrikarbeiterverband ist zur Zeit im Bezirk Schlesien die stärkste Organisation. Der Gau Schlesien ist mit seinen rund 48 000 Mitgliedern auch innerhalb der gesamten Organisation ein durchaus beachtenswertes Glied.

Es soll bei dieser Gelegenheit all denjenigen, die Hand anlegten beim Aufbau der gewerkschaftlichen Organisation, der Dank ausgesprochen werden.

Gau 7, Dresden.

Von Albert Häppner.



Im Jahre 1861 wurden in Sachsen durch die Aufhebung der Koalitionsverbote die Fesseln gesprengt, die der gewerkschaftlichen Tätigkeit seither hinderlich waren. Nun konnte man darangehen, Organisationen zu schaffen, wie sie der modernen wirtschaftlichen Entwicklung entsprachen. Man irrte allerdings, wenn man glaubt, daß die Arbeiter nun in großer Zahl von dem neuen und so wertvollen Rechte Gebrauch gemacht hätten. Obwohl die Arbeiterschaft zum politischen Kampfe geweckt war, der Gewerkschaftsbewegung stand sie im allgemeinen gleichgültig gegenüber. Von den jetzt zu unserem Verband gehörenden Arbeitergruppen waren nur die Glasarbeiter und die Porzellanarbeiter vor dem Fall des Sozialistengesetzes gewerkschaftlich erfasst. In unserem Gaubiet erstanden die ersten Mitgliedschaften im Jahre 1897 in Dresden, Leipzig, Markranstädt und Schkeuditz.

Sachsen war schon damals ein Land mit moderner Wirtschaft. Besonders in den für uns zuständigen Industriezweigen waren die Löhne außerordentlich niedrig und die Arbeitsbedingungen ungemein schlecht. Die durch die Anwendung des sächsischen Vereinsgesetzes entstandenen recht unerquicklichen Zustände erschwerten die Ausbreitung und Entwicklung unseres Verbandes. Bereits vom Tage der Gründung an hatte der Verband mit der Gegnerschaft der Polizei zu rechnen. Endlos waren die Schikanen der vom Rostkoller befallenen Polizeiorgane. Aus den wunderbarsten Gründen erfolgten Versammlungsaufösungen. So wurde eine Versammlung aufgelöst, weil der überwachende Beamte an den Beinen fror, wie er in seiner Anzeige begründete. In einem anderen Falle verlangte der Gendarm, daß die Versammlung so lange vertagt werde, bis er seine Notdurft befreit habe. In einem weiteren Falle wurde die Versammlung aufgelöst, weil angeblich ein Versammlungsbesucher dem überwachenden Beamten Rauch ins Gesicht geblasen hatte. Die Kampfmittel der Polizei waren also mannigfach lächerlich oder dumm. Die Gewerkschaften, insbesondere unser Verband, hatten alle Mühe, sich dagegen zu behaupten. Durch das „Sächsische Juwel“, das Vereinsgesetz, wie es am 9. August 1898 Rechtsgültigkeit erlangte, wurde für Minderjährige und Arbeiterinnen das Versammlungsrecht illusorisch gemacht. Die von den Gewerkschaften gehegte Befürchtung, daß durch die von der Polizei geübte Praxis die Minderjährigen auch aus Gewerkschaftsversammlungen ausgewiesen würden, bestätigte sich nur allzu rasch. Frauen wurden von dauernder Tätigkeit in Vereinen ausgeschlossen. Daneben war man bestrebt, Gewerkschaftsversammlungen mit sozialpolitischen Themen, die notwendigerweise erörtert werden mußten, zu politischen Versammlungen zu stempeln. Infolge der endlosen Kette von Schikanen der Polizeibehörden konnten die Gewerkschaften in Sachsen anfänglich nicht recht vorwärts kommen.

In Schkeuditz beabsichtigte unsere Mitgliedschaft die Abhaltung eines Vereinsvergügens. Die Genehmigung wurde verweigert. Der damalige erste Bevollmächtigte N. sprach persönlich beim Bürgermeister vor. Er wurde keineswegs als Bürger einer Stadt, sondern — wie er zu sagen pflegte — als Ochsenknecht aufgenommen. Diesen Empfang schilderte er im Beisein des überwachenden Polizisten in der nächsten Mitgliederversammlung. Die Folge war eine Anzeige mit nachfolgender Gerichtsverhandlung. Das Urteil lautete auf vier Monate Gefängnis für N., weil — so heißt es in der Begründung — er den Bürgermeister verhöhnt und lächerlich gemacht habe. Bei der Strafemessung habe das Gericht erwogen, daß es sich im vorliegenden Falle um eine planmäßige Beleidigung eines Stadtoberhauptes handle.

Sachsen war ein industriereiches Land geworden. Auch waren umfangreiche Arbeitergruppen vorhanden, die man allgemein als Ungelehrte bezeichnete. Nach der Festsstellung der Gewerbeaufsichtsbehörde von 1899 waren vorhanden:

870 Betriebe der chemischen Industrie	mit 11 500 Beschäftigten,
1500 Betriebe der Industrie Steine und Erden	mit 21 000 Beschäftigten,
950 Betriebe der Papiererzeugungsindustrie	mit 23 000 Beschäftigten,
500 Betriebe der Nahrungsmittelindustrie	mit 6 000 Beschäftigten,
70 Betriebe der Gummi-, Wachs- u. Einoleumind.	mit 4 000 Beschäftigten.

Ein umfangreiches Rekrutierungsgebiet für unseren Verband war vorhanden. In der Regel wurde in den Fabriken von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends gearbeitet. Ein Drittel der papiererzeugenden Betriebe Deutschlands war in Sachsen zusammengedrängt. Vorwiegend wurde in zwei zwölfstündigen Schichten gearbeitet. Die Arbeitszeit wurde durch Überstunden für viele Arbeiter wesentlich verlängert. Wegen der unzureichenden Löhne, die je Stunde über 22 Pf. für männliche und 12 Pf. für weibliche Arbeiter nur in vereinzelten Fällen hinaus kamen, war die Leistung von Überstunden oder Überschichten Voraussetzung zur Existenz der Arbeiterfamilien. In der Papierindustrie war ein großer Prozentsatz der Beschäftigten mit Familie in Werkwohnungen, in den Ziegeleien in Unterkunftsräumen untergebracht. Oft waren es Bodenkammern, die zu Fabrikationszwecken keine Verwendung fanden. Es handelte sich fast allenthalben um feuchte, unfreundliche Wohnstätten. Auch die Familienangehörigen, Frauen und Kinder, wurden leicht unter die Hofmäßigkeit des Unternehmers gebracht. Wegen der geringsten Vorfälle in den Betrieben oder in den Wohnungen wurden Geldstrafen vom Lohn in Abzug gebracht. Selbst für Maschinendefekte mußten die Arbeiter die Verantwortung übernehmen, sich Geldabzüge gefallen lassen, die Hunderte von Mark betragen und nur in kleinen Beträgen abgezogen werden konnten. Widerstandslos ließen die Betroffenen sich jahrelang Lohnabzüge gefallen, um nur die Arbeitsstelle nicht zu verlieren. Zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter geschah fast nichts. Aber gerade da, wo die Ausbeutung der Lohnarbeit am schlimmsten war, hatten wir die größte Mühe, mit der Aufklärung sowie mit sozialer und moralischer Hilfeleistung heranzukommen. Erst um die Jahrhundertwende trat eine Besserung ein.

Auf dem Verbandstag in Kassel 1898 wurde dem Vorstand durch Annahme des Antrages Offenbach der Auftrag, das Verbandsgebiet in Gaubezirke einzuteilen. In Verfolg dieses Beschlusses wurden innerhalb unseres Gaubereiches damals der Gau 6 mit dem Sitz in Leipzig und der Gau 7 mit dem Sitz in Dresden geschaffen. Im ersteren war Kollege Ernst S c h ä f e r in Leipzig und im letzteren Kollege Kl. W a c k w i t z in Dresden als Vorsitzender ehrenamtlich bestellt. Während von der Gauleitung in Leipzig im Jahre 1899 bereits zwölf Versammlungen abgehalten und eine Revision vorgenommen wurden, war im gleichen Jahre bei der Gauleitung in Dresden eine ähnliche Befassung nicht wahrzunehmen. Erst im Jahre 1900 wurden im Gau Dresden sieben Versammlungen abgehalten, vier Revisionen vorgenommen und vier Zahlstellen gegründet. Von der Gauleitung in Leipzig wurden 14 Versammlungen abgehalten, zwei Revisionen vorgenommen und fünf Zahlstellen im gleichen Zeitraum errichtet. Der erste Lohnkampf in Sachsen wurde von den Leipziger Seifenarbeitern ordnungsgemäß und mit Erfolg durchgeführt.

Die großen Bewegungen der Bauarbeiter, die Aussperrung der Textilarbeiter, der Glas- und Metallarbeiter lenkten die Aufmerksamkeit aller Arbeiter auf die gewerkschaftliche Arbeit. Das Löbauer Tuchhausurteil, die Krimmichauer Aus-



Sperrung wegen des Zehnstundentages hatten das Klassenbewußtsein gewaltig geweckt. Die Weihnachtsbescherung der Ausgesperrten in Krimmitschau, denen ganze Waggonladungen von Geschenken aus allen Arbeiterschichten Deutschlands zuteil wurden, zeigte das starke Anwachsen des Solidaritätsgefühls unter der Arbeiterschaft.

Die Lohnkämpfe wurden mit immer größerem Nachdruck und mit wachsendem Erfolg, die Werbenarbeit mit mehr Eifer durchgeführt. Bei der Ausführung der Aufgaben der Gauleitung war bei allen beteiligten Personen Fleiß und Eifer zu beobachten. Je mehr sich aber erforderlich machte, die Agitations- und Organisationsarbeit in die vom Gaußitz weiter entfernt gelegenen Orte hinauszutragen, desto größer wurden die zu überwindenden Schwierigkeiten. Nach der Tagesarbeit im Betriebe — an eine achtfündige Arbeitszeit war damals noch nicht zu denken — mußten abends und Sonntags noch weite Bahnfahrten unternommen werden, um an die zuwerbenden Mitglieder heranzukommen. Waren die Mitglieder gewonnen, so war es nicht immer leicht, ihnen mit Rat und Tat beizustehen und sie bei der Fahne zu halten. Die Koalitionsverbote in den Betrieben nahmen größeren Umfang an. Vor allem in den größeren Städten und in den Industriezentren wurden durch Anschläge der Betriebsleitungen die Arbeiter vor dem Anschluß an den Fabrikarbeiterverband gewarnt; teilweise wurde bei Nichtbefolgung dieser Warnung Entlassung angedroht. Die einzige Möglichkeit zu fruchtbringender Arbeit schien in der Anstellung besoldeter Gauleiter zu liegen. Dieser Überzeugung wurde auch Ausdruck gegeben auf einer in Radeberg im Jahre 1904 abgehaltenen Gaukonferenz des Gau 7. Der vom Kollegen Sch ne i d e r vorgelegte Antrag, einen besoldeten Gauleiter anzustellen und unter Umständen die Gauen 6 und 7 zu einem zu verschmelzen, wurde einstimmig angenommen und dem Verbandstag unterbreitet. Der Vorstand legte dem Hamburger Verbandstag 1904 einen Antrag auf Anstellung von acht besoldeten Gauleitern vor, der eine entsprechende Zusammenlegung der vorhandenen 19 Gauen vorsah. (Zwei Gauleiter waren bereits 1902 hauptamtlich angestellt.) Die sieben sächsischen Delegierten in Hamburg setzten sich für den Antrag ein, der auch angenommen wurde. Am Schluß des Jahres 1903 gehörten zum Gau 6 (Leipzig) 17 Einzelmitgliedschaften mit 1630 Mitgliedern und zum Gau 7 (Dresden) 21 Einzelmitgliedschaften mit 1950 Mitgliedern. In Ausführung des Hamburger Beschlusses von 1904 trat Kollege Gustav Neuring am 1. Dezember 1904 seine Stellung als Gauleiter in Dresden an.

Der neugegründete Gau 2 umfaßte das damalige Königreich Sachsen, die Provinz Schlessien, die thüringischen Staaten und einige Jahrestellen in Bayern. Die Organisation hatte:

in Sachsen	35 Jahrestellen mit 5925 Mitgliedern,
in Schlessien	10 Jahrestellen mit 502 Mitgliedern,
in den thüringischen Staaten	10 Jahrestellen mit 1083 Mitgliedern,
insgesamt also	55 Jahrestellen mit 7510 Mitgliedern.

Kollege Neuring hat allen Schwierigkeiten zum Trotz mit Umsicht und Bienenfleiß die Organisation aufwärts geführt. Wegen angeblicher Verfehlung gegen das Vereins- und Versammlungsrecht wurde er wiederholt in Strafe genommen. Auch seine Fähigkeit in der Führung von Verhandlungen brachte ihm mehrfache Bestrafungen wegen Hansfriedensbruchs ein, weil er den Aufforderungen der Arbeitgeber zum Verlassen der Betriebe nicht schnell genug nachkam.

Nach einem Beschluß des Verbandstages in Leipzig 1906 wurde die Provinz Schlessien vom Gau 2 abgetrennt, und am Schluß des 3. Quartals 1906 wurden 21 Jahrestellen mit 2700 Mitgliedern dem neugebildeten Gau Schlessien zugeteilt.

Im Jahre 1908 wurde auf dem Verbandstag in München beschlossen, für drei weitere Gauen einen weiteren Gauleiter anzustellen. Darunter war auch unser Gau. Nach dem Beschluß des Verbandstages 1910 wurde der Gau 2 geteilt in den jetzigen Gau 7 mit seinem Sitz in Dresden und in den Gau 8 mit seinem Sitz in Erfurt. 26 Jahrestellen mit 7074 Mitgliedern bildeten den Gau Erfurt. Der Gau 7 beschränkte sich nunmehr auf das Gebiet des jetzigen Freistaates Sachsen. In ihm verblieben 49 Jahrestellen mit 23 921 Mitgliedern. Im Jahre 1912 war es dem Kollegen Neuring nicht mehr möglich, die angewachsene Arbeit zu bewältigen. Anfang Januar 1918 wurde ein zweiter Gauleiter in der Person des Kollegen Hilpmann angestellt.

Bei Ausbruch des Krieges 1914 war die Zahl der Mitglieder auf 30 770 angewachsen. Neben den Tausenden von Mitgliedern waren zeitweise auch beide Gauleiter zum Heeresdienst eingezogen. Nach Kriegsende wurde von den beiden zurückgekehrten Kollegen Neuring und Hilpmann der Wiederaufbau der Organisation tatkräftig gefördert.

Im Januar 1919 wurde Kollege Neuring zum Minister des Militärwesens für Sachsen ernannt. Unser Verband war wieder auf 50 000 Mitglieder angewachsen. Infolge dieser Bemerkung mußte er seine Tätigkeit als Gauleiter unterbrechen.

Bereits am 12. April 1919 wurde er durch irreführende und verhetzte Massenmenschlings ermordet. Um zu verhindern, daß er sich aus den angeschwollenen Fluten der Elbe rettete, wurde er mit Maschinengewehrfeuer verfolgt. Noch heute gedenken alle Funktionäre der Jahrestellen im Gau Sachsen der Tätigkeit des Kollegen Neuring in Dankbarkeit. Nach dem Ausscheiden des Kollegen Neuring aus der Gauleitung mußte Kollege Hilpmann zunächst allein versuchen, den angewachsenen Aufgaben Herr zu werden. Gerade in der Nachrevolutionärszeit, in der allenthalben Tarifverträge zu schaffen waren, war das außerordentlich schwer.

Am 15. April 1919 trat Kollege Hüppner mit in die Gauleitung ein. Alle Kraft mußte damals auf die Erledigung der dringenden Außenarbeit verwandt werden. Die organisatorischen Innenarbeiten blieben meist unerledigt. Durch die Anstellung des Kollegen Köhler als Sekretär im Juli 1919 wurde eine ordnungsmäßige Erledigung der Innenarbeit sichergestellt. In zunehmendem Maße waren die Jahrestellen gezwungen, an Stelle ehrenamtlicher Bevollmächtigter angestellte Geschäftsführer zu setzen. Hand in Hand damit ging allerdings eine planmäßigere Gestaltung der Jahrestellengebiete vor sich. Mehrere Jahrestellen wurden zu leistungsfähigeren Jahrestellen zusammengeschlossen.

Am 1. Oktober 1913 trat der Verband der Blumenarbeiter zu unserem Verbands über. In Sebütz wurde ein Angestellter des Verbandes von uns übernommen. Die bisher dafelbst von der Jahrestelle Heidenau bearbeiteten Industriegruppen und Mitglieder wurden an die Jahrestelle Sebütz abgetreten. Die Schaffung einer Branchenleitung für die Blumenindustrie wurde im Jahre 1921 verwirklicht. Als Sitz des Branchenleiters war das Garbäro in Dresden bestimmt. Als Branchenleiter trat der Kollege S a k e r am 1. Oktober 1921 seine Stellung an. Er war der Gauleitung unterstellt. Da er der schwierigen Aufgabe nicht gewachsen war, mußte am 30. Juni seine Entlassung erfolgen. Die Stelle blieb zunächst unbesetzt, und Kollege Hilpmann erledigte die notwendigen Arbeiten für die Blumenindustrie. Seinem Wüthen fand die Errichtung eines Fachauschusses für die sächsische Kunstblumenindustrie und die Schaffung eines Heimarbeiterslohntarifes zu danken.

Die in den ersten Nachkriegsjahren eintretende allmähliche Steigerung des Volkswirtschafts machte eine Verkürzung der Laufzeiten der abgeschlossenen Tarifverträge notwendig. In immer kürzeren Zeitabschnitten waren neue Lohnverhandlungen zu führen. Am 1. Juli 1923 trat der Kollege Christian Berg (Hennau) in die Gauleitung ein und übernahm die Grobkeramik. Dadurch erfolgte eine Entlastung und war eine wirkungsvollere Wahrung der Interessen der Mitglieder im Gau möglich.

Als mit dem Tiefstand der Mark das Elend seinen Gipfel im November 1923 erreichte, war den Kollegen in der Gauleitung die Ausführung von Reisen zu Lohnverhandlungen wegen fehlender Mittel unmöglich. Gehalt konnte nicht gezahlt werden. Der Kollege Berg gab am 3. November 1923 seine Stellung auf, weil er leidendere Arbeit gefunden hatte. 30 Prozent der Verbandsmitglieder im Gaubereich gingen verstorben. Gegen Ende des Jahres gelang es allmählich, die Löhne in Galtblume umzuwandeln.

Schritt im Schritt gelang es den vereinten Bemühungen der Funktionäre, in allen für uns in Betracht kommenden Branchen die Tarife wieder auf- und auszubauen. Troßdem konnte der Mitgliederrückgang erst im Jahre 1926 überwunden und durch eine Aufwärtsentwicklung ersetzt werden.

Bei der am 1. August 1926 erfolgten Errichtung des Keramischen Bundes trafen 6110 Glasarbeiter und 3773 Porzellaner im Gaubereich zu uns über. In die Gauleitung wurden die Kollegen G r i e s b a c h und B u l k e übernommen, zwei weitere Angestellte der Glasarbeiter und Porzellaner in Jahrestellen untergebracht. Anfang 1927 trat der Kollege Hilpmann an die Stelle des verstorbenen Kollegen Borger in den Gau Hamburg ein. Eine andere Geschäftsverteilung griff Platz, und es ist möglich geworden, mit weniger Kräften die Organisation vorwärts zu bringen.

Seit dem Bestehen der Mitgliedschaften in unserem Gau ist ein gut Stück aufklärer Arbeit geleistet. Die Mitgliederzahl hat eine wesentliche Steigerung erfahren. Die gegenseitige Hilfe der Mitglieder hat die Drangsalierung und Unterdrückung von ehemals in den für uns zuständigen Betrieben beseitigt. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den für uns zuständigen Betrieben haben mit denen der gelehrten Arbeiter nicht nur Schritt gehalten, sondern teilweise marschieren wir an der Spitze. Auch in Zukunft wollen wir durch einmütiges Handeln bestrebt sein, unseren Mitgliedern einen größeren Anteil an Kulturgütern und ein größeres Maß an Lebensfreude zu sichern.

Gau 8, Erfurt.

Von Paul Schneider.



Der Gau 8 (Thüringen und angrenzende preussische Gebiete) entstand durch einen im Januar 1911 gefassten Beschluß vom Vorstand und den Gauleitern. Der Verbandstag 1910 hatte die Anträge einiger Jahrestellen auf Teilung des damaligen Gau 2 (Sachsen, Thüringen usw.) dem Vorstand in Verbindung mit den Gauleitern zwecks Erledigung überwiesen. Die Gaukonferenz in Chemnitz am 11. und 12. September 1910 beschloß, dem Vorstand die Gauteilung zu empfehlen. Kollege Brey als anwesender Vorstandsvertreter sagte für seine Person zu. Als Gauleiter wurde dann vom

Vorstand der Kollege Paul S c h n e i d e r bestimmt. Dieser war bereits seit 1. Januar 1909 mit dem von Fanatikern ermordeten Kollegen Gustav Neuring für den Gau 2 tätig.

Am 1. April 1911 trat der Gau 8 als neues Glied des Verbandes offiziell in Tätigkeit. 30 Jahrestellen mit 7000 Mitgliedern wurden ihm zugeteilt. (Darunter die Jahrestellen Merseburg, Naumburg, Weiskensels mit zirka 800 Mitglieder vom damaligen Gau 1.) Nach dreijährigem Bestehen, kurz vor Kriegsausbruch, konnten in 39 Jahrestellen 10 000 Mitglieder bei einer durchschnittlichen Quartalsbeitragsleistung von 12 gemustert werden. Dieser Erfolg — man vergesse nicht die damalige Zeit, der Verband war zur Einreichung seiner Mitgliederlisten an die Polizei aufgefördert — konnte nur durch die aufopfernde Hingabe der Funktionäre erzielt werden. Trat der Gau 8 selbständig verhältnismäßig auch erst spät in Erscheinung, so liegen doch die Anfänge der Organisation in den einzelnen Orten viel weiter zurück.

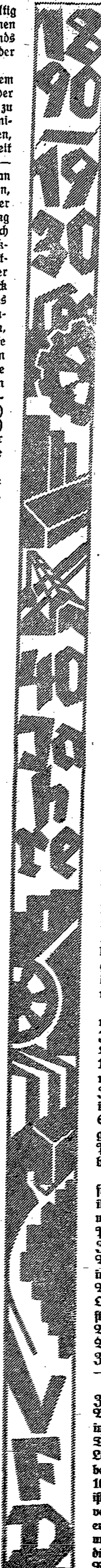
In Altenburg erwachte unter den ungelerten Arbeitern der Organisationsgedanke bereits 1894; eine Jahrestellengründung erfolgte jedoch erst am 18. März 1896. Unter Gustav E r l e r wurde an diesem Tage die Jahrestelle mit 14 Kollegen ins Leben gerufen. Am Jahreschluß waren 58 Mitglieder vorhanden. Troß schwierigster Verhältnisse ging es unaufhaltsam vorwärts. Am 1. Januar 1907 trat, bei einem Mitgliederbestand von 600 Kollegen, unser Kollege Karl R ö h l e r — jetzt Hauptkassierer des Verbandes in Hannover — als Geschäftsführer an; vordem war er schon als 1. Bevollmächtigter in Altenburg tätig. Bei voller Blüte der Jahrestelle wirkten als solche heute F. S c h a u e r und A. E n g e l m a n n.

An der oberen Saale, im entlegenen Blankenberg und Umgebung, versammelten sich vor nunmehr 20 Jahren (Juli 1910) unter Führung von Heinrich L a n g Kollegen aus der Wiedeschen Papierfabrik und den Kunstschleiferwerken; die Jahrestellengründung wurde vollzogen, im September 1910 fand die erste öffentliche Papierarbeiterversammlung in dortiger Gegend statt. Differenzen mit dem bisherigen Krankenkassenvorstand bez. Arztwahl, Neuwahl des Arbeitsausschusses und einiges andere gaben unserer Sache mit den Aufstakt. Fritz S e l l e r t, Heinrich F i s c h e r, Richard S c h ö b e r l e i n und verschiedene andere Kollegen brachten in aufopfernder Tätigkeit die Jahrestelle nach kaum zweijährigem Bestehen auf 600 Mitglieder. Kaum drei Duzend Mitglieder beim Kriegsende, steht heute die Jahrestelle gefestigt da. Richard S c h ö b e r l e i n ist ihr Angestellter; leider verunglückte sein Mitarbeiter Fritz S e l l e r t mit dem Motorrad tödlich.

Im kleinen — ehemals altenburgischen — Industriestädtchen Eisenberg regten sich die Schamotte- und Longrubenarbeiter nachdrücklich bereits im Jahre 1898. Am 26. August wurde die Jahrestelle gegründet. Heinrich W i r t h, Oswin K ö h l e r und einige andere Kollegen marschierten dabei voran. Nach 10jährigem Bestehen konnte zur Anstellung eines Geschäftsführers geschritten werden. Fritz S t u r m leitete die Jahrestelle, er starb 1929 als Angestellter der Jahrestelle Gera. Im November 1912 erfolgte der Anschluß von Langenberg, einer im Jahre 1900 gegründeten Nachbarjahrestelle, die Emil G e r h a r d t und Paul S e y f a r t h aufbauten. Im Frühjahr 1921 wurde in Gera ein Zweigbüro aufgemacht. Infolge der durch die Verschmelzung 1926 hinzugekommenen Glas- und Porzellanarbeiter wurden aus der vereinigten Jahrestelle zwei neue gebildet: Eisenberg und Gera.

Dort, wo für die Arbeiterbewegung historischer Boden ist, in G o t t a, versuchten 1897 ungelernete Arbeiter durch Stellung von Forderungen in den Betrieben ihre Lage zu verbessern. Stete Abweisung brachte eine Versammlung der ungelerten Arbeiter am 28. Februar 1898 zustande. Wilhelm B o c k, Senior der Partei, sprach über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Eine Jahrestelle des Verbandes wurde am selben Tage ins Leben gerufen. Langsames Fortwärtkommen; ein größerer Teil der G o t t a e r Arbeiter schloß sich 1904 und in folgenden Jahren der vaterländischen Arbeiterbewegung an. Vorübergehende Verschmelzung mit Waltershausen brachte nicht den erhofften weiteren Aufstieg. Oskar B a c h h a u s, Joh. B a g erwarben sich neben anderen Kollegen auf feinem Boden besondere Verdienste um die Weiterentwicklung der Jahrestelle. Bachhaus wurde am 17. März 1920 bei der Besetzung G o t t a s durch zeitfreiwillige Banditen erschossen, Bag lebt bei hohem Alter als Invalide. Heute wird die Jahrestelle von einem der am längsten mit tätigen Funktionäre — Bertold H e i n z — geleitet.

Im sagenumwobenen Merseburg waren es die Kollegen der Papier- und Zellstoffabrik, welche schon am die Jahreswende 1895/96 die Fühlung mit dem Verbands aufnahmen. Wilhelm K a t h, einer der Ältesten, Gründer der Jahrestelle im Frühjahr 1896, leitete und wirkte für den Verband bis zu seinem 1925 erfolgten Tode. Neben ihm wirkte der Kollege K u n t h, der ein Opfer des Abbaues im Leunawerk wurde. Der alte Wilhelm, besorgt um die Einheit der Arbeiterbewegung, erlebte es noch, daß in seiner Fickschusterbude an einem Tage über 1000 Annahmen für den Verband (Leunaarbeiter) ausgeschrieben wurden. Das ist mein Tod — so lauteten seine Worte angesichts des später dort lobenden, alles vernichtenden Bruderkampfes. Sein Sohn und Otto S e y f a r t h — ein allertrotzter Funktionär aus Waltershausen — leiteten die Jahrestelle in der Sturm- und Drangperiode; heute sind es Heinrich F i s c h e r und Paul L a n g e. Beide dürften mit auf dem schwierigsten Posten im Gau stehen. Durch den Anschluß von Naumburg an Merseburg ist das Arbeitsfeld sehr ausgedehnt.



Wer kennt nicht Sonneberg mit seiner im weiten Umkreise vorhandenen Spielwarenindustrie. Schon im Jahre 1900 hatte in umliegenden Ortschaften sich ein Verband der Maskenarbeiter gebildet, er griff auf Manebach bei Jimenau über. 325 Mitglieder waren vorhanden. 1901 wird erstmalig an einige in Not geratene Mitglieder eine Unterstützung von je 10 Mark gezahlt. Georg Simon und Andreas Tegel erhalten für ihre hingebende Tätigkeit zusammen 10 Mark pro Jahr. Beiträge werden pro Monat 20 Pfennig für männliche, 10 Pfennig für weibliche Arbeiter, Eintrittsgeld 50 Pfennig erhoben. Als im August 1905 die Zahlstelle Sonneberg gegründet wurde, schlossen sich nach verhältnismäßig schwierigen Verhandlungen die Maskenarbeiter ihr an. Vor Kriegsbeginn mußte die Organisation in Sonneberg und Umg. 1000 Mitglieder. Emil v. d. Weh d., Edmund Bräuner, Gottfried Brandel, das waren die Gründer, Leiter und Förderer unserer Sache. Nach dem Kriege blieb G. Brandel allein; ihm gesellten sich Darius Saffa und Hermann Effein zu. Letzterer ist heute Branchenleiter beim Hauptvorstand in Hannover für die Spielwaren- und Heimindustrie.

Neben Sonneberg verdient Waltershausen genannt zu werden. Ein Vorläufer des Verbandes war der schon unter dem Sozialistengesetz existierende Fabrikarbeiterverein. 1897 flammte bei B. Polack, W., ein Streik auf, der infolge Fehlens einer Organisation verloren ging. Im Jahre 1898 wurde dann zur Gründung einer Zahlstelle geschritten. 70 Kollegen trafen bei. Helmut Christ — heute noch Mitglied im JdA. —, Alfred Greif und August Hölzer waren die Gründer. Einer anfangs guten Entwicklung folgte nach zweijährigem Bestehen erheblicher Rückgang. Neue Männer trafen hervor. Emil Piegsa, Otto Seyfarth und August Reising (letzterer jetzt fast 25 Jahre Hilfskassierer) gaben im Verein mit Alfred Greif der Zahlstelle neuen Auftrieb. Anfang 1908 konnte Greif als Geschäftsführer angestellt werden, 1909 kam Kollege Bah als Hilfskassierer hinzu, nachdem eine Verschmelzung mit Gotha und Ohrdruf sowie Eisenach vollzogen war. Im Mai 1909 brach der zweite Streik bei B. Polack aus; 1910 folgten solche in den Spielwaren- und Puppenfabriken. Bei Kriegsausbruch stand die Zahlstelle gefestigt da; Ohrdruf und Gotha hatten sich unterdessen wieder selbstständig gemacht. Alfred Greif ging kurz vor Kriegsausbruch ab, an seine Stelle trat Oswin Köhler aus Eisenberg, der 1915 zum Militär eingezogen wurde. Arno Meißner und H. Stapp sprangen ein, führten die Geschäfte, bis Karl Ortloff im Herbst 1919 als Geschäftsführer der Zahlstelle gewählt wurde; er ist heute noch im Amte.

Lebhafte Bewegung gab es in Zeitz im Jahre 1906. Doch die da gegründete Zahlstelle konnte sich nicht halten, ging vielmehr im selben Jahre wieder ein. Bis dann durch Ernst Großmann — heute beim Hauptvorstand in Hannover, seinerzeit Gauleiter in Magdeburg — am 1. April 1907 die erneute Gründung erfolgte. Reinhold Pfeiffer wurde Kassierer und hatte diese Geschäfte bis zu seinem im August 1920 erfolgten Weggang nach Erfurt inne. Mithelfer beim Aufbau waren besonders Karl Köhler und Arbeitersekretär Genosse Windau in Zeitz. Es ging langsam vorwärts, doch konnte 1910 bereits der erste Tarifvertrag am Orte abgeschlossen werden. Die Aufwärtsentwicklung hielt bis zum Kriegsausbruch an. Nach dem Kriege wirkt Paul Hilbert als Zahlstellenleiter.

Karl Köhler, ehrenamtlicher Gauleiter für den Gau 5 (1900—1904), Sitz Altenburg, war berufen, in einer Zeit größter Schwierigkeiten den Organisationsaufbau im östlichen Teil des heutigen Gaues zu leiten.

Ernst Großmann's, von Jugend an in der Arbeiterbewegung tätig, gedenken zu können, ist allen besondere Genugtuung.

Innerlich tief ergriffen wegen des ihn betroffenen Schicksals denken wir an Gustav Neuring und ehren ihn damit ebenso wie die beiden vorgenannten Kollegen. In Verfolg der auf dem Verbandstag 1904 gefassten einschlägigen Beschlüsse als Gauleiter für den Gau 2 (Sachsen-Thüringen-Schlesien) tätig, wirkte er in vielen Orten des Gaues 8 bis zur Teilung im Frühjahr 1911. Für seine aufopfernde Tätigkeit gebührt ihm auch an dieser Stelle der Dank über das Grab hinaus. Er fiel durch die Mörderhand bolschewistischer vertierter Klassengenossen; obwohl er im Begriffe war, durch den Staat für die Arbeiterklasse zu wirken, der er seine ganze Arbeitskraft gewidmet.

Die industrielle Entwicklung im Gau 8 ist niemals einseitig gewesen. Die im Osten vorhandenen Kohlenflöze und Wasserkräfte verschaffen nach dem in den 1880er Jahren erfolgenden merklichen Übergang vom Agrar- zum Industriestaat jener Gegend das industrielle Gepräge. Der sich bis in die heutige Zeit vollziehende Arbeiterzusammenballung steht eine Abwanderung der Industriearbeiter gegenüber, hervorgerufen durch Eingehen namhafter Betriebe im Westen. Das auf Grund geologischer Forschungsergebnisse erfolgte Ausblähen der Kalilindustrie an der mittleren Werra ändert bezüglich der Auswirkung vorstehend erwähnter Tatsache wenig oder fast nichts am Gesamtcharakter dieser industriellen Gestaltung. Wo Kohle und ständig genügend Wasser vorhanden, da ist auch der Standort der chemischen Großindustrie sowie der Papierindustrie. Die preussischen Kreise Merseburg, Naumburg, Weißenfels und Zeitz sowie die thüringischen Kreise Altenburg und Gera geben davon beredtes Zeugnis. Während des großen Krieges entstanden das Ammoniakwerk Merseburg (Leunaerwerk, beschäftigte im Mai 1930 rund 13 000 Arbeiter und 2000 Angestellte) und die Deutschen Erdölwerke, chemische Fabriken bei Altenburg (zirka 600 Arbeiter und 70 Angestellte). Andere Werke bauten aus, Papierfabriken hervorragenden Rufes und ausgedehnten Umfangs sind in Altenburg, Blankenberg, Greiz, Merseburg und Weißenfels vorhanden. Zwischendurch mischt sich Kohlenchemie und Grobkeramik im erheblichen Ausmaß.

Da ist es kein Wunder, wenn Arbeitskämpfe in Erscheinung treten. Gefren der Aufgaben des Verbandes wurde überall dort, wo die Voraussetzungen gegeben waren, an die Verbesserung der ungemein rückständigen Lohn- und Arbeitsbedingungen herangegangen.

Wie bei so vielen anderen griff auch hier bezüglich der Weiterentwicklung der Krieg zunächst hindernd ein. Nach Kriegsschluß erfolgte ein gewisser Aufschwung. Den in erheblicher Zahl bis 1919 abgeschlossenen örtlichen Verträgen folgten, analog den inzwischen zustande gekommenen Reichsverträgen, die einschlägigen Bezirksverträge. Sie sind fast bei allen für den Verband in Frage kommenden Industriezweigen vorhanden. Je mehr Geschlossenheit der Kollegen in den Vordergrund trat, desto besser waren die Erfolge. Doch nunmehr drängen sich auch andere Dinge hervor. Die Unternehmer halten Umschau nach Bundesgenossen (Werkvereine, Stahlhelm-selbsthilfe). Das sei eine Mahnung für alle, damit sie die zweifellos kommenden bestigen Auseinandersetzungen schon jetzt vorbereitend in Rechnung stellen.

In der Bekämpfung des Verbandes fehlte natürlich auch die Polizei nicht. In Altenburg wurden Hausdurchsuchungen nach Mitgliederlisten beim Kollegen Köhler vorgenommen. Wegen angeblicher Sanftmütigkeit des Gasthausbesizers in Fockendorf wurde eine Papierarbeiterversammlung dortselbst aufgelöst; einige Stunden darauf fand Lanzvergnügen im selben Saal statt. (Welch edle Gegner!) In Blankenberg und Blankenstein besetzten noch 1910 Gendarmen die Versammlungslokale. Sie versuchten wiederholt, Papierarbeiter mißtrauisch gegen den Verband zu stimmen. Der anlässlich der Maifeier 1911 veranstaltete Umzug wurde polizeilich angehalten, Strafmandate folgten. Gendarmen besetzten die Saaleingänge, um Kontrolle auszuüben, wer zur Maifeier ging. In Waltershausen trat die Polizei anlässlich des bei der Firma B. Polack im Mai 1909 ausgebrochenen Streiks — die Unternehmerinteressen schützend — gegen unseren Verband auf. Arbeitswillige wurden zur Fabrik gebracht und abgeholt. Unsere Streikposten wurden mit Geldstrafen belegt; Beleidigungsprozesse in Szene gesetzt. Ähnlich ging es auch in Zeitz zu. Dort wurden die Beitragskassierer — weil sie Sonntags kassierten — angehalten; auch von diesen Kollegen verlangte man die Mitgliederlisten. Selbst die Verteiler von Agitationsmaterial wurden polizeilich gestift und

mit Strafmandaten bedacht. Man zahlte die Strafe grobchenweise ab; zuerst verweigerte man die Annahme. Auf die Erklärung — andere Gelder als Arbeitergroschen ständen nicht zu Verfügung — nahm man auch diese mit der Bemerkung, man behalte sich Anzeige wegen der gebrauchten Ausdrücke, weil verächtlich machend, vor. Die Polizei in Zeitz mußte auch einen größeren Betrieb acht Tage lang bewachen. Der Unwille der Belegschaft wegen schikanöser Behandlung jagte der Firmenleitung Angst ein. Eine junge Arbeiterin war wegen Mißnahme einer Kleinigkeit zur Anzeige gebracht und hatte deswegen den Freitod gesucht. In einer Ariesenversammlung schloß sich aus diesem Anlaß ein größerer Teil der Belegschaft dem Verbands an.

Der Gauleiter, Kollege Paul Schneider, wurde am 1. Januar 1908 als zweiter Gauleiter für den Gau 2 (Sachsen und die thüringischen Staaten) angestellt. Mit dem verstorbenen Kollegen Gustav Neuring hatte er seinen Sitz in Dresden. Nach der Teilung des Gaues 2 in die Gawe 7 und 8 (heutiges Gebilde) am 1. April 1911 siedelte er nach Erfurt über, wo sich heute noch der Gauitz befindet.

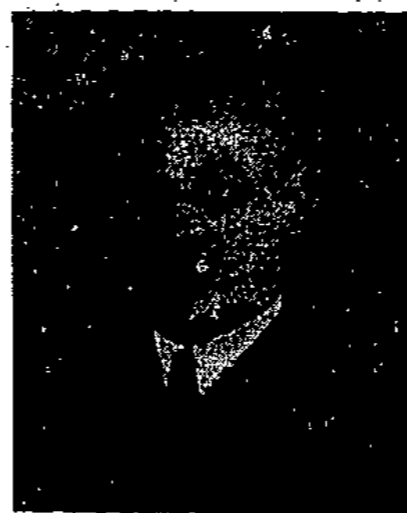
Von 1920 bis 1926 war der ehemalige Geschäftsführer der Zahlstelle Erfurt, Kollege R. Guffahr, in der Gauleitung mit tätig.

Der Zahlstellenleiter von Zeitz, Kollege Reinhold Pfeiffer, war Mitarbeiter in der Gauleitung vom 15. August 1920 bis zum 30. Juni 1924. Heute wirkt er als Vertreter der Witropa in unserem Bezirk.

Im Oktober 1925 trat der Agitationsleiter von Leipzig, Kollege E. Schönfeld, als Gauleiter mit ein, er ist als solcher heute noch tätig.

Gau 9, Nürnberg.

Von Adalbert Maier.



Unserm 9. ordentlichen Verbandstag zu München 1908 lagen folgende Anträge, die bezweckten, den damaligen Gau 5 (Bayern) in zwei Gawe zu zerlegen:

1. Antrag des Vorstandes: Der Gau 5 wird geteilt und das bayerische Gebiet, welches heute an den Gau Hessen angegliedert, zu dem neuen Gau gelegt.

2. Antrag Nürnberg: Bayern ist in einen Nord- und einen Südgau einzuteilen. Der neue Gau, dessen Leiter zu besolden ist, soll seinen Sitz in Nürnberg haben.

3. Antrag Schweinfurt: Für das Agitationsgebiet Gau Bayern sind zwei Gauleitungen einzusetzen.

Der Verbandstag stimmte dem Vorstandsantrag in Verbindung mit dem Antrag Nürnberg zu und erklärte den Antrag Schweinfurt dadurch für erledigt. Durch diesen Verbandstagsbeschuß wurde der Gau Nordbayern ins Leben gerufen. Das Werbegebiet wurde wie folgt geteilt:

- 1. Gau Südbayern: Bayern rechts des Rheins, südlich der Donau.
- 2. Gau Nordbayern: Bayern rechts des Rheins, nördlich der Donau.

Die Leitung des Gaues Südbayern übernahm der bisherige Gauleiter Joseph Skaimer, der seinen Sitz in München behielt. Als Gauleiter für Nordbayern wurde vom Vorstand und Ausschuß der Vorsitzende der Zahlstelle Augsburg, Kollege Adalbert Maier, gewählt. Er erhielt seinen Dienstsitz in Nürnberg. Der neugewählte Gauleiter hat, nachdem er vorher vier Wochen im Hauptbüro beschäftigt war, am 1. Januar 1909 seinen Posten angetreten.

Im neugebildeten Gau waren als gute Grundlage für die Werbearbeit bereits 18 Zahlstellen mit rund 6000 Mitgliedern vorhanden, von denen die Zahlstellen Nürnberg und Fürth je einen besoldeten Angestellten hatten. Dies waren die Kollegen Karl Herrmann (Nürnberg) und Peter Koch (Fürth), die sich von Anfang an in der aufopferndsten Weise zur Förderung aller Interessen der Organisation zur Verfügung gestellt haben. Außerdem wurden in den neuen Gauvorstand die Kollegen Johann Messerer, Friedrich Strube, Georg Dockhorn, Anton Usberger und Georg Schrenker gewählt. Der letztere ist leider, nachdem er inzwischen besoldeter Kassierer der Zahlstelle Nürnberg geworden war, ein Opfer des Weltkrieges geblieben.

Dieser Gauvorstand in Nürnberg hatte allerdings auch schon einen Vorläufer. Ein heute noch recht eifriger Kollege, damals im Bauhilfsarbeiterverband organisiert, hatte schon in den 90er Jahren die Notwendigkeit eines Gauleiters für den Fabrikarbeiterverband erkannt und sich deshalb als solchen bestimmt. Leider hatte der Hauptvorstand für diese Selbstnennung kein Verständnis und hat eine diesbezügliche Mitteilung nicht beantwortet. Es war dies unser alter Freund Michael Gundel, der trotz langjähriger Invalidität noch heute treuer Besucher aller Verbanderversammlungen ist.

Die Entwicklung des Gaues bewegte sich in gleichmäßiger Linie nach aufwärts, so daß wir am Jahreschluß 1913 in 27 Zahlstellen 7750 männliche und 2950 weibliche Mitglieder verzeichnen konnten. Der Weltkrieg, der den Verband von fast allen männlichen Mitgliedern entblökte, warf auch die Entwicklung in unserem Gau zurück, so daß wir Ende 1917 nur noch 4750 Mitglieder aufweisen konnten. Im Jahre 1918 hatten wir uns allerdings wieder auf 11 460 Mitglieder erholt.

Die stürmische Aufwärtsentwicklung in der Nachkriegszeit und die Folgen des wirtschaftlichen Zusammenbruches durch die Inflation sind auch unserem Gau nicht erspart geblieben; jedoch konnten wir Ende des Jahres 1925 in 27 Zahlstellen 16 930 Mitglieder zählen. Durch die im Jahre 1926 eingetretene Zusammenlegung unseres Verbandes mit den Glas- und Porzellanarbeiterverbänden betrug die Mitgliederzahl am Jahreschluß 1926 28 950. Beim Erscheinen dieser Jubiläumsumnummer dürfen wir mit Stolz auf einen Mitgliederbestand von 38 000 blicken, wovon mehr als 12 000 weibliche Mitglieder sind.

Im Jahre 1919 wurde infolge der stürmischen vermehrten Arbeit der Kollege Joseph Schmaus — bis dahin Geschäftsführer der Zahlstelle Schweinfurt — als zweiter Gauleiter bestimmt. Durch die Verschmelzung im Jahre 1926 trafen der Kollege Michael Dirschel vom Verband der Glasarbeiter und der Kollege Wilhelm Frenzel vom Verband der Porzellanarbeiter in die Gauleitung ein, so daß dieselbe heute aus vier besoldeten Gauleitern besteht.

Die Bildung unseres Gaues fiel zusammen mit der Freigabe der Landarbeiter und der Namensänderung unseres Verbandes. Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands war für seine Werbearbeit auf industrielle Betriebe eingestellt und damit zur Industrieorganisation geworden. Die für uns zuständigen Industrien sind bekannt. Von ihnen befinden sich im Gau Nordbayern in der Hauptfache folgende, denen wir die Zahlen der Beschäftigten und der Organisierten begeben:

Industrie	Zahl der Beschäftigten	Zahl der Mitglieder
Chemie	6 800	4 100
Papierherstellung	3 300	2 550
Papierverarbeitung	2 050	690
Glas	7 800	6 350
Porzellan	24 100	14 250
Grobkeramik	8 850	7 450
Nahrungsmittel	620	250
Sonstige	3 900	2 400

Weil in unserem halbagrarischen Bayern der Großbetrieb nicht überwiegend ist und deshalb die Organisationsarbeit sich sehr viel mit Mittel- und Kleinbetrieben beschäftigen muß, kann der oben gezeigte Stand der Organisation nicht als schlecht bezeichnet werden.

Mit der Verbreiterung der Organisation und der Vertiefung des Organisationsgedankens haben sich selbstverständlich auch die Zahlstellen und deren Leitungen geändert. Von den heute im Gau vorhandenen 46 Zahlstellen werden 37 ehren-



amtlich geleitet, in den übrigen 9 Zahlstellen sind 16 besoldete Angestellte vorhanden. Der früher stark auftretende Mangel an geeigneten Arbeitsräumen für die Angestellten ist heute überall behoben. 6 Zahlstellen haben ihre Büros in verbandseigenen Häusern untergebracht.

Die Benutzung technischer und literarischer Hilfsmittel hat erfreulicherweise große Fortschritte gemacht. Die Leiter der großen Bezirkszahlstellen bedienen sich zur Erledigung ihrer zeitraubenden Kleinarbeit im Außendienst in zunehmendem Maße des Kraftwagens. Schreibmaschinen sind nicht nur in den Zahlstellen mit Angestellten vorhanden, fast jede größere Zahlstelle im Gau verfügt über eine solche. Gute, manchmal sogar sehr gute Bibliotheken können fast alle Zahlstellen aufweisen.

Neben diesen an sich toten Hilfsmitteln hat die Organisation in unserem Gau einen wertvollen Schatz von treuen Mitarbeitern — worunter sich erfreulicherweise eine ganze Anzahl weiblicher befindet —, der alle die vorgenannten Dinge erst zu lebendiger Wirkung erweckt. In der Mehrzahl unserer Zahlstellen tun einzelne Funktionäre, „Bevollmächtigte“ und „ehrenamtliche Einkassierer“ seit mehr als 20 Jahren ununterbrochen Dienst. Sie bilden das Wurzelwerk unseres Verbandes und führen ihm — hoffentlich noch recht lange — durch treue Mitarbeit immer neue Kraft zu.

Aber nicht nur die unschätzbare treue Mitarbeit eines großen Stammes alter Funktionäre steht uns zur Verfügung, auch die Jugendbewegung hat in unserem Gau gut Wurzel geschlagen. Mehr als 800 Burschen und Mädchen sind in den Jugendgruppen unserer Zahlstellen zusammengefaßt und wandern, singen und spielen unter ihren eigenen Wimpeln oder lauschen den ernstesten Vorträgen und Belehrungen ihrer Jugendführer und finden so schon in jungen Jahren Verständnis für die Aufgaben und die Kraft ihrer Organisation.

Der Aufgabenkreis unserer Verbandsfunktionäre hat sich seit der Gründung des Gaus wesentlich erweitert. Während früher unsere Hauptaufgaben in der Agitation, Organisation und inneren Verwaltung des Verbandes bestanden, sind wir heute in allen öffentlichen Körperschaften vertreten. Unser Verband stellt heute Arbeitsrichter, Landesarbeitsrichter, Beisitzer zu den Spruchauschüssen und Spruchkammern der Arbeitslosenversicherung, zu den Versicherungsämtern und Oberversicherungsämtern, zu Tarifämtern, Schlichtungsausschüssen und allen anderen Körperschaften, die mit dem Wohl und Wehe der Arbeiterschaft im Zusammenhang stehen. Auch im öffentlichen Leben sind eine ganze Reihe unserer Mitglieder tätig.

Die Zeit, in welcher der besoldete Funktionär, wenn er vor einem Betriebe Handzettel verteilt, außen vom Puff und innen vom Hosshund bedroht war, ist heute endgültig vorbei. Und mancher Betriebsleiter, der damals höhrend bemerkte: „Schade um das schöne Papier, das Sie an meine Arbeiterschaft verschwenden“, ist heute durch die Organisation zu ihrer Anerkennung gezwungen und muß die von ihr geschaffenen Tarife — ob willig oder nicht — einhalten.

Dem Tarifgedanken wurde in unserem Gau auch in der Vorkriegszeit schon weitestgehende Beachtung und Förderung zuteil. Wir hatten auch damals schon Tarifverträge abgeschlossen, die wohl als musterhaft anzuspochen waren. Nur ein Beispiel:

Zwischen den unterzeichneten Vertretern der Margarinefabriken Nürnbergs und den Verbänden der Fabrikarbeiter und Wäflner wurde heute folgender Tarifvertrag vereinbart:

Tarifvertrag.

1. Arbeitszeit.

Die tägliche Arbeitszeit beträgt vom 15. Mai bis 15. August neun, für die übrige Jahreszeit neuneinhalb Stunden und muß in der Zeit von morgens 6 bzw. 7 bis abends 6 bzw. 7 Uhr liegen.

Wird die Arbeit regelmäßig früher begonnen, so werden für jede außerhalb dieses Rahmens liegende Stunde der normalen Arbeitszeit 30 Pf. zugerechnet, jedoch fällt die Zeit, welche die Heizer und Maschinisten früher kommen, um ein pünktliches Beginnen der Arbeit zu ermöglichen, nicht unter diese Bestimmung.

An Wochenend- und Feiertagen ist eine Stunde früher, an den Vorabenden von Neujahr, Pfingsten und Weihnachten mittags 12 Uhr, am Vorabend von Ostern nachmittags 4 Uhr Feiertag ohne Sitzung des Lohnes.

Die Mittagspause beträgt 1 1/2 Stunden.

2. Lohn.

Der Mindestlohn beträgt 23 Mk.; für diejenigen Arbeiter, welche bei Inkrafttreten des Tarifs zwei Jahre im Betriebe sind, 24 Mk.

Alle übrigen Arbeiter erhalten am 1. Mai 1909 eine Zulage von 1 Mk., eine weitere Erhöhung der Löhne für sämtliche Arbeiter um 1 Mk. pro Woche erfolgt je am 1. Mai 1910 und am 1. Mai 1911, soweit der Höchstlohn von 30 Mk. nicht schon erreicht ist.

Wochenlohnzuschläge und sonstige Vergünstigungen kommen vom 1. Januar 1910 an in Wegfall und werden ab dort zu den Wochenlöhnen zugerechnet. Überstunden und Sonntagsarbeit werden mit 60 Pf. pro Stunde bezahlt.

3. Allgemeines.

Der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches wird anerkannt und in Anlehnung an denselben bestimmt:

Verzinsungswesen werden in folgenden Fällen vom Lohn nicht abgezogen: bei Kontrollversammlungen für den nötigen Zeitaufwand, bei militärischen Übungen bis zu 28 Tagen, bei Leibesbegünstigungen aller Art Angehöriger bis zu einem Tag, bei ärztlich nachgewiesenen Krankheitsfällen wird bis zu 14 Tagen die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld der Gemeindekrankenkasse gewährt, jedoch für dieselbe Krankheit innerhalb eines halben Jahres nur einmal.

Nach abgelaufener einjähriger Betriebszugehörigkeit erhält jeder Arbeiter einen einwöchigen Urlaub unter Fortbezahlung des Lohnes. Freies Koalitionsrecht wird jedem Arbeiter zugesichert.

Dieser Tarif tritt am 1. Mai 1909 in Kraft und läuft bis zum 31. Dezember 1912. Wird derselbe vier Wochen vor Ablauf von keiner Seite gekündigt, so läuft er stillschweigend auf ein Jahr weiter.

Nürnberg, den 30. April 1909.

Für die Herren Arbeitgeber:
Unterschriften,
folgen sieben Firmen.

Für den Fabrikarbeiterverband:
Karl Herrmann,
Für den Wäflnerverband:
Karl Helfenberger.

Dass solche Erfolge nicht immer ohne zum Teil recht schwere Lohnkämpfe möglich waren, ist der Verbandsöffentlichkeit bekannt. Und daß die Lohnkämpfe von der Verbandsgemeinschaft, Polizei, Behörden und Arbeitgeberseite nach Möglichkeit erschwert wurden, sei auch nur beiläufig erwähnt. Einige eingeworfene Fenster scheinen führten zu Landfriedensbruch-Prozessen, aus denen wir allerdings in den meisten Fällen ohne wesentlichen Schaden für die beteiligte Arbeiterschaft herausgekommen sind. Leider sind einige besonders tüchtige Verbandskollegen auf Grund recht zweifelhafte Anklagen herausgeworfen worden. Ihre Verbandsstreue wurde dadurch nicht ins Wanken gebracht. Wie eifrig die Polizei damals war, mag folgender Vorgang zeigen:

Bei einem kleineren Streik mit etwa 100 beteiligten Kollegen einer Hartpapierfabrik hatte der Gauleiter an die Kinder der Streikenden gelegentlich einer Kontrolle eine Dose Bonbons verteilt. Weil dies Jungvolk vor dem das Dazugewandte angegriffen hatte, als sie den Betrieb verlassen, wurde dem Gauleiter ein Prozeß wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung angehängt, der bekanntlich nur Freiheitsstrafe als Sühne vorsah. Der notwendigerweise erfolgte Freispruch hat nicht nur dem Rechtsanwalt und dem anwaltenden Richter, sondern auch dem Pfarrer und Lehrer, die als Zeugen gegen unseren Funktionär aufgetreten waren, herzlich leid getan.

Trotz aller polizeilichen und behördlichen Schikanen arbeiten heute alle unsere Mitglieder unter sanitärl. geregelten Bestimmungen, die zum Teil in Reichs-, zum Teil in Verbandsverträgen niedergelegt sind.

Der Gau Nordbayern darf also, nicht ohne Stolz auf die eigenen Erfolge, frohen Herzens das Jubiläum des Jahrtages unseres Verbandes mitfeiern und wird im Vertrauen zur Führung der Organisation über neue Arbeit zu neuen Erfolgen für seine Mitglieder und für die Gesamtarbeiterschaft schreiben.



Gau 10, München.

Von Adolf Weber.

Als im Jahre 1890 die Gründung unseres Verbandes erfolgte, dachten die nichtgewerblichen Arbeiter in Südbayern noch nicht an Organisation. Aber die allmählich aus der Not geborene Einsicht bereitete auch in Südbayern den Boden zur Selbsthilfe. Die bereits bestehenden Organisationen der Handwerker gaben den nichtgewerblichen Arbeitern ein Beispiel, was zu tun sei, um sich ihr Los zu verbessern. Die Hilfsarbeiter in den Fabriken sahen, wie sich die Handwerker durch ihre Organisationen die Löhne und Arbeitsverhältnisse verbesserten, während sie in der Entlohnung sowohl wie mit der Regelung der

Arbeitsbedingungen immer weiter zurückblieben. Die bestehenden Handwerkerorganisationen kümmerten sich eben um den „Tagelöhner“, wie sie ihren Hilfsarbeiter nannten, nicht, sie lehnten es ab, für ihn einzutreten. Die Hilfsarbeiter jener, unserem Verbandsgebiet nicht zugehörigen Industrien waren es auch, aus denen größtenteils, namentlich in München, die Pioniere zur Gründung einer Organisation hervorgingen. Es waren dies die Kollegen Karl H ä m m e l, Sebastian W i l k i, Joseph K e i t e r, Mag B e l l i n i, Joseph W a u e r, Julius R i c h t e r, Georg B i t t e r usw. Besonders W i l k i war es, der sich mit großer Umsicht und Energie der nichtgewerblichen Arbeiter annahm. Er besaß das Vertrauen der gesamten Arbeiterschaft, wurde Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Münchens und dann auch als einer der ersten in das Gemeindekollegium gewählt, wo er zu großem Einfluß und Ansehen brachte. Die meisten der Genannten waren in der Metallindustrie beschäftigt und sie gründeten in München den „Verein der nichtgewerblichen Arbeiter Münchens und Umgebung“. Am 7. März 1897 beschloß eine Generalversammlung, den Lokalverein aufzulösen und sich dem Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter Deutschlands anzuschließen. Merkwürdigerweise entstanden in München drei Zahlstellen des Verbandes, die sich bis zum Jahre 1900 nebeneinander hielten und sich Mitte des genannten Jahres zu einer Zahlstelle verschmolzen. Kollege H ä m m e l wurde zum Vorsitzenden gewählt. Unter seiner rührigen Tätigkeit entwickelte sich die Zahlstelle sehr rasch; sie zählte im Jahre 1903 bereits 622 männliche und 152 weibliche, zusammen also 774 Mitglieder. Bei dieser Mitgliederzahl und bei den damals zahlreichen Betriebslohnbewegungen konnten die Geschäfte der Zahlstelle im Ehrenamt nicht mehr bewältigt werden, es machte sich die Anstellung eines Geschäftsführers notwendig. Die Wahl fiel auf den Kollegen H ä m m e l. Diesem wurde nach seiner Anstellung seitens des Hauptvorstandes auch die Verwaltung der Gaugeschäfte übertragen. Unter seiner Leitung wurden im Gaubereich, der zu jener Zeit ganz Bayern umfaßte, eine Reihe von Zahlstellen gegründet. Dem Gausausschuß gehörten laut Protokoll vom 20. November 1903 die Kollegen S t a i m e r, F r e y, H a r t u n g, K r a p f l, W a u e r und S c h e n k m a n n an. Aus den Protokollen der Gauverwaltung geht hervor, daß sich die Werbetätigkeit zunächst auf die nähere Umgebung von München erstreckte, sich immer weiter hinaus verbreitete, um sich schließlich über ganz Bayern auszudehnen. An der Werbetätigkeit beteiligte sich später auch Kollege S t a i m e r, dessen Name in obengenanntem Protokoll zum erstenmal erwähnt ist, sehr regte. Der Gau Bayern wurde später aufgeteilt, und zwar in Gau 9 und 10; es soll deshalb hier nur über die Entwicklung des Gaus 10 berichtet werden. S t a i m e r fungierte bereits im Jahre 1903 als Vorsitzender des Gausausschusses, wurde später als hauptamtlicher Gauleiter gewählt und verließ diese Stelle bis zum Jahre 1914. Bis zum Ausbruch des Weltkrieges waren in Südbayern die Zahlstellen Freising, Landsbut, Kolbermoor, Kempten, Miesbach, Redensfelden, Bruckmühl, Augsburg, Straubing, Schongau, Gmund, Marienfeld, Trostberg, Neufahrn, Ergoldsbach, Penzberg und Peißenberg gegründet. Auch mehrere Zahlstellen des jetzigen Gaus 9 ist Erwähnung getan.

Die Nachfolge des Kollegen S t a i m e r wurde als Provisorium dem Kollegen K n ö r übertragen, der, nachdem Kollege H ä m m e l seine Tätigkeit infolge eines unheilbaren Herzleidens, dem er während des Weltkrieges erlag, als Geschäftsführer der Zahlstelle München gewählt wurde. Kollege K n ö r führte die Geschäfte der Zahlstelle München und des Gaus bis Ende des Weltkrieges. Leider war auch K n ö r mit einem unheilbaren Leiden behaftet, dem er im Jahre 1920 erlag. Nach Beendigung des Weltkrieges sollte auf Anordnung des Hauptvorstandes die Gauleiterstelle wieder besetzt werden. Die Zahlstelle München erhielt das Vorschlagsrecht, und von deren Verwaltungsausschuß wurde der seit 1906 in der Zahlstelle angestellte Kollege A d. W e b e r, der abwechselnd als Hilfsarbeiter, Kassierer und Sekretär tätig war, in Vorschlag gebracht. Der Hauptvorstand berief ihn auf den zu besetzenden Posten, auf dem er sich heute noch befindet. Der Anfang seiner neuen Tätigkeit begann in der Inflation. Die Verhältnisse jener Zeit brachten es mit sich, daß der Gauleiter nach allen Ecken und Enden verlangt wurde, um Löhne zu regeln und Differenzen zu schlichten. Eine Zahlstelle nach der anderen mußte errichtet werden, deren Zahl bis 48 stieg. Die tagtäglich sich häufenden Geschäfte konnten unmöglich länger durch einen Angestellten bewältigt werden, und so wurde im Jahre 1919 der Kollege Hans G r a f neben den Kollegen W e b e r in die Gauleitung berufen. Doch sehr bald stellte sich heraus, daß die immer mehr sich häufende Arbeit auch durch zwei Kollegen nicht mehr bewältigt werden konnte. Es wurde deshalb der frühere Plan, im Bereiche des Gaus mehrere Bezirkszahlstellen zu errichten, wieder aufgenommen und auch in die Tat umgesetzt. Zur Erledigung der Geschäfte wurde in jeder Zahlstelle ein Kollege hauptberuflich angestellt. Es wurden in Altötting, Deggendorf, Straubing, Rosenheim und Kempten je eine Bezirkszahlstelle errichtet. Der Zahlstelle Altötting wurden 13 im dortigen Gebiet vorhandene Zahlstellen angeschlossen, der Zahlstelle Deggendorf sechs, Straubing und Rosenheim je vier und Kempten fünf. Die Errichtung von Bezirkszahlstellen hat sich als sehr vorteilhaft erwiesen, denn es war unmöglich, infolge der großen Ausdehnung des Gaubereiches und der schlechten Verkehrsverhältnisse die Agitationsfähigkeit so erfolgreich zu betreiben, wie es notwendig gewesen wäre. Zur Leitung der Zahlstellengeschäfte wurden angestellt in Altötting Oskar S e l f m a n n, in Deggendorf Martin J a n g, in Straubing Joseph D ü r m e r, in Rosenheim Franz W a g n e r und in Kempten Wilhelm S c h m i d l. In Altötting wurde schon sehr bald die Anstellung eines zweiten Kollegen notwendig. Hier wurde Kollege A p p r o s M e y e r gewählt, der später die Stelle des freiwillig ausgeschiedenen S e l f m a n n übernahm, und bis heute innehat. Wagner mußte vor zwei Jahren wegen Krankheit seinen Dienst aufgeben; die Stelle wurde mit dem Kollegen Hans L a u f e r besetzt. Schmidt (Kempten) wurde als Teilnehmer einer kommunistischen Konferenz inhaftiert und deshalb seiner Stellung enthoben, die mit dem Kollegen Karl D i e m wieder besetzt wurde. Kollege H ä u d l (Augsburg) ging infolge seines Alters in Pension; seine Stelle ist mit dem Kollegen Hans S t u r m besetzt worden. Die Zahlstelle Deggendorf erfuhr durch die Verschmelzung der Verbände der Glasarbeiter und Porzellanarbeiter mit unserem Verbandsverbanden einen Zuwachs, und der beim Glasarbeiterverband angestellte Kollege Hans K a m m wurde von der vereinigten Zahlstelle Deggendorf übernommen. Ende des vorigen Jahres wurde in Altötting wieder die Anstellung eines zweiten Kollegen notwendig; es wurde Kollege Hans J o h gewählt. Nach der Beendigung des Krieges bestand die Verwaltung der Zahlstelle München aus folgenden Kollegen: K n ö r, L a n g, L e b e r e r, W a u e r und K r a u z. Zur Zeit besteht die Verwaltung der Zahlstelle München aus den Kollegen L e b e r e r, W a u d l, F r ö h l i c h und L a n g.

In der Industrie ist der Gau sehr arm. Wir haben in der Hauptsache Papierindustrie, chemische Industrie, Glas- und Ziegelindustrie. Die chemische Industrie hat sich erst in der Nachkriegszeit im südbayerischen Bayern angesiedelt. Die dort vor-

handenen, ausnützbaren Wasserkraften haben die Anstellung von Industrien gefördert. Neben dieser haben wir noch Zement-, Kalk-, Kreide-, Porzellan-, Bettfedern-, Gummi-, Papierhüllen- und Bunt- und Chromopapierindustrie.

Das Werbegebiet in unserem Gau war jedoch nicht immer so arm. Besonders in München mußte man in zahlreichen Gewerben und Industrien Mitglieder zu gewinnen und auch ihre Interessen wahrzunehmen. Der bereits genannte Kollege Hämmerl nahm es nicht so sehr genau mit der Mitgliederwerbung, überall wo er solche fand, nahm er sie auf. So hatten wir besonders in der Zeit der Lokalvereine und auch noch, als die hiesige Mitgliedschaft sich bereits dem Zentralverband angeschlossen hatte, in Brauereien, Sägereien, Holzhandlungen, im Baugewerbe und in der Metallindustrie Mitglieder. Außer den in diesen Industrien beschäftigten nicht gelernten Arbeitern durch die Zeitungsträgerinnen, die Pfisterer, Straßenkehrer, Laternenanzünder, Schäfer, Obst- und Gemüsehändlerinnen unserem Verbands an, und Kollege Hämmerl trug sich sogar mit dem Gedanken, auch die Hebammen zu gewinnen. Eine von ihnen war ja bereits Mitglied. In Augsburg nahm Kollege Hämmerl sogar die Leichenfrauen auf. Nacheinander haben wir die Mitglieder in den verschiedenen uns nicht zustehenden Industrien den in Frage kommenden Verbänden abgegeben, entsprechend den Vereinbarungen der Zentralen. Der Verlust war jedoch immer sehr bald wieder wettgemacht, dafür sorgte der damalige Agitationsleiter der Kollegenschaft. Besonders die Organisationen der Handwerker machten ihre Ansprüche auf die Hilfsarbeiter geltend. Das Verdrängen der gelernten Handwerker durch die Maschine, die sich mehr durch Hilfsarbeiter bedienen läßt, öffnete ihnen die Augen und so gewannen sie Interesse für ihren nichtgewerblichen Nebenarbeiter. Die von anderen Organisationen reklamierten Mitglieder gingen nur ganz widerwillig von uns.

Bei der Gründung des Lokalvereins beschäftigte man sich auch sogleich mit der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Zunächst allerdings wurden in den Monatsversammlungen die schlechten Löhne nur kritisiert, aber sehr bald ging man auch zur Aktivität über. Vorerst sah man ein geeignetes Mittel, die Lage zu verbessern darin, daß man sich an die Öffentlichkeit wandte, was wiederholt, wie aus den Protokollen hervorgeht, von Erfolg begleitet war. Später wandte man sich schriftlich an die schlechtzahlenden Unternehmer. Bald darauf aber wurde in einer Versammlung eine fünfgliedrige Kommission gewählt, die bei einer Firma vorstellig werden sollte, um für die dort beschäftigte Arbeiterschaft eine Lohnherhöhung zu erreichen. Ob dieses Vorgehen von Erfolg begleitet war, geht leider aus den Protokollen nicht hervor.

Steht man zwischen der Tätigkeit und den Einrichtungen von Anfang bis heute einen Vergleich, so zeigt sich auf diesem Gebiet ein gewaltiger Fortschritt. Zu jener Zeit unregelmäßig, vom Unternehmer willkürlich festgesetzte Löhne, heute zwischen Arbeiter und Arbeitgeber allgemeinverbindlich erklärte Tariflöhne. Damals unregelmäßige lange Arbeitszeit, heute die gesetzmäßige achtstündige Arbeitszeit und tariflich vereinbarte Ferien, dazu vieles andere.

Das Versammlungsweesen wurde in der Zeit der Lokalorganisationen viel reger betrieben als heute. Es fand alle Monat eine Vereinsversammlung statt. Auch nach dem Anschluß an die Zentrale wurden regelmäßig Monatsversammlungen abgehalten, in denen fast immer Vorträge gehalten wurden, über die stets reichhaltige Diskussionen stattfanden. Die Vorträge und Diskussionen waren auch das einzige Mittel, das natürlich nichts kosten durfte, durch welches Aufklärung verbreitet und Erziehungsarbeit geleistet wurde. Literatur irgendwelcher Art stand zu diesem Zweck nicht zur Verfügung. Diesem Mangel wurde jedoch etwas abgeholfen, als sich ein reisender Kollege in einer Vereinsversammlung einfindet und der Versammlung eine Zeitung, die für nicht gewerbliche Arbeiter geschrieben ist, den „Proletarier“, zeigt. Diese Zeitung erweckte in der Mitgliedschaft soviel Interesse, daß der Beschluß gefaßt wurde, ein Exemplar davon zu abonnieren und dessen Inhalt in den Monatsversammlungen vorzulesen. Bei der Armut der Vereinskasse darf dieser Beschluß als eine Großtat angesehen werden. Wie ganz anders ist es heute. Der Mangel an Bildungsmitteln steht heute unsere Verbandschule, Literatur aller Art, ja sogar ein Film nebst der notwendigen Vorführungsapparatur im Dienste der Bildungs- und Aufklärungstätigkeit gegenüber. Das Auto steht im Dienste der Agitation und der Verwaltung. In den Büros der größeren Zahlstellen stehen Schreibmaschinen, Vervielfältigungsapparate und moderne Büromöbel. Verbands-eigene Häuser haben die Zahlstellen Albstadt, Deggendorf und Straubing.

Mühe, Arbeit und Opfer waren das Ausrüstungszeug der Pioniere unseres Verbandes. Ihr unvergleichlicher Idealismus, hieß ihnen, jedes Opfer zu bringen, jede Arbeit unentgeltlich zu leisten. Ihr kleines Beginnen hat sich zu ungeahnter Größe entwickelt, viele ihrer Träume sind heute verwirklicht. Bei den noch lebenden Pionieren wird diese Entwicklung Befriedigung auslösen. Doch wir wollen weiter vorwärts. Das „Nichtzufriedensein“ gibt den intelligenten und mit Kampfesfreude ausgerüsteten Kollegen den Antrieb zur Mitwirkung am Vollenden des von den Pionieren begonnenen Werkes zur Erreichung des von ihnen gesteckten Zieles.

Gau 11, Kannstatt.

Von Leonhard Wörner.

Das Geburtsjahr unseres Verbandes im Gau 11 fällt in das Jahr 1896. Am 5. Dezember 1896 ist der Verfasser dem „Verein der Handelshilfsarbeiter, Zahlstelle Kannstatt“ beigetreten, von dem auf seine Veranlassung dann nachher 36 Mitglieder dem Verband der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands beitraten. Die Schaffung dieses ersten organisatorischen Untergrundes war recht mühsam. Die genannte Mitgliederzahl ist nur dadurch erreicht worden, daß jeder einzelne in seinen Bekanntenkreisen warb. Redner zu Versammlungen waren schwer zu erhalten, und dann fehlten auch die Mittel zu einer öffentlichen Agitation, die teilweise durch Verbot der Verteilung von Einladungen und dergleichen polizeilich noch erschwert wurde. Die Agitation war deshalb auch nicht leicht, weil um diese Zeit das System der schwarzen Listen aufkam und Maßregelungen nicht selten waren. Ein weiterer Umstand war der, daß bei der Werbung kein materielles Zugmittel eingesetzt werden konnte. Bei den geringen Löhnen, die 20 bis 26 Pf. in der Stunde betragen, konnte auch kein Beitrag erhoben werden, mit dem sich etwas anfangen ließ. Es gab deshalb neben der Streikunterstützung, die damals nur in ganz geringen Fällen gezahlt werden konnte, nur Unterstützung für Gemahregelnde und ein Reisegeld, das 2 Pf. für das Kilometer betrug. Die notwendige Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch den Verband wurde wohl als Hauptagitationsmittel verwendet, stand aber auch in seiner ersten Verwirklichung noch in weiter Ferne. Schwer war es, die nötigen Funktionäre zu bekommen. Die Arbeitszeit war lang und wurde in den meisten Betrieben durch regelmäßige Übersunden noch ausgedehnt. Es blieb recht wenig Zeit zur Erledigung der Verbandsgeschäfte, noch viel weniger zu einer Erholung übrig. Unter diesen Umständen ging es nur sehr langsam vorwärts. Bis zum 4. Quartal 1898 hatten wir es in der Zahlstelle Kannstatt auf 81 männliche und 10 weibliche Mitglieder gebracht und eine Gesamteinnahme von 149,60 Mk. erzielt.

Das Jahr 1899 brachte als gutes Beschäftigungsjahr einen erfreulichen Zuwachs. Im 4. Quartal konnten wir 175 männliche und 14 weibliche Mitglieder buchen, ein Jahr später hatten wir das zweite Hundert überschritten und eine Quartaleinnahme von 328,53 Mk. erzielt. Ende 1898 wurde der Grundstein zur Zahlstelle **Elchingen** gelegt; ihr folgten im Jahre 1899 Göppingen und Heilbronn. Die Gründung von Heilbronn wurde nach einer Versammlung am 2. Juli 1899, in der Jakob Streb aus Offenbach referierte, vorgenommen. Die erste

Adresse von Heilbronn ist im „Proletarier“ vom 15. Juli 1899 veröffentlicht: P. Rheinfeld, Gasthaus „Zur Rose“. Dies war damals das Verkehrslokal der Arbeiter. Die erste Abrechnung in Heilbronn ist vom 3. Quartal 1899 und betrug in Einnahme 108,15 Mk. bei 88 Mitgliedern. Das 4. Quartal warf uns dort infolge von Maßregelungen wieder zurück auf 50 Mitglieder.

Im Jahre 1900 wurden die Zahlstellen Böckingen und Untertürkheim errichtet. Wir waren dem damaligen Gau 11 mit dem Sitz in Ludwigsbafen zugeteilt und nahmen erstmals an einer Gaukonferenz teil, die am 18. Februar 1900 in Ludwigsbafen stattfand. In dem damaligen Bericht der Gauleitung hieß es:

„Trotz der ungünstigen Verhältnisse unseres Gauces, die allzu große Ausdehnung, geringe Geldmittel usw. ist es doch gelungen, vier neue Zahlstellen, Heilbronn, Göppingen, Eisenberg und Kaiserlautern, zu gründen . . .“

Dann heißt es an einer anderen Stelle:

„ . . . während in Hettensleidenheim (Pfalz) bei neunstündiger Arbeit der Durchschnittslohn 3,70 Mk. beträgt, ist derselbe in Heilbronn bei zehnstündiger Arbeitszeit nur 2 Mk. und bleibt hier somit noch um 20 Mk. hinter dem ortsüblichen Tagelohn zurück.“

Vertreten waren aus dem jetzigen Gau 11 der Schreiber dieser Erinnerungen und Dietrich (Heilbronn). — Zwei weitere Zahlstellen, Böckingen und Untertürkheim, wurden 1900 gegründet. Zu dem Verbandstag 1900 in Halberstadt stellte Kannstatt den Delegierten und den Antrag, für Württemberg einen eigenen Gau zu errichten. Dieser Antrag fand Annahme und wurde der Gau 13 am 28. Oktober 1900 in der ersten Gaukonferenz, die in Kannstatt stattfand, gebildet und der Gauvorstand gewählt, mit dem Verfasser als Vorsitzenden.

Als finanzielle Grundlage für den neuen Gau sandte uns der Hauptvorstand am 17. November 1900 30 Mk. Beim Durchblättern der alten **Zeitung** finden wir, daß die Kollegen in der Gauleitung für Versammlungen auswärts — Böckingen, Göppingen, Heilbronn — 40 bis 100 Pf. als Entschädigung erhielten; war einmal Übernachten notwendig, gab es 2 bis 2,50 Mk.

Durch Beschluß der ersten Gaukonferenz mußten die Zahlstellen für jedes Mitglied 5 Pf. pro Quartal an die Gaukasse abführen, um auf diese Weise etwas mehr Mittel für die Tätigkeit der Gauleitung zu erhalten. Das Jahr 1901 brachte uns einen weiteren Zuwachs von 7 Zahlstellen, und zwar Alen, Lorch, Schwäbisch-Hall, Stuttgart, Ulm, Waiblingen und Zuffenhausen, mit anfänglich 262 Mitgliedern, und am Schluß des Jahres hatten wir 767 in 14 Zahlstellen. Im nächsten Jahr wurden wieder 5 Zahlstellen errichtet mit 108 Mitgliedern. Die Löhne waren — wie schon kurz erwähnt wurde — sehr schlecht. Eine Statistik aus dem Jahre 1898/99 zeigt, daß in der Zahlstelle Kannstatt bei 105 Mitgliedern (darunter eine Kollegin) folgende Verdienste vorhanden waren:

- 6 Mitglieder verdienten bis zu 10 Mk. pro Woche,
- 14 Mitglieder verdienten von 10 bis 15 Mk. pro Woche,
- 56 Mitglieder verdienten von 15 bis 20 Mk. pro Woche,
- 26 Mitglieder verdienten von 20 bis 25 Mk. pro Woche,
- 2 Mitglieder verdienten über 25 Mk. pro Woche.

Die durchschnittliche Arbeitszeit betrug 10 1/2 Stunden pro Tag. Nur 4 Mitglieder hatten eine Arbeitszeit von täglich 9 Stunden, während 16 Mitglieder eine solche von 11 und 12 Stunden hatten. Dort, wo die Verdienste über 20 Mk. pro Woche hinausz gingen, wurden sie nur durch Akkordarbeit erzielt. In der Zahlstelle Heilbronn verdienten im Jahre 1900:

- 13 männliche Mitglieder 10 bis 15 Mk. pro Woche,
- 37 männliche Mitglieder 15 bis 20 Mk. pro Woche,
- 1 männliches Mitglied 20 bis 25 Mk. pro Woche,
- 1 weibliches Mitglied 6 bis 8 Mk. pro Woche,
- 5 weibliche Mitglieder 8 bis 10 Mk. pro Woche.

Der Kollege Dietrich (Heilbronn) wurde bei der Firma Knorr wegen seiner Agitationsstätigkeit im Sommer 1899 kündigungslös entlassen. Durch Klage vor dem Gewerbegericht mußte ihm die Kündigungswoche im Betrag von 13,20 Mk. ausbezahlt werden.

Der Verbandstag in Offenbach 1902 beschloß, zwei Gauleiter (damals hieß es Gauvorsitzende) anzustellen. Im Herbst des gleichen Jahres wurde der Verfasser für den Gau 13 gewählt und trat am 1. Dezember 1902 seinen Posten an. Von diesem Zeitpunkt an ging es etwas besser vorwärts. Das Gebiet des Gauces 13 umfaßte nach dieser Neuierung Württemberg, Baden von Bruchsal aufwärts und Elsaß. Das Jahr 1902/03 war ein Krisenjahr, doch konnten wir am Schluß des Jahres 1903 in 31 Zahlstellen 1227 Mitglieder feststellen. Es kamen also im Durchschnitt 39 auf eine Zahlstelle. Kannstatt hatte 242, Stuttgart 190 Mitglieder.

Durch den Beschluß des Verbandstages von 1904 in Hamburg, das Werbegebiet in 10 Gaue einzuteilen und für jeden Gau einen Gauleiter anzustellen, erhielt unser Gau die Nummer 6. — Am Schluß des 4. Quartals 1905 hatten wir 28 Zahlstellen mit 2977 Mitgliedern. Einige Zahlstellen waren eingegangen, andere hatten sich mit den benachbarten verschmolzen, so Kannstatt, Unter- und Ober-türkheim mit Stuttgart, Böckingen und Neckargartach mit Heilbronn. Die Gesamteinnahme der Zahlstellen im Gau betrug 1905 22 568,65 Mk. Dem Hauptvorstand wurden 17 159,01 Mk. gesandt. — Nach weiteren 5 Jahren hatten wir eine Mitgliederzahl von 6339 in 28 Zahlstellen und eine Jahreseinnahme von 100 709,14 Mk.

In den ersten Jahren des Bestehens hatten wir nur wenige Kräfte, die auch in der öffentlichen Agitation auftreten konnten. Wir mußten deshalb solche von außerhalb heranziehen. Zuerst war es Jakob Streb aus Offenbach, Mitglied des Verbandsanzuschusses, der zweimal eine kleinere Versammlungsfour machte. Dann sprach auch Frau Tröger (Offenbach) in einigen Versammlungen. Im Frühjahr 1901 wurde Frau Luise Zieg aus Hamburg zu einer größeren Agitationsfour gewonnen. Sie hielt 13 öffentliche Versammlungen ab und hatte überall guten Erfolg. Noch zweimal wurde sie in den späteren Jahren herangezogen; ihre Versammlungen waren immer gut besucht, weil sie damals überhaupt die beste Agitatorin war. Jedesmal nach ihrem Referat ging sie von Tisch zu Tisch und sammelte Ansprachen. Wehe dem Versammlungsleiter, der nicht vorher genügend Ansprachemeine verteilen ließ und einige Leute bestimmt hatte, die nach der Rede werden gingen, so wie sie. Unter den Frauen, die später ab und zu im Gau tätig waren, hatte keine den Erfolg wie Luise Zieg. Nun denkt die seit Jahren der grüne Rasen. Eines treuen Kollegen müssen wir gedenken, der jetzt 30 Jahre mit uns tätig und zur Zeit noch trotz seines hohen Alters Mitglied der Ortsverwaltung ist. Es ist dies unser Ludwig Döfler in Elchingen. Sein Idealismus sollte den Jungen als Vorbild dienen. Der Kollege Friedrich Hartmann (Verabronn) verließ jetzt seit 18 Jahren den Posten eines zweiten Bevollmächtigten in der Zahlstelle im Nebenamte, ohne daß nur ein einziges Mal eine Reklamation nötig geworden wäre. Diesen und allen ungenannten Kollegen, die in Treue und Ausdauer ihre Pflicht taten, auch an dieser Stelle unseren Dank.

Bis zum Jahre 1906 warben wir auch unter den Hilfsarbeitern der uns jetzt nicht zuständigen Industrien. Bis zu diesem Zeitpunkt wollten die Metallarbeiter in unserem Gaugebiet keine „Tagelöhner“ aufnehmen, und wiesen sie uns zu. In der Papierindustrie, die uns jahrelang verschlossen blieb, faßten wir zuerst in Heilbronn bei der Firma Schenffeler Fuß. (Der Betrieb ist jetzt stillgelegt.) Dort konnte auch 1906 der erste Vertrag abgeschlossen werden. In den Papierfabriken um Göppingen konnten wir ebenfalls Mitglieder werben, aber durch ständige Maßregelungen waren die Arbeiter ans äußerste eingeschüchtern. Dort, wo der katholische Einschlag unter der Arbeiterschaft vorhanden war, hinderte auch dieser



Die Ausbreitung des Verbandes. Von 1906 an, nachdem es gelungen war, eine Zahlstelle in Freiburg i. Br. zu errichten, hatten wir auch Mitglieder in der Papierfabrik in Neustadt i. Schw., aber es waren meistens nur Auswärtige, da die einheimischen Arbeiter sich zum größten Teil in einem Werkverein befanden.

Noch in den Jahren 1911/12 unterdrückte die Firma Scheuffelen in Oberlenningen die ersten Anfänge unseres Verbandes dadurch, daß sie alle Arbeiter entließ, die sich dem Verbandsangehörigen hatten. Ähnlich verfuhr die Firma Sigle, chemische Industrie in Stuttgart. In diesem Betriebe durfte es noch in den Jahren 1900 bis 1905 kein Arbeiter wagen, sein Vesperbrod in eine sozialdemokratische Zeitung einzuwickeln, bei Gefahr der Entlassung. Nach einer Verammlung, die im April 1904 stattfand, wurden zwölf Arbeiter, die sich dem Verbandsangehörigen hatten, entlassen. In den anderen Betrieben der chemischen Industrie von Stuttgart und Umgebung, die damals die reinsten Giftstätten waren, war es nicht viel besser. In der pyrotechnischen Fabrik von Weissenbach wurde ich einmal, als ich einige Beschwerden der Arbeiter vorbringen wollte, mit Hund und Hofe gehetzt. Neben der Papierindustrie, der stärksten Industrie im Gau, kommt die chemische Industrie in Betracht, die aber besonders im Gebiet Stuttgart viele Kleinbetriebe aufweist. (Bei zur Zeit 1900 Beschäftigten sind es 60 Betriebe.) In dieser Industrie konnten wir zuerst in Heilbronn am besten Fuß fassen. — Die Industrie „Steine und Erden“ ist im ganzen Gau stark vertreten, besonders Grobkeramik. Diese Betriebe wurden jedoch vor 1914 in unserem Gaugebiet mit wenigen Ausnahmen durch Italiener beherrscht — vereinzelt waren auch Polen vertreten — und deshalb sehr schwer zugänglich. Im Elsaß herrschten in nächster Umgebung von Straßburg in den Ziegeleien noch 1910 geradezu entsetzliche Zustände, und deswegen war gerade auch die Einführung des Verbandes unter diesen Arbeitern sehr erschwert. Auch in der übrigen zuständigen Industrie im Elsaß war es sehr schwer anzukommen. Das Ausnahmefähige, die Rückständigkeit der Arbeiter, der Schwabenhaß — es waren alles „Schwaben“, die rechts vom Rhein kamen — waren nur schwer zu überwinden. Die Gründung der Zahlstelle Straßburg kostete viele Mühe. Der damalige Kartellvorsitzende Franz Geiler hat uns dabei sehr unterstützt.

Nach vielen Versuchen konnten wir 1910 in den kleinen chemischen Fabriken in Mülhausen (Elsaß) Fuß fassen, desgleichen auch in Alt-Thann. Die dortigen Lohn- und Arbeitsbedingungen waren unglaublich schlecht, die sanitären Einrichtungen — es handelte sich um eine Fabrik für Salzsäure und dergleichen — mehr als schlecht. Trotzdem erreichten wir nur vorübergehend eine Mitgliederzahl von 42 bei 200 Beschäftigten. Bei Ausbruch des Krieges hatten wir dort noch 13 Mitglieder. Auch unsere Ansätze in der Tapetenfabrik in Rixheim (Elsaß) waren nicht lange zu halten. Die Unternehmer benutzten den Deutschenhaß, um die Arbeiter gegen die gewerkschaftlichen Agitatoren — die „Schwaben“ — aufzubringen.

Die erste Lohnbewegung konnten wir 1899 in Kannstatt in den beiden Ziehereien Schönhut und bei Walter u. Fahr führen. Es wurden 30 Prozent Zuschlag für Überstunden gefordert und 25 Prozent erreicht. — Beteiligt waren wir im Herbst 1899 an einem Streik in der Gießerei Grupp in Kannstatt mit den Hilfsarbeitern, der uns 713 Mk. kostete. Anlässlich dieses Streiks wurden erstmals in unserer Gegend schwarze Listen verfaßt. — Ein weiterer Streik entstand 1900 bei der Firma Risch in Kannstatt, Fabrik für gummielastische Instrumente. Der Anlaß war: Vergehen eines Prokuristen an einer Arbeiterin. Der Erfolg war ein voller, der Prokurist wurde entlassen.

In der Zuckerfabrik Stuttgart brach im Juli 1901 ein Streik aus, dessen Ursache die Maßregelung des zweiten Bevollmächtigten der Zahlstelle Stuttgart war. Die Bezahlung von Überstundenzuschlägen wurde ebenfalls gefordert. Der Streik ging verloren, da die Arbeiter sich nur teilweise beteiligten. Die Streikenden hatten sich nicht vorher mit der Organisationsleitung verständigt. Die Folge war, daß zwölf weitere Maßregelungen vorgenommen wurden. — Eine Forderung auf Arbeitszeitverkürzung in der chemischen Fabrik Weissenbach brachte keinen Erfolg, die Arbeiter ließen sich einschüchtern. Durch Eingreifen des Gewerbeaufsichtsamtes wurden jedoch die größten Mißstände beseitigt. Von 1903 an entstanden da und dort Kämpfe, so in der Preßfabrik von Manz in Stuttgart sowie in einem Betrieb für künstliche Fußböden in Feuerbach. In den übrigen Zahlstellen des Gaues konnten erst von 1905/06 an ernstere Versuche bezüglich der Verbesserung der Arbeitsbedingungen unternommen werden, so 1905 in der chemischen Fabrik Heilbronn, in der Papierfabrik Scheuffelen, in der Seifenfabrik Krämer & Flammer und bei der Firma Knorr, Ölfabrik Jahn (Heilbronn), wo es zum Streik kam. In der Zementfabrik Lauffen a. N. kam es infolge von Lohnunterschieden und Maßregelungen 1906 zu einem Streik, der drei Wochen dauerte und mit Erfolg beendet wurde. Zwei Jahre später kam es durch Maßregelungen anlässlich der Maisfeier wieder zu einem Streik, der nach fünfwöchiger Dauer verlörsing. Bei einem Streik der Färbereiarbeiter von Plönget (Heidenheim) kamen nach wenigen Tagen Hinzugardisten an. Sie vergriffen sich an den Arbeiterinnen, die im Betriebe geblieben waren, worauf diese geschlossen den Betrieb verließen. Die Empörung der übrigen Arbeiterschaft des Städtchens war derart, daß auf behördliche Anordnung die Streikbrecherkolonne samt Führer abzurufen mußte. Der Streik, an dem sich nun auch die Arbeiterinnen beteiligten, dauerte sechs Wochen und wurde mit Erfolg beendet. Die Solidarität der organisierten Heidenheimer Arbeiterschaft zeigte sich damals im glänzenden Lichte. Ein ähnlicher Vorgang ereignete sich 1912 in Straßburg i. E. Die Ziegler aus sieben Betrieben der umliegenden Orte trafen Anfang Mai infolge abgelehnter Forderungen in den Streik. In zwei Kolonnen rückten dann auch hier Hinzugardisten an, und zwar aus der Umgegend von Kassel, die jedoch die Arbeit, die sie dort antraten, nicht machen wollten — die Ziegelsteine wurden nach von der Hand hergestellt —, und es kam zu einem regelrechten Kampf mit den mitgebrachten Aufsehern. Die Streikbrecher verließen die Betriebe und machten die anliegenden Wirtschaften unsicher, was sogar zu einer Interpellation im Elsaßischen Landtag führte. Infolge unserer Mitwirkung wurden sie dann nach Ludwigshafen abgeschoben. Dann kamen Kuliener, deren Fortschaffung zwar weniger schwierig, aber feurer war, so mußten wir zum Beispiel einmal an einem Tage hierfür 1400 Mk. aufwenden. Der Kampf konnte nach vier Wochen mit einem Erfolg beendet werden. Den schwersten Kampf hatten wir in der Knopffabrik in Schorndorf. Der Besitzer kündigte uns den Lohnvertrag im Herbst 1913, und als die Arbeiterschaft den vom Unternehmer vorgelegten neuen Lohnvertrag ablehnte, wurde sie kurz vor Weihnachten angeschlossen. Da sich eine Anzahl Streikbrecher fand, zog sich der Kampf darauf in die Länge, daß er erst in seinem letzten Stadium durch den Krieg beendet wurde.

In einer Pappfabrik in Geigenbach (Baden) brach Anfang April 1913 infolge Ablehnung einer Lohnforderung, die mit Maßregelungen beantwortet wurde, ein Streik aus. Die „Christlichen“ hatten in dem Betrieb mit 115 Beschäftigten unter dem Organisationsleiter die Mehrheit. Der Streik wurde von diesem am Sonntag, dem 6. April, in zwei Versammlungen proklamiert, und unsere Kollegen schlossen sich ihnen an. Als die Heizer und Hölzlermeister nachts ein Uhr die Arbeit nicht aufnahmen, benachrichtigte der Fabrikant die Gendarmerie, die auch mitten in der Nacht erschien. Der größere Teil der Arbeiter wohnte im benachbarten Bergweiler, und nach dort zog Montag früh fünf Uhr der Fabrikant mit seinem großen Hund, dem Wachhalter, einem Meister und dem Gendarmen. Der „Alte“ stellte sich mit dem Hund auf dem Dorfplatze auf, der Wachhalter und der Meister kümmerten sich um die Arbeiter zusammen, und dann ging's im gewaltigsten Zuge Geigenbach zu. Vorn der Gendarm, an den Seiten Wachhalter und Meister und hinterwach Hund und Fabrikant. Auf halbem Wege erreichten der Gendarm Rahn vom Christlichen Verband und ich die Kolonne. Trotz des Ernstes der Situation konnten wir ein Locher nicht vorbeigehen, als wir diesen Aufzug sahen.

Die Arbeiter senkten die Köpfe wie Strafgefangene, den Mut zum Ausbrechen fanden sie natürlich nicht. Als nach der kalten Nacht vom 6. auf den 7. April die Sonne wieder über dem herrlichen Riesental leuchtete, war der Streik mit der Gewerkschaft — erstorben.

Obwohl unser Gaugebiet die beiden damaligen demokratischen Mutterländchen umfaßte, hatten wir doch verschiedentlich mit Vollzeilmassnahmen zu tun. In Stuttgart gab es um die Jahre 1898 bis 1903 politische Sittierungen beim Verstellen von Einladungen, und zwar wegen „Straßenverunreinigung“, wenn eines der Eingeladenen den Zettel wegwarf, oder wenn einmal der Name des Einberufers nicht auf einem hektographierten Zettel stand. Von Wangen im Allgäu kam 1904 ein Strafmandat, weil der „Werkruf“, das Flugblatt des Hauptvorstandes, keinen württembergischen Verleger angab. Hannover war damals noch „Ausland“. 1903 wurde von der Stuttgarter Politzeidirektion die Einreichung der Mitgliederliste verlangt. Wir reichten sie ein, mit den schönsten Namen, die in „Wald und Flur“ in der Mineral- und Zoologie zu finden waren. Rückfragen, warum die Namen unserer Mitglieder solche Besonderheiten aufwiesen, erfolgten nicht. Später war ein leidliches Auskommen, nur bei Streiks wurden die Polizisten gleich nervös; immer war durch Streikposten der „Verkehr gestört“. — Großer Wert wurde in den Anfangsjahren auf das Versammlungsleben gelegt. Wollten wir wieder einmal eine gut besuchte Versammlung zustande bringen, dann wurden durch die Einkassierer 20 Pf. pro Mitglied eingezogen, die dann wieder zurückgezahlt wurden, wenn das Mitglied in die Versammlung kam. Beim Nichterscheinen verblieben die 20 Pf. der Lokalkasse. Bis zu Ende des ersten Jahrzehnts wurden im Frühjahr und Herbst Agitationsstouren veranstaltet, wobei sich die benachbarten Gauleiter verschiedentlich austauschten. Im Frühjahr 1903 war ich in dem damaligen Gau 13 auf einer Tour. An einem Sonntagmorgen war Versammlung in einem Dorfe in der Nähe von Frankental. In der Diskussion sprach ein Vertreter des Zentrums, und als ich diesem im Schlußwort antwortete, schrie der Wirt, der mit weißer Schürze und aufgestülpten Hemdärmeln breit unter der Läre stand: „August, hol d' Hewel rei“. Die bereitgestellten Hebel brauchten aber nicht in Funktion zu treten, die Entschlossenheit unserer Frankentaler Kollegen verhinderte es. Auch 1906 tauschten wir die Touren mit dem Gau Ludwigshafen. Der Kollege S. Prall hatte auch eine Versammlung in Singen a. S. übernommen. Er kam von Konstanz und hatte nachmittags einige Stunden Zeit. Als Naturfreund und guter Käufer bestieg er den Hohentwiel. Ganz befangen von dem wunderbaren Zauber, der denjenigen durchströmt, der, auf dem Lieblingsplatz des Dichters Scheffel sitzend, die herrliche Landschaft, die gewaltigen Massen des Hochgebirges überblickt, und im Versehen dessen, daß hier der Dichter mit Recht sagen konnte:

„Sei mir gegrüßt in Firnenglanz,
Du ferner Alpenschnee,
Ihr Berge meines Heimatlands
Und du mein blauer See . . .“

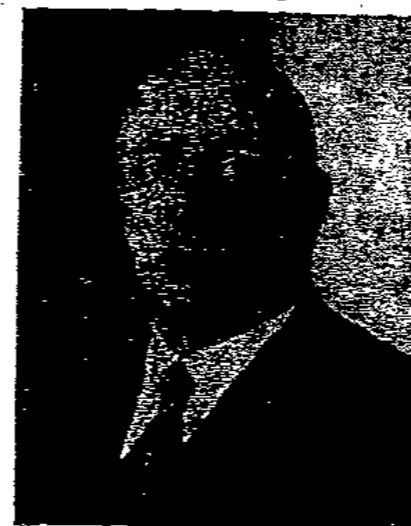
waren Zeit und Alltagskampf vergessen, bis es unten im Städtchen 7 Uhr schlug, und um 8 Uhr ist Versammlung! Nun aber hinab! Aber „mit des Geschickes Mächten“. Das Tor der Burgruine war um 8 Uhr geschlossen, und unser lieber Sebastian war Gefangener auf Hohentwiel. Was nun? Rings hohe Mauern, und wo keine sind, ist die Felswand zu steil zum Abstieg. Not macht erfindlich. In einem Keller gewölbe fand er einen Balken. Diesen lehnte er in nächster Nähe des Tores an die Umfassungsmauer, stieg daran empor, zog den Balken nach, balancierte das eine Balkenende auf einen starken, mit der Mauer parallel laufenden Baumast, turnte hinüber auf den Baum, rutschte am Stamm hinunter und war frei. Zur Versammlung in Singen reichte es gerade noch. — Mit dem Gau Bayern wurden ebenfalls einige Male Agitationsstouren ausgetauscht. — Bis zum Stuttgarter Verbandstag im Juli 1914 hatten wir in 32 Zahlstellen 8093 Mitglieder, worunter allerdings nur fünf mit mehr als 500 Mitgliedern. Dieser Verbandstag wird nicht nur deshalb zeitlich in der Erinnerung der Teilnehmer haften, weil er erstmals in einem städtischen Lokal — im Kürsaal in Kannstatt — tagen konnte, weil der gute Wein billig und das gutwirkende Mineralwasser gar nichts kostete, sondern weil er gewissermaßen den Abschluß der „alten Zeit“ bildete. Als die Delegierten von der Höhe des Richtensteins, wohin sie ein Ausflug führte, die Schönheiten der Schwäbischen Alb bewunderten, ahnte keiner von ihnen, daß drei Wochen später in der Weltgeschichte einzig dastehender Vorgang seinen Anfang nehmen würde, der Krieg, der unsere Mitgliederzahl bis Ende 1916 auf 2623 herabdrückte. — Von da an ging es wieder etwas aufwärts, so daß wir kurz vor Kriegsende wieder auf 5200 standen. — Die Vorgänge der letzten 11 Jahre haften noch in aller Erinnerung, so daß darüber wohl hinweggegangen werden kann. — Selal!

Gau 12, Ludwigshafen a. Rh.

Von Franz Schreiber.

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes faßte die Arbeiterbewegung als auch die Gewerkschaftsbewegung in unserem Gaubezirk Fuß. Im Jahre 1894 haben wir in Ludwigshafen die erste Zahlstelle innerhalb unseres Gaues gegründet.

Der Gau umfaßte die Rheinpfalz, Baden und Württemberg. Leider fehlen uns aus den Jahren 1894 bis 1899 von der Tätigkeit in unserem Gaubezirk nähere Aufzeichnungen, und nach dem Jahre 1899 sind diese lückenhaft und recht dürftig. Das erste Protokoll datiert vom 19. Januar 1899, von dem Kollegen Georg Sensbach (Mannheim) als Gauvorsitzender. Vom 25. April 1899 bis 25. Januar 1901 war Kollege Reinold (Mannheim) als Gauvorsitzender tätig, ihm folgte Kollege Georg St. (Ludwigshafen), der vom 28. Februar 1901 bis zum heutigen Tage Gauvorsitzender ist, befoldebet 2. Bevollmächtigter der Zahlstelle Ludwigshafen seit 1906. Der erste Gaukassierer war Kollege E. Bedendorf (Mannheim).



Der Gau war bis zum 27. Januar 1901 in Mannheim. Nachdem eine recht rührige Agitation im Jahre 1900 entfaltet worden war, gelang es, eine Anzahl Zahlstellen in Württemberg zu gründen, was zu einer neuen Gauenstellung und Abgrenzung führte. Bis dahin war unser Gaubezirk Gau 11, vom Januar 1901 an Gau 14 und der neugebildete Gaubezirk Kannstatt Gau 13. Durch die verschiedenen Gauänderungen durch den Hauptvorstand wurden wir Gau 7, dann Gau 10 und seit 1911 sind wir Gau 12.

Der erste ehrenamtliche Gauvorsitzende war Kollege M. Weich (Mannheim), von Beruf Posamentier. Ihm folgte im Jahre 1901 Kollege Ludwig Benz (Ludwigshafen) bis zum Jahre 1904. Benz war als Vorarbeiter bei der Firma Grünweg & Hartmann (Ludwigshafen) beschäftigt, wodurch ihm sein Amt als Gauvorsitzender nicht erreicht wurde. Laut Protokoll legte Kollege Benz in der Gauvorsitzungsung vom 7. Juli 1904 sein Amt nieder. In einer Gauvorsitzungsung am 28. Juli 1904 wurde das Gauvorsitzungsmitglied Jakob St. (Ludwigshafen), der sich freiwillig bereit erklärte, das Amt als Gauvorsitzender bis zur nächsten Gaukonferenz zu übernehmen, als ehrenamtlicher Gauvorsitzender bestimmt. Diese ehrenamtliche Tätigkeit des früheren Kollegen Jakob St. dauerte vom 28. Juli bis 15. Dezember 1904. In diesem Zuge trat Kollege Sebastian Prall, zur Zeit Redakteur des „Proletariats“, seine Tätigkeit als erster befoldebet Gauleiter im Gau 12, dazumal Gau 7, an und hatte diesen Posten bis zum 1. April 1911 (sechs Jahre) in Händen, bis er nach Hannover übersiedelte. Die Organisation hat sich unter seiner Leitung in unserem Gaubezirk sehr gut entwickelt, und sein Name wird in der Gaugeschichte unserer Organisation unvergessen sein. Sein Nachfolger wurde Kollege Franz Schreiber, dazumal seit 1. Januar 1908 Agitationsleiter der Zahlstelle Harburg (Elbe).

Nach der politischen Umwälzung 1918 wurde die Anstellung eines weiteren Gauleiters notwendig. Kollege Friedrich Kern (Ludwigshafen) trat am 1. April 1919 sein Amt an. Kollege Berg, früher Branchenleiter der Keramikindustrie in Hannover, war als dritter Gauleiter vom 1. Oktober 1922 bis 31. März 1923 in



unserem Gaubezirk tätig. Ihm folgte vom 1. Juni 1923 bis 31. März 1924 Kollege Johannes Steinel (Ludwigshafen). Leider mußte dessen Abbau erfolgen, als die Inflationsarbeitslast zu Ende war.

In dem Aufbau unserer Organisation in unserem Gaubezirk waren besonders tätig die Kolleginnen Frau Tröger (Offenbach), Frau Steinbach (Hamburg), Luise Jieß (Hamburg), Berta Langwich (Berlin), die Kollegen August Brey (Hannover), Leonhard Wörner (Kannstatt) vor seiner Anstellung als Gauleiter, Jakob Streb (Offenbach), der als Verbandsausführungsvorsitzender unseren Gau bearbeitete, der Genosse Franz Joseph Ehrhardt (Ludwigshafen) und viele andere. 1903 sprach die Kollegin Luise Jieß (Hamburg) in Lambshheim. Die Versammlung wurde von zwei Gendarmen überwacht. Ausführungen über die Konservativen (preussischen Junker) genügten, um die Versammlung zu einer politischen zu machen und den Versammlungsleiter in eine Geldstrafe von 30 Mk. zu nehmen.

Die erste Gründung einer Zahlstelle, Ludwigshafen, vollzog sich am 14. Juli 1894. Kollegen, die dazumal sehr rührig tätig waren, sind die Kollegen Maffensbeier, Bötting, Boffo, Benz und Albrecht. Als Angestellte fungierten in der Zahlstelle Ludwigshafen Kollege Georg Göß seit 1908 bis heute, Kollege Gustav Regener, Kollege Gustav Haupt, zur Zeit Hannover, Kollege Andreas Hub, zur Zeit Arbeitersekretär in Ludwigshafen, Kollege August Wachsmann, zur Zeit Halle a. d. Saale, Kollege Johannes Steinel, Kollege Karl Kästner, Kollege Heinrich Derringer seit 1. Dezember 1921 bis heute.

Die Zahlstelle Frankenthal wurde im November 1896 gegründet. 1907 wurde sie Bezirkszahlstelle, indem ihr die Zahlstellen Grünstadt, Eisenberg, Bad Dürkheim und andere Orte angeschlossen wurden. Als Angestellter fungierte Kollege Robert Jiegler von 1907 an bis Oktober 1914. Von 1918 an wurde Frankenthal der Zahlstelle Ludwigshafen angeschlossen. Die Kollegen Bernard und Forsthuber waren in der Zahlstelle Frankenthal vorher hervorragend tätig.

Mannheim wurde im Jahre 1897 gegründet. Die tätigen Kollegen waren Sienberger, Beckenbach, Sensbach, Welch, Popper, Reinold u. a. Der erste Angestellte vom 25. März 1906 bis Mai 1906 war Kollege Kripp (Mannheim), der wieder zurücktrat. Am 1. Juli 1906 trat Kollege Johannes Forsthuber diesen verantwortungsvollen Posten an, den er jetzt noch innehat. 1907 wurde Kollege Albin Fröhlich, zur Zeit Sekretär des ADGB. (Mannheim), als zweiter Lokalbeamter angestellt. Ihm folgte Kollege Albert Gollnick von 1919 an bis heute. Der zur Zeit noch amtierende Kollege August Beck wurde 1920 angestellt. Kollege Gustav Krause, zur Zeit in der Zahlstelle Bitterfeld angestellt, war von 1922 bis 1923 als Betriebsratssekretär tätig. Kaiserslautern wurde 1899 gegründet und ist seit dieser Zeit eine selbständige Zahlstelle.

Im Eisal waren bereits in den Jahren 1897/1898 Ansätze unserer Organisation vorhanden. Im Mai 1898 wurde die Zahlstelle Heffenleidelheim gegründet, die heute zur Zahlstelle Eisenberg gehört. Dort hat damals der jetzige preussische Landtagsabgeordnete Nikolaus Osterroth, der als Grubenarbeiter in seiner Heimat Heffenleidelheim wohnhaft war, eine rührige Tätigkeit entfaltet.

Die Zahlstelle Eisenberg mußte aus den nicht zu Ludwigshafen gekommenen Resten der eingegangenen Bezirkszahlstelle Frankenthal neu aufgebaut werden. Am 1. Oktober 1920 konnte als erster Lokalbeamter Kollege Karl Hochstetter angestellt werden, der 1924 auschied. Kollege Wachsmann, der freiwillig aus der Zahlstelle Ludwigshafen auschied, war vom 1. Januar 1923 bis 1. Februar 1928 in der Zahlstelle Eisenberg tätig, bis er vom Hauptvorstand nach Halle abgerufen wurde. An seine Stelle trat Kollege Erich Beyer. 1906 bestanden bereits in diesem Zahlstellenbezirk die Zahlstellen Altleiningen und Kleinkarlbach, die aber wieder eingingen.

Speyer I wurde im März 1896 gegründet. Die Rheinschiffer gründeten sich im August 1898 eine besondere Zahlstelle als Speyer II. Harie Kämpfe mußten ausgefochten werden, bis die Verschmelzung beider Zahlstellen möglich wurde. Im Jahre 1906 wurde in Speyer als Lokalbeamter Kollege Friedrich Ober angestellt, der im Jahre 1910 freiwillig auschied. Ihm folgte Kollege Joseph Strahl von 1910 bis 1916, der während des Krieges durch Freitod auschied. Die Zahlstelle wurde dann ehrenamtlich verwaltet und die Hauptgeschäfte und Unterstützungsauszahlungen durch die Gauleitung erledigt. In sehr anerkennenswerter Weise waren die Kollegen Adam Lehr, Heinrich Meier, Wilhelm Meier, Karl Brech, Christian Löffler, Jakob Rapp, Philipp Raab, Stein, Hauck und Ableiter in der Zahlstelle tätig. Vom 1. Januar 1920 an bis Dezember 1921 war Kollege Oskar Thierly als Angestellter tätig. Kollege Philipp Schwarz, der heutige Angestellte, hat sein Amt am 1. April 1922 angetreten. Ladenburg wurde im Jahre 1906 gegründet und ist bis heute eine selbständige Zahlstelle. Zu ihr gehört noch Weinheim.

Neustadt wurde im Jahre 1901 gegründet und am 1. Mai 1920 Bezirkszahlstelle. Mit ihr verschmolzen wurden die Zahlstellen Frankeneck und Annweiler. Während des Krieges waren es besonders Kollegin Frau Reiser, die inzwischen gestorben ist, Kollegin Hauptmann und Kollegin Klein (jetzt Frau Schulz), die Frau unseres 1. Bevollmächtigten (Schulz), die mit Hilfe der Gauleitung die Zahlstelle aufrecht erhielten. Kollege Benz, Gauleiter in Kannstatt, war einige Zeit Bevollmächtigter der Zahlstelle Neustadt. Am 1. Mai 1920 war es möglich, Kollegen Karl Ulrich, der heute noch als Lokalbeamter tätig ist, anzustellen. In diesem Bezirk bestanden die Zahlstellen Albersweiler und Annweiler von 1904, Frankeneck von 1905, Landau von 1906 und Lindenberg von 1907 an als selbständige Zahlstellen, die aber eingingen.

Heidelberg wurde 1902 gegründet. Im Königreich Schott, des Zementgewaltigen, war es recht schwer, eine Zahlstelle aufrecht zu erhalten. Er hat es bis zum heutigen Tage verstanden, die Organisation aus seinem Betriebe fernzuhalten, und wenn es mit dem schärftsten Terror geschehen mußte. Heidelberg ist seit 1919 eine Bezirkszahlstelle, und Kollege Adolf Engelhardt ist seit dieser Zeit als Angestellter tätig. Als Zahlstellen bestanden in diesem Gebiet Leimen von 1905 an, Mosbach von 1906 und Wiesbach von 1906 an.

Saargemünd wurde 1906 gegründet, und es war besonders Kollege Joseph Lehner, der unsere Zahlstelle aufrecht hielt. Er fiel leider im Krieg. Außer ihm waren es Kollege Joseph Jeh und dessen Frau, die ebenfalls während des Krieges versuchten, unsere Organisation aufrecht zu erhalten. Kollege Jeh ist gefallen.

Eine große Anzahl Zahlstellen wurde mit anderen verschmolzen, z. B. mit der Zahlstelle Ludwigshafen 15 und mit der Zahlstelle Mannheim 12 Zahlstellen.

Die Zahlstelle St. Johann-Saarbrücken wurde bereits im Jahre 1905 mit 31 Mitgliedern gegründet, ging aber wieder ein. Mitglieder aus der damaligen Zeit, die für die Organisation wirkten, waren Kollege Nikolaus Osterroth, der unserem Verbands seit dem 7. Mai 1898 angehörte, Kollege Robert Löffler, der seit dem 5. November 1899 unserem Verbands angehörte, u. a.

Im Jahre 1919 wurde die Zahlstelle Saarbrücken Bezirkszahlstelle. Kollege Albert Saar, von Beruf Zimmermann, wurde 1919 als Lokalbeamter angestellt und schied gegen Ende des Jahres 1925 aus. Kollege Friz Dobisch, zur Zeit Sekretär des ADGB. Saarbrücken, war vom 1. Januar 1921 bis zum Antritt seiner jetzigen Stellung, am 1. Dezember 1928, als Angestellter unseres Verbandes tätig. Mit der Verschmelzung der Keramikerverbände mit unserer Organisation wurde Kollege Wilhelm Verber von Glasarbeiterverband als Angestellter übernommen. Die Organisation der Arbeiterschaft des Saargebietes war nicht leicht, aber bereits 1905 bestand in St. Johann eine Zahlstelle, 1906 in Sulzbach und St. Ingbert, die eingingen, neu gegründet wurden und heute zu Saarbrücken gehören.

Der alte Genosse Peter Klein (Friedrichthal) und unser früherer Bevollmächtigter Lohr als Andersorganisierer (er war von Beruf Maurer) haben viel für unsere Organisation getan, und während des Krieges war Lohrs Frau sehr rührig tätig. Auch er ist im Krieges gefallen.

Aber die Zahlstellen, die nach 1908 gegründet wurden, berichten wir nicht, dies ist aus den Jahrbüchern ersichtlich.

Aus dem jetzigen Gau 11 gehörten uns nach den vorhandenen Aufzeichnungen 1899 die Zahlstellen Kannstatt, Eßlingen, Göppingen, Heilbronn und Lauffen an. Angaben über die Zahl der Mitglieder sind nicht vorhanden.

Es waren ungefähr vorhanden:

1899	14 Zahlstellen mit etwa	963 Mitgliedern,
1900	11 Zahlstellen mit etwa	1002 Mitgliedern,
1901	12 Zahlstellen mit etwa	1284 Mitgliedern,
1902	14 Zahlstellen mit etwa	1102 Mitgliedern,
1903	13 Zahlstellen mit etwa	1131 Mitgliedern,
1904	26 Zahlstellen mit etwa	1678 Mitgliedern,
1905	29 Zahlstellen mit etwa	3796 Mitgliedern,
1906	49 Zahlstellen mit etwa	10421 Mitgliedern,
1907	45 Zahlstellen mit etwa	8993 Mitgliedern,
1908	26 Zahlstellen mit etwa	7730 Mitgliedern.

Von 1908 an, mit der Einführung der Quartalsstatistiken, ist eine genaue Übersicht vorhanden.

Ausschnitt aus den Lohnbewegungen.

In der Zeit von 1894 bis 1904 konnten sich die ehrenamtlichen Gauvorsitzenden nur mit der Agitation beschäftigen, und erst mit der Anstellung eines besoldeten Gauleiters, des Kollegen Prüll, konnte man daran denken, systematisch auf bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen hinzuwirken. Die erste Lohnbewegung in unserem Gaubezirk im Jahre 1905 in der Medizinfabrik Knoll u. Ko. führte zum Streik und mußte erfolglos beendet werden. Am 16. September 1905 wurden der Firma August Luf, Fiberhebele, Mannheim, Lohnforderungen unterbreitet. Die Firma lehnte höflich, aber bestimmt ab, mit dem Kollegen Prüll zu verhandeln.

Die Arbeiter traten in den Streik, der vom 18. Oktober 1905 bis zum 11. November 1905 dauerte. Streikbrecher gab es auch, so daß die Bewegung erfolglos endete.

Ein Tarifvertrag konnte im Jahre 1905 bei der Firma Grünzweig u. Hartmann, Ludwigshafen, zum Abschluß gebracht werden.

Auch die Zuckerraffinerie Mannheim hat Verhandlungen mit dem Kollegen Prüll abgelehnt.

Die Einstellung der Unternehmer änderte sich mit dem Erstarken der Organisation. Vereinbarungen konnten getroffen werden mit den Ziegelmwerken Rheingönheim, Altrip, Mannheim und Speyer für die Rheinschiffer am 10. Mai 1906, denen tarifliche Abmachungen für sämtliche Arbeiter der Ziegeleien in Speyer im Jahre 1907 folgten. Es seien hier auch verzeichnet der Streik der Emaillearbeiter in Annweiler, der Streik der Säurearbeiter in der Anilinfabrik (Oleum, Schwefelsäure, Monihydrat). Am 26. Januar 1906 legten sie die Arbeit nieder, ihnen folgten am 28. Januar die Arbeiter der Gasfabrik, Indigo und Anhydrid. Am 29. Januar fanden Verhandlungen zwischen uns, dem Verband der Maschinisten und Heizer, dem Reichstagsabgeordneten Joseph Ehrhardt und einem Vertreter der Anilinfabrik statt. Das Ergebnis der Verhandlung war eine Vereinbarung, wonach eine Lohnaufbesserung von 10 Prozent erfolgte. Alle Arbeiter kamen wieder auf ihren alten Arbeitsplatz.

Am 17. August 1907 erhielt die Zahlstellenleitung von der Anilinfabrik auf eine Eingabe (Vertragsentwurf) nachstehende Antwort:

Ludwigshafen a. Rh., den 17. August 1907.

Wir erhielten Ihr Schreiben vom 14. d. M. und erwidern Ihnen hierauf, daß die Regelung unserer Arbeiterangelegenheiten für uns eine interne Angelegenheit ist. Aus diesem Grunde müssen wir es ablehnen, auf den Inhalt Ihres Schreibens einzugehen.

Hochachtungsvoll
Bad. Anilin- u. Sodafabrik

Auf eine Eingabe an die Leimfabrik Dr. Zimmermann, Ludwigshafen, erfolgte nachstehender Anschlag:

Ihre Vertretung betreffend!

Der Arbeiterauschuß hat sich vollkommen dem Willen der Organisationsleiter unterworfen. Er hat keine eigene Entscheidungsfähigkeit mehr und ist deshalb nicht mehr verhandlungsfähig. Es ist somit geboten, daß jeder von Ihnen sein Interesse selbständig wahr, und ich erkläre mich bereit, mit jedem einzelnen von Ihnen zu verhandeln. Diejenigen von Ihnen, welche sich der Organisation blindlings unterordnen, sind durch diese und den Ausschuß vertreten. Dagegen aber sind diejenigen von Ihnen, welche etwa anderer Ansicht sind, noch nicht zu Wort gekommen, und ich fordere deshalb diese auf, einen oder zwei Vertreter zu ernennen zur Verhandlung mit mir sowie mit dem Ausschusse und den Organisationen.

Seien Sie einsichtig und verstehen Sie wohl, daß die Agitatoren von der Unruhe leben und diese deshalb nähren und aufrechterhalten.

Agitation kann niemals eine dauernde Einrichtung sein. Das, was ich Ihnen angeboten habe, ist sehr viel, und mehr vermag ich nicht zu gewähren. Ich bin jederzeit und auch Sonntags, vormittags von 11 bis 12 Uhr, auf dem Büro für jedermann zu sprechen.

Ludwigshafen a. Rh., den 28. März 1907.

Dr. Zimmermann.

Diesem Anschlag leistete kein Arbeiter Folge, und es wurde ihnen am 1. April gekündigt. Die Arbeiter verweigerten die Überstunden während der Kündigungszeit, es wurden 12 Arbeiter deshalb entlassen. Nach Ablauf der Kündigungsfrist gingen die übrigen Arbeiter geschlossen aus dem Betrieb. Nur drei Christliche und drei Frauen blieben als Streikbrecher zurück. Die Firma versuchte, aus allen Gegenden Arbeitswillige heranzuziehen. Auf dem Büro der Firma kam es täglich zu Auseinandersetzungen zwischen den Jugereiften und der Firma, und viele verklagten die Firma auf Schadenersatz. Das Gewerbegericht Ludwigshafen wies die Klagen ab. Die Empörung unter den Arbeitern Ludwigshafens wurde immer größer, und es kam am 9. Mai abends, als die Arbeitswilligen auf die Volksmenge schossen, zu schweren Ausschreitungen. Nach diesem Antritt wurden durch die Organisation wieder Verhandlungen angebahnt, und es gelang mit Hilfe des Bürgermeisters Kraft, die Bewegung zu Ende zu führen.

Nicht unerwähnt sollen bleiben die Streiks der Steingewerfabrik Friedrichsfeld und der Rheinschen Gummi- und Zelluloidfabrik Mannheim-Neckarau.

Den Kämpfen 1906 bis 1908 folgten weitere, und ich will nur noch an den Kampf der Arbeiterschaft der Bad. Anilin- u. Sodafabrik im Jahre 1911 erinnern, von welcher Zeit an der gelbe Werkverein von der Direktion gefördert wurde. 2400 Arbeiter waren ausständig, und in ihrer Not erließ die Anilin nachstehende Bekanntmachung:

Wir gewähren jedem unserer Arbeiter, der heute noch in unserem Betriebe beschäftigt ist und uns zur Verfügung bleibt, solange die Arbeit während der Streikbewegung aufrechterhalten bleiben kann, in Rücksicht auf die erhöhten Anforderungen, die wir an ihn stellen müssen, und die Anfeindungen und Belästigungen, denen er ausgesetzt ist, eine besondere Zuwendung während dieser Zeit und anfangend mit dem 24. Juli pro Woche:

Hollarbeiter 6 Mk., jugendliche Arbeiter (18—20 Jahre alt) 3 Mk., jugendliche Arbeiter (15—18 Jahre alt) 2 Mk.

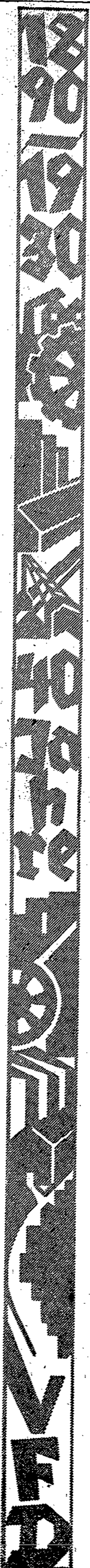
Ludwigshafen a. Rh., den 26. Juli 1911.

Die Direktion.

Der Streik wurde am 19. August 1911 abgedroht, die Arbeitsaufnahme fand am 21. August statt. Etwa 400 Arbeiter wurden nicht wieder eingestellt. Am 22. Oktober 1911 gab die Direktion bekannt, daß von der 44. Lohnwoche an eine Lohnerhöhung von 2 Pf. die Stunde eintritt.

(Mit Rücksicht auf den uns zur Verfügung stehenden Raum müssen wir auf die Veröffentlichung weiterer geschichtlichen Materials aus der damaligen Kampfzeit verzichten. Insbesondere muß auch die schwere Zeit der Besetzung durch die Franzosen hier unberücksichtigt bleiben. Das Material geht an das Verbandsarchiv.)

Nur ein Fall sei hier festgehalten: Am 4. April 1919 fand eine Versammlung in Dreifack statt, um eine Zahlstelle zu gründen. Referent war Kollege Kern. Zwei Stunden nach der Versammlung erschienen drei Franzosen in der Wohnung des Einberufers, Kollegen Rudolf Reimann, und führten eine Hausdurchsuchung



durch, Rebmann wurde als Volksaufwiegler und Spartakist beschuldigt. Kollege Kern war bereits abgereist, sonst wäre er zweifellos auch verhaftet worden. Die Anschuldigung gegen den Kollegen Rebmann war eine gemeine Denunziation, weil er versuchte, die Arbeiter und Arbeiterinnen der Hafer- und Leigwarenfabrik Weiskastel für die Organisation zu gewinnen. Bei der Hausdurchsuchung fand man nach Mitgliederlisten, fand aber nichts. Die Namen der Ortsverwaltungsmitglieder mußte Kollege Rebmann angeben. Die Franzosen erklärten, wenn ein Streik ausbrechen würde, so wären er (Rebmann) und Kollege Joh. Försch, 2. Bevollmächtigter, die Hauptschuldigen und würden nach dem rechtsrheinischen Gebiet abtransportiert werden. Rebmann wurde wegen

1. Nichtanmeldung bei der Gründung des Verbandes,
2. Nichtinhaltung der Tagesordnung bei der letzten Versammlung

zu einem Monat Gefängnis und 100 Frank Geldstrafe (damalig 288 Mk.), zahlbar innerhalb 48 Stunden, bestraft. Dagegen legten wir Berufung ein. Rebmann brauchte die Gefängnisstrafe nicht abzulassen, aber unser Geld waren wir los. Unsere Berufung hatte aber wahrscheinlich nur deshalb Erfolg, weil Kollege Rebmann amerikanischer Staatsangehöriger war.

Die Entwicklung unseres Gaues haben die Unternehmer mit ihren Terrormaßnahmen nicht aufhalten können. So werden auch unsere Gegner, die Christlichen wie die Kommunisten, mit ihren Verleumdungen und Unpöbelungen die weitere Entwicklung unserer Organisation in unserem Gaubezirk nicht verhindern. Wir sind groß geworden, trotz aller Heße gegen uns. Beachten wir das Beispiel der Unternehmerverbände und handeln danach. Nur durch Geschlossenheit und Einigkeit ist die wirtschafts- und sozialpolitische Interessenwahrnehmung der Arbeiterschaft möglich.

Gau 13. Frankfurt.

Von Louis Bruns.

Frankfurt und Umgegend ist historischer Boden der modernen Arbeiterbewegung. Trotzdem ist es schwer, nach mehr als 40 Jahren über die Anfänge unserer Organisation zu schreiben, denn allzu viele der ersten Pioniere deckt heute der grüne Rasen, und fast alles, was an schriftlichen Aufzeichnungen vorhanden war, ist von den alten Kollegen selbst oder von den Angehörigen vernichtet worden.

Soweit das heute noch festzustellen ist, begannen die ersten Zusammenschlüsse ungelerner Arbeiterkräfte in unserem Bezirk in den Orten Frankfurt, Offenbach, Mainz und Biebrich in der Zeit, als das Sozialistengesetz in den letzten Tagen lag und die



unterdrückte Arbeiterschaft aus einem inneren Drange heraus von dem Zusammenschlüsse eine Besserung ihrer Lage erhoffte.

Nach einem Berichte des früheren Ablegers der „Frankfurter Zeitung“, der „Freien Presse“, aus dem Jahre 1890 wurde die erste Vereinigung in Frankfurt unter dem Namen „Verein zur Wahrung der Interessen der nicht-gewerblichen Arbeiter“ gegründet. Der Gründer oder mindestens Mitbegründer war der Kollege Schwabach. Zu den Gründern gehörten weiter die Kollegen Heinrich Diefenbach, Jean Eiser, Haas und der jetzt noch lebende Kollege Flemming. Die Gründung fand auf Einladung des Kollegen Schwabach (Frankfurt) im Café Schierholz an der Biebergasse statt. Der Einladung waren 7 Kollegen gefolgt, die sich unter obigem Namen zusammenschlossen. Gedacht war die Vereinigung hauptsächlich für die Hausdiener, städtischen Arbeiter und Hafenarbeiter. Da finanzielle Mittel nicht vorhanden waren, die Kollegen selbst aber auch über solche nicht verfügten, wurde in der ersten Sitzung beschlossen, ein Vergnügen abzuhalten, um dadurch zu einigen Barmitteln zu kommen. Die Kollegen hatten Glück. Das Vergnügen fand im Merianfale statt und brachte neben einem guten finanziellen Erfolg auch eine Erhöhung der Mitgliederzahl auf 17. Die Entwicklung ging aber nur sehr langsam vorwärts. Auch der Gedanke der Zentralisation fand zunächst nur schwer Boden, bis im Jahre 1891 eine vom Kollegen Brey im „Rebstock“ abgehaltene Versammlung den Anschluß an unseren Verband brachte. Die erste Abrechnung vom 4. Quartal 1891 schließt mit einer Einnahme und Ausgabe von 50,75 Mk. ab und gibt den Mitgliederbestand auf 64 an. Nach dem Anschluß an den Verband setzte eine lebhaftere Agitation ein, die sich hauptsächlich auch auf die in den Fabriken beschäftigten Arbeiter erstreckte. Wo irgend möglich, wurden von Frankfurt aus auch in der Umgegend Zahlstellen gegründet. So in Neu-Henrburg, Rödelheim, Fechenheim, Kestertbach, Oberursel, Homburg und Vockenheim. Doch blieben innere Zwistigkeiten nicht aus. Die im Verbands vorhandenen Bauarbeiter wurden zu ihrer Zentralorganisation herübergezogen, und die in der Zahlstelle stark vertretenen Handelskassensarbeiter traten unter Führung des Kollegen Hopf aus und gründeten eine Lokal-Organisation der Handelskassensarbeiter. Unter Führung des nunmehrigen Vorstehenden, des Kollegen Bernhard, wurde diese Schwächung jedoch bald überwunden, so daß eine ganze Anzahl Lohnbewegungen geführt werden konnten, wodurch es gelang, den Lohn von 12 bis 15 Mk. wöchentlich bei einer Arbeitszeit von 12 bis 16 Stunden, wenn auch nur um ein geringes, zu erhöhen. So fand am 14. Juli 1894 ein Streik der städtischen Hafenarbeiter mit dem Erfolg statt, daß die Stadt für Arbeitslöhne 190 000 Mk. mehr in den Etat einstellen mußte. Lohnbewegungen mit mehr oder weniger Erfolg fanden auch statt für die Geflügelmänner, Abseilwerke, Gasfabrik und Farbenfabrik.

Diese tätige Tätigkeit machte natürlich die Aufmerksamkeit der Polizei erwecken, und so setzte dann auch eine kleinliche und schikanöse Bekämpfung und Verfolgung ein. Die Bevollmächtigten wurden auf ihrem Arbeitsplatz von der Polizei angefaßt, wodurch der Unternehmer aufmerksam wurde und die beabsichtigte Entlassung erfolgte. Die Versammlungen wurden bei den geringsten Verstößen aufgelöst. Viele Bestrafungen der Versammlungsleiter erfolgten. Bei den Gerichtsverhandlungen traten die Polizeibeamten in großer Zahl als Zeugen auf. So wurden in einem Falle wegen eines Straußendats von 50 Mk. vor dem Schöffengericht nicht weniger als 11 Schöffen aufgeboten. Nur ein Beispiel von vielen, welche Mittel von der Polizei angewandt wurden: Im Jahre 1897 wollte die Zahlstelle eine Dampfperle nach Kestertbach aufzunehmen. Einen Tag vor dem Termin wurde von der Reederei mitgeteilt, daß das Schiff plötzlich reparaturbedürftig geworden sei. Bei dem letzten Prozeß gegen die Reederei stellte sich heraus, daß das Schiff an dem Tage eine andere Fahrt gemacht hatte und die Ablage auf den Druck der Polizei erfolgt war. Nebenbei gesagt, wurde der Zahlstelle vom Gericht ein Schadenersatz von 120 Mk. zugesprochen, allerdings erst nach einem zweijährigen Prozeß.

Am 18. November 1898 wurde die Zahlstelle auf Grund des § 8 des preussischen Vereinsgesetzes durch die Polizei aufgelöst. Da die Polizei aber bei der Auflösung die gesetzlichen Bestimmungen nicht beachtet hatte, wurde durch das Gericht die Auflösung für unwirksam erklärt, trotzdem die Polizei versucht hatte, durch Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen von Verhandlungsmaterial und Vermögens den Nachweis der Staatsgefährlichkeit der Zahlstelle zu erbringen. Wenn es trotzdem vorwärts ging, so war das der Opferfreudigkeit der leitenden Kollegen zu danken. Namentlich waren es neben dem verstorbenen Kollegen Jean Eiser die Kollegen Flemming, Mann, Diefenbach, Michel Fischer, Frau Schloffer und andere, die unermüdetlich für die Ausbreitung des Verbandes wirkten. Im Jahre 1904 ging die Zahlstelle bei 400 Mitgliedern als eine der ersten dazu über, eine festbesoldeten Kollegen als Geschäftsführer in der Person des jetzigen Hauptkassierers Kollegen Köppler anzustellen. Der erhoffte Erfolg blieb nicht aus. Als Kollege Köppler am 1. Januar 1907 die Zahlstelle verließ, um in seinem Heimatorte die Geschäfte des Verbandes zu führen, zählte die Zahlstelle 1544 Mitglieder.

Auch im Gebiete der jetzigen Zahlstelle Mainz wurden schon Ende der 80er Jahre zum Zwecke der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Vereinigungen lokaler oder betrieblicher Art gegründet. So bestand in Hechtsheim eine Vereinigung der Landarbeiter, die den Zweck hatte, die Arbeiter aus der Pfalz, die auf den Lohn drückten, fernzuhalteten. Als Vorsitzender wirkte unser Kollege Verbeimer. Diese Vereinigung schloß sich später unserem Verbände an. Kollege Verbeimer, der heute noch rüstig ist, hat bis vor wenigen Jahren als Zweigstellenleiter und Kassierer mitgewirkt und sich große Verdienste um den Verband erworben. In Biebrich waren es die Kollegen der Guano-Fabrik, die sich zu einer Lokalvereinigung zusammenschlossen. Als Gründer kommen die Kollegen Flauch, S. Hofmann, Meuth, ein aus Hannover zugewandertes Kollege Kolke und der Kollege Lohberg, der diese Vereinigung auf dem ersten Kongreß in Hannover vertrat, in Betracht. Diese Vereinigung schloß sich dann nach dem Kongreß dem Gesamtverbande an. Durch innere Reibungen und unliebsame Vorkommnisse ging die Zahlstelle sehr bald ein. Sie wurde erst im Jahre 1897 durch den Kollegen Jehlich (Mainz) wieder neugegründet. Das vorhandene Material über die erste Gründung ist leider durch die Separatisten-Bewegung vollständig vernichtet worden. Die Anregung zur Gründung der Zahlstelle Mainz selbst erfolgte durch einen Brief des Kollegen Brey an den Kollegen Schworm im Jahre 1891. Die Versammlung fand im „Goldenen Kof“ statt und wurde von dem Kollegen Jehlich geleitet. Im Anschluß an diese Versammlung fand die Gründung der Zahlstelle statt. Jehlich und Schworm nahmen die Leitung der Zahlstelle in die Hand. Durch den Kollegen Jehlich, der nunmehr als führender Kopf dem Verbands vorstand, wurde dann eine Anzahl weiterer Zahlstellen, wie namentlich in Kofheim, Biebrich usw., gegründet. Neben dem oben genannten Kollegen waren es namentlich die Kollegen Vogel (Kofheim), Brückmann (Biebrich), Adam Kober (Mainz), die hervorragend tätig waren. Eine starke Aufwärtsentwicklung machte die Zahlstelle durch, als der jetzige Präsident des Freistaates Hessen, der Genosse Udelung, die Leitung und die Agitation in die Hand nahm. Die älteren Kollegen erzählen noch heute mit Begeisterung, wie Udelung es immer wieder fertig brachte, den gefunkenen Mut der tätigen Kollegen neu zu entfachen. Namentlich wurde unter Udelungs Leitung die Hausagitation gepflegt und von Udelung der Grundsatz aufgestellt, daß der Erfolg bei der Hausagitation von dem Eindruck abhängt, den die Kollegen auf die Besuchenden machten.

Auch vor polizeilichen Schikanen blieb die Zahlstelle nicht verschont. Immerhin waren diese nicht zu vergleichen mit den Schikanen, die die Zahlstellen auf preussischem Gebiete auszuhalten hatten. War es doch schon in den 90er Jahren möglich, die geplanten Versammlungen durch den Ortsdiener ausschellen zu lassen, was in Preußen ganz undenkbar war.

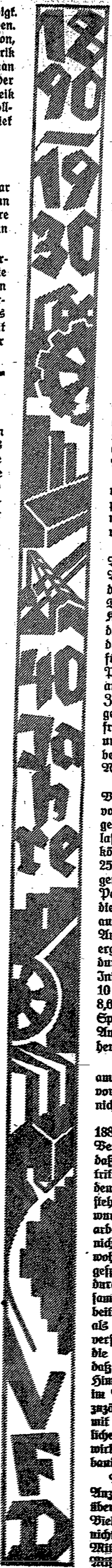
Kassel war schon auf dem Kongreß 1890 in Hannover durch den Kollegen Adolph vertreten. Eine Vereinigung scheint aber noch nicht bestanden zu haben. Adolph ist auch von Hannover nie wieder nach Kassel zurückgekehrt. Die Gründung der Zahlstelle erfolgte erst im Jahre 1893. Als Gründer kommen die Kollegen Dietrich, Kofhous und Graf in Betracht. Besonders rührig tätig war der Kollege Graf, der auch lange Jahre Vorsitzender der Zahlstelle war, bis er später durch den heute noch amtierenden Kollegen Berman abgelöst wurde. Neben den oben Genannten waren es namentlich die Kollegen Bürger und Karl, die für den Verband tätig waren. In der ersten Zeit waren es hauptsächlich die in der Papierfabrik und Kofhaarspinnerei beschäftigten Kollegen, die sich dem Verbands anschlossen. Später erstreckte sich dann die Agitation hauptsächlich auf die in großer Zahl in der Umgegend von Kassel befindlichen Ziegeleien. Um diese Agitation eingehender zu gestalten, wurde im Jahre 1904 der Kollege Greif als Agitationsleiter freigestellt. Wegen des saisonmäßigen Charakters der Ziegelindustrie des Bezirks und der dadurch entstehenden starken Fluktuation war es aber nicht möglich, den besoldeten Zahlstellenleiter beizubehalten, so daß die Zahlstelle später wieder im Nebenamt geführt werden mußte.

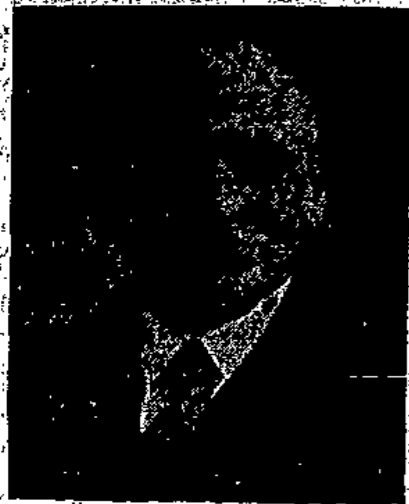
In Offenbach wurde am 3. Mai 1890 der Handarbeiter-Fachverein gegründet. Vorsitzender dieses Vereins war ein Kollege Schultze. Es muß aber schon vorher ein Verein der Handarbeiter bestanden haben, denn aus dem ersten Protokoll geht hervor, daß man es den früheren Mitgliedern freistellte, sich einschreiben zu lassen. Die Einsicht, daß eine lokale Organisation nicht den gewollten Zweck erfüllen könnte, scheint sich rasch durchgesetzt zu haben, denn schon in der Versammlung vom 25. Oktober desselben Jahres wird von einem Kollegen, dessen Name leider nicht genannt ist, ein Referat gehalten, das dahin ausklingt, der in Aussicht stehende Parteitag in Halle möge eine sich auf ganz Deutschland erstreckende Gewerkschaft für die Handarbeiter schaffen. Am 22. November 1890 referierte dann ein Kollege Lang aus Hamburg über die Notwendigkeit des Anschlusses an den Gesamtverband. Der Anschluß selbst erfolgte am 17. Januar 1891. Die Abrechnung des 1. Quartals ergab eine Einnahme von Beiträgen von 10,25 Mk. Dazu noch einige Einnahmen durch Sammelbüchsen, so daß eine Gesamteinnahme von 16,75 Mk. vorhanden war. Interessant ist die Ausgabe. Ein Schränkchen 3 Mk., ein Bogen Löschpapier 10 Pf., 2 Inserate im Abendblatt 5 Mk., insgesamt 8,10 Mk. Der Rest von 8,65 Mk. wurde an die Hauptkasse geschickt. Diese Zahlen sprechen eine berechtigte Sprache. Sie mögen namentlich den jüngeren Kollegen zeigen, wie schwierig der Aufbau war und welch großer Wille dazu gehörte, aus diesen kleinen Anfängen das heutige Verbandsgebäude zu schaffen.

An gerichtlichen Verfolgungen hat es auch in Offenbach nicht gefehlt, denn schon am 13. Juni 1891 wird in einer Versammlung eine Sammlung für einen Kollegen vorgenommen, der zur Zeit eine Strafe verbüßte. Leider ist auch hier der Name nicht angegeben.

Ein großer Gewinn trat für die kleine Zahlstelle dadurch ein, daß der im Jahre 1886 gegründete Frauen- und Mädchen-Verein sich im Jahre 1892 auflöste und dem Verbands beifrat. Der Gewinn an Mitgliedern wurde dadurch etwas abgeschwächt, daß sich ein Teil der Frauen an den Namen Fabrikarbeiter stieß und den Übertritt nicht vollzog. Dafür war aber der moralische Gewinn um so größer, der in dem Übertritt der Vorstehenden dieses Vereins bestand, der jetzt im 76. Lebensjahre stehenden Kollegin Tröger, die eine wertvolle agitatorische Kraft für den Verband wurde. Gleich nach dem Anschluß setzte eine lebhaftere Agitation unter den Fabrikarbeitern und auch unter den Arbeiterinnen ein. Diese Agitation erstreckte sich nicht nur auf das Offenbacher Gebiet, sondern weit darüber hinaus, so daß es wohl kaum einen namhaften Ort im Gau gibt, in dem die Kollegin Tröger nicht gesprochen und für den Verband gewirkt hat. Schwere Kämpfe hat die Kollegin durchmachen müssen. Namentlich waren es auch die Geistlichen, die ihr in den Versammlungen entgegentraten, um zu verhindern, daß die Arbeiterinnen dem Verbands beifraten. Auch von polizeilichen Schikanen blieb sie nicht verschont. Es ist mehr als einmal vorgekommen, daß sie von der örtlichen Polizei bis auf die Landstraße verfolgt wurde. In sehr vielen Fällen brachten es Polizei und Geistlichkeit fertig, die Wirte der angemachten Lokale zu veranlassen, ihre Zusage zurückzuziehen, so daß der Kollegin nichts anderes übrig blieb, als die Versammlungen unter freiem Himmel abzuhalten, was wiederum die Gefahr der Bestrafung in sich barg. Es ist im Rahmen eines Artikels nicht möglich, die Verdienste dieser tapferen Frau aufzuzählen. Ihre Arbeit wurde dadurch etwas erleichtert, daß ihr Mann gleichzeitig mit ihr als Verbandsfunktionär tätig war. Beide erfreuen sich heute noch körperlicher und geistiger Rüstigkeit. Wenn sie auch aktiv nicht mehr für den Verband wirken können, so finden sie Befriedigung in der Machtentwicklung unseres Verbandes, zu der sie beide ein gut Stück beigetragen haben.

Von den genannten vier Zahlstellen aus wurde, wie schon gesagt, eine größere Anzahl weiterer Zahlstellen gegründet. Sehr bald stellte sich aber heraus, daß nicht überall die fähigen Kollegen vorhanden waren, um die Zahlstellen aufrechtzuerhalten. Vielfach kam es vor, daß Zahlstellen eingingen, das vorhandene Material aber nicht nach Hannover geschickt wurde, und daß durch das Eingehen der Zahlstellen Mitglieder verloren gingen, die dem Verbands erhalten bleiben konnten. Nur diese Rückstände abzupflegen und die Agitation einheitlicher zu gestalten, wurden von





Albert Ortlepp

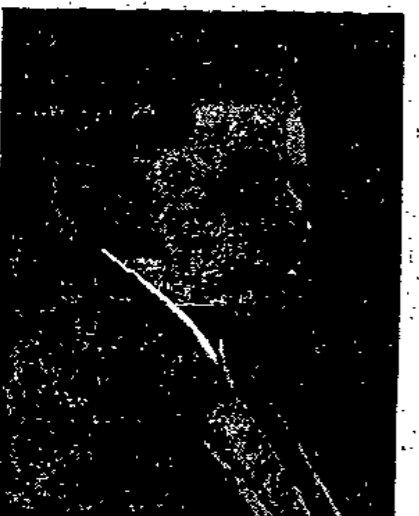
Vorstände nach dem Verbandstage 1898 Gauleitungen eingesetzt, die die Aufgaben hatten, die vorhandenen Zahlstellen zu betreten. Für Hessen und Nassau wurde als St. der Gauleitung Offenbach bestimmt und zum Gauleiter der Kollege Ortlepp gewählt. Er hat unter Mitwirkung der oben genannten Kollegen und Kolleginnen in Offenbach dann mehrere Jahre als unbeförderter Gauleiter im Interesse des Verbandes gewirkt und alle die Erfahrungen gemacht, die schon bei der Kollegin Tröbger geschildert wurden. Kollege Ortlepp hat sich große Verdienste um den Verband erworben. Er ist heute noch in der Arbeiterbewegung tätig und, wie sein Bild zeigt, körperlich und geistig noch rüstig.

Als sich nach einigen Jahren herausstellte, daß die Arbeit des Gauleiters nicht mehr im Nebenamt erledigt werden konnte, wurde im Jahre 1904 Kollege

Martin Knöchel als Gauleiter fest angestellt. Knöchel hat in den ersten Jahren unermüdet für die Ausbreitung unseres Verbandes gewirkt. Niemand vor ihm und keiner nach ihm konnte so überzeugend die Not der Arbeiterschaft und die Notwendigkeit des Zusammenschlusses schildern. Wenn Kollege Knöchel nach einigen Jahren seelisch und körperlich zusammenbrach, so lag das daran, daß sein nur zarter Körper und seine Nerven den Strapazen nicht gewachsen waren. Seine Verdienste um den Verband sollen aber an dieser Stelle anerkannt werden.

Nach dem Abgang des Kollegen Knöchel wurde der St. des Gaues nach Frankfurt verlegt und damit einem lange gedauerten Wunsche der Zahlstelle Frankfurt Rechnung getragen. Als Gauleiter wirkte bis zum Jahre 1911 der aus Gotha kommende Kollege Keller, über dessen Tätigkeit man am besten mit Schweigen hinweggeht. Sein Nachfolger wurde der Schreiber dieser Zeilen, der seinen Posten am 1. März 1911 antrat.

In der Nachkriegszeit hat sich dann der Verband innerhalb des Gaubezirkes gut entwickelt, und so ergab sich die Notwendigkeit zur Anstellung eines weiteren Gauleiters. Die Wahl fiel auf den Kollegen Rühl, der seit 9. Dezember 1918 amtiert. Ein harmonisches Zusammenarbeiten zwischen Gauleitung und Zahlstellenleitungen und den Funktionären in den Betrieben hat dazu beigetragen, daß eine aktionsfähige Organisation vorhanden ist, die schon manchen Strauß mit den Unternehmern ausgeht. Jederzeit bereit ist, den Kampf im Interesse der im Fabrikarbeiter-Verbande organisierten Kollegen von neuem aufzunehmen.



Gau 14, Köln.

Von Hermann Wirth.

Auf dem Gründungskongress des Verbandes war der Westen Deutschlands durch zwei Kollegen, aus Elberfeld und Hagen, vertreten. Sicher waren diese mit den anderen Kollegen der Auffassung, daß es nur der Gründung des Verbandes und eines Aufrufes an die ungelernete Arbeiterschaft bedürfte, um diese zum Anschluß an die neugegründete Organisation zu bewegen. Hat sich dieser Optimismus im allgemeinen nicht erfüllt, und bedurfte es harter und mühevoller Arbeit, um den Verband auf seine heutige Höhe zu bringen, so traf dies insbesondere auf den rheinisch-westfälischen Gau zu.

Der Westen Deutschlands ist industriell äußerst stark durchsetzt. Neben Kohle und Eisen haben wir eine starke weiterverarbeitende Industrie. Darüber hinaus sind auch die Industriezweige, für deren Arbeiterschaft unsere Organisation zuständig ist, stark vertreten. Wir haben Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe der chemischen, Papier- und Nahrungsmittelindustrie und der Industrie Steine und Erden. Auch die Glas- und Porzellanindustrie ist in unserem Gau vorhanden. Die äußere Voraussetzung für die Ausbreitung unseres Verbandes war somit gegeben. Wenn es trotzdem im Verlauf von vier Jahrzehnten nicht gelungen ist, der Organisation im Gau die Stärke zu verschaffen, die sie nach allen Voraussetzungen haben müßte, so liegt das an der persönlichen Einstellung des Rheinländers zu den ernsten Fragen des Lebens. Der Rheinländer huldigt einer fröhlichen Lebensauffassung, er ist leichtlebig und kümmert sich im allgemeinen wenig um die ernsten Dinge des Lebens. Infolgedessen gelang es unserer Organisation auch nur sehr schwer, im Rheinlande Fuß zu fassen.

Die Pionierarbeit für unseren Verband im Gau ist aus vorstehenden Gründen auch nicht von ausgeprochenen Rheinländern, sondern von Zugewanderten geleistet worden. Wenn man dabei bedenkt, daß die Vertrauensmänner des Verbandes infolge ihres Eintretens für denselben sehr oft gemäßigert wurden und keine Arbeit mehr bekamen, so findet man auch die Erklärung dafür, daß die einzelnen im ersten Jahrzehnt des Bestehens des Verbandes gegründeten Zahlstellen öfters gegründet wurden und immer wieder eingingen.

Unser Gau wurde im Anschluß an die auf dem Verbandstag in Kassel 1898 erfolgte Gaueinteilung gegründet und umfaßte die Gebiete Rheinland und Westfalen. Die nach Kriegschluß erfolgte militärische Besetzung des Rheinlandes machte eine Teilung notwendig. Westfalen und der unbefetzte Teil des Rheinlandes wurden abgetrennt und als Teil des Gaues 14 zunächst von diesem, jedoch durch einen angestellten Kollegen verwaltet. Später wurde ein neuer Gau mit dem Sitz in Düsseldorf gebildet.

Als 1902 auf dem Verbandstag in Offenbach die Anstellung von zwei besoldeten Gauleitern beschlossen wurde, erhielt neben Württemberg auch der Gau 14 einen besoldeten Gauleiter, den Kollegen Fittgen, der um die Jahreswende 1902/1903 sein Amt antrat. Nach einer Dienstzeit von vier Jahren mußte er wegen Ungeeignetheit seines Postens entlassen werden. An seine Stelle wählte der Hauptvorstand den Kollegen Waldemar Funk aus Berlin. Derselbe trat Ende 1919 nach 16jähriger Tätigkeit aus und wurde Parteisekretär. Am 1. Dezember 1919 trat der Schreiber dieser Zeilen in den Dienst der Gauleitung ein. Mit dem 1. Januar 1920 wurden ihm die Geschäfte des Gaues durch den Hauptvorstand übertragen.

Bei der Gründung der Organisation 1890 hatten wir im Gau drei Zahlstellen: Elberfeld mit 156, Hagen mit 51 und Erier mit 27, insgesamt mit 233 Mitgliedern. Von diesen drei Zahlstellen bestanden Elberfeld und Hagen noch im Gau 14. Dieser ist im gleichen Jahre wieder eingegangen. Die spätere Entwicklung läßt deutlich erkennen, wie sehr das Wort von der leichten Lebensauffassung des Rheinländers zutrifft; denn wer die Entwicklung des Verbandes verfolgt, wird finden, daß in den ersten fünf Jahren des Bestehens Zahlstellen im heutigen Gau 14 überhaupt noch nicht vorhanden waren. Im jetzigen Gaubereich faßte die Organisation 1895 zum ersten Male Fuß. In diesem Jahre wurde die Zahlstelle Köln gegründet. Sie hatte 25 Mitglieder. Ende 1900 waren wir in Köln über eine Mitgliedschaft von 70 noch nicht hinausgekommen. 1905 konnten wir in Düren 7, in Ralk 153 und in Köln 490 Mitglieder zählen. Von da an ging es langsam aufwärts. Die Zahlstellen, die gegründet wurden, blieben, wenn auch in kleinem Umfang, bestehen, so daß wir 1910 in 9 Zahlstellen 1947 Mitglieder zählen konnten. Von diesen waren gegründet: 1895 Köln mit 25, 1901 Rüppertweg (jetzt Wiesdorf) mit 120, 1905 Düren mit 5, 1906 Bonn mit 23, 1907 Andernach mit 49, Wendorf mit 21, Krefeld mit 51 und 1908 Goch mit 10 Mitgliedern. Die Aufwärtsentwicklung der Organisation hielt an, und so konnten wir Ende 1913 in 18 Zahlstellen 2637 Mitglieder zählen. Das war der Erfolg einer 14jährigen Arbeit, die dann im Jahre 1914 durch den Ausbruch des Weltkrieges mit rauher Hand zerstückt wurde. Die Einberufung zum Heeresdienst riß die Funktionäre aus ihrer Verbandsfähigkeit und vernichtete, was in

jabrelanger, mühevoller Arbeit aufgebaut worden war. Einzelne Zahlstellen verloren bis zu 90 Prozent ihrer Mitgliedschaft und sanken bis auf zwei Mitglieder. Köln verlor bis Ende 1914 von 1760 Mitgliedern 700, Rüppertweg von 282 Mitgliedern 128. Drei Zahlstellen waren ganz eingegangen. In 16 Zahlstellen waren noch 970 Mitglieder. 1915 ging die Zahl der Mitglieder infolge der Einberufungen zum Militär weiter zurück. Erst das Jahr 1916 zeigte einen langsamen Aufstieg. Die auf Grund des Hindenburgprogrammes immer stärker werdende Kriegsindustrie in unserem Bezirk gab 1917 nach Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes neue Möglichkeiten zur Agitation und hatte ein Aufsteigen der Mitgliederzahl zur Folge. Dieser erhielt eine lebhafte Förderung nach dem Umsturz 1918. Die Revolution brachte auch Leben in die rheinischen Arbeiter. Was mühevoll von 1890 bis 1918 nicht fertig gebracht, gelang dem Umsturz. In Scharen drängten sich auch die rheinischen Arbeiter in den Verband. Zahlstellen, die vordem ein Schattenbafeln führten, entwickelten sich über Nacht zu großen Zahlstellen mit angestellten Geschäftsführern. Es gab nicht Hände genug, die Massen aufzunehmen und die Organisationsarbeiten ordnungsgemäß zu erledigen. Die erfolgte militärische Besetzung des Rheinlandes schnürte uns vom übrigen Deutschland ab. Es riß auch die Verbindung mit dem Hauptvorstande in Hannover. Wir bekamen keine „Proletarier“ und keine Mitgliedskarten und mußten uns in den Zahlstellen mit alten Kartonsflicken als Mitgliedskarten behelfen.

Der Gauleitung war durch die Besetzung die Reisefähigkeit erschwert, und nur langsam gelang es, nach 1920 einen organisatorischen Aufbau der Zahlstellen im Gau durch Zusammenlegen kleinerer Zahlstellen zu größeren und durch die Anstellung von Geschäftsführern vorzunehmen. Ende 1919 hatten wir in 42 Zahlstellen 27 881 Mitglieder. In den folgenden Jahren gelang es trotz erheblicher Verluste, die wir durch die kommunistische Zerstörungsarbeit in einzelnen Zahlstellen des Gaues, insbesondere in Wiesdorf zu verzeichnen hatten, die Mitgliederzahl auf 30 000 zu steigern.

Das Jahr 1923 brachte eine erneute Störung in unsere Organisationsarbeit, als infolge des Ruhrkampfes die Betriebe auch in unserem Gau stillgelegt wurden. Mit Ausnahme der englischen Zone war fast überall alles arbeitslos. Der Eisenbahnverkehr lag still. Das Verbandsorgan war verboten. Im Zusammenhang damit fiel die deutsche Mark immer mehr. Die Inflation stieg ins Unermessliche. Im Rheinland machte sich der Separatismus breit. Die Angestellten und andere Funktionäre in den Zahlstellen wurden ausgewiesen. Das Ende war nicht nur der Zusammenbruch der Ruhraktion, die Organisation im Gau, mit ihren erst in der Nachkriegszeit und nicht immer aus idealen Gründen zu uns gekommenen Mitgliedern, hielt einen solchen Stoß nicht aus und brach in den meisten Zahlstellen zusammen. Die am Jahreschluß 1923 noch vorhandenen 18 667 Mitglieder waren meist arbeitslos, zahlten aus Mangel an Existenzmitteln keine Beiträge und standen in ihrer großen Mehrzahl nur auf dem Papier. Die Folgezeit lieferte dafür den Beweis. Das Unternehmertum setzte eine verlängerte Arbeitszeit durch. Unsere nicht gewerkschaftlich geschulten Mitglieder leisteten keinen Widerstand. Sie ließen im Gegenteil die Organisation im Stich. Ende des Jahres 1924 war mit 9140 Mitgliedern der tiefste Stand erreicht. Seitdem geht es aufwärts, und es gelang in dreijähriger Arbeit, trotz Rationalisierung und erheblicher Verminderung der Arbeiterschaft, hervorgerufen durch Betriebsstilllegung, die Mitgliederzahl um rund 6000 zu heben.

Die Aufwärtsentwicklung der Organisation zwang uns, an die gewerkschaftliche Schulungsarbeit der Mitglieder zu denken. In dreijähriger Bildungsarbeit ist Erhebliches geleistet worden, und wenn wir bis heute trotz Krise, Kurzarbeit und Massenarbeitslosigkeit unseren Mitgliederbestand halten konnten, so ist das in einem erheblichen Maße mit darauf zurückzuführen, daß wir uns durch unsere umfassende Bildungsarbeit Funktionäre geschaffen haben, die aus Erkenntnis Organisationsarbeit leisten, und die uns die Gewähr dafür bieten, daß das in mühevoller Arbeit Aufgebaute auch erhalten bleibt.

Die Organisation im Gau hat auch an der Schaffung unserer gewerkschaftlichen Ertragsformen ihren Anteil. Im Rahmen des Gesamtverbandes und unter teilweiser Beanspruchung des Solidaritätsgeföhls der gesamten Mitgliedschaft sind auch im Rheinland Tarifverträge für die einzelnen Gruppen der Organisation geschaffen worden. Die erzielten Erfolge sind die Frucht guter Organisationsarbeit.

Die Organisation im Gau hat ihren Mitgliedern auch in allen Notfällen soziale Hilfe gewährt. Eine Anzahl von angestellten Kollegen steht zur Rechtsberatung und Vertretung zur Verfügung. Bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und anderen Wechselfällen des Lebens hat die Organisation geholfen. So sind seit Ende der Inflation bis Ende 1929 an Unterstützungen an die Mitglieder in unserem Gau zurückgezahlt worden:

557 255,45 Mk.

Das ist soziale Hilfe, die geleistet werden konnte auf Grund des Zusammenschlusses und der praktischen Befähigung der Solidarität.

Die Agitationsarbeit im Rheinlande hat — wie schon erwähnt — ihre natürlichen Schwierigkeiten in der Einstellung des Rheinländers. Neben diesem Unverständnis der Massen hatten wir mit anderen Widersachern zu kämpfen. In der Vorkriegszeit waren es der Staat und seine gegen die Arbeiterschaft gedrückte Polizei, außerdem das Unternehmertum, welches uns mit allen seinen wirtschaftlichen Machtmitteln, mit Maßregelung und schwarzen Listen bekämpfte. Die Wegbereiter unserer Organisation im Gau haben diese Machtmittel zu spüren bekommen. Zu diesen Gegnern gesellten sich in der Nachkriegszeit die eigenen Klassengenossen, geleitet von geistigem Indifferentismus und von Brutalität. Sie haben die Entwicklung im Gau gehemmt, aber nicht aufgehalten.

Im Rheinlande steht die Wiege der christlichen Gewerkschaften. Ihnen wurde bei ihrer Gründung die Aufgabe zugewiesen, die Arbeiterschaft von den freien Gewerkschaften abzuhalten. Sie glaubten, daß der rheinische Arbeiter, weil christlich gesinnt, auch christlich organisiert sein müsse. Sie haben sicher mit allen Mitteln versucht, sich durchzusetzen. Das ist ihnen nicht gelungen. Heute ist der zahlenmäßige Beweis erbracht, daß die christliche Gegenorganisation in ihrer Entwicklung weit hinter uns zurückgeblieben ist. Die rheinischen Arbeiter in ihrer großen Mehrheit haben die Erkenntnis, daß nur geeinte Kraft Großes schafft.

Die vorstehenden Darlegungen geben nur in kurzen Umrissen ein Bild 40jähriger Organisationsarbeit in unserem Gau. Diese Arbeit hat sehr viel Mühe und Opfer gefordert. Manchen Wegbereiter der Organisation deckt schon lange der kahle Rasen, und er hat die Frucht seiner Sämansarbeit nicht mehr reifen sehen. Heute, am Jubiläumstage der Organisation, nach 40 Jahren Kampf und Aufstieg, denken wir der verstorbenen Pioniere, aber auch der Namenlosen, die den Grundstein zur Organisation gelegt haben, wir denken der vielen, die am Aufbau geholfen haben, und wir schwören ihnen, nie zu rasten und immer zu arbeiten am Auf- und Ausbau des Verbandes, damit das Ziel erreicht werde, daß es im Gau 14 Unorganisierte nicht mehr gibt.

Zum erstenmal seit dem Beginn der Geschichte fordert der Mensch sein Menschenrecht, sein ganzes Recht. Der Arbeiter, der Proletarier, der Nichtbesitzende, er fühlt sich als Persönlichkeit. Er verlangt alles, was ihm als Mensch geböhrt: das Recht auf Leben, das Recht auf Arbeit, das Recht auf die allseitige Entwicklung seiner Fähigkeiten, auf die beständige Befähigung seines freien Willens und seiner Vernunft. Unter der doppelten Wirkung des demokratischen Lebens, das in ihm das Gefühl seiner Menschenwürde erweckt und gestärkt hat, und unter der Wirkung der Großindustrie, die den organisierten Proletariern das Bewußtsein ihrer Macht verlieh, wird der Arbeiter zu einer Persönlichkeit und will immer und überall als solche behandelt werden. Nun wohl, die Gesellschaft kann nur dann dem Proletarier das Recht auf Arbeit, das Recht auf Leben gewährleisten, erst dann ihn aus dem passiven Lohnsystem zur genossenschaftlichen Autonomie erheben, wenn sie selbst Hand an das bestehende Eigentumsystem legt. Das soziale Eigentumsrecht muß ins Leben gerufen werden, um das wahre Privateigentum zu garantieren, das Eigentumsrecht, das jedes menschliche Individuum an sich selbst hat und haben soll.
Jean Jaurès („Theorie und Praxis“).



Gau 15, Hamburg.

Von Martin Schwarz.

Der Gau 15 hat bei der Gründung unseres Verbandes erhebliche Geburtshilfe geleistet. — Auf dem Gründungskongress, vom 29. Juni bis 2. Juli 1890 in Hannover, waren von den 29 Delegierten sieben aus dem Gebiete des jetzigen Gaues 15.

Der Gau 15 hat aber auch einen erheblichen Teil der Truppen gestellt, welche die Gründung unseres Verbandes ermöglichten, denn die sieben Delegierten aus dem Gau 15 konnten auf dem Kongress berichten, daß sich bereits 3200 Arbeiterinnen und Arbeiter in lokalen Vereinigungen zusammengeschlossen hätten und die Gründung unseres Verbandes erwarteten.

Das Zusammengehörigkeitsgefühl war unter der Arbeiterschaft im Gau 15 also schon vor dem Gründungskongress stark ausgeprägt.

Aber auch nach der Gründung des Verbandes hat der Gau 15 immer in den vordersten Reihen gestanden; ja, er bildete in den neunziger Jahren sogar das Rückgrat unseres Verbandes.

Auf dem ersten Verbandstag im Jahre 1892 gehörten von den zehn anwesenden Delegierten vier dem Gau 15 an; 1894 waren von den 16 Delegierten sieben aus dem Gau 15, 1896 von den 19 Delegierten zwölf, 1898 von 40 Delegierten 22 und 1900 von 65 Delegierten 27. Das gleiche Verhältnis weist auch die Mitgliederentwicklung des Gaues 15 gegenüber dem Gesamtverbande auf. Die Mitgliederzahlen unseres gesamten Verbandes haben betragen auf dem

- 1. Verbandstag 1892: 2 460, davon gehörten 1 013 dem Gau 15 an;
 - 2. Verbandstag 1894: 5 365, davon gehörten 2 538 dem Gau 15 an;
 - 3. Verbandstag 1896: 8 107, davon gehörten 4 628 dem Gau 15 an;
 - 4. Verbandstag 1898: 14 603, davon gehörten 7 916 dem Gau 15 an;
 - 5. Verbandstag 1900: 29 512, davon gehörten 10 520 dem Gau 15 an.
- Am 31. Dezember 1910 zählte der Gau 15 . . . 32 102 Mitglieder.
 Am 31. Dezember 1920 zählte der Gau 15 . . . 60 555 Mitglieder.
 Am 1. Januar 1930 zählte der Gau 15 . . . 39 462 Mitglieder.

Leider befindet sich von den auf dem Gründungskongress aus dem Gau 15 anwesenden Kollegen keiner mehr in unseren Reihen. Dagegen sind von denjenigen, die in den neunziger Jahren die Pionierarbeit in unserem Gau leisteten, heute noch mehrere tapfere Mitstreiter in unserer Organisation. Wir gedenken hier in erster Linie der Kollegen Heinrich Sack (Hannover), Heinrich Markens (Harburg-W.), Johannes Bruhns (Wandsbek), Wilhelm Stille und S. Krismanski (früher in Bergedorf). Diese Kollegen waren auch bereits in den neunziger Jahren als Delegierte auf den verschiedensten Verbandstagen. Kollege Heinrich Sack war der erste ehrenamtliche Gauleiter in dem jetzigen Gau 15. Nachdem Kollege Sack im Jahre 1900 auf unserem Verbandstag in Halberstadt zum besoldeten zweiten Verbandsvorsitzenden gewählt war, trat als Nachfolger der Kollege Fritz Borge an seine Stelle, der im Jahre 1904 als erster besoldeter Gauleiter für den Gau 15 vom Hauptvorstand bestimmt wurde. Allen diesen Pionieren gebührt heute der Dank für ihre Tätigkeit, die sie im Interesse unseres Verbandes und der Mitglieder ausgeübt haben zu einer Zeit, wo es galt, seinen Mann zu stehen gegenüber all den Widerwärtigkeiten, womit die Gewerkschaften in den ersten Jahren ihres Bestehens zu rechnen hatten.

Unsere Kollegen im Gau 15 waren mit diesem Aufstieg der Mitgliederzahl in den neunziger Jahren keineswegs zufrieden. Auch die Gründer unseres Verbandes haben sich die Mitgliederentwicklung sicher viel schneller vorgestellt. Man hatte viel zu wenig die Gegenmaßnahmen der Unternehmer und die polizeilichen und behördlichen Schikanierungen in Rechnung gestellt, die man besonders dem Fabrikarbeiterverband angeleihen ließ.

In allen Betrieben, wo sich nach der Verbandsgründung Ansätze unserer Organisation zeigten, verjagten die Unternehmer sie — zum Teil mit und zum Teil ohne Erfolg — im Keime zu ersticken. Es wurden schwarze Listen herausgegeben. Die Entlassungsscheine wurden mit Zeichen versehen, wodurch Entlassene als Heizer gebrandmarkt wurden. Berühmt war in diesem Punkte der Arbeitsnachweis der Unternehmer in Hamburg. Es wurden den Arbeitern Reverse zur Unterschrift vorgelegt, wodurch sie sich verpflichten mußten, nicht unserem Verbands beizutreten.

Besonders rigoros in dieser Beziehung gingen die Unternehmer in Hamburg und Harburg vor. In der Jutespinnerei in Schiffbek schloß sich im Jahre 1892/93 ein größerer Teil der Beschäftigten unserem Verbands an, weil noch Stundenlöhne von 19 bis 23 Pf. für erwachsene männliche Arbeitnehmer gezahlt wurden. Die Folge war, daß plötzlich ein großer Teil der organisierten Arbeiter entlassen und dafür Polen und Österreicher eingestellt wurden. Es war verständlich, daß die Unternehmer es auf diejenigen Kollegen, die eine Fahrtrotte im Verbands bekleideten, besonders abgesehen hatten.

Die Firma Dr. Traun warf im Jahre 1894, acht Tage vor Weihnachten, unseren ersten Bevollmächtigten der Zahlstelle Hamburg ans Straßensplaster, weil er den Streik bei der Firma Richter provoziert haben sollte.

Bei Siemers, Stahlrohrfabrik in Bergedorf, wurden 1893 unsere Bevollmächtigten deshalb entlassen, weil sie bei der Beerdigung eines Arbeiters einen Kranz mit einer roten Schleife getragen hatten.

In der Papierfabrik in Flensburg mußten die Arbeiter 1891 noch zum Teil 18 Stunden den Tag arbeiten. Auf Vorstelligwerden unseres Bevollmächtigten erklärte ihm der Betriebsleiter: „Die Hände sollen schleppen, daß ihnen das Blut längs des Rückens läuft.“ Ähnliche Episoden konnten noch Dutzende angeführt werden.

Arbeitsentstellungen waren nach der Gründung des Verbandes keine Seltenheit. In fast allen Fällen brachen die Streiks ohne irgendwelche Vorbereitungen spontan aus, wodurch in der Regel die Erfolgsmöglichkeit für die Streikenden von vornherein in Frage gestellt war. Leider endeten auch die meisten Streiks mit einem Mißerfolg.

In der Goldbleistiftfabrik der Firma Richter in Hamburg wurden unsere Kollegen im Jahre 1890 ausgesperrt, weil sie dem Verlangen der Firma, aus dem Verbands auszutreten, nicht nachkamen. Die Folge dieser Aussperrung war, daß die Mitgliederzahl von 520 auf 61 zurückging.

Streiks waren zu verzeichnen: Kaffeeverleserinnen in Hamburg 1895, Harburg 1896, D. Reismühle in Hamburg, Margarinefabrik Mohr, Zementarbeiter Lagerdorf usw.

Jamietweit kam in welcher Weise die Unternehmer, Polizei und Staatsgewalt gegen die Streikenden vorzugehen sich für befugt hielten, dafür einige Beispiele.

Bei dem Zementarbeiterstreik in Lagerdorf wurden sämtliche Streikenden, die Wohnhäusern anhefteten, mit ihren Möbeln auf die Straße gesetzt. Mehrere der Streikenden wurden unter Anklage gestellt, weil sie die Streikbrecher verprügelt haben sollten. Tatsache war, daß die Streikbrecher die Schlägerei mit Vorbedacht dadurch provozierten, daß sie sich, ausgerüstet mit Revolvern, ausgerechnet in der Gastwirtschaft einander, wo die Streikenden verkehrten. Unser Streikleiter Stindt wurde von diesen Streikbrechern telephonisch nach der hiesigen Behauptung Damschhof gelockt und mit Löffschlag bedroht, wenn er nicht jedem Streikbrecher 30 Mk. anzahle. Mit Hilfe des Gastwirtes gelang es Stindt, unbemerkt durch ein Fenster zu entfliehen.

Bei dem Streik in der Reismühle in Moorfleth sollte unser Kollege Bumann die Streikbrecher mit einem Revolver bedroht haben; in Wirklichkeit war es aber kein Revolver, sondern eine Schuppe, womit er auf die Streikbrecher geipelt hatte. Der Polizeibeamte fand auch keinen Revolver bei Bumann; trotzdem erfolgte aber seine Verhaftung.

In unzähligen anderen Fällen wurden die Streikposten und Zettelverteller des Streiks verhaftet. Um die Verhaftungen zu rechtfertigen, wurden häufig die hahnebüchsten Gründe ins Feld geführt. Entweder schlichen sich die Streikbrecher durch die Streikposten belästigt, oder das Streikpostenleben wirkte verkehrshindern und schließlich hatten sie durch das Zettelverteilen die Straße verunreinigt.

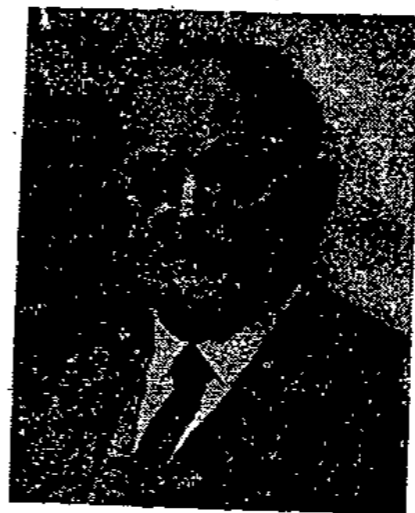
Bei dem Streik der Kaffeeverleserinnen in Hamburg sollte unsere Kollegin Krösch sich sogar des Hausfriedensbruches durch das Streikpostenleben schuldig gemacht haben, obwohl sie nur auf dem Bürgersteig des betroffenen Betriebes stand. Der Unternehmer behauptete, der Bürgersteig gehöre mit zu seinem Grundstück, und diese unwahre Behauptung genügte, um die Kollegin Krösch zu verhaften und unter Anklage zu stellen.

Heute sind die Formen der Wirtschaftskämpfe wesentlich andere geworden. Infolge des besseren Organisationsverhältnisses und der besseren Vorbereitung haben die Streiks und Aussperrungen verhältnismäßig zwar etwas abgenommen; aber sie haben an Schärfe, Umfang und Dauer erheblich zugenommen.

Im Jahre 1929 fanden in unserem Gau 74 Tarif- und Lohnbewegungen statt, woran 53 919 Personen beteiligt waren. Die erzielte Lohnerhöhung betrug insgesamt pro Woche 117 691,61 Mk. oder pro Person und Woche 2,17 Mk. Von fünf der 74 Bewegungen kam es zur Arbeitseinstellung. Streiks in dem Umfange wie der Zementarbeiterstreik im Jahre 1922, der sich über ganz Deutschland erstreckte, und Streiks von der Dauer wie einer, der von unseren Kollegen in der Papierfabrik in Leer 1928 geführt wurde und der 27 Wochen dauerte, waren in unserem Gau in den früheren Jahren nicht zu verzeichnen.

Gau 16, Düsseldorf.

Von Bernhard Heering.



Der Gau 16 ist ein Nachkriegsprodukt. Er ist ein Teil des Gaues 14 und führte anfangs (nach dem Kriege) die Bezeichnung Gau 14 a. Durch die nach dem Kriege erfolgte Besetzung des größten Teiles vom Rheinland wurde der rechtsrheinische Teil des Regierungsbezirks Düsseldorf und mit ihm die westfälischen Bezirke Münster und Arnberg vom Muttergau 14 getrennt. Es war dadurch dem damaligen Gauleiter des Gaues 14, Waldemar Funke (Köln), nicht mehr möglich, die abgetrennten Gebiete zu bearbeiten. Eine Einreiseerlaubnis war in die von Engländern besetzten Gebiete sehr schwer zu

überhaupt nicht zu bekommen. Zur Charakterisierung sei angeführt, daß es der Zahlstelle Düsseldorf nicht einmal möglich war, in den linksrheinischen Teil der Stadt Düsseldorf, Oberkassel und Neuf, zu gelangen. Letzterer war bis dahin ein Bezirk der Zahlstelle Düsseldorf. Es wurde hier also eine Zahlstelle direkt geteilt, und es entstand die Notwendigkeit, Neuf als Zahlstelle selbständig zu machen. Der Hauptvorstand löste die Frage der Bearbeitung des abgetrennten Teiles des Gaues 14 so, daß er ein Provisorium schuf und Kollegen Paul Wahlerf, der bis 1919 Leiter der Zahlstelle Düsseldorf war, mit der Betreuung des abgetrennten Teiles beauftragte.

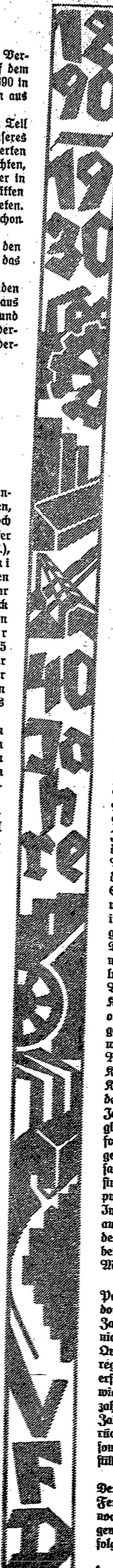
Aber die Anfänge unserer Organisation im Gau und über seine spätere Entwicklung bis zum Jahre 1919 ist im Bericht unter Gau 14 das Notwendige gesagt. Wir können darüber im einzelnen nicht viel berichten, weil alle Akten weder im Gaubüro noch in den Zahlstellen vorhanden sind. Sie sind verlorengegangen, und so werden wir uns auf Einzelheiten beschränken müssen.

Zwei Zahlstellen in unserem jetzigen Gaubereich waren bereits bei der Gründung des Verbandes vertreten, und zwar die Zahlstellen Elberfeld und Hagen. Schon bevor die Verbandsgründung in Hannover beschlossen wurde, bestand in Hagen ein Verein der Schlossschmiede. Diese Kollegen, welche vielfach zerstreut in den einzelnen Betrieben arbeiteten, hatten trotzdem einen recht innigen Zusammenschluß gefunden. Als der Kollege Breer die Nachricht von der Gründung des Zentralverbandes Anfang Juli 1890 in Hannover überbrachte, war für die übrigen Kollegen der Weg gewiesen, der zur großen gewerkschaftlichen Organisation führte. Es wurde dann in einer Versammlung in Hagen im Lokal Bönninger am Markt beschlossen, dem Verbands der Fabrik- und Hilfsarbeiter beizutreten. Die Kollegen aus dem Verein der Schlossschmiede traten später zum großen Teil in den Metallarbeiterverband über, welcher im Jahre 1896 in Hagen eine Zahlstelle gründete. Ein Teil der Kollegen ist jetzt noch Mitglied des Metallarbeiterverbandes. Schwierigkeiten wegen ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit sind den Kollegen fast nicht gemacht worden. Dieses lag wohl zum großen Teil daran, daß in Hagen der liberale Geist etwas mehr Fuß gefaßt hatte als im übrigen Deutschland. Immerhin waren Versammlungsanmeldungen und Überwachung der Versammlungen an der Tagesordnung. Aber wegen ihrer politischen Tätigkeit erwuchsen den Kollegen Nachteile. Die Kollegen bekamen vielfach keine Arbeit mehr und mußten entweder auswandern oder, wenn es ihnen ihre Mittel erlaubten, sich selbständig machen. Daß der gewerkschaftlichen Organisation damals schon ziemlich große Bedeutung beigegeben wurde, beweist die Tatsache, daß nach der Gründung des Verbandes aus ihren Reihen vier Besitzer zum Gewerbegericht ernannt wurden. Es waren dieses die Kollegen Hermann Klug, Ernst Kattbogen, Wilhelm Breer und ein unbekannter Kollege. Vor der Gründung der Zahlstelle Hagen des Metallarbeiterverbandes hatte der Verein der Schlossschmiede 300—400 Mitglieder. In Elberfeld bestand schon in den Jahren 1888 bis 1890 eine „Vereinigung der ungelerneten Arbeiter“ mit 156 Mitgliedern. Diese schlossen sich unserem Verbands an, als dessen Gründung 1890 erfolgte. Die so gegründete Zahlstelle ist in den darauf folgenden Jahren wieder eingegangen und wurde erst 1907 wieder neugegründet. An der Gründungsversammlung nahmen 18 Kollegen teil, welche zum Teil noch heute bei uns Mitglied sind. Unter diesen 18 war auch der Kollege Paul Rasche, der von diesem Zeitpunkt an bis zu seiner Anstellung 1. Bevollmächtigter der Zahlstelle gewesen ist. Im Januar 1912 wurde der Kollege Artur Schuster angestellt, der leider nicht aus dem Kriege zurückkehrte. An seine Stelle wurde 1919 Kollege Rasche gewählt, der diesen Posten bis heute noch bekleidet. Bei Anstellung des Kollegen Schuster betrug die Mitgliederzahl 650, Ende des Krieges 190 und heute 1250. Die höchste Mitgliederzahl hatte die Zahlstelle im Jahre 1922 mit 4000 Kollegen und Kolleginnen.

Die Zahlstelle Emmerich wurde 1908 von dem jetzigen Branchenleiter für die Papierindustrie, Kollegen Gustav Stähler, gegründet. Wer die schwarze Ecke dort unten im Rheinland kennt, wird zugeben, daß es ein Wagnis war, dort eine Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes zu gründen. Die Folgen blieben auch nicht aus. Kollege Stähler mußte sein Interesse für die Organisation mit der Quittierung seiner Arbeitsstelle bezahlen. Er wurde in seinem Betriebe gemäßigt und hat dann Emmerich verlassen. Die Zahlstelle ging fast ein und wurde erst nach dem Kriege von dem Kollegen de Molle, dem jetzigen Geschäftsführer, wieder aufgebaut. Von 1908 bis zum Beginn des Krieges betrug die Mitgliederzahl 20—30 und heute ungefähr 450—500. Ihren Höchststand erreichte die Zahlstelle im Jahre 1922 mit 810 Kollegen und Kolleginnen. Der starke Mitgliederzuwachs ist nicht allein auf die schwierigen Organisationsverhältnisse zurückzuführen, sondern wohl hauptsächlich darauf, daß in Emmerich zwei größere Margarinewerke stillgelegt worden sind.

Düsseldorf, augenblicklich unsere größte Zahlstelle im Gau, wurde 1891 gegründet. Der 1. Bevollmächtigte von damals, Th. Janßen, lebt heute noch, er ist Invalide. Ferner ist als alter Pionier der Kollege Ewald Linkeid zu nennen, der heute noch Mitglied bei uns ist. Dieser Kollege wurde bei der Gründung als Schriftführer gewählt und hat dieses Amt sehr lange innegehabt. Von ihm stammen auch die nachfolgenden Angaben:

Speziell in Düsseldorf hatte man unter Lokalmangel zu leiden. Niemand wollte den Fabrikarbeiterverband aufnehmen, so daß man zeitweise in Lokalen gefagt hat,



Die heute kein Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes mehr betreten würde. Auch mit der Polizei haben die Kollegen immer auf Kriegsfuß gestanden. Letztere hat sich ihrer recht liebevoll angenommen und verschiedene Male versucht, den Vorstand mit Gefängnis zu bestrafen. Der Kollege Janzen ist auch einmal mit drei Tagen Gefängnis wegen Nichtentreichung von Mitgliederlisten bestraft worden. Allerdings haben auch unsere Kollegen mit allerlei Schikanen gearbeitet; sie reichten falsche Mitgliederlisten ein usw. Die Beaufsichtigung durch die Polizei wurde aber so stark, daß man in den Mitgliederversammlungen die einzelnen Kollegen nicht mehr beim Namen rief, sondern bei Wortmeldungen wurden sie mit einer Nummer angerufen. Es bestanden also ähnliche Verhältnisse wie in einem Zuchthaus, wo ja bekanntlich auch alle Gefangenen eine Nummer haben. Für den Kollegen Linkscheid wurde es 1895/96 so schlimm, daß er in Düsseldorf keine Arbeit mehr bekommen konnte. Er wanderte aus und arbeitete einige Jahre in der Eifel. Mit der Lokalfrage wurde es erst besser, als von den Gewerkschaften das alte Kaufhaus auf der Bergerstraße gekauft wurde. 1907 konnte die Zahlstelle Düsseldorf einen Kollegen anstellen. Derselbe hat sich allerdings nicht bewährt. Er hat ein Jahr nachher unter nicht ganz angenehmen Nebenerscheinungen das Feld geräumt. Von 1908 bis 1912 haben abwechselnd nebenamtlich die Kollegen Paul W a h l e r t und Hermann R e u f die Zahlstelle geleitet. 1912 wurde erstgenannter Kollege angestellt und 1913 auch der Kollege Reuf. Nach dem Kriege wurde Wahlert Gauleiter des neu errichteten Gau's und Kollege Reuf ist noch heute Leiter der Zahlstelle Düsseldorf.

Eine ganze Reihe Zahlstellen in unserem Gau sind gegründet worden und wieder eingegangen. In dem Bereich des jetzigen Gau's 16 waren vorhanden:

- 1902 12 Zahlstellen mit 1 467 Mitgliedern,
- 1910—1914 17 Zahlstellen mit 2 767 Mitgliedern,
- Ende 1914 16 Zahlstellen mit 1 592 Mitgliedern,
- Ende 1918 15 Zahlstellen mit 4 677 Mitgliedern,
- Ende 1919 24 Zahlstellen mit 16 087 Mitgliedern.

Die höchste Mitgliederzahl erreichte der jetzige Gau 16 im 3. Quartal 1922 mit 24 227 Kollegen und Kolleginnen, die niedrigste Mitgliederzahl im 3. Quartal 1924 mit 5027 Kollegen und Kolleginnen.

Die höchste Mitgliederzahl nach der Inflation erreichte unser Gau im 2. Quartal 1928 mit 15 292 Kollegen und Kolleginnen.

Die äußeren Erfolge der Organisation traten als Tarifabschlüsse in die Erscheinung, und zwar wurden Tarife abgeschlossen:

- am 3. 2. 1912 für die Margarinefabrik Gebr. Baum, Elberfeld,
- am 9. 12. 1912 für die Papierfabrik Hermes & Co., Düsseldorf,
- am 1. 5. 1913 für die Margarinwerke F. A. Korfstedt, Elberfeld,
- am 1. 5. 1913 für die Fellschmiede S. G. Kaufmann, Mülheim a. d. Ruhr.

Wurde der Gau 16 schon in einer sehr ungünstigen und undurchsichtigen Zeit gegründet, so kamen recht bald noch die Nachkriegsfolgen hinzu. Im Jahre 1921 drohte die Besetzung von Düsseldorf und Duisburg. Die Gewerkschaften nahmen hierzu schon frühzeitig Stellung, und in einer Sitzung des Ortsausschusses des AOB in Düsseldorf am 6. März wurde folgende Entschlieung angenommen:

„Die heute im Volkshaus versammelten Gewerkschaftsvorstände und Kartelldelegierten der freien Gewerkschaften fordern die Arbeiterschaft Düsseldorfs auf, für den Fall der Besetzung unseres Gebietes durch die Ententetruppen folgendes beachten zu wollen:

Der Krieg und die Besetzung sind eine Folge der kapitalistischen und imperialistischen Politik derjenigen Kreise, die geschworene Todfeinde der Arbeiterklasse sind.

Die Arbeiterklasse hat ihre eigenen Interessen und nicht die Interessen der Bourgeoisie zu vertreten. Demzufolge muß die Arbeiterklasse auch unter der Besetzung von Ententetruppen sich ihre Freiheit nach allen Seiten zu wahren wissen. Sie kann den Kampf für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen nicht einstellen, ob nun unser Gebiet besetzt oder unbesetzt ist. Der wirtschaftliche Kampf der Arbeiterklasse kann sich nicht für oder gegen eine nationale Gruppe richten; er gilt der kapitalistischen Ausbeutung, mag sie von deutscher, mag sie von ententekapitalistischer Seite ausgehen. Wir empfehlen, sich mit den bestehenden Machtverhältnissen abzufinden und den Besatzungsbehörden gegenüber als Sozialisten würdig und entschieden aufzutreten. Es muß Ruhe und Ordnung gewahrt bleiben, auch wenn von irgendeiner anderen Seite andere Parolen ausgegeben werden sollten.

Wir lehnen den deutschen Chauvinismus und Nationalsozialismus ebenso energisch ab wie rheinische Sonderbündelei.

Wir haben keine Ursache, den Streit der Imperialisten und Nationalsozialisten aller Länder fortzusetzen, sondern fühlen uns als Deutsche mit dem arbeitenden Volke Deutschlands und der übrigen Länder verbunden.

Den Kampf der freien Gewerkschaften für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen können wir uns von keiner Seite unterbinden lassen, und wir werden diesen Kampf sowohl gegen das nationale und das internationale Kapital wie gegen den Imperialismus mit unverminderter Schärfe weiterführen.

Die Vorstände und Delegierten der freien Gewerkschaften.“

Die Besetzung erfolgte jedoch noch im Laufe des Frühjahr 1921, und in dem Augenblick war auch die Leitung des Gau's 16 wieder von dem größten Teil ihrer Mitglieder abgeschnitten. Es trat die Regie in Kraft, und ein Fahren mit der Eisenbahn war unmöglich. Schlimmer noch wurde es 1923, als die Ruhrbesetzung kam. Die Arbeiterschaft des besetzten Gebietes setzte mit dem passiven Widerstand ein, und die erste Antwort auf die Besetzung war eine allgemeine Protestdemonstration am 15. Januar, die in einer halbständigen Arbeitsruhe im besetzten Gebiete bestand und sich zum größten Teil auch auf das altheftige Gebiet ausdehnte. Am Tage der Besetzung erließen die drei Bundesvorstände des AOB, des Afa-Bundes und des ADB einen öffentlichen Protest gegen den „jeder rechtlichen Grundlage entbehrenden Gewaltakt“. Von der katastrophalen Erschütterung der deutschen Wirtschaft als Folge dieser Gewaltpolitik würde in erster Linie die werktätige Bevölkerung Deutschlands, aber „in weiterer Folge die Arbeiterschaft der ganzen Welt auf das schwerste betroffen werden“. Die Schlusssätze dieses ersten Aufrufes der Gewerkschaften lauten:

„Die französisch-belgische Einmarschnote verpflichtet die deutschen Gewerkschaften unter Androhung scharfer Strafen, allen wie immer gearteten Befehlen der Besatzungsbehörden widerspruchslos Folge zu leisten, sogar sie zu unterstützen.

In den schlimmsten Tagen der Reaktion haben die herrschenden Gewalten an die Gewerkschaften derartig entwürdigende Zimmungen nicht zu stellen gewagt.

Die hier von den Besatzungsmächten aufgestellten Grundsätze widersprechen allen im Völkerbundsvertrag enthaltenen Sicherungen für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und der damit in untrennbarem Zusammenhang stehenden Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer.

Die Gewerkschaften rufen die Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, alles Trennende in ihren Reihen zurückzustellen und den ihnen aufgezwungenen Kampf gegen den unerfülllichen und kriegerischen Imperialismus geschlossen zu führen.

Sie erwarten von der Regierung Maßnahmen, damit die bei der politischen Situation entstehenden wirtschaftlichen Folgen und Opfer nicht von den breiten Massen des Volkes allein oder überwiegend getragen werden müssen. Sie halten es für selbstverständlich, daß die Verlegung des Kohlenindikats nicht zur Aufhebung der gemeinwirtschaftlichen Kohlenbewirtschaftung führt.

Die freien Gewerkschaften Deutschlands rufen die Arbeiter aller Länder auf, ihnen den Kampf gegen die Verweigerung der fundamentalsten Grundrechte der Arbeitnehmer und gegen die Verelendung nicht allein zu überlassen; denn ihr Kampf ist auch der Kampf der Arbeiterklasse der ganzen Welt.

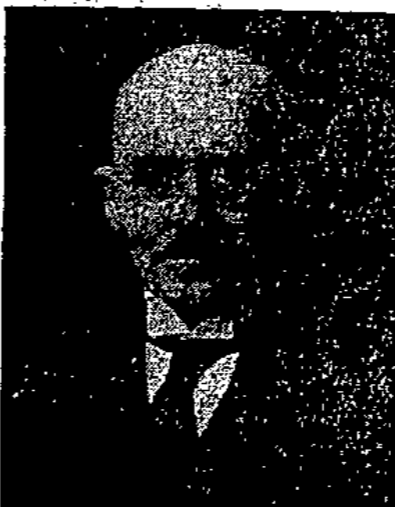
Berlin, den 11. Januar 1923.“

Während der Ruhrbesetzung, als der passive Widerstand einsetzte, lag alles brach. Selbst ein schriftlicher oder telephonischer Verkehr war nicht mehr möglich. Dadurch wurde natürlich die Arbeit im Gau dermaßen behindert, daß an ein Vorkommen der Organisation nicht zu denken war. Im März 1923 wurde auch der „Proletarier“ in dem von Franzosen besetzten Gebiet verboten. Er wurde jedoch auf Umwegen in das besetzte Gebiet gebracht, und zwar über Elberfeld und Berrath. In Berrath bestand eine ganz besonders scharfe Kontrolle. Schreiber dieser Zeilen wurde zweimal mit einem „Proletarier“ in der Aktentasche dort angetroffen. Er wurde festgenommen und sollte nach Düsseldorf zurückschiffen werden. (Es wurde stets ein Transport von ungefähr 50 Personen zusammengepackt, auf ein Raftonk verladen und nach Düsseldorf ins Gefängnis gebracht.) Beide Male gelang es ihm jedoch, mit Hilfe von Bahnbeamten durch Hintertüren wieder fortzukommen.

Mancher Kollege hatte nicht so viel Glück und mußte seine Opferfreudigkeit für den Verband mit einigen Tagen Gefängnis bezahlen. Die Ruhrbesetzung hat der Arbeiterschaft ungeheures gekostet. Die Industrie hat ebenfalls gelitten, doch ist sie ja reichlich dafür entschädigt worden. Die Mark sank immer tiefer, bis sie 1923 überhaupt keinen Wert mehr hatte.

Daß unter solchen Verhältnissen die Organisation stark zu leiden hatte, ist selbstverständlich. Trotzdem die hauptsächlichste Industrie in unserem Gau, die chemische Industrie, sich kolossal entwickelte, hat die Organisation nicht in demselben Maße Schritt gehalten. Das liegt, wie schon angeführt, an den schwierigen Verhältnissen bei uns.

Erwähnt sei noch, daß nach der Verschmelzung mit dem Glas- und Porzellanarbeiterverband der Gau 16 einen ehemaligen Gauleiter des Glasarbeiter-Verbandes, Kollegen Emil Hoffmann, zur Mitarbeit bekommen hat. Der erste Gauleiter in unserem Gau war, wie schon erwähnt, Kollege Paul Wahlert, der jedoch nicht mehr bei uns ist. Dann wurde im September 1919 Schreiber dieser Zeilen in der Gauleitung angestellt, und 1920 kam noch der jetzige Branchenleiter der Grobkeramik, Kollege Max Elsner, hinzu. 1922 wurde Kollege Elsner Branchenleiter und, nachdem Wahlert ausgeschieden war, Schreiber dieser Zeilen geschäftsführender Leiter des Gau's 16.



Die Entwicklung des Fabrikarbeiterverbandes in der Statistik.

Von Gustav Riemann.

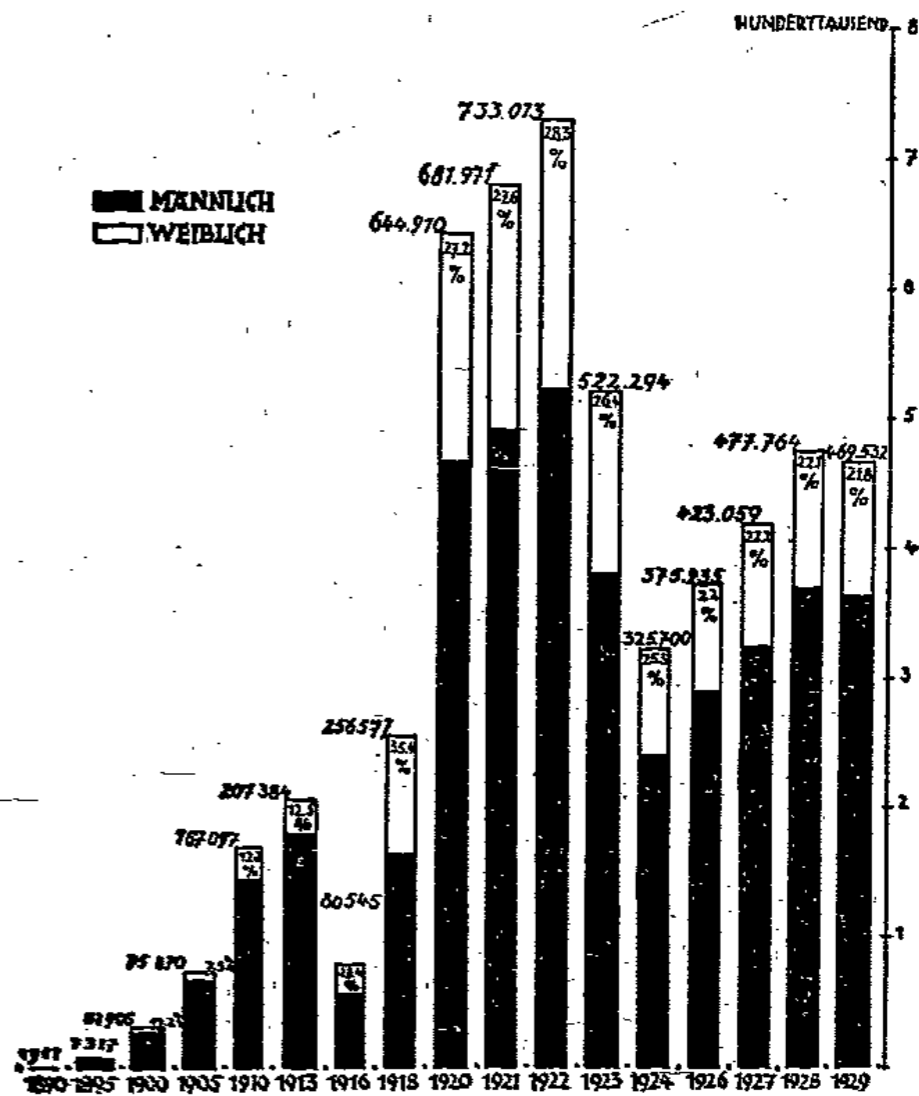
„Die Statistik ist der Schatten der Dinge.“ So kennzeichnet ein berühmter Statistiker den Charakter und gleichzeitig auch die Aufgabe der Statistik. Sie folgt dem Lauf der täglichen unscheinbaren Ereignisse, berichtet darüber in Zahlen einfach, nüchtern, gefühllos ohne Sentimentalitäten. Die Statistik ist der genaueste und nüchternste Berichtserstatter.

Die Gewerkschaften müssen Statistik treiben. Als große Massenorganisationen mit weitverzweigtem Interessengebiet, als Sachwalter der wirtschaftlichen und sozialen Arbeiterinteressen müssen sie sich mit eigener Statistik und auch mit sehr viel fremder Statistik beschäftigen.

Heute wollen wir ganz kurz die 40jährige Entwicklung unseres Verbandes im Lichte der Statistik betrachten. Es gibt keinen besseren Rechenschaftsbericht über den Aufstieg des Verbandes als die leichtverständlichen Zahlenreihen der Mitgliederbewegung seit der Gründung des Verbandes. Wir haben uns in der nachfolgenden Tabelle für die länger zurückliegende Zeit auf einige für die Verbandsentwicklung besonders markante Jahre beschränkt:

Mitgliederbewegung im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands:

Am Schlusse des Jahres	Zahlstellen	Mitglieder			Prozentzahlen der weibl. Mitglieder
		männlich	weiblich	insgesamt	
1890	37	—	—	1 961	—
1895	82	—	—	7 817	—
1900	271	28 333	3 573	31 906	11,9
1905	447	70 108	5 762	75 870	7,5
1910	514	146 581	20 516	167 097	12,2
1913	522	181 353	26 031	207 384	12,5
1916	465	58 469	22 076	80 545	27,4
1918	473	165 680	90 877	256 557	35,4
1920	705	469 414	175 496	644 910	27,2
1921	626	493 289	188 732	681 971	27,6
1922	564	525 504	207 509	733 013	28,3
1923	499	383 963	138 331	522 294	26,4
1924	473	242 622	83 078	325 700	25,5
1926	540	292 982	82 953	375 935	22,0
1927	538	329 057	94 002	423 059	22,2
1928	532	371 792	105 972	477 764	22,1
1929	514	366 968	102 564	469 532	21,8



Der aufmerksame Leser kann von diesen Zahlenreihen die Geschichte des Verbandes ablesen, sein schweres Ringen um die Selbstbehauptung in den ersten Jahren, die langsame Steigerung der Mitgliederzahlen in den ersten Jahrzehnten seines Bestehens, dann im zweiten Jahrzehnt, getragen von einer guten Wirtschaftskonjunktur und dem Wogenanschlag einer sehr lebhaften sozialen und politischen Bewegung, der erfolgreiche Aufstieg. Im Frühjahr 1898 waren die ersten zehntausend Mitglieder erreicht, im Frühjahr 1906 die ersten hunderttausend, im Frühjahr 1912 zweihunderttausend. Dann kam der starke Rückschlag, verursacht durch den Weltkrieg, an dem 115 000 Mitglieder unseres Verbandes teilnahmen und in dem über 10 000 (die genaue Zahl ist nicht festzustellen) den Tod fanden. 1916 hatte die Mitgliedschaft ihren Tiefstand mit 80 545 während des Krieges erreicht. Von da an beginnt wieder der Aufstieg. Nach Kriegsende, unter dem Einfluß der Revolution, kam dann als Ausdruck des großen unerschütterten Vertrauens der Arbeiterschaft zu dem Verbands und zu den Gewerkschaften, der gewaltige Zustrom neuer Mitglieder. Am 1. Oktober 1918 waren es noch 120 000, am Ende des Jahres 1918 schon 256 500 Verbandsmitglieder. Am Ende des Jahres

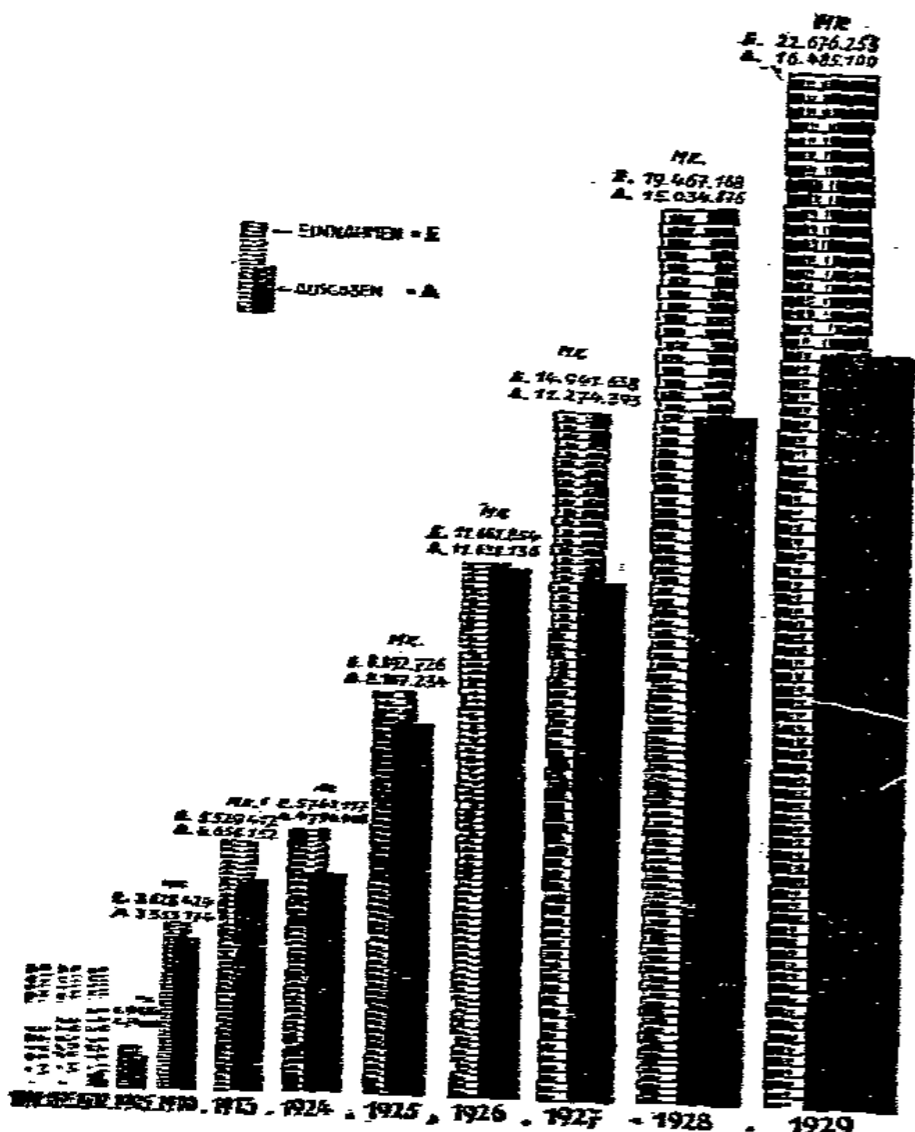
1922 hat der Fabrikarbeiterverband mit 733 018 den Höchststand in der Mitgliederzahl erreicht. Zu schnell war der Aufstieg gekommen, um von Dauer zu sein. Das freibhausmäßige Wachstum machte es unmöglich, erfolgreich gewerkschaftliche Erziehungsarbeit zu leisten, zumal die Verbandsfunktionäre Tag und Nacht arbeiten mußten, um in dem Wettlauf zwischen Geldentwertung und Preisen mit der Lohnentwicklung mitzukommen. Der Rückschlag in der Mitgliederbewegung am Ende der Inflation war sehr stark. Mit der Stabilisierung aber wuchs auch das Vertrauen zum Verbands wieder, und der Mitgliederaufschwung begann. Der Zusammenschluß mit den beiden Verbänden der Glas- und Porzellanarbeiter brachte den an anderer Stelle bereits mitgeteilten Zuwachs. Lebhaftere Werbearbeit, begünstigt von guter Wirtschaftskondition, konnte in den beiden Jahren 1927 und 1928 die Mitgliederzahl um 102 000 erhöhen. Hätte die überaus harte Wirtschaftskrise, die Entlassungen von Hunderttausenden von Arbeitern in den Industrien unseres Verbandes brachte, die Entwicklung nicht gehemmt, dann wäre die volle halbe Million Mitglieder im Jubiläumsjahr erreicht worden.

Große Veränderungen weist der Anteil der weiblichen Mitglieder an der Gesamtmitgliedschaft auf. In den ersten Jahren seines Bestehens gehörten die Arbeiterinnen dem Fabrikarbeiterverband nicht an. Bis 1895 sind die weiblichen Mitglieder in der Mitgliederstatistik des Verbandes nicht getrennt aufgeführt. Trotz der sehr lebhaften Werbearbeit kam der Erfolg in der Vorkriegszeit nur recht langsam. Krieg und Revolution haben auch den Fabrikproletarierinnen die gewerkschaftliche Organisation nähergebracht. Den höchsten Anteil erreichten die weiblichen Mitglieder mit 37 v. H. der Gesamtmitgliedschaft am Ende des Jahres 1917. Die wirtschaftliche Bedeutung der Frauenarbeit während des Krieges steigerte auch das Selbstvertrauen der Arbeiterinnen. Die höchste absolute Zahl weiblicher Mitglieder mit 207 508 und 28,1 v. H. der Gesamtmitgliedschaft wurde Ende 1922 erreicht. Nach dem sehr starken Rückgang am Ende der Inflation ist eine erfreuliche Zunahme der weiblichen Mitglieder eingetreten. Allerdings war auch im Krisenjahr 1929 der Rückgang bei den weiblichen Mitgliedern stärker als bei den männlichen. Der relative Anteil der weiblichen Mitglieder ist seit 1917 fast ununterbrochen gesunken bis auf 21,8 v. H. der Gesamtmitgliedschaft.

Der Aufstieg des Verbandes zur gewerkschaftlichen Großmacht drückt sich auch in der finanziellen Entwicklung, in der Steigerung seiner Einnahmen und Ausgaben und des Vermögensbestandes aus. Von der finanziellen Rüstung des Verbandes hängt ein wesentlicher Anteil des Erfolges bei Lohnbewegungen ab. Die nachfolgende Übersicht zeigt die Höhe der Gesamteinnahmen und -ausgaben und den Anteil der Unterfütungen an den Ausgaben in den markantesten Entwicklungsjahren der Vergangenheit an.

Gesamteinnahmen, Gesamtausgaben und Unterfütungen der Haupt- und Lokalkasse.

Jahr	Einnahmen		Ausgaben		Unterfütungen	In Prozent der Ausgaben
	RM	in %	RM	in %		
1890	2 576		1 810		82	4,5
1895	29 300		22 607		4 847	21,4
1900	239 522		215 701		97 877	45,3
1905	916 230		796 863		504 940	63,3
1910	3 623 424		3 353 174		2 275 811	67,8
1913	5 529 412		4 656 152		2 746 522	58,9
1924	5 741 117		4 790 408		1 971 369	41,1
1925	8 892 726		8 107 234		4 534 337	56,0
1926	11 661 854		11 638 136		4 774 413	41,0
1927	14 941 638		11 274 393		4 738 230	42,0
1928	19 467 163		15 034 876		7 238 208	48,1
1929	22 676 233		16 485 100		7 264 953	44,1



Die ungeheuren Unterschiede einer erfolgreichen 40jährigen Entwicklung liegen zwischen den Jahreseinnahmen und -ausgaben von 1890 und 1929. Damals eine Einnahme von 2 576 RM und eine Ausgabe von 1 810 RM. 1929 betrug die reine Einnahme allein 21 851 734 RM und die Gesamteinnahme der Haupt- und Lokalkasse 22 676 233 RM, der eine Gesamtausgabe von 16 485 100 RM gegenüberstand. Es hat Jahre in der Verbandsgeschichte gegeben, in denen die Ausgaben nicht merklich höher waren als die Einnahmen, so in den Jahren 1901, 1914 und 1916, infolge außerordentlich hoher Ausgaben für Unterfütungen. Verhältnismäßig hohe Ausgaben gegenüber den Einnahmen brachte fast das ganze Jahrzehnt hindurch von 1901 bis 1910. Erst die auf dem Verbandstag in Halle beschlossene Beitragserhöhung schuf hier Wandel. Verhältnismäßig hoch waren auch die Ausgaben im Jahre 1925 infolge der Anwendung großer Mittel für Lohnkämpfe. Nur die Erhebung von Extrabeiträgen vermochte das finanzielle Gleichgewicht wieder herzustellen.

Die Aufsammlung eines größeren Kampffonds ging in der Vorkriegszeit recht langsam vor sich. Als der Krieg ausbrach, betrug das ausgewiesene Verbandsvermögen der Haupt- und Lokalkassen 4 899 260 RM. Die Inflation fraß den Vermögensbestand völlig auf. Mit der Währungsstabilisierung begann eine neue Periode des finanziellen Aufbaus. Den Erfolg beweist die Tatsache, daß laut Vermögensanweis das Verbandsvermögen (Vermögen der Hauptkasse und der Kassenbestände der Lokalkassen) Ende 1929 17 794 864 RM betrug; ein gewaltiger Erfolg gewerkschaftlicher Anparbeit in den letzten sechs Jahren.

Die Steigerung der Beitrags- und Unterfütungsleistungen pro Mitglied und Jahr zeigen folgende Vergleiche an:

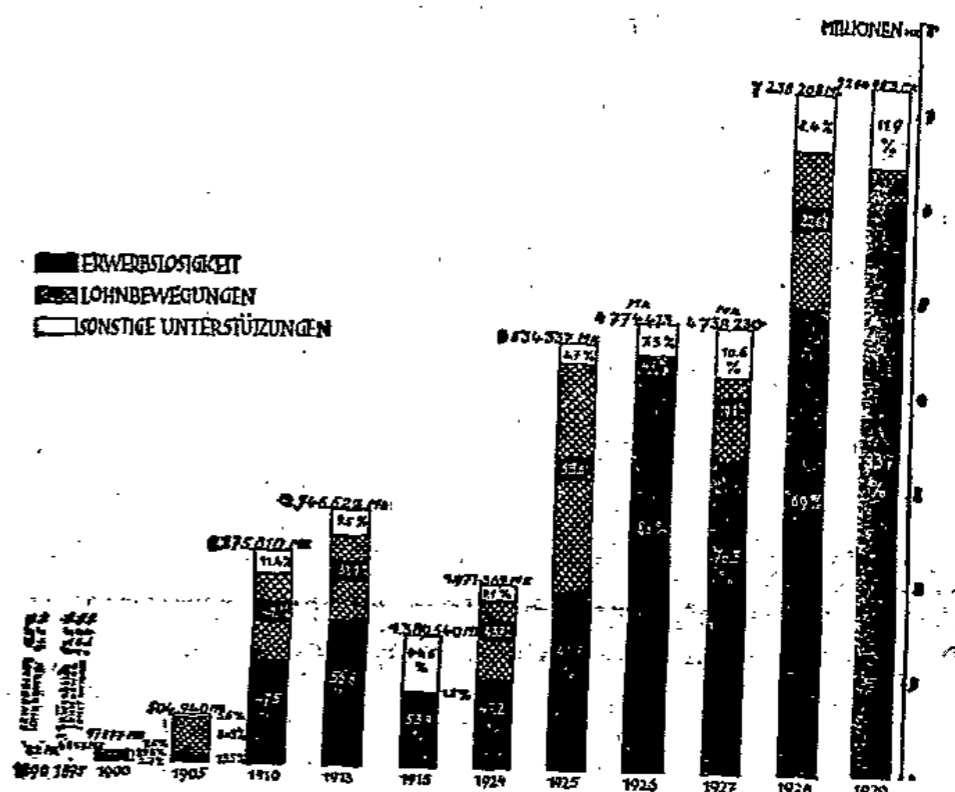
Jahr	Gesamteinnahmen		Gesamtausgaben		Beitragsanteil der Zahlstelle	Unterfütungsausgaben
	RM	in %	RM	in %		
1891	2,54		1,92		—	0,26
1900	7,76		6,99		2,62	3,00
1910	22,80		21,07		3,69	14,30
1913	26,25		22,10		3,63	13,05
1924	14,54		12,14		4,45	5,00
1925	25,96		23,60		8,12	14,93
1929	48,51		34,74		16,25	15,24

In den gewaltigen Steigerungen der finanziellen Leistungen und Gegenleistungen drückt sich die große Erweiterung des Arbeitsgebietes des Verbandes aus. Die besonders große Erhöhung der Einnahmen in den letzten Jahren gehört zu den finanziellen Vorbereitungsmaßnahmen für die am 1. Januar 1930 erfolgte Einführung der Invalidenunterfütung des Verbandes.

Die gewaltige Entwicklung des Unterfütungswesens unseres Verbandes wird in der folgenden Übersicht gezeigt. Aus ihr ist auch der Anteil der einzelnen Unterfütungszweige an den gesamten Aufwendungen für Verbandsunterfütungen ersichtlich:

Von den Gesamtausgaben für Unterfütungen entfielen auf:

Jahr	Erwerbslosen-Unterfütungen		Streik- u. Gemäßigten-Unterfütungen		Sonstige Unterfütungen (Sterbefall-, Umzug-, Notlage-, Rechtsschutz-)	
	RM	in %	RM	in %	RM	in %
1890	7	8,5	75	91,5	—	—
1895	8 031	62,5	1 205	24,8	611	12,7
1900	2 566	2,7	87 924	89,8	7 387	7,5
1905	67 965	13,5	408 402	80,9	27 910	5,6
1910	1 081 678	47,5	934 255	41,1	259 877	11,4
1913	1 558 308	56,8	925 374	33,7	262 840	9,5
1924	928 719	47,2	858 857	43,7	178 344	9,1
1925	1 892 112	41,7	2 426 212	53,6	216 013	4,7
1926	4 205 501	88,0	217 544	4,7	351 390	7,3
1927	3 333 896	70,3	905 199	19,1	499 175	10,6
1928	4 997 738	69,0	1 630 079	22,6	610 391	8,4
1929	6 080 154	83,7	822 267	4,4	862 532	11,9



Es wäre falsch, aus dem Überwiegen der sozialen Unterfütungen in den letzten Jahren und dem Zurückgehen der Unterfütungen für Lohnbewegungen einen Funktionswandel des Verbandes herauszulesen. Schon das Vorhandensein einer starken Organisation erspart viele Lohnkämpfe. Die Unternehmer sind eher geneigt, Zugeständnisse zu machen, wenn sie wissen, daß eine stark gerüstete Organisation ihnen gegenübersteht. Es war möglich, in den letzten Jahren größere Erfolge ohne Kämpfe zu erzielen. Insgesamt hat der Fabrikarbeiterverband und die jetzt mit ihm zusammengeschlossenen Verbände der Glas- und Porzellanarbeiter (unter Ausschaltung der Inflationsjahre) 85 000 000 RM. an Verbandsunterfütungen geleistet, davon allein seit Beendigung der Inflation 35 556 960 RM. Auf diese gewaltigen sozialen Leistungen, geboren aus dem Geiste der gegenseitigen Hilfe, kann der Verband mit Stolz verweisen.



Der Kampf um den Ertrag der Arbeit.

Von Ernst Großmann.

Der in Deutschland zur Entfaltung gekommene Kapitalismus strebte nach Befreiung von allen mittelalterlichen und zünftlerischen Fesseln. Die Befreiung der innerdeutschen, kleinstaatlichen Zollschranken, die Einführung der Gewerbefreiheit und andere gesetzliche Neuerungen machten den Weg frei für die industrielle Entwicklung. Dem neu entstandenen industriellen Proletariat kam die Freizügigkeit und mit der Gewerbeordnung das Koalitionsrecht zugute. Das letztere war nicht frei von Fingeln und lästigen Einschränkungen, aber der größere Mangel bestand darin, daß die neue Schicht der Industriearbeiter erst lernen mußte, von dem Koalitionsrecht Gebrauch zu machen.

Die ersten Ansätze der gewerkschaftlichen Organisationen aus den 60er und 70er Jahren wurden beinahe reiflos durch das Sozialistengesetz zerstört. Erst mit dem Fall dieses Gesetzes im Jahre 1890 beginnt eine neue Ära der gewerkschaftlichen Organisation. Es war kein Zufall, sondern es lag im Zuge der Zeit, daß im Juni 1890 in Hannover durch Zusammenschluß einer Anzahl von lokalen Arbeitervereinen der Grundstein zu unserem heutigen Zentralverband gelegt wurde. Die damaligen Zustände — übermäßig lange Arbeitszeit, niedrige Entlohnung, Mangel an Gesundheitschutz und hygienischen Einrichtungen, schlechte Behandlung und rücksichtslose Ausbeutung der Arbeiter — trieben geradezu zur gewerkschaftlichen Betätigung an. Leider war der Kreis der zum Denken erwachten Arbeiter nur klein. Er erweiterte sich nur langsam und konnte zunächst nur durch öffentliche Kritik auf Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter einwirken. Daß diese Kritik und die Existenz des Verbandes dem Unternehmertum unangenehm waren, äußerte sich in Maßregelungen und Verfolgungen organisierter Arbeiter. Schwarze Listen sollten verhindern, daß der Gemäßigten andere Arbeit fand. Zu diesem Zweck gestellten sich die vereinsgesetzlichen Nadeln, polizeiliche Beaufsichtigung und Bevormundung sowie rücksichtslose Anwendung vorhandener und künstlich konstruierter Strafbestimmungen gegen die Organisation der Arbeiter und ihre Funktionäre.

Druck erzeugt Gegendruck. Dieses Naturgesetz bewies seine Richtigkeit auch hier. Die Pioniere des Verbandes waren bereit, alle Opfer des Kampfes für die Fortentwicklung der Organisation auf sich zu nehmen und für Lösung der gewerkschaftlichen Aufgaben einzustehen. Darin lag die Garantie für den Fortschritt und den Aufstieg. Langsam, aber stetig wuchs die Zahl der Mitglieder, wuchsen die Kräfte der Organisation. Zwar wurde mancher Kampf der Arbeiter um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen abgeblasen, aber auch mancher Sieg erfochten. Selbst die verlorenen Kämpfe legten Zeugnis ab von der wachsenden Solidarität der Arbeiter und steigerten die Achtung vor der Organisation bei späteren Anläufen um Lohn und Brot.

Nach und nach mußte die lange Arbeitszeit verkürzt, die Löhne aufgebessert, Schutzmaßnahmen eingeführt und angewendet werden. Trotz aller Widerstände wurde die diktatorische Festsetzung der Arbeitsbedingungen durch die Unternehmer abgebaut; sie mußte der kollektiven Regelung des Arbeitsvertrages Schritt für Schritt Platz machen. Dieser zähe Kampf um das Mitbestimmungsrecht war innerhalb unseres Agitationsgebietes besonders schwer, weil es sich in der Hauptsache um ungelernete, nicht handwerksmäßig ausgebildete Arbeiter handelte, die leichter zu erschrecken und schwerer zu organisieren waren. In Zeiten niedergehender Konjunktur waren die errungenen Vorteile wieder gefährdet. Ihre Verteidigung erforderte neue Kampf- und Opferbereitschaft. Mancher Kollege, der sich dem Verband angeschlossen und mit Begeisterung für die Ziele und Aufgaben desselben tätig war, ist nach kurzen Anstrengungen müde geworden, weil ihm das Ziel zu fern, der Weg zu beschwerlich erschien. Die gemeinsame Not schaffte immer aufs neue die enge Verbundenheit der unter gleichen Verhältnissen leidenden Proletarier miteinander. Die gemeinsame Arbeit innerhalb der Organisation weckte und pflegte den Geist der Solidarität und half dem Fortschritt die Bahn ebnen. Ohne Begeisterung, ohne Opfermut und Gemeininn kann eine Organisation der Unterdrückten nicht bestehen und vorwärts kommen. Daß diese Eigenschaften bei den Schöpfern und Förderern des Verbandes in reichem Maße vorhanden waren, beweist die Geschichte unseres Verbandes. Der Aufbau desselben mußte unter den härtesten Widerständen, im Kampfe mit den Unternehmern und der Staatsgewalt erfolgen.

40 Jahre zähen gewerkschaftlichen Ringens liegen hinter uns. Die einzelnen Stappen, die zeitlichen und ziffernmäßigen Erfolge sowie der Entwicklungsgang des Verbandes sind aus den Protokollen der Verbandstage, den Jahrbüchern, dem „Proletarier“ und aus vielen anderen Publikationen erkennbar. Hier ist nicht der Ort, statistisches Zahlenwerk niederzuschreiben. Aber eine Gegenüberstellung der Lohn- und Arbeitsbedingungen von einst und jetzt beleuchtet blühartig den Fortschritt. Neben der Erweiterung der Demokratie in Reich, Staaten und Gemeinden ist auch im Wirtschaftsleben der Absolutismus zurückgedrängt und die Demokratie gefördert worden. Die Mitglieder des Verbandes arbeiten, von Ausnahmen abgesehen, unter tarifvertraglichen Bedingungen. Der Achtfundentag bildet die Regel, die Überschreitung der achtfundigen Arbeitszeit die Ausnahme. Die Zeitlöhne sind in den Tarifverträgen festgelegt, die Akkordlohnsätze betrieblich vereinbart. Für Abersstunden und Sonntagsarbeit müssen entsprechende Zuschläge zu dem normalen Lohn gezahlt werden. Die Wahl und die Befugnisse der Betriebsvertretung der Arbeiter sind gesetzlich geregelt.

Als im Jahre 1908 ein Philantrop, Ernst Solvay, in den kontinuierlichen Abteilungen der Deutschen Solvaywerke in Bernburg den Achtfundentag einführt, verursacht diese Neuerung erhebliches Aufsehen. Sie ist mit Recht als ein soziale Tat gepriesen worden. Sechs Jahre später gelangte ein Ferienurlaub bis zu 6 Tagen zur Einführung. Außer dem Lohn wurde für jeden Ferientag ein Zehrgeld von 2 Mark gewährt. Jetzt ist der Ferienurlaub in den Tarifverträgen allgemein festgelegt. Drei bis zwölf Tage im Jahre ohne Lohnverlust ausspannen zu können, ist eine Errungenschaft, die wertvoll genug ist, gegen etwaige Angriffe mit allen Mitteln verteidigt zu werden.

Damit sind die Früchte des gewerkschaftlichen Strebens keineswegs erschöpfend aufgezählt. Die Notlage des Arbeitssuchenden kann nicht zum Lohndruck ausgenutzt werden, wenn die Löhne tarifvertraglich geregelt sind. Wie würde es ohne diesen Schutz aussehen? Auch die Rechtsverhältnisse sind für die Arbeiterschaft günstiger geworden. Der gewerkschaftliche Einfluß auf die allgemeinen sozialen Verhältnisse ist unverkennbar. Diese Erfolge werden auch dadurch nicht verkleinert, daß es noch rückständige Ausnahmen von der Regel gibt.

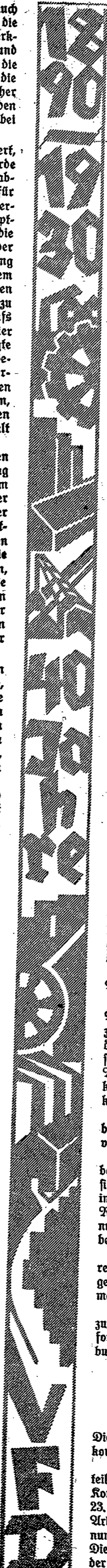
Gewiß, nicht alle Blütenkränze sind gereift, manche überschwengliche Hoffnung mußte begraben, manche Enttäuschung in Kauf genommen werden. Die Erfolge befriedigen nicht reflexlos; sie könnten größer sein, wenn nicht starke Hemmungen hindernd im Wege gewesen wären. Die Zahl der indifferenten, teilnahmslosen und sogar gewerkschaftsfeindlichen Berufs- und Klassenengenossen ist noch immer erheblich. Wirtschaftskrisen und besonders der Weltkrieg sowie die Inflationszeit haben in dem gleichen Sinne hemmend eingewirkt. Und doch erfüllt uns Stolz und Freude, wenn wir auf die Entwicklung der letzten vier Jahrzehnte zurückblicken. Dieser Aufschwung darf aber nur kurz sein. Vor uns liegt die ungewisse Zukunft. Die größte Sorge der Gegenwart ist die ungeheure Arbeitslosigkeit, unser der Tausende und aber Tausende unserer Kolleginnen und Kollegen seiden. Die Lösung dieses Problems, die weitere Demokratisierung der Wirtschaft, der Kampf um den Ertrag der Arbeit und andere Dinge stellen die Gewerkschaften und insbesondere unseren Verband vor neue, größere Aufgaben. Dazu sind neue und größere Kräfte erforderlich. Diese zu gewinnen, neue Kämpfer zu werben und zu schulen, das Errungene zu verteidigen und neue Gebiete des sozialen Lebens zu erobern, ist unser Arbeitsgebiet in den kommenden Jahren.

Die Vergangenheit hat uns gelehrt, daß im wirtschaftlichen Kampfe nicht mit geschwollenen Resolutionen, nicht mit spontanen Kraftanstrengungen, sondern nur in beharrlicher und zäher Arbeit Terrain gewonnen werden kann. Diese in der zurückliegenden Zeit geübte Ausdauer und Beharrlichkeit wird auch unser Leisten bei der zukünftigen Gewerkschaftsarbeit sein müssen. Als Ratgeber stehen die Erfahrungen der Vergangenheit zur Verfügung. Indem wir die Alten ehren und ihre Tätigkeit lobend anerkennen, erwacht der arbeitenden Jugend die Pflicht, das Errungene zu schützen und auszubauen, die begonnene Arbeit fortzusetzen und zu vollenden.

Freie Menschen.

Wer also die Idee des Arbeiterstandes als das herrschende Prinzip der Gesellschaft anruft . . . der stößt nicht einen die Klassen der Gesellschaft spaltenden und trennenden Schrei aus; der stößt vielmehr einen Schrei der Versöhnung aus, einen Schrei, der die ganze Gesellschaft umfaßt, einen Schrei der Ausgleichung für alle Gegensätze in den gesellschaftlichen Kreisen, einen Schrei der Einigung, in den alle einstimmten sollten, welche Bevorrechtung und Unterdrückung des Volkes durch privilegierte Stände nicht wollen, einen Schrei der Liebe, der, seitdem er sich zum ersten Male aus dem Herzen des Volkes emporgerungen, für immer der wahre Schrei des Volkes bleiben und um seines Inhalts willen selbst dann noch ein Schrei der Liebe sein wird, wenn er als Schlachtruf des Volkes erkönt.

Ferdinand Lassalle.



Arbeitsrecht und Rechtsschutz.

Von Karl Schmidt.

Von jeher werden die Volksmassen politisch und wirtschaftlich durch die Regierungsgewalten in Gemeinschaft mit den besitzenden Klassen bedrückt und ausgebeutet. Dieser Zustand ist ermöglicht durch die Machtverhältnisse, die zum größten Teil durch die gebildete Rechtsordnung gestützt werden. Maßgebend für die Rechtsgestaltung in Deutschland war u. a. auch das römische Recht. Dieses überläßt den Herren die Sklaven zur beliebigen Ausnutzung.

Die Kaiserlegende war die Grundlage für die Überleitung des römischen Rechts auf deutsche Verhältnisse. Die Krönung Karls des Großen im Jahre 800 durch den Papst bildete die Fortsetzung des römischen Kaisertums.

Auch die Geistesfreiheit trug durch ihr kanonisches Recht, welches zum Teil auf römischem Recht beruht, zur Einführung dieser fremden Rechtsgrundsätze bei. Prof. Hans Fehr charakterisiert die weitere Entwicklung in seinem Werk: „Recht und Wirklichkeit“ wie folgt:

„. . . Das wirkliche Rechtsleben Deutschlands weist daher vom 16. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts folgendes Bild auf:

Mit der Kraft eines Wasserfalls stürzt sich das römische Recht auf das deutsche. Es biegt das einheimische um oder verdrängt es vollständig. Es schafft ein Mischrecht, ein Bastardrecht, das sogenannte gemeine Recht.

In der römischen Rechtswelt steht der einzelne da wie . . . Gepanzerter. Sein Wille ist Herrenwille. Seine Person ist Rechtsmacht, eine W. . . die ihn selbst und sein Eigentum gegen alle anderen abschließt. Das römische Recht ist eine Insumme von Einzelrechten, von Herrenrechten. Das römische Eigentum ist ein Rechtskörper, der einsam, ohne Verbundenheit, im Wirtschaftsleben steht. Es kennt nur Gegner. Wer es antastet, ist sein Feind. . . . Und heute? Die Römer haben gesiegt!

Prof. Dr. Menger führt in seinem Werk „Das bürgerliche Recht und die beschlossenen Volksklassen“ folgendes aus:

„. . . Es ist natürlich, daß das bürgerliche Recht, welches seit Jahrtausenden bloß von den besitzenden Volksklassen ausgebildet worden ist, auch vollständig im Dienste ihrer Interessen steht. Wenn also ein Gesetzbuch die analoge Rechtsanwendung vorschreibt, so muß das zur notwendigen Folge haben, daß ein großer Teil aller Rechtsstreite zwischen den Besitzenden und Besitzlosen, für welche sich eine ausdrückliche gesetzliche Bestimmung nicht vorfindet, zum Nachteil der letzteren entschieden wird.“

Diese Sätze umreißen kurz die Gründe, weshalb die Arbeiterklasse im besonderen mit den Rechtsverhältnissen, die den Arbeitsvertrag betreffen, nicht auf ihre Rechnung kommt. Das römische Recht und das heutige sind von Juristen erdacht, fabriziert, ausgelegt und ergänzt. Mit Volksempfinden und mit einer Schöpfung aus den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen hat dieses Recht nichts gemein.

Eugen Schiffer, Reichsjustizminister a. D., von dessen geschichtlichen Darstellungen wir leider absehen müssen, faßt diesen Vorgang in seinem Werk „Die deutsche Justiz“ zusammen und kommt zu folgendem Ergebnis:

„. . . Die sichtbare Mauer ist verschwunden, die unsichtbare ist da. Der Geist des römischen Rechts scheidet noch immer Recht und Volk.“

Schiffer fragt bezüglich der Entwicklung in der neueren Zeit: „Aber liegt das nicht alles hinter uns?“ Er verneint dies und sagt, obwohl der Obrigkeitstaat beseitigt und die Demokratie an seine Stelle getreten ist, blieb der alten Behördenapparat und -organismus. „Den Bösen sind sie los, die Bösen sind geblieben.“

Es nützt also nichts, wenn durch Gesetze und Verfassung die persönliche Freiheit des Arbeiters gewährleistet wurde. Die politische und persönliche Freiheit kann nur dann voll zur Auswirkung kommen, wenn auch die wirtschaftliche Abhängigkeit beseitigt und die bestehenden Macht- und Gewaltverhältnisse auch tatsächlich erledigt sind.

Bei der Beurteilung der Rechtsverhältnisse muß unbedingt berücksichtigt werden der Unterschied, der zwischen den Besitzenden und der beschlossenen Volksklasse besteht. Die größte Ungleichheit und damit Ungerechtigkeit ergibt sich daraus, daß Ungleiches gleich behandelt wird. Verschärft wird dieser Zustand auch noch durch die Ungleichheit der Rechtsverfolgung.

Die bürgerlichen Juristen erkennen diese Ungleichheit nicht, weil ihnen dies infolge ihrer Abstammung und ihres Bildungsganges nicht zum Bewußtsein kommt. Aus dieser mangelnden Erkenntnis und dem Privileg, daß bis jetzt nur gebildete und besitzende Volksteile das Vorrecht haben, Juristen zu stellen, erleiden die Besitzlosen einen weiteren Nachteil, der sich schwer auswirkt.

Aus der skizzierten Entwicklung ist zu erkennen, daß das Schuldrecht, die Bestimmungen über Kauf oder Miete, auch die Grundlage des Arbeitsrechts bildet.

Die römischen Rechtsgrundsätze über Schuld und Verpflichtung auf den modernen Arbeitsvertrag angewendet, haben sich noch nicht geändert. Das Sachrecht ist zugeschnitten auf den Schutz des Privateigentums. Es regelt die Rechtsgrundlage des Kaufes. Der Unternehmer als Käufer der „Ware Arbeitskraft“ findet dabei seine rechtliche Befriedigung. Der Arbeiter als Träger der Arbeitskraft ist bei dieser Regelung im Nachteil. Es ergibt sich das schon aus der Tatsache, daß die Arbeitskraft mit dem Menschen untrennbar verbunden ist. Trozdem Sklaverei und Hörigkeit aufgehoben sind, wirkt das Recht über den Arbeitsvertrag in dieser Richtung nach.

Der Arbeiter ist, nicht durch den Arbeitsvertrag allein, einseitig beschränkt und benachteiligt, sondern die persönliche Gebundenheit wirkt auch über das Arbeitsverhältnis hinaus.

Die wirtschaftliche und soziale Machtstellung des Großunternehmertums beherrscht die Arbeiter nach Schluß der Arbeitszeit. Das Unternehmertum koalitiert sich, um damit noch mehr Einfluß auf Staat und Gemeinschaft und die Arbeiterschaft im besonderen auszuüben. Den Arbeitern wird die Selbsthilfe unterbunden. Das Recht der Koalition wird durch den Druck auf die Existenz des Arbeiters nicht nur vom Unternehmertum, sondern auch von der Staatsgewalt als getreue Helferin beschränkt.

Die heldenmütigen Kämpfe der Arbeiter um ihre Grundrechte, um das Koalitionsrecht und um die Koalitionsfreiheit, haben bis zur Schaffung der Reichsverfassung gedauert. Noch sind die Kämpfe nicht beendet, denn nur scheinbar ist ein gleichmäßiger Rechtsboden geschaffen worden.

Um die Schwere der Kämpfe aus der neueren Zeit in die Erinnerung zurückzurufen, sei nur ein Beispiel angeführt: Der Zentralverband deutscher Industrieller forderte 1911 in einer Eingabe an die Regierung, dem § 241 des neuen Strafgesetzbuches folgende Fassung zu geben:

„Wer durch gefährliche Drohung einen anderen in seinem Frieden stört, wird mit Gefängnis oder Haft bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 1000 Mk. bestraft. Einer gefährlichen Drohung im Sinne des ersten Absatzes macht sich auch derjenige schuldig, der es unternimmt, Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Arbeitsstätten, Wege, Straßen, Plätze, Bahnhöfe, Wasserstraßen, Häfen oder sonstige Verkehrsanlagen planmäßig zu überwachen.“

Die Pläne der Industriellen konnte die Regierung trotz weitestgehendem Entgegenkommen infolge des Widerstandes der Arbeiterschaft nicht erfüllen.

Der Krieg und seine Auswirkungen brachten einen Umschwung in der Beurteilung der Arbeiterforderungen. Maßgebend wurde dieser beeinflusst durch eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände der freien Gewerkschaften am 23. November 1917. Neben den allgemeinen Forderungen über Arbeitsrecht, Arbeiterschutz und Fürsorge wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Arbeiter nun endlich vollgültiger Bürger im Staate und in der Gemeinde werden müsse. Die rechtlichen und sozialen Schranken müßten beseitigt werden. Die Organisationen der Arbeiter müßten als Glied in der Wirtschaft und im politischen Leben anerkannt werden.

Eine weitere Förderung war eine neuzeitliche Regelung des Vereinsrechtes und der Koalitionsfreiheit; denn die bisherige bestand nur auf dem Papier. Prof. Dr. Brentano schreibt im Hinblick auf den § 153 GG., der erst durch die Revolution beseitigt wurde: „Das Koalitionsrecht wird gebildet, aber wer davon Gebrauch macht, wird bestraft.“

In der Forderung nach gesetzlicher Regelung der Arbeitsordnung liegt schon das Verlangen nach kollektivem Arbeitsrecht. Als endlich durch die Novelle zur Gewerbeordnung, die seit 1. April 1892 die Einführung der Arbeitsordnung in den Fabriken vorschrieb, in Kraft trat, ergab sich, daß die Unternehmer das alleinige Recht hatten, die Arbeitsordnung einseitig festzulegen. In dieser Beziehung sind seit der Revolution Verbesserungen eingetreten. Die gesetzliche Betriebsvertretung hat bei der Schaffung der Arbeitsordnung mitzuwirken und deren Unterschrift ist für die Gültigkeit der Arbeitsordnung erforderlich. Immerhin bleibt der Wille des Unternehmers ausschlaggebend. Diese Vorherrschaft wird gestärkt durch die gesetzlichen Vorschriften. Die Direktionsgewalt des Unternehmers wird in der neueren Zeit auch durch die sonderbare Rechtsprechung, die das Reichsarbeitsgericht eingeschlagen hat, sehr erweitert.

Lange, jähe Kämpfe sind um das Tarifvertragsgesetz geführt. Erst als die Gewerkschaften so stark waren, um zur Selbsthilfe greifen zu können, entstanden in den verschiedensten Berufsgruppen Tarifverträge.

Der Staatssekretär des Innern — Dr. Delbrück — sprach im Jahre 1911 von einem Siegeszug der Tarifverträge durch fast alle Industrien. Die Bewegung sei ohne gesetzliche Regelung groß geworden. Er halte daher eine gesetzliche Regelung nicht für notwendig.

Die Hemmungen, die der Obrigkeitsstaat hatte, um die Gewerkschaftsorganisationen als wirtschaftliche Vereinigungen anzuerkennen, sind geschwunden. Jetzt sind die Organisationen Träger der Tarifverträge, was zur Folge hatte, daß die Arbeiterschaft bedeutende Vorteile erzielte. Das Wesentliche aber ist, an Stelle des individuellen Rechtes wirkt sich jetzt das kollektive Recht der Arbeiterschaft aus. Doch ist das Ringen auf diesem Gebiete noch lange nicht abgeschlossen. Die Rechts-gestaltung, die wir eingangs beleuchteten, ist immer noch ausschlaggebend.

Die ungeheuren Kämpfe und Streiks und die damit verbundenen Opfer, welche die Arbeiterschaft um die Verkürzung und die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit brachte, seien nur erwähnt. Noch ist das Washingtoner Abkommen über die Arbeitszeit nicht durch alle Länder ratifiziert. Der Achtstundentag ist noch nicht reslos anerkannt und durchgeführt, schon treten wieder Bestrebungen hervor, die eine weitere Arbeitszeitverkürzung verlangen, weil die erschreckenden Zustände, die die Arbeitslosigkeit mit sich bringt, dies als eiserne Notwendigkeit bedingt.

Betriebsräterecht und das damit verbundene Mitbestimmungsrecht und Entlassungsschutz, Stilllegungsverordnung, Schlichtungswesen, Schwerbeschädigtenschutz, Entlassungsschutz der schwangeren Frauen und andere Gesetze kennzeichnen den Fortschritt der gesetzlichen Regelung des Arbeitsvertrages.

Wir haben dargelegt, daß die Art der Gesetzgestaltung schon an und für sich schweres Unrecht für die Besitzlosen bringt. Die Rechtsunkenntnis, die zum Teil auch auf schlechte Schulbildung zurückzuführen ist, erhöht die Ungerechtigkeit und die Ungleichheit vor dem Gesetz. Das Handeln der Arbeiter erfolgt in der Regel nur aus dunklem Rechtsgefühl und unzulänglichem Rechtsempfinden. Ihr ganzes Rechtsleben ist daher dem Zufall preisgegeben.

Um hier einen Ausgleich zu schaffen, sind die Gewerkschaften dazu übergegangen, ihren Mitgliedern Rechtsschutz zu gewähren.

Durch den Rechtsschutz wird nicht nur den Verbandsmitgliedern ihr Rechtsanspruch gewährt, sondern dieser wirkt sich auch verhängend und vorbeugend aus. Der Unternehmer weiß, wenn der Arbeiter seinen Rechtsanspruch geltend macht und er diesen nicht befriedigt, daß dann die Organisation hinter dem Arbeiter steht, die den Prozeß führt und die Kosten übernimmt.

Was würden auch dem Arbeiter die Lohnerhöhung und die sonstigen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und des Tarifrechtes nützen, wenn er nicht in der Lage wäre, mit Hilfe der Organisation einen Druck auf den Unternehmer auszuüben, ihn zur Pflichterfüllung anzuhalten.

Der Rechtsschutz kommt in dieser Weise mit als Vollzugsorgan in Betracht. Er wirkt zumeist für die Arbeiter schon günstig, ohne überhaupt in Funktion zu treten. Diese Einrichtung ist ein sehr wichtiges Kampfmittel für die Organisation und eine große Hilfsquelle für die Mitgliedschaft.

Die Rechtschutzabteilung beim Hauptvorstand prüft die Klageanträge und berät gemeinsam mit den Prozeßvertretern im Reich die Behandlung der Fälle.

Die Unübersichtlichkeit der Rechtszustände, die Unsicherheit in der Rechtsanwendung und -auslegung bedingt, daß die Rechtschutzabteilung in erweiterterem Maße in Anspruch genommen wird. Der Hauptvorstand sah sich deshalb veranlaßt, die Abteilung im Laufe der Jahre zu vergrößern.

Von besonderer Wichtigkeit ist für die Arbeiterschaft nicht nur das geschriebene Gesetz, sondern auch die Rechtsfindung und -auslegung. Daher war die Schaffung von Sondergerichtsbarkeiten eine zwingende Notwendigkeit.

Den ersten Anstoß für die gewerblichen Schiedsgerichte in Deutschland brachte der Einfall Napoleons 1806 in deutsche Gebiete. Die in Frankreich bestehende Einrichtung wurde eingeführt und blieb bestehen, als Napoleon wieder aus dem Lande vertrieben wurde. Als die Revolution von 1848 die geforderte Sondergerichtsbarkeit nicht brachte, sahen sich viele Städte genötigt, für ihren Bereich Schiedsgerichte oder sogenannte königliche Gewerbegerichte einzuführen. Die Forderungen der Arbeitervertreter, daß mit Einführung der Gewerbeordnung von 1869 auch eine Sondergerichtsbarkeit zu schaffen sei, wurden abgelehnt.

Erst im Jahre 1890 wurden für Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohner die Gewerbegerichte obligatorisch eingeführt. 1904 kamen die Kaufmannsgerichte hinzu. Diese Gerichtsbarkeit, die unter vollständiger Anschaltung der Juristen vollzogen werden konnte, schuf in der Rechtsauslegung eine ganz neue Grundlage, denn die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse und Beziehungen der streitenden Parteien fanden weitgehende Beachtung. Die Laienbesitzer machten ihren Einfluß geltend. Dieser wurde erhöht, weil sie planmäßig durch die Organisation in das Wesen des Rechts eingeführt wurden.

Die Gewerbegerichte wurden von den Formaljuristen schwer bekämpft. Im allgemeinen maß festgesetzt werden, daß die Anschaltung gerade die Ursache war, daß dieses Prozeßverfahren schnell arbeitete und ohne erhebliche Kosten.

Die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in ihrer bisherigen Gestaltung entsprachen den neuzeitlichen Verhältnissen nicht mehr, es wurde deshalb ein Ausbau der örtlichen und persönlichen Zuständigkeit angestrebt.

Erhebliche Kämpfe und Meinungsverschiedenheiten traten wegen der Arbeitsgerichtsbarkeit in Erscheinung. Die Justiz und die Unternehmer wollten diese Neuordnung herbeiführen, um die Sondergerichtsbarkeit zu beseitigen.

Auf der 2. Tagung des Verbandsrats am 26. April 1926 führte der Schreiber dieser Zeilen über den Entwurf des Arbeitsgerichtsgesetzes u. a. an:

„Mit Aufgabe der Sondergerichte wird auch die Entwicklung des Arbeitsrechtes gefördert. Die Arbeitsrechtsprechung muß rechtsprechend sein. Dem kollektiven Arbeitsrecht muß die Bahn gebahnt werden. Nur auf diese Weise wird es möglich, die veralteten Rechtsansichten zu beseitigen, daß das Arbeitsrecht dem Sachrecht gleichzustellen ist.“

„Geht man dem Entwurf und den Ausführungen der Juristen auf den Grund, dann erkennt man deutlich, es geht um die Macht. Das Arbeitsrecht und seine Gestaltung mit der Formaljuristen, der Bürokratisierung in die Hand bekommen, um seine schwindende politische und wirtschaftliche Macht wieder zu befestigen. Weltanschauungsfragen sind es. Diese Erkenntnis zwingt uns aus Gründen der Selbstbehauptung auf den notwendigen Weg, diktiert unsere Stellung. Es geht um die Verteidigung und den Ausbau der Sondergerichtsbarkeit des Arbeitsrechtes.“

Die Forderungen waren vergebens. Die Justiz hat gesiegt. Die Arbeitsgerichtsbehörden sind der Justizverwaltung an- und eingegliedert.

Die Entwicklung bedeutet einen großen Rückschritt und bringt eine Hemmung in der Entwicklung und Ausgestaltung des neuzeitlichen Rechtes.

Prof. Dr. Singhelmer, der neben anderen glaubte, durch das Arbeitsgerichtsgesetz eine Befreiung des Richtertums erzielen zu können, beströmte dieses Gesetz. Jetzt, nachdem die unangenehmen Auswirkungen sich zeigen, führte er auf einer Konferenz nach dem „Vorwärts“ vom 26. März 1930 an:

„Trotz aller Fortschritte, insbesondere auch auf dem Gebiete des Arbeitsrechtes, macht sich jedoch ein starker Schatten bemerkbar. Das Arbeitsrecht erfährt zwar keine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen, demgegenüber fühlt man aber sehr deutlich einen fortgesetzten Abbau des Arbeitsrechtes durch die Rechtsprechung, insbesondere die des Reichsarbeitsgerichts.“

Ein Gesetz, durch welches die Juristen den überwiegenden Einfluß auf die Rechtsprechung erlangen, bringt keine Sondergerichtsbarkeit, auch wenn zu dekorativen Zwecken Laienbesitzer fungieren.

Betriebs- und Arbeitsgemeinschaften werden durch die weisen Ratschläge des Reichsarbeitsgerichts konstruiert, von denen das praktische Leben nichts weiß. Damit wird begründet, daß auch die Arbeiter zu dem Risiko des Betriebes mit beitragen müssen. Eine sonderbare Verzichtstheorie auf Tariflohn ist aufgestellt. Der Begriff Treu und Glauben erfährt ein Anwendung und Auslegung, die dazu führt, daß soziale Gesetze aus der Zeit des Obrigkeitsstaates als überholt erklärt werden. Auch der Lohnschutz wird im Interesse des Unternehmertums beschränkt. Das oberste Gericht beeinflusst und beherrscht die unteren Gerichte. Die Vorgänge ergeben ein Ringen um die teilweise verlorenen Positionen der wirtschaftlichen Macht der noch herrschenden Klasse.

Dieser Rückschlag muß wieder ausgeglichen werden. Die Arbeiterschaft muß in ihrer Gesamtheit zu der Erkenntnis kommen, daß die Erweiterung des Rechtes nur durch eine Erhöhung ihrer Macht und ihres Einflusses auf das öffentliche und politische Leben erfolgen kann.

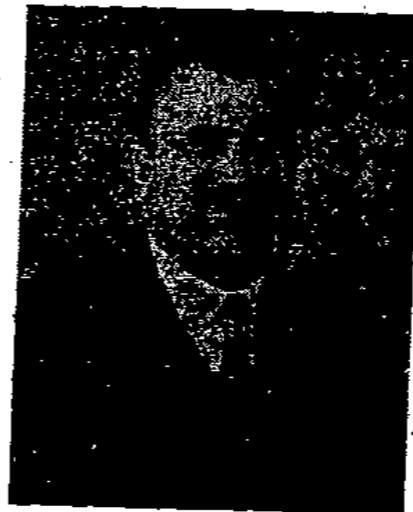
Das neue Recht muß ein Sozialrecht und ein Gemeinschaftsrecht sein. Der Einzelmann muß mehr aus dem Vordergrund des Rechtssystems verschwinden. Das kollektive Arbeitsrecht muß an Stelle des Privatrechts gesetzt werden.

Der Artikel 157 der Reichsverfassung, der bestimmt: „Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Reiches. Das Reich schafft ein einheitliches Arbeitsrecht“, steht vorerst nur auf dem Papier. Diesen Artikel zu verwirklichen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung.

Dieses Ziel kann nicht allein durch den Glauben an die organisatorische Kraft der Organisation und an den Sozialismus erreicht werden, es ist auch notwendig, daß die Masse der Arbeiterschaft selbstbewußt die Rechtsbegriffe erfährt und von Rechtsbewußtsein erfüllt wird.

Die Betriebsräte-Abteilung.

Von Otto Adler.



Dem in Hannover in der Zeit vom 11. bis 17. Juli 1920 abgehaltenen Verbandstag unterbreitete der Hauptvorstand einen Antrag, einen Sekretär für das Betriebsrätewesen anzustellen und ihm folgende Tätigkeit zuzuweisen: Sammeln von Material und Erfahrungen, um daraus belehrend für unsere Kolleginnen und Kollegen zu wirken. Seine Arbeit soll, soweit es möglich, in der „Betriebsräte-Zeitung“ des ADGB niedergelegt werden, dann vielleicht auch im „Proletarier“. Wenn die Notwendigkeit sich ergibt, eine breitere publizistische Basis zu gewinnen, dann ist das eine Frage der Erfahrung und Überlegung. — Dem Antrag wurde zugestimmt. Damit war die Errichtung der Betriebsräteabteilung beschlossen.

Bei der Wahl zum Hauptvorstand wurden die Kollegen Großmann, Köhler und Adler zu Sekretären gewählt. Die Arbeitsverteilung wurde so vorgenommen, daß Ernst Großmann die Tarifabteilung, Karl Köhler das Unterstufungswesen und der Verfasser dieses Artikels die Betriebsräteabteilung übernahm. Am 1. Oktober 1920 wurde die Tätigkeit in der Betriebsräteabteilung aufgenommen. In der damaligen Zeit spielte die selbständige Betriebsrätebewegung noch eine große Rolle. Von politisch linksstehenden Personen wurde eine selbständige Betriebsrätezentrale aufgezo-gen, die ihre Aufgabe darin erblickte, die Betriebsräte, losgelöst von den Gewerkschaften, zusammenzufassen. Daß solche Pläne die Betriebsrätebewegung nicht fördern konnten, war für jeden einsichtigen Gewerkschaftler klar, denn das Betriebsrätegesetz weiß den Mitgliedern der Betriebsvertretungen so viele gewerkschaftliche Aufgaben zu, daß die Betriebsräte nur als gewerkschaftliche Funktionäre ihre Aufgabe erfüllen können. Schon der Nürnberger Gewerkschaftskongreß im Jahre 1919 brachte zum Ausdruck, daß die Betriebsräte nur als gewerkschaftliche Funktionäre ihre Aufgabe erfüllen können. Im Oktober 1920 fand der erste Kongreß der Betriebsräte Deutschlands in Berlin statt, der die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte im Rahmen der Gewerkschaften beschloß.

Der Gewerkschaftskongreß in Leipzig im Jahre 1922 unterstrich, daß die Betriebsräte gewerkschaftliche Funktionäre sind, und stellte für die Neuwahlen der Betriebsvertretungen Richtlinien auf, wonach bei der Auswahl der Kandidaten nicht die politische Richtung maßgebend sein darf, sondern es müssen berufliche Tüchtigkeit, geistige Strebsamkeit und gewerkschaftliche Erfahrung entscheiden. Unser Verbandstag in Leipzig im Jahre 1925 bekräftigte diese Richtlinien über die Neuwahlen und machte es allen Verbandskörperschaften zur Pflicht, die Neuwahlen nach den Beschlüssen des Leipziger Gewerkschaftskongresses durchzuführen.

Mit diesen Beschlüssen war die Tätigkeit der Betriebsräteabteilung vorgezeichnet. Sie ist stets bestrebt gewesen, im Sinne dieser Beschlüsse zu wirken und vor allem aber darauf zu achten, daß bei der Wahl zu den Betriebsvertretungen in den für uns zuständigen Betrieben auch unsere Organisation mehr zur Geltung kommt. Im Anfang des Bestehens des VABG waren unsere Mitglieder sehr bescheiden. In den Betriebsräten waren zum größten Teil die Handwerker ausschlaggebend, und sehr oft war der Vorsitzende des Betriebsrats nicht Mitglied unserer Organisation. Mit diesem Umstand ist im Laufe der Jahre aufgeräumt worden. Nach dem Ergebnis unserer Erhebung über die Betriebsrätewahlen im Jahre 1929 waren 26 556 Mitglieder der Betriebsvertretungen in den für uns zuständigen Betrieben vorhanden. Dem Verbands gehörten an 20 900, anderen freien Gewerkschaften 1924, christlichen Gewerkschaften 1036, Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften 65, Unionisten und Syndikalisten 8, nationalen und wirtschaftsfriedlichen Vereinigungen 143, Aflabund 731, gegnerischen Angestelltenverbänden 670, und unorganisiert waren 1079 Mitglieder der Betriebsvertretungen. Unter den letzteren befinden sich auch die Mitglieder der sogenannten Gewerkschaftsopposition, also die kommunistischen Betriebsräte. Im Jahre 1929 wurden in 17 Betrieben sogenannte Oppositionslisten aufgestellt. Bei der Wahl erhielten wir in diesen 17 Betrieben insgesamt 88 Betriebsratsmitglieder, während die Opposition 70 erhielt. Für das Jahr 1930 liegt ein Gesamtergebnis noch nicht vor. Da aber die Zentrale der KPD, aufgefordert hat, überall sogenannte Oppositionslisten aufzustellen, wird sich wahrscheinlich die Gesamtzahl der unorganisierten Betriebsratsmitglieder etwas erhöhen. Das spielt aber gar keine Rolle im Verhältnis zu der Zahl der in den freien Gewerkschaften organisierten, denn im Jahre 1929 gehörten von den 26 556 Mitgliedern der Betriebsvertretungen 22 824 den freien Gewerkschaften an. Von den Vorsitzenden der Betriebsräte gehörten unserem Verband 4696 und anderen Verbänden 487 an. Es ist uns also gelungen, unsere Organisation auch in den Betriebsvertretungen überall zur Geltung zu bringen. Erfreulicherweise kann festgestellt werden, daß sich bei den Wahlen zu der Betriebsvertretung die gewerkschaftliche Richtung mehr und mehr durchgesetzt hat. Das kommt nicht allein bei den Wahlen zum Ausdruck, sondern die Mitglieder der Betriebsvertretungen sind auch bei Ausübung ihrer Tätigkeit bestrebt, im engen Einvernehmen mit den Zahlstellenleitungen, den Bauleitungen und dem Hauptvorstand

zu arbeiten. Sehr viel dazu beigetragen haben die seit Februar 1925 begonnenen Schulungskurse für Betriebsräte und Funktionäre unseres Verbandes.

Der Belehrung und Aufklärung der Betriebsräte dient auch unser „Betriebsrat“, die monatliche Zeitschrift, die im Januar 1922 zum ersten Male herausgegeben wurde.

Im April 1923 wurde zum erstenmal unser „Handbuch für Betriebsvertretungen und Betriebsvertrauensleute“ herausgegeben, das ebenfalls der Belehrung und Aufklärung der Mitglieder der Betriebsvertretungen dient.

Neben der Beeinflussung der Wahlen zu den Betriebsvertretungen im gewerkschaftlichen Sinne ist die Wahl von Betriebsräten in die Aufsichtsräte von großer Bedeutung.

Mit bearbeitet wird in der Betriebsräteabteilung die Gemafregelnunterstützung, weil es in der Hauptsache Betriebsräte und Funktionäre des Verbandes sind, die wegen ihrer Tätigkeit von dem Unternehmertum brotlos gemacht werden.

Die Betriebsräteabteilung war die ganzen Jahre mit einem Sekretär und einer Schreibhilfe besetzt. Die Häufung der Arbeiten, insbesondere die Lehrfähigkeit an der Verbandschule in Wennigsen, die 13 bis 14 volle Wochen im Jahre in Anspruch nimmt, machte die Anstellung einer männlichen Hilfskraft erforderlich.

In dem 10jährigen Bestehen der Betriebsräteabteilung hat sich gezeigt, daß diese Einrichtung notwendig war, und sich für den Verband günstig ausgewirkt hat.

Die Entwicklungstendenzen in der chemischen Industrie.

Von Gustav Haupt.

Die chemische Industrie besteht in Deutschland in ihren wichtigsten Branchen erst seit Mitte des vorigen Jahrhunderts. Langsam tastend setzte Ende der sechziger Jahre ein merkbarer Aufschwung ein, der bis in die heutige Zeit ununterbrochen angehalten hat und zeitweise stürmische Formen annahm, die durch besondere wissenschaftliche Fortschritte und dadurch bedingte Erfindungen gekennzeichnet sind.

Neben liegen die nicht minder wichtigen Erfindungen auf dem Gebiete der Zelluloseindustrie, denen wir das Zelluloid und andere plastische Massen, das in seinen Verwendungsmöglichkeiten noch längst nicht erschöpfte Cellophan wie auch die Kunstseide verdanken.

Trotzdem stand die Wiege der modernen chemischen Industrie nicht in Deutschland. England und Frankreich schufen früher chemische Fabriken. Die Entwicklung nahm aber in Deutschland ein schnelleres Tempo an, weil hier schon frühzeitig eine glückliche Verbindung zwischen Wissenschaft und chemischer Technik zustande kam und die deutschen Unternehmer systematisch auf eine Zusammenfassung der gesamten chemischen Industrie hinarbeiteten.

Die chemische Industrie war bei ihrer Massenherstellung von Farbstoffen und Medikamenten von Anbeginn an auf einen großen Abnehmerkreis eingestellt, war also Exportindustrie. Nur durch einen bestimmten Hochstand der chemischen Wissenschaft und schnellste Umsetzung wissenschaftlicher Erfindungen in die Großtechnik konnte sie sich den vollen Erfolg jahrelanger Versuchsarbeiten sichern.

Dieser Wirtschaftsverein hat auf die Entwicklung der chemischen Industrie, auf die Sozialpolitik, die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der chemischen Industrie und andere die Arbeiter berührende Fragen einen so starken Einfluß ausgeübt und dient diesen Zwecken noch heute, daß es sich lohnt, seine Tätigkeit unter die Lupe zu nehmen.

In der Festschrift zum 50jährigen Bestehen des Vereins, verfaßt von „Dr. C. Ungewitter“, heißt es u. a., daß die Entstehung der chemischen Großindustrie die Voraussetzung für die Bildung des Wirtschaftsverbandes gewesen ist, weil die den territorialen Bedarf übersteigende Produktion zu einer Verbrüderung mit den Interessensphären anderer heimischer und ausländischer Wirtschaftszweige führte.

Ungewitter zitiert dann aus „Der deutschen Wirtschaftsgeschichte 1815 bis 1914“ von Satorius von Waltershausen über die Zustände von Mitte bis Ende der siebziger Jahre und übernimmt kritisch die Angabe, daß die solide Arbeitskraft der Unternehmer durch die hohen und schwankenden Löhne bei den Arbeitern herabgesetzt war, um eine Seite später zu berichten, daß im Jahre 1878 der Arbeitslohn für einen



Arbeiter der Berliner Chemischen Industrie bei wesentlich längerer Arbeitszeit und teilweiser Sonntagsarbeit 10 bis 12 Mk. die Woche betrug.

Selbst unter Berücksichtigung der höheren Kaufkraft der Mark zu damaliger Zeit muß dieser Lohn für Berliner Verhältnisse geradezu als jämmerlich bezeichnet werden.

Einen weiteren Anlaß zur Gründung des Wirtschaftsverbandes bildete in den siebziger Jahren die neu geschaffene Verfassung des Deutschen Reiches mit der dadurch bedingten weitgehenden Umgestaltung der Gesetzgebung auf politischem, wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet.

Letzten Anstoß zur Gründung des Vereins gab die Weltausstellung in Philadelphia im Jahre 1876, an der auch die deutsche chemische Industrie beteiligt war. Der Vertreter der deutschen Reichsregierung, Geheimrat Reuleaux, fällt damals über die deutsche Abteilung der Ausstellung das vernichtende Urteil „billig und schlecht“.

Table listing various chemical companies and their capital in millions of Mark. Includes entries like 'Badische Anilin- und Sodafabrik' (16.5 million Mark) and 'Vereinigte Chemische Fabriken Aktiengesellschaft' (9 million Mark).

mit insgesamt 38,64 Millionen Mark beteiligt. Dieses für damalige Zeiten bedeutende Kapital erscheint uns heute gering, wo der Farbentruß allein über 1100 Millionen Mark Aktienkapital verfügt.

Einige Vergleichsmöglichkeiten zwischen der damaligen und der heutigen Zeit bieten aber die Ergebnisse der Berufszählungen. Nach der Berufszählung von 1907 hatte die chemische Industrie folgende Struktur:

Table showing the structure of the chemical industry in 1882, 1895, and 1907, categorized by small, medium, and large enterprises with their respective percentages.

Die Großbetriebe haben sich also seit 25 Jahren an Zahl verdoppelt, die Mittelbetriebe um die Hälfte vermehrt, und die Kleinbetriebe sind zusammenschmolzen.

Die Berufszählung von 1925 umfaßt für die chemische Industrie Betriebe, die bei früheren Zählungen anderen Gewerbegruppen zugeteilt waren, wodurch der Vergleich erschwert wird, aber dieselbe Entwicklung deutlich erkennen läßt, wie folgende Zahlen beweisen:

Table showing the structure of the chemical industry in 1925, categorized by small, medium, and large enterprises with their respective percentages.

Überschauf man die Zahl der Gewerbetätigen in der chemischen Industrie überhaupt, so tritt diese Entwicklung noch deutlicher zutage. Sie betrug im

Table showing the number of employees in the chemical industry in 1882, 1895, 1907, and 1925, categorized by small, medium, and large enterprises.

Klein- und Mittelbetriebe verloren danach von Jahrzehnt zu Jahrzehnt immer größere Sätze ihres Personalanteils an die Großbetriebe, die jetzt beinahe vier Fünftel aller Menschenkraft beschäftigen, die in der chemischen Industrie tätig ist.

Neben dieser Entwicklung zum Großbetrieb hat die chemische Industrie eine Strukturwandlung durchgemacht, die noch nicht zum Abschluß gekommen ist. Die anorganische Chemie befaßte sich mit der Herstellung von Säuren, Salzen und Alkalien.

Mit Einführung der Leerfarbenindustrie war der Übergang zur organischen Industrie vollzogen, der es ermöglichte, die fossilen Kohlen in ihre Urbestandteile zu zerlegen und diese auf Gebrauchsgegenstände zu verarbeiten, die bisher nur die Natur lieferte, oder die man bislang überhaupt nicht kannte.

Das Ziel der organischen Chemie war, die in der Kohle vorhandenen Stoffe nicht zu verbrennen, sondern der Wirtschaft nutzbar zu machen. Bei dieser Arbeit entstanden aber ungezählte Zwischenprodukte, die auf ihre Eigenschaften untersucht und für weitere Verwendungszwecke erforscht werden mußten.

Dazu kam die Verarbeitung des Luftstickstoffs zu Salpetersäure und Düngemitteln und in neuerer Zeit die direkte Herstellung von Benzin aus Kohle, wobei auch der Grundstoff für künstlichen Kautschuk in beliebiger Menge gewonnen wird.

Die Lackiererei wurde durch das Spritzverfahren mit Nitro-Zelluloselacken auf eine neue Grundlage gestellt. Die dazu benötigten Lacke, Farben und Lösungsmittel werden in der chemischen Großindustrie hergestellt, so daß die Lack- und Farbenindustrie vollständig in Abhängigkeit der Großindustrie gekommen ist.

Es kam schon frühzeitig zu einer Produktionsregelung zwischen den größten Leerfabriken Deutschlands. Nach dem Kriege wurde die Interessengemeinschaft der Farbenindustrie gegründet, die alle Leerfarbenfabriken umfaßte und im Jahre 1925 zum Farbentruß der „I.-G. Farbenindustrie AG.“ führte.

reflos beherrscht. Nitrozellulose, Ausgangsmaterial für Zelluloid, Sprengstoff, Film und Zelluloseelacke, wird ausschließlich in ihren Betrieben hergestellt. Auch in Film führt die I. G. Auf dem Kunstseidengebiet ist der Trust neben der Glanzstoff AG. ausschlaggebend. Die Zelluloidindustrie wird von ihm vollständig beherrscht. Auch die gesamte Photochemie steht unter seinem Einfluß.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie hat die Grundlagen für diesen Aufschwung der I.-G. Farbenindustrie AG. in erster Linie geschaffen, indem er auf Regierungen und Behörden einwirkte, um die Widerstände zu beseitigen, die der Einführung neuer Chemleprodukte entgegenstanden, den Weg zu günstigen Zoll- und Handelsverträgen mit dem Ausland anbahnte und sich bemühte, die Behörden durch direkte Mitgliedschaft im Verein den Interessen der chemischen Industrie dienlich zu machen. Das wird in der bereits erwähnten Festschrift klar ausgesprochen und weiter erklärt, daß der Verein unter den freien wirtschaftlichen Verbänden Deutschlands einen hervorragenden Platz einnimmt, daß seine Stimme von schwerwiegender Bedeutung sei und daß Reichs- und Staatsbehörden sich daran gewöhnt haben, in allen wichtigen, die chemische Industrie berührenden Fragen auf die gutachtlichen Äußerungen des Vereins zurückzugreifen.

Daneben hat der Verein auf das Patentwesen und auf die Gestaltung des Reichspatentgesetzes einen Einfluß gewonnen, wie er im Interesse der chemischen Industrie lag. Der Farbertrust legt Zeugnis von dieser erfolgreichen Arbeit ab.

In Zukunft werden neben dem Trust nur noch Splittbetriebe zu finden sein, die produktionsstechnisch bedeutungslos sind. In den Trustbetrieben werden heute schon rund 80 000 Menschen beschäftigt. Unter Berücksichtigung der Tochterbetriebe erhöht sich die Zahl der Beschäftigten auf mindestens 115 000.

Trotz dieser glänzenden Entwicklung sind die Arbeiterverhältnisse in der chemischen Industrie nicht befriedigend. Auch ist die Arbeit häufig mit Unannehmlichkeiten und Gefahren verbunden, so daß neben einem alten seßhaften Arbeiterstamm der Arbeiterwechsel in allen Betrieben trotz scharfer Wirtschaftskrise sehr stark ist. Die I.-G. Farbenindustrie gibt z. B. an, daß seit 1925 75 000 bis 80 000 Arbeiter aus ihren Betrieben ausgeschieden sind. Das heißt, die gesamte Arbeiterschaft hat sich in fünf Jahren erneuert. Die I.-G.-Betriebe sind aber die technisch fortgeschrittensten. In weniger modernen Betrieben der Säuren, Alkalien und Mineralfarben muß deshalb ein noch größerer Arbeiterwechsel angenommen werden.

Die chemische Industrie nimmt auf die Arbeiter auch in anderer Beziehung keine Rücksicht. Trotzdem diese Industrie von Krisen gänzlich verschont geblieben ist, werden konjunkturnmäßige Schwankungen, die an Jahreszeiten gebunden sind, durch Arbeiterentlassungen und Kurzarbeit reflos ausgeglichen. Die Folgen der Rationalisierung werden ebenfalls den Arbeitern aufgebürdet. Die I.-G. hat infolge der Rationalisierung in den letzten zwölf Monaten über 17 000 Arbeiter entlassen, und die übrigen Betriebe entließen aus denselben Gründen 5000 bis 6000 Arbeiter. Die vollbeschäftigte chemische Industrie setzte also 22 000 bis 23 000 Arbeiter aufs Straßenpflaster, bei einer Gesamtzahl der Beschäftigten von 398 000 im Jahre 1928, wovon etwa ein Viertel als Angestellte und Beamte in Betracht kommen, die wirkliche Arbeiterzahl also höchstens 300 000 betragen hat. Wegen einer Verkürzung der Arbeitszeit, die in der chemischen Industrie verhältnismäßig leicht durchführbar und auch tragbar ist, kränkt sie sich noch.

Dieser Geist ist erzeugt aus der Einstellung des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands, der alle Schwierigkeiten, die der Entwicklung der Industrie im Wege standen, hinwegzuräumen hatte. Als ein rheinischer Ortsverein im Jahre 1898 in der Frage der Invaliditäts- und Altersversicherung öffentlich eine abweichende Meinung von der des Vorstandes einnahm und im Jahre 1902 „ähnliche Differenzen“ hervortraten, wurde dem Ortsverein kurzerhand unterlag, zu solchen Fragen Stellung zu nehmen, sie mußten sich auf die Pflege persönlicher Beziehungen beschränken.

Der Verein beschäftigte sich von Anbeginn an mit allen Fragen, die die chemische Industrie berühren. Bei Gründung der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie lag die Leitung der Berufsgenossenschaft in Händen des Geschäftsführers des Vereins. Bis auf den heutigen Tag besteht zum großen Teil Personalunion zwischen den leitenden Personen des Vereins und der Berufsgenossenschaft. Aus der Berufsgenossenschaft wuchs im Jahre 1919 der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie hervor. Der Direktor der Berufsgenossenschaft, Dr. Brauer, war der Vater und Organisator des Arbeitgeberverbandes. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes von 1919 bis 1923, Kommerzienrat Dr. Frank, war zugleich geschäftsführender Vorsitzender des Vereins zur Wahrung usw. So ist es auch geblieben. Geschäftsführender Vorsitzender des Vereins und Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes sind in der Person des Herrn Dr. Pietrowski vereinigt.

Die Zielsetzung des Vereins, die Zusammenfassung aller Kräfte zur Erreichung dieses Zieles, die bewußte Indienststellung der Behörden für diese Zwecke, die Personalunion zwischen Verein und Arbeitgeberverband und die enge Verwaltungs-Verbindung zwischen Verein und Berufsgenossenschaft haben glänzende Erfolge gezeitigt. Die chemische Industrie ist in wenigen Jahrzehnten zum ebenbürtigen Partner der älteren Industrien geworden und steht im Begriff, die Vorherrschaft an sich zu reißen, indem sie unentbehrlicher Lieferant für Roh- und Hilfsstoffe der übrigen Industrien geworden ist. Dabei hat sie eine bisher nicht gekannte Konzentration der gesamten chemischen Industrie durchgeführt und wird infolge geschickter Produktionsaktik von Krisen nicht erschüttert. Nur die Arbeiter sind bei diesen Maßnahmen nicht zu ihrem Recht gekommen. Es bedarf noch zäher Organisationsarbeit der Chemiearbeiter, um gerechten Anteil an diesen Erfolgen zu erlangen.



Industrieller und gewerkschaftlicher Aufstieg in der Papierindustrie.

Von G. Stähler (Hannover).

Von der Handpapierherstellung bis zur chemisch-technischen Fabrikation und zur wissenschaftlichen Betriebsführung ist ein jahrtausendelanger Weg. Ägypten gilt als das Mutterland der Papierherstellung. Die Hier des Nils und die angrenzenden Sümpfe boten in der wildwachsenden Papyrusstaude den ersten Rohstoff zur Papierfabrikation.

Der Papyrus.

Die Papyrusstaude (*Cyperus papyrus L.*) diente den Ägyptern ursprünglich als Nahrung. Rinde und Halme der Pflanze wurden zur Herstellung von Segeln, Matten, Teppichen, Seilen und anderen Gebrauchsgegenständen verwendet; das Mark der Pflanze aber wurde zur Papierherstellung verwendet. Das Mark der Papyrusstaude wurde in dünne Streifen zerhackt, geflechtartig senkrecht und waagrecht mit Hilfe von Klebstoffen zusammengeklebt, mit Hämmern bearbeitet und mit Nadeln, Tierzähnen und anderen Gegenständen geglättet. Die so gewonnenen Papierbögen erreichten eine Länge bis zu 55 Zentimeter und eine Breite bis zu 39 Zentimeter. Ort und Wachstum der Papyrusstaude waren ausschlaggebend für die Qualität des Papiers. Nach Franz Woenig: „Kilder aus der Kulturgeschichte des alten Ägyptens“, wurde das erste Papier aus der Papyrusstaude in Ägypten 3300 Jahre vor Christi hergestellt. Im Grade des Pflanzens in Saqqara (5. Dynastie, 3500—3300 v. Chr.) wurde eine Verbesserung der Papyrusherstellung gefunden, die darauf hinweist, daß zur damaligen Zeit die Papierherstellung aus der Papyrusstaude schon bekannt war. Die Erntearbeiter, die ihre Fähigkeit teils am und teils im Wasser anzubauen, waren nackt oder mit einer leichten Schürze bekleidet. Zwei Arbeiter sind nach dieser Darstellung mit dem Ausziehen der Stauden beschäftigt, zwei weitere Arbeiter schürzen die ausgezogenen Papyrusstauden zu Bündeln und mehrere andere Arbeiter tragen diese Bündel zur Papiermühlwerkstätte. Bereits im 20. Jahre nach Christi wurden Anbau und Verwendung der Papyrusstaude nach den damaligen Begriffen rationell betrieben. Eine



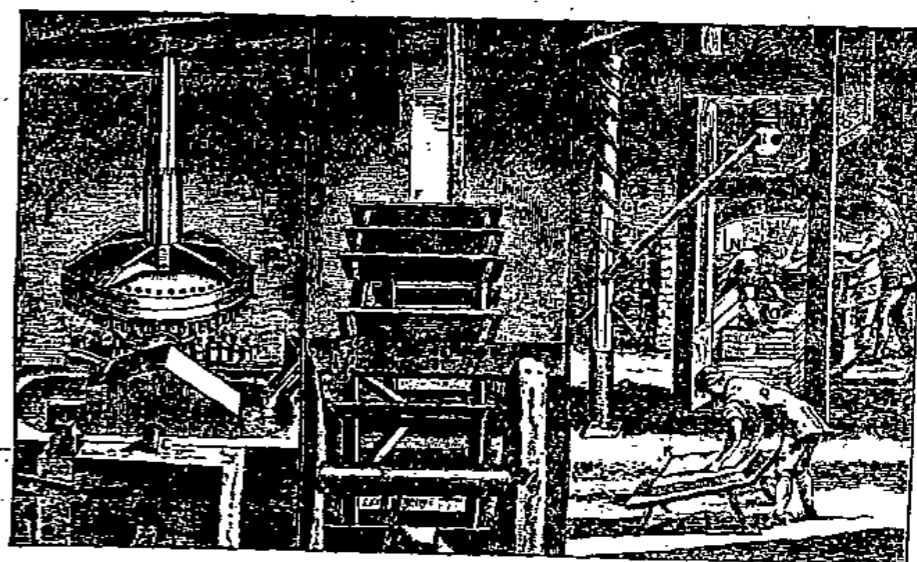
Alter Schöpfeselle.

Nach dem in Wien befindlichen Handschriftenfund „Papyrus Rainer“ befand sich bereits im Jahre 794 n. Chr. in Bagdad eine Reichspapierfabrik, und aus dem 9. Jahrhundert n. Chr. sind in dieser Rainer-Sammlung allein 27 Papierdrucke religiösen Inhalts vorhanden. Ein Zeichen dafür, daß damals auch die Buchdruckerkunst in Asien nicht unbekannt war.

Die Herstellung des Papiers aus der Papyrusstaude wurde abgelöst durch die Erzeugung von Lumpenpapier.

Das Lumpenpapier.

Die Erfindung der Papierherstellung aus Lumpen und anderen Faserstoffen dürfte ihren Ursprung in China haben. Genau konnte bis heute nicht ermittelt werden, zu welchem Zeitpunkt diese Papiersorten zuerst hergestellt wurden. Nachgewiesen ist lediglich, daß 123 v. Chr. Tsai-lün eine wichtige Verbesserung in der Papierherstellung dadurch einführte, daß man Papier aus Nessel, Maulbeerbaum- und Gemebeabfällen herstellte. Durch chinesische Kriegsgefangene sollen die Araber 751 n. Chr. diesen Zweig der Papiermachelei in Samarkand eingeführt haben. Im 10. Jahrhundert wurden die Lumpenpapiere bereits in Kairo, in Damaskus, in Tabris, in Indien und in Nordafrika hergestellt. Durch die Araber gelangte im 11. Jahrhundert die Papiermachelei nach Spanien, Italien und Frankreich. In Deutschland wurde die Lumpenpapiermachelei erst im Jahre 1389 eingeführt, und zwar durch den Nürnberger Ratsherrn Ullmann-Stromer, der zu diesem Zwecke drei italienische Papiermacher nach Nürnberg kommen ließ. Im 15. Jahrhundert wurden in einer Ravensburger Papiermühle die Lumpen bereits maschinen-



Papiermühlwerkstatt in alter Zeit.

mäßig gestampft. In einen dicken Baumstamm wurden 4 bis 6 ovale größere topf-ähnliche Löcher eingearbeitet und auf den Boden der Vertiefung eine Metallplatte gelegt. In jedes dieser Löcher fielen 3 bis 4 und mehr hölzerne, durch eine Daumenwelle eines Wasserradvorgeleges nacheinander gehobene, an der Schlagfläche mit einer Metallplatte oder Metallnägeln armierte Schwanzhämmer. Durch die Schlagwirkung dieser Hämmer und die durch die Reihenfolge des Niederschlagens und Wasserwechsels sich ergebende zweckmäßige Zirkulation wurden die vorbereiteten Lumpen in 12 bis 24 Stunden zu feinem Papierbrei gestampft.

Die Erfindung der Papiermaschine.

Im Jahre 1799 gelang es dem französischen Papiermacher Robert in Essonne, die erste Papiermaschine zu erfinden und damit den Grundstock zum Großbetrieb zu legen. 1815 wurde in Frankreich das erste endlose Papier angefertigt, und 1818 lieferte der Mechaniker Donkin im Auftrag der preussischen Regierung die erste Papiermaschine für die Patenpapierfabrik in Berlin nach Deutschland.

Seit dieser Zeit hat die Papiermaschine ihren Siegeslauf fortgesetzt. Die heute bestehende größte Papiermaschine der Welt in der Great Lakes Paper Co., Fort William (Kanada), hat eine Arbeitsbreite von 770 Zentimeter und eine Geschwindigkeit von 500 Meter in der Minute. Während auf der Chappelleschen Maschine im Jahre 1830 in 24 Stunden höchstens 1200 Kilogramm Papier erzeugt werden konnten, ist man auf schnelllaufenden Papiermaschinen mit einer Arbeitsbreite von 555 bis 600 Zentimeter in der Lage, in demselben Zeitraum 120 000 bis 140 000 Kilogramm Druckpapier herzustellen. Auf einer Feinpapiermaschine mit einer Arbeitsbreite von 320 Zentimeter werden 40 000 Kilogramm erzeugt.

Die Erfindung des Holzschnitts.

Die Entwicklung der Maschinenpapierfabrikation und die Herstellung endloser Papierrollen wurde erst möglich durch die Erfindung des sächsischen Webers Gottfried Keller aus Großhainichen, dem es 1840 zum ersten Male gelang, auf einem Schleifstein Holz in Papierstoff umzuwandeln. Bereits 1765 hatte der Superintendent Dr. Christian Schäfer in Regensburg nachgewiesen, daß Papier nicht nur aus Lumpen und Stroh, sondern auch aus Ha, Holz, Torf und anderen Pflanzenarten hergestellt werden könne. Die Kellersche Erfindung erwarb der Maschinenfabrikant Wölter in Heidenheim, der sie technisch verbesserte und Schleifapparate, Mahlgänge, Sortierungen, Entmösserungsmaschinen usw. einführte und so die Grundlage zur modernen Papierfabrikation schaffte half.

Die Erfindung des Zellstoffs.

Mehr noch als die Erfindung des Holzschnitts war die Erfindung des Zellstoffs geeignet, den Lumpenbedarf fast vollständig zu verdrängen. Im Jahre 1800 meldete Koops ein Patent zur chemischen Aufschließung von Stroh an. 1854 gelang es Mellier in Paris, mit Hilfe dieses Verfahrens weißen, gebleichten Strohstoff herzustellen. 1860 erzeugte Rowledge in England bereits Esparto- oder Alfa-Stoff; 1857 gelang es dem Engländer Houghton, mit Sulfatrolange Holzstoffs zu gewinnen; 1863 gewann der Amerikaner Tilghman durch Kochen des Holzes in doppelt-schwefelsaurer Kalklösung Zellstoff, und 1874 gelang es den Schweden nach dem Verfahren von Cämman, Holzstoffs mit doppelt-schwefelsaurer Magnesia zu kochen. Als Erfinder der Sulfitzellstoffindustrie kann Professor Dr. Wärschlich (Hann.-Münden) bezeichnet werden, dem es 1870 gelang, den Grundstock zur Sulfitzellstoffindustrie zu legen.

Kartelle, Syndikate, Konzerne.

Der ehrsame Handwerksmeister aus der Junft- und Manufakturzeit ist längst abgelöst durch den modernen Industriellen. Selbst der Herr-im-Hause-Standpunkt des modernen Fabrikanten ist ganz erheblich verbläht. Immer mehr löst die Form der Aktiengesellschaft den Einzelbesitzer ab und degradiert diesen zum gutbezahlten Kostgänger des Großkapitals. Selbst in der Preisbildung sind nur wenige Unternehmer der deutschen Papiererzeugungsindustrie noch selbständig. Fast für alle Papierarten, für Zellstoff, Holzstoff und für Pappen bestehen Preiskonventionen, Kartelle und Syndikate, die die Preise unter der Leitung eines Unternehmer-Syndikus vom grünen Tisch aus diktieren und, soweit es sich um Syndikate handelt, auch die Produktion für die einzelnen Werke quotenmäßig festsetzen. In diesen Preis- und Produktionsregelungs-Organisationen aber diktieren wiederum die Konzerne.

Die deutsche Papiererzeugungsindustrie steht heute sowohl an Betriebs- und Arbeiterzahl wie auch in der Produktionshöhe in Europa an erster Stelle.

Symptome des Klassenkampfes.

Schon frühzeitig machten sich unter den Handwerksgefelln der Papiermacherei die Symptome des Klassenkampfes bemerkbar.

F. von Höhle weiß in seiner württembergischen Papiergeschichte zu berichten, daß im 15. Jahrhundert die Papierermeister gezwungen waren, ihre Werkstätten revidieren zu lassen. Diese Revision vollzog sich derart, daß der Meister seine sämtlichen Gefellen zusammenberief und dann einen nach dem anderen fragte, ob einer oder der andere etwas gegen ihn oder die Werkstatt einzuwenden habe. Schon wegen Kleinigkeiten, z. B. wegen Unzufriedenheit mit dem Essen, konnte der Meister gescholten und seine Werkstatt für unehrlich erklärt werden. Wenn der so betroffene Meister nicht binnen 14 Tagen sich dem Spruch eines zusammenberufenen Handwerks unterwarf und die ihm zuerkannte Strafe erlegte, mußten alle Gefellen die Arbeit bei ihm niederlegen. Das Scheltwort, das zur Niederlegung der Arbeit führte, konnte sowohl von jedem Meister wie auch von jedem Gefellen ausgesprochen werden, wenig der Papierermeister sich ordnungswidrige Handlungen zuschulden kommen ließ.

Im September des Jahres 1700 fand in Augsburg ein Papierkonvent statt. Höhle berichtet darüber: „Mehrere Stellen dieser Geschichten lassen deutlich erkennen, wie die Papierergefellen sich häufig im Betrieb widersetzten, unbillige Forderungen stellten und dergleichen mehr, was ein patriarchalisches Zusammenleben mit ihren Meistern unter einem Dach wohl oft erschwerte und unriedlich gestaltete.“

Im Kreisarchiv zu Neuburg befindet sich ein Dokument, wonach am 19. Juli 1588 dort gleichfalls eine gemeinsame Zusammenkunft von Meistern und Gefellen stattfand. Beteiligt waren die Orte Augsburg, Kempten, Kaufbeuren, Landsberg, Memmingen und Ronsberg.

Auf dieser Konferenz wurde bezüglich der Frauenarbeit auch folgender Beschluß gefaßt: „Die in der heiligen Reichsstadt Kaufbeuren in ziemlicher Anzahl versammelten ehrbaren Meister und Gefellen beschloffen einstimmig, daß es auch in Zukunft bei dem alten bisherigen Brauch bleiben müsse und daß die eingeriffene Frauenarbeit bei der Bedienung der Stampfen und beim Glätten des Papiers beseitigt werden müsse. Statt der Frauen sollen junge Burschen an diesen Arbeiten beschäftigt werden, und zwar für jede Wölfe zwei Buben.“ Eine Ausnahme wurde nur für unverheiratete Töchter der Meister zugelassen, soweit der Meister für dieselben unterhaltspflichtig war.

Wir sehen also, daß auch in der sogenannten guten, alten Zeit die Papiermachergefellen wirklich nicht lammfromm waren, sondern es sehr gut verstanden, ihre Rechte zu wahren.

Die Anfänge der modernen Gewerkschaftsbewegung.

Die Erfindung der Papiermaschine im Jahre 1799 brachte zwangsläufig in der Folgezeit auch eine Umschichtung der Arbeitskräfte in der Papiererzeugungsindustrie mit sich. An Stelle der gelernten und handwerksmäßig ausgebildeten Gefellen trat der ungelernete, zum Facharbeiter herangebildete Fabrikarbeiter. Heute dürften in Deutschland kaum noch mehr als ein halbes Hundert handwerksmäßig ausgebildete Papiermachergefellen vorhanden sein.

Mit dem Rückgang der gelernten Papiermacher flaute auch der Klassenkampfwille, der wahrscheinlich vor allem im Berufsstolz wurzelte, immer mehr ab. Der zum Facharbeiter angelernte Fabrikarbeiter bot dem zum Papierfabrikanten aufgestiegenen Unternehmer ein bedeutend willenseres Ausbeutungsobjekt als der ehemals gelernte Papiermachergefelle. Wir finden deshalb auch bis zur Gründung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands im Jahre 1890 nirgends Anfänge einer gewerkschaftlichen Organisation unter der Arbeiterschaft der deutschen Papiererzeugungsindustrie.

Die nach der Gründung des Fabrikarbeiterverbandes einsetzende Agitation unter der Arbeiterschaft der deutschen Papiererzeugungsindustrie wurde von den Arbeitgebern recht unliebsam empfunden. Recht bald setzten auch ihrerseits Gegenmaßnahmen da ein, wo es in irgendeinem Betriebe der jungen Organisation gelang, Fuß zu fassen. Besonders in den letzten Jahren vor dem Kriege, als Generalsekretär Ditzges den Verein Deutscher Papierfabrikanten leitete, entwickelten sich die deutschen Papiererzeugungsindustriellen zu Scharmachern schlimmster Art. Neben der Errichtung gelber Werkvereine, die programmatisch betrieben wurde, setzte die Aufstellung schwarzer Listen ein für die Arbeiter, die nicht gewillt waren, sich dem einseitigen Diktat ihrer Unternehmer zu fügen. Zweck dieser schwarzen Listen war, den „widerpensigsten Arbeitern“ die Annahme von Arbeit in anderen deutschen Betrieben der Papiererzeugungsindustrie unmöglich zu machen. Leider waren diese Maßnahmen sehr häufig von Erfolg begleitet. Daneben wurde versucht, durch den Bau von Werkwohnungen oder durch Hergabe von Baudarlehen den Arbeiter an die Scholle zu fesseln, gleichzeitig aber auch, um ihn politisch und gewerkschaftlich jederzeit kontrollieren zu können. Der auf den Arbeiter dadurch ausgeübte Zwang ging so weit, daß, wie z. B. in Sillegossen, die Inhaber der Werkwohnungen sich sogar mietvertraglich verpflichten mußten, eine bestimmte Anzahl ihrer Kinder als willige Arbeitskräfte für den Betrieb zu liefern; ja selbst die Arbeiterfrau wurde mietvertraglich verpflichtet, dem Unternehmer des Mannes Frondienste zu leisten.

Unter solchen Umständen ist es gerade nicht verwunderlich, daß nach unseren statistischen Ermittlungen im Jahre 1912 nur ganze 18,2 Prozent der Papierarbeiterchaft im Verbands der Fabrikarbeiter Deutschlands organisiert waren.

Nach Beendigung des Weltkrieges und aufgerüttelt durch die Revolution strömten die bis dahin unorganisierten Papierarbeiter in Massen ihrem Verbands zu. Die prozentuale Entwicklung des Organisationsverhältnisses der deutschen Papiererzeugungsarbeiter ergibt sich aus folgender Zusammenstellung. Es waren nach unseren statistischen Ermittlungen organisiert:

- im Jahre 1912 18,2 Prozent,
- im Jahre 1920 96,6 Prozent, davon im Fabrikarbeiterverband 85,5 Prozent,
- im Jahre 1921 94,5 Prozent, davon im Fabrikarbeiterverband 79,5 Prozent,
- im Jahre 1925 89,9 Prozent, davon im Fabrikarbeiterverband 59 Prozent,
- im Jahre 1927 58,7 Prozent, davon im Fabrikarbeiterverband 47,6 Prozent,
- im Jahre 1929 61,6 Prozent, davon im Fabrikarbeiterverband 50,8 Prozent.

Aus dem Rückgang des Organisationsverhältnisses seit 1920 gehen mit aller Deutlichkeit die Früchte der kommunistischen Wählerarbeit hervor, die zur gewerkschaftlichen Zersplitterung der Arbeiterschaft auf der einen und zur Stärkung der Kampfesfront der Arbeitgeber auf der anderen Seite geführt haben.

Gewerkschaftliche Erfolge.

War es bis zur Beendigung des Weltkrieges nur in einzelnen wenigen Betrieben der Papiererzeugungsindustrie möglich, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tarifvertraglich zu regeln, so setzte nach Beendigung des Krieges der zentrale Abschluß der kollektiven Arbeitsverträge ein. Bereits am 18. Dezember 1918 wurde

mit dem Arbeitgeberverband ein Abkommen getroffen, das folgende Bestimmungen enthielt:

1. Eingriffe in die Koalitionsfreiheit haben von beiden Seiten zu unterbleiben.
2. Jede Unterstützung der gelben Werkvereine durch Unternehmer, Angestellte und Werkmeister ist verboten.
3. Eine Unterstützung der Werkvereine ist dann schon vorhanden, wenn die Arbeitgeber die Mitwirkung von Betriebsleitern und Werkführern in den Werkvereinen dulden.
4. Das Abkommen bestimmt weiter, daß die den vertragsstehenden Arbeiterorganisationen nicht angehörigen Arbeiter sich dem Abkommen zu unterwerfen haben.
5. Die Mitwirkung der Arbeiterausschüsse bei der Einstellung und Beschäftigung der aus dem Heeresdienst zurückkehrenden Arbeiter wird sichergestellt.
6. Der Abschluß eines Reichstarifvertrages wird angestrebt.
7. Den Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten wird die Errichtung von Arbeiterausschüssen dringend empfohlen.
8. Die Unstetigkeit der Arbeiterausschüsse wird auf ein Jahr festgelegt, den Gewerkschaften ein Einspruchsrecht gesichert.
9. Die tägliche achtländige Arbeitszeit ausschließlich der Pausen wird anerkannt. Die Unternehmer haben die Pflicht, die Durchführung dieser Arbeitszeit bis spätestens 1. Februar 1919 zu vollziehen und den zuständigen Verbänden der Arbeitnehmer Mitteilung zu machen.
10. Zur Vorbereitung des Reichstarifvertrages wurde eine Kommission gewählt.

Am 4. Juni 1919 wurde der erste Gesamtarbeitsvertrag für die deutsche Papiererzeugungsindustrie abgeschlossen, der die Arbeitsverhältnisse in der gesamten deutschen Papiererzeugungsindustrie kollektiv regelte und der Arbeiterchaft Ansprüche in der Urlaubsfrage, in der Frage der Akkord- und Prämienarbeit, in der Frage der Werkwohnungen und in anderen Punkten des Arbeitsverhältnisses sicherte. Gleichzeitig wurde die bestmögliche Regelung der Löhne vorgesehen, abgegrenzt nach den bestehenden Sektionen der Papiermacherberufsgenossenschaft.

Die im Jahre 1924 unter dem Einfluß der ersten Arbeitserordnung teilweise vor sich gegangene Einführung des Zweischichtensystems konnte 1927 bei der Tarifvertragsrevision wieder rückgängig gemacht werden. Die damals gleichfalls durch diese gefällige Maßnahme in Wegfall gekommenen Überstundenzuschläge konnten, wenn auch nicht vollkommen in alter Höhe, wieder eingeführt werden. Auch sonst war es möglich, kleinere Verbesserungen seit dem Bestehen des ersten Gesamtarbeitsvertrages zugunsten der Arbeiterschaft durchzuführen.

Dem Diktat der Arbeitgeber aus der Vorkriegszeit in allen Lohn- und Arbeitsfragen steht heute die kollektive Regelung des Arbeitsvertrages, die ganze Papiererzeugungsindustrie des Deutschen Reiches umfassend, gegenüber. An Stelle der in der Vorkriegszeit um Verbesserung ihrer Wirtschaftslage bettelnden und bittenden Arbeiter ist ein klassenbewußtes, seine Rechte aus dem Arbeitsprozeß forderndes Industrie proletariat getreten.



Die Nahrungsmittelarbeiter im Verband der Fabrikarbeiter.

Von Ernst Senkfeldt.

Die von uns vertretenen Nahrungsmittelgruppen sind Industriezweige, in denen die ungelerneten Arbeiter von jeher überwiegen. Dieses dürfte ein Grund mit sein, warum diese Gruppen zu unserem Verband gestoßen sind. Bereits vor Gründung unseres Verbandes bestanden einige Lokalorganisationen, in denen die Nahrungsmittelarbeiter vertreten waren. Auf dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftskongreß im Jahre 1868 waren bereits Fabrikarbeiter als Delegierte anwesend. Der Delegierte Borch aus Hamburg gibt an, daß er 46 Fabrikarbeiter und 550 H- und sonstige Arbeiter in Hamburg vertrat. Bei Gründung unserer Organisation waren eine Anzahl Orte vertreten, in denen die Nahrungsmittelindustrie noch heute eine erhebliche Rolle spielt. Wir nennen da nur Braunschweig, Elberfeld, Hamburg und Harburg. Die Zahlstellen Hamburg und Harburg sind noch heute mit ausschlaggebend in der Öl- und Margarineindustrie; Braunschweig ist der typische Ort für die Konservenindustrie.

Da unser Verband ursprünglich als Verband aller ungelerneten Arbeiter gedacht war, war der Rahmen für die Nahrungsmittelindustrie innerhalb unserer Organisation weiter gesteckt als heute. Neben den Nahrungsmittelgruppen, die wir heute noch umfassen, hatten wir auch die ungelerneten Arbeiter in der Teigwaren-, Schokoladen-, Kek- und Süßwarenindustrie. Wie auf manchen anderen Gebieten, hat unsere Organisation auch da Einschränkungen in Kauf nehmen müssen.

Die Berufsverbände, die ursprünglich die gelernten Nahrungsmittelarbeiter organisierten, wie Müller, Brauer, Bäcker und Konditoren, Fleischer usw., stellten sich später auf Industrieverbände um. Wir traten zunächst die Hilfsarbeiter in einer Anzahl Betrieben unserer Nahrungsmittelgruppen ab. Man kam zu der Einsicht, daß alle gelernten und alle ungelerneten Arbeiter innerhalb einer Industriezweiggruppe zu einem Verband gehören. Leider vertreten eine Anzahl Verbände diesen Standpunkt auch heute noch, aber nur für sich, während sie ihn für uns nicht gelten lassen. Jedoch sind Anfänge vorhanden, nach denen man uns in unseren Industriezweigen auch die gelernten Arbeiter zugeführt.

Durch einen Schiedsspruch im Jahre 1919 wurde dem Verband der Bäcker und Konditoren neben den Teigwarenarbeitern auch die Marmeladenindustrie zugesprochen. Die spätere Praxis zeigte, daß dieser Schiedsspruch unpassbar war. Die Marmeladenfabrikation ist mit der Konservenindustrie so eng verbunden, daß beide nicht zu trennen sind. Durch den am 1. Januar 1930 in Kraft getretenen Kartellvertrag ist dieser Schiedsspruch korrigiert, und die Marmeladenarbeiter gehören heute neben den Konservenarbeitern zu unserem Gebiet. Das Bestreben, Industrieverbände zu schaffen, führte dazu, daß sich die übrigen Verbände der Nahrungsmittelarbeiter zum Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter zusammenschlossen. Der Plan ging dahin, auch unsere gesamte Nahrungsmittelgruppe mit zu übernehmen. Organisationsgang und historische Entwicklung sprachen aber dagegen; jedoch sind auch durch diesen Zusammenschluß und durch den Abschluß des Kartellvertrages wieder einige Gruppen von unserer Organisation den anderen überlassen worden.

Die Anfänge der Organisation in unseren Nahrungsmittelgruppen, reichen also bis zur Gründung unseres Verbandes zurück. In der Zahlstelle Hamburg spielte die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Öl- und Margarinearbeiter zu Anfang der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts schon eine wesentliche Rolle. In der Zahlstelle Harburg waren die Arbeiter mit Gründer unseres Verbandes. Die Öl- und Margarinearbeiter von Süddeutschland kamen erst später zu unserer Organisation. Bei Gründung der Zahlstelle Nürnberg im Jahre 1903 waren über 100 Margarinearbeiter beteiligt. In Mannheim beginnen sich die Öl- und Margarinearbeiter in den Jahren 1906/07 für die Organisation zu interessieren. Um die gleiche Zeit beginnt das Interesse der Margarinearbeiter für die Organisation am Niederrhein.

Die Arbeiter der Konservenindustrie bildeten von jeher einen erheblichen Teil der Zahlstelle Braunschweig, da hier die Konservenindustrie ihren Ursprung hatte.

In der Zuckerindustrie reichen die Anfänge der Organisation, soweit Zuckerraffinerien in Frage kommen, bis in die 90er Jahre zurück. 1890 war nach den Reichstagswahlen in Magdeburg ganz plötzlich eine allgemeine Streikbewegung ausgebrochen, der sich auch die Zuckerraffineriearbeiter anschlossen. Da die Bewegung nicht organisiert war, brach sie zusammen und brachte zunächst einen großen Rückschlag. Erst im Jahre 1896 gelang es der Organisationsleitung, unter den Raffineriearbeitern Fuß zu fassen. 1897 war in Halle a. d. Saale eine Anzahl Kollegen der dortigen Raffinerie bei der Gründung der Zahlstelle mit tätig. In Dessau fanden die Raffineriearbeiter im Jahre 1905/06 den Weg zur Organisation.

restlos beherrscht. Nitrozellulose, Ausgangsmaterial für Zelluloid, Sprengstoff, Film und Zelluloselacke, wird ausschließlich in ihren Betrieben hergestellt. Auch in Film führt die I. G. Auf dem Kunstseidengebiet ist der Trust neben der Glanzstoff AG. ausschlaggebend. Die Zelluloidindustrie wird von ihm vollständig beherrscht. Auch die gesamte Photochemie steht unter seinem Einfluß.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie hat die Grundlagen für diesen Aufschwung der I. G. Farbenindustrie AG. in erster Linie geschaffen, indem er auf Regierungen und Behörden einwirkte, um die Widerstände zu beseitigen, die der Einführung neuer Chemierzeugnisse entgegenstanden, den Weg zu günstigen Zoll- und Handelsverträgen mit dem Ausland anbahnte und sich bemühte, die Behörden durch direkte Mitgliedschaft im Verein den Interessen der chemischen Industrie dienlich zu machen. Das wird in der bereits erwähnten Festschrift klar ausgesprochen und weiter erklärt, daß der Verein unter den freien wirtschaftlichen Verbänden Deutschlands einen hervorragenden Platz einnimmt, daß seine Stimme von schwerwiegender Bedeutung sei und daß Reichs- und Staatsbehörden sich daran gewöhnt haben, in allen wichtigen, die chemische Industrie berührenden Fragen auf die gutachtlichen Äußerungen des Vereins zurückzugreifen.

Daneben hat der Verein auf das Patentwesen und auf die Gestaltung des Reichspatentgesetzes einen Einfluß gewonnen, wie er im Interesse der chemischen Industrie lag. Der Farbertrust legt Zeugnis von dieser erfolgreichen Arbeit ab.

In Zukunft werden neben dem Trust nur noch Splittbetriebe zu finden sein, die produktionsstechnisch bedeutungslos sind. In den Trustbetrieben werden heute schon rund 80 000 Menschen beschäftigt. Unter Berücksichtigung der Tochterbetriebe erhöht sich die Zahl der Beschäftigten auf mindestens 115 000.

Trotz dieser glänzenden Entwicklung sind die Arbeiterverhältnisse in der chemischen Industrie nicht befriedigend. Auch ist die Arbeit häufig mit Unannehmlichkeiten und Gefahren verbunden, so daß neben einem alten seßhaften Arbeiterstamm der Arbeiterwechsel in allen Betrieben trotz scharfer Wirtschaftskrise sehr stark ist. Die I. G. Farbenindustrie gibt z. B. an, daß seit 1925 75 000 bis 80 000 Arbeiter aus ihren Betrieben ausgeschieden sind. Das heißt, die gesamte Arbeiterschaft hat sich in fünf Jahren erneuert. Die I. G.-Betriebe sind aber die technisch fortgeschrittensten. In weniger modernen Betrieben der Säuren, Alkalien und Mineralfarben muß deshalb ein noch größerer Arbeiterwechsel angenommen werden.

Die chemische Industrie nimmt auf die Arbeiter auch in anderer Beziehung keine Rücksicht. Trotzdem diese Industrie von Krisen gänzlich verschont geblieben ist, werden konjunkturemäßige Schwankungen, die an Jahreszeiten gebunden sind, durch Arbeiterentlassungen und Kurzarbeit restlos ausgeglichen. Die Folgen der Rationalisierung werden ebenfalls den Arbeitern aufgebürdet. Die I. G. hat infolge der Rationalisierung in den letzten zwölf Monaten über 17 000 Arbeiter entlassen, und die übrigen Betriebe entließen aus denselben Gründen 5000 bis 6000 Arbeiter. Die vollbeschäftigte chemische Industrie setzte also 22 000 bis 23 000 Arbeiter auf Straßenpflaster, bei einer Gesamtzahl der Beschäftigten von 398 000 im Jahre 1928, wovon etwa ein Viertel als Angestellte und Beamte in Betracht kommen, die wirkliche Arbeiterzahl also höchstens 300 000 betragen hat. Wegen einer Verkürzung der Arbeitszeit, die in der chemischen Industrie verhältnismäßig leicht durchführbar und auch fragbar ist, kränkt sie sich noch.

Dieser Geist ist erzeugt aus der Einstellung des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands, der alle Schwierigkeiten, die der Entwicklung der Industrie im Wege standen, hinwegzuräumen hatte. Als ein rheinischer Ortsverein im Jahre 1898 in der Frage der Invaliditäts- und Altersversicherung öffentlich eine abweichende Meinung von der des Vorstandes einnahm und im Jahre 1902 „ähnliche Differenzen“ hervortraten, wurde dem Ortsverein kurzerhand unterlag, zu solchen Fragen Stellung zu nehmen, sie mußten sich auf die Pflege persönlicher Beziehungen beschränken.

Der Verein beschäftigte sich von Anbeginn an mit allen Fragen, die die chemische Industrie berühren. Bei Gründung der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie lag die Leitung der Berufsgenossenschaft in Händen des Geschäftsführers des Vereins. Bis auf den heutigen Tag besteht zum großen Teil Personalunion zwischen den leitenden Personen des Vereins und der Berufsgenossenschaft. Aus der Berufsgenossenschaft wuchs im Jahre 1919 der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie hervor. Der Direktor der Berufsgenossenschaft, Dr. Brauer, war der Vater und Organisator des Arbeitgeberverbandes. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes von 1919 bis 1923, Kommerzienrat Dr. Frank, war zugleich geschäftsführender Vorsitzender des Vereins zur Wahrung usw. So ist es auch geblieben. Geschäftsführender Vorsitzender des Vereins und Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes sind in der Person des Herrn Dr. Pietrkowski vereinigt.

Die Zielsetzung des Vereins, die Zusammenfassung aller Kräfte zur Erreichung dieses Zieles, die bewußte Indienststellung der Behörden für diese Zwecke, die Personalunion zwischen Verein und Arbeitgeberverband und die enge Verwaltungs-Verbindung zwischen Verein und Berufsgenossenschaft haben glänzende Erfolge gezeitigt. Die chemische Industrie ist in wenigen Jahrzehnten zum ebenbürtigen Partner der älteren Industrien geworden und steht im Begriff, die Vorherrschaft an sich zu reißen, indem sie unentbehrlicher Lieferant für Roh- und Hilfsstoffe der übrigen Industrien geworden ist. Dabei hat sie eine bisher nicht gekannte Konzentration der gesamten chemischen Industrie durchgeführt und wird infolge geschickter Produktionspolitik von Krisen nicht erschüttert. Nur die Arbeiter sind bei diesen Maßnahmen nicht zu ihrem Recht gekommen. Es bedarf noch zäher Organisationsarbeit der Chemiarbeiter, um gerechten Anteil an diesen Erfolgen zu erlangen.



Industrieller und gewerkschaftlicher Aufstieg in der Papierindustrie.

Von G. Stähler (Hannover).

Von der Handpapierherstellung bis zur chemisch-technischen Fabrikation und zur wissenschaftlichen Betriebsführung ist ein jahrtausendelanger Weg. Ägypten gilt als das Mutterland der Papierherstellung. Die Ufer des Nils und die angrenzenden Sümpfe boten in der wildwachsenden Papyrusstaude den ersten Rohstoff zur Papierfabrikation.

Der Papyrus.

Die Papyrusstaude (*Cyperus papyrus* L.) diente den Ägyptern ursprünglich als Nahrung. Rinde und Halme der Pflanze wurden zur Herstellung von Segeln, Matten, Teppichen, Seilen und anderen Gebrauchsgegenständen verwendet. Das Mark der Papyrusstaude wurde zur Papierherstellung verwendet. Das Mark der Papyrusstaude wurde in dünne Streifen zerhackt, gefächert senkrecht und wagerecht mit Hilfe von Klebstoffen zusammengeklebt, mit Hämmern bearbeitet und mit Nadeln, Tierzähnen und anderen Gegenständen geglättet. Die so gewonnenen Papierbogen erreichten eine Länge bis zu 55 Zentimeter und eine Breite bis zu 30 Zentimeter. Ort und Wachstum der Papyrusstaude waren ausschlaggebend für die Qualität des Papiers. Nach Franz Woenig: „Führer aus der Kulturgeschichte des alten Ägyptens“, wurde das erste Papier aus der Papyrusstaude in Ägypten 3000 Jahre vor Christi hergestellt. Im Jahre des Pharaos in Saqqara (5. Dynastie, 3000—3300 v. Chr.) wurde eine Verfassung der Papyrusstaude gefunden, die darauf hinweist, daß zur damaligen Zeit die Papierherstellung aus der Papyrusstaude schon bekannt war. Die Erntearbeiter, die ihre Tätigkeit teils an und teils im Wasser ausübten, waren nackt oder mit einer leichten Schürze bekleidet. Zwei Arbeiter sind nach dieser Darstellung mit dem Auspflanzen der Stauden beschäftigt, zwei weitere Arbeiter schälen die ausgezogenen Papyrusstauden zu Bündeln und mehrere andere Arbeiter tragen diese Bündel zur Papiermühlwerkstatt. Bereits im 20. Jahre nach Christi wurden Anbau und Verwendung der Papyrusstaude nach den damaligen Begriffen rationell betrieben. Eine



Alter Schöpfstein.

Anzahl Grundbesitzer hatte im Delta das Monopol zum Anbau der Papyrusstaude erworben und bestimmte dadurch den Preis für dieses Rohmaterial. Die Ausfuhr von Papyrus nach anderen Ländern wurde bereits derart inflexibel betrieben, daß Ptolemäus VIII. ein Ausfuhrverbot erließ. Zur Zeit dieses Herrschers (163—169 n. Chr.) befand sich nach Woenig in Pergamon in Kleinasien bereits eine Bibliothek von 200 000 Bänden. Durch dieses Ausfuhrverbot sah sich Eumenes II. in Pergamon gezwungen, aus Schaffellen tierisches Pergament herstellen zu lassen. Unter Kaiser Tiberius wurde bereits eine Papiersteuer eingeführt. In den Fabriken wurde für die beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter bereits das heute bekannte Prinzip der Arbeitsstellung eingeführt. So unterschied man Leimer, Hämmerer, Glätter usw.

Nach dem in Wien befindlichen Handschriftenfund „Papyrus Rainer“ befand sich bereits im Jahre 794 n. Chr. in Bagdad eine Reichspapierfabrik, und aus dem 9. Jahrhundert n. Chr. sind in dieser Rainer-Sammlung allein 27 Papierdrucke religiösen Inhalts vorhanden. Ein Zeichen dafür, daß damals auch die Buchdruckerkunst in Asien nicht unbekannt war.

Die Herstellung des Papiers aus der Papyrusstaude wurde abgelöst durch die Erzeugung von Lumpenpapier.

Das Lumpenpapier.

Die Erfindung der Papierherstellung aus Lumpen und anderen Faserstoffen dürfte ihren Ursprung in China haben. Genau konnte bis heute nicht ermittelt werden, zu welchem Zeitpunkt diese Papierarten zuerst hergestellt wurden. Nachgewiesen ist lediglich, daß 123 v. Chr. Tsai-lün eine wichtige Verbesserung in der Papierherstellung dadurch einführte, daß man Papier aus Nessel, Maulbeerbaumhaft und Gewebeabfällen herstellte. Durch chinesische Kriegsgefangene sollen die Araber 751 n. Chr. diesen Zweig der Papiermacherei in Samarkand eingeführt haben. Im 10. Jahrhundert wurden die Lumpenpapiere bereits in Kairo, in Damaskus, in Täbris, in Indien und in Nordafrika hergestellt. Durch die Araber gelangte im 11. Jahrhundert die Papiermacherei nach Spanien, Italien und Frankreich. In Deutschland wurde die Lumpenpapiermacherei erst im Jahre 1389 eingeführt, und zwar durch den Nürnberger Ratsherrn Ullmann-Stromer, der zu diesem Zwecke drei italienische Papiermacher nach Nürnberg kommen ließ. Im 15. Jahrhundert wurden in einer Ravensburger Papiermühle die Lumpen bereits maschinen-



Papiermühlwerkstatt in alter Zeit.

mäßig gestampft. In einen dicken Baumstamm wurden 4 bis 6 ovale größere topf-ähnliche Löcher eingearbeitet und auf den Boden der Vertiefung eine Metallplatte gelegt. In jedes dieser Löcher fielen 3 bis 4 und mehr hölzerne, durch eine Dammwelle eines Wasserradvorleges naheinander gehobene, an der Schlagfläche mit einer Metallplatte oder Metallnägeln armierte Schwanzhämmer. Durch die Schlagwirkung dieser Hämmer und die durch die Reihenfolge des Niederschlagens und Wasserwechsels sich ergebende zweckmäßige Zirkulation wurden die vorbereiteten Lumpen in 12 bis 24 Stunden zu feinem Papierbrei gestampft.

Die Erfindung der Papiermaschine.

Im Jahre 1799 gelang es dem französischen Papiermacher Robert in Essonne, die erste Papiermaschine zu erfinden und damit den Grundstock zum Großbetrieb zu legen. 1815 wurde in Frankreich das erste endlose Papier angefertigt, und 1818 lieferte der Mechaniker Donkin im Auftrag der preussischen Regierung die erste Papiermaschine für die Paten-Papierfabrik in Berlin nach Deutschland.

Seit dieser Zeit hat die Papiermaschine ihren Siegeslauf fortgesetzt. Die heute bestehende größte Papiermaschine der Welt in der Great Lakes Paper Co., Fort William (Kanada), hat eine Arbeitsbreite von 770 Zentimeter und eine Geschwindigkeit von 500 Meter in der Minute. Während auf der Chappelleschen Maschine im Jahre 1830 in 24 Stunden höchstens 1200 Kilogramm Papier erzeugt werden konnten, ist man auf schnelllaufenden Papiermaschinen mit einer Arbeitsbreite von 555 bis 600 Zentimeter in der Lage, in demselben Zeitraum 120 000 bis 140 000 Kilogramm Druckpapier herzustellen. Auf einer Feinpapiermaschine mit einer Arbeitsbreite von 320 Zentimeter werden 40 000 Kilogramm erzeugt.

Die Erfindung des Holzschnitts.

Die Entwicklung der Maschinenpapierfabrikation und die Herstellung endloser Papierrollen wurde erst möglich durch die Erfindung des sächsischen Webers Gottfried Keller aus Grobbainichen, dem es 1840 zum ersten Male gelang, auf einem Schleifstein Holz in Papierstoff umzuwandeln. Bereits 1765 hatte der Superintendent Dr. Christian Schäfer in Regensburg nachgewiesen, daß Papier nicht nur aus Lumpen und Stroh, sondern auch aus Heu, Holz, Torf und anderen Pflanzarten hergestellt werden könne. Die Kellersche Erfindung erwarb der Maschinenfabrikant Völter in Heidenheim, der sie technisch verbesserte und Schleifapparate, Mahlgänge, Sortierungen, Entmässerungsmaschinen usw. einführte und so die Grundlage zur modernen Papierfabrikation schaffen half.

Die Erfindung des Zellstoffs.

Mehr noch als die Erfindung des Holzschnitts war die Erfindung des Zellstoffs geeignet, den Lumpenbedarf fast vollständig zu verdrängen. Im Jahre 1800 meldete Koops ein Patent zur chemischen Aufschließung von Stroh an. 1854 gelang es Mellier in Paris, mit Hilfe dieses Verfahrens weißen, gebleichten Strohstoff herzustellen. 1860 erzeugte Rowledge in England bereits Esparto- oder Alfa-Stoff; 1857 gelang es dem Engländer Houghton, mit Ignatrolauge Holzstoffs zu gewinnen; 1863 gewann der Amerikaner Ellghran durch Kochen des Holzes in doppelschwefelsaurer Kalklösung Zellstoff, und 1874 gelang es den Schweden nach dem Verfahren von Edmann, Holzstoffs mit doppelschwefelsaurer Magnesia zu kochen. Als Erfinder der Sulfitzellstoffindustrie kann Professor Dr. Mitscherlich (Hann.-Münden) bezeichnet werden, dem es 1870 gelang, den Grundstock zur Sulfitzellstoffindustrie zu legen.

Kartelle, Syndikate, Konzerne.

Der ehrsame Handwerksmeister aus der Junft- und Manufakturzeit ist längst abgelöst durch den modernen Industriellen. Selbst der Herr-im-Hause-Standpunkt des modernen Fabrikanten ist ganz erheblich verbläht. Immer mehr löst die Form der Aktiengesellschaft den Einzelbesitzer ab und degradiert diesen zum gutbezahlten Kostgänger des Großkapitals. Selbst in der Preisbildung sind nur wenige Unternehmer der deutschen Papiererzeugungsindustrie noch selbständig. Fast für alle Papierarten, für Zellstoff, Holzstoff und für Pappen bestehen Preiskonventionen, Kartelle und Syndikate, die die Preise unter der Leitung eines Unternehmer-Syndikus vom grünen Tisch aus diktiert, und, soweit es sich um Syndikate handelt, auch die Produktion für die einzelnen Werke quotenmäßig festsetzen. In diesen Preis- und Produktionsregelungs-Organisationen aber diktiert wiederum die Konzerne.

Die deutsche Papiererzeugungsindustrie steht heute sowohl an Betriebs- und Arbeiterzahl wie auch in der Produktionshöhe in Europa an erster Stelle.

Symptome des Klassenkampfes.

Schon frühzeitig machten sich unter den Handwerksgefelln der Papiermacherei die Symptome des Klassenkampfes bemerkbar.

F. von Höhle weiß in seiner würtembergischen Papiergeschichte zu berichten, daß im 15. Jahrhundert die Papierermeister gezwungen waren, ihre Werkstätten revidieren zu lassen. Diese Revision vollzog sich derart, daß der Meister seine sämtlichen Gesellen zusammenberief und dann einen nach dem anderen fragte, ob einer oder der andere etwas gegen ihn oder die Werkstatt einzuwenden habe. Schon wegen Kleinigkeiten, z. B. wegen Unzufriedenheit mit dem Essen, konnte der Meister gescholten und seine Werkstatt für unehrlich erklärt werden. Wenn der so betroffene Meister nicht binnen 14 Tagen sich dem Spruch eines zusammenberufenen Handwerks unterwarf und die ihm zuerkannte Strafe erlegte, mußten alle Gesellen die Arbeit bei ihm niederlegen. Das Scheltwort, das zur Niederlegung der Arbeit führte, konnte sowohl von jedem Meister wie auch von jedem Gesellen ausgesprochen werden, wenn der Papierermeister sich ordnungswidrige Handlungen zuschulden kommen ließ.

Im September des Jahres 1700 fand in Augsburg ein Papierkongress statt. Höhle berichtet darüber: „Mehrere Stellen dieser Geschichte lassen deutlich erkennen, wie die Papierermeister sich häufig im Betrieb widersetzten, unbillige Forderungen stellten und dergleichen mehr, was ein patriarchalisches Zusammenleben mit ihren Meistern unter einem Dach wohl oft erschwerte und unfriedlich gestaltete.“

Im Kreisarchiv zu Neuburg befindet sich ein Dokument, wonach am 19. Juli 1588 dort gleichfalls eine gemeinsame Zusammenkunft von Meistern und Gesellen stattfand. Beteiligt waren die Orte Augsburg, Kempten, Kaufbeuren, Landsberg, Memmingen und Ronsberg.

Auf dieser Konferenz wurde bezüglich der Frauenarbeit auch folgender Beschluß gefaßt: „Die in der heiligen Reichsstadt Kaufbeuren in ziemlicher Anzahl versammelten ehrbaren Meister und Gesellen beschloßen einstimmig, daß es auch in Zukunft bei dem alten bisherigen Brauch bleiben müsse und daß die eingeübte Frauenarbeit bei der Bedienung der Stampfen und beim Glätten des Papiers beseitigt werden müsse. Statt der Frauen sollen junge Burschen an diesen Arbeiten beschäftigt werden, und zwar für jede Wütze zwei Buben.“ Eine Ausnahme wurde nur für uneheliche Töchter der Meister zugelassen, soweit der Meister für dieselben unterhaltspflichtig war.

Wir sehen also, daß auch in der sogenannten guten, alten Zeit die Papiermachergefelln wirklich nicht lammfromm waren, sondern es sehr gut verstanden, ihre Rechte zu wahren.

Die Anfänge der modernen Gewerkschaftsbewegung.

Die Erfindung der Papiermaschine im Jahre 1799 brachte zwangsläufig in der Folgezeit auch eine Umschichtung der Arbeitskräfte in der Papiererzeugungsindustrie mit sich. An Stelle der gelernten und handwerksmäßig ausgebildeten Gesellen trat der ungelernete, zum Facharbeiter herangebildete Fabrikarbeiter. Heute dürften in Deutschland kaum noch mehr als ein halbes Hundert handwerksmäßig ausgebildete Papiermachergefelln vorhanden sein.

Mit dem Rückgang der gelernten Papiermacher flaute auch der Klassenkampfswille, der wahrscheinlich vor allem im Berufsstolz wurzelte, immer mehr ab. Der zum Facharbeiter angelehrte Fabrikarbeiter bot dem zum Papierfabrikanten aufgestiegenen Unternehmer ein bedeutend willensloseres Ausbeutungsobjekt als der ehemals gelernte Papiermachergefelte. Wir finden deshalb auch bis zur Gründung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands im Jahre 1890 nirgends Anfänge einer gewerkschaftlichen Organisation unter der Arbeiterschaft der deutschen Papiererzeugungsindustrie.

Die nach der Gründung des Fabrikarbeiterverbandes einsetzende Agitation unter der Arbeiterschaft der deutschen Papiererzeugungsindustrie wurde von den Arbeitgebern recht unliebsam empfunden. Recht bald setzten auch ihrerseits Gegenmaßnahmen da ein, wo es in irgendeinem Betriebe der jungen Organisation gelang, Fuß zu fassen. Besonders in den letzten Jahren vor dem Kriege, als Generalsekretär Ditzges den Verein Deutscher Papierfabrikanten leitete, entwickelten sich die deutschen Papiererzeugungsindustriellen zu Scharmachern schlimmster Art. Neben der Errichtung gelber Werkvereine, die programmatisch betrieben wurde, setzte die Aufstellung schwarzer Listen ein für die Arbeiter, die nicht gewillt waren, sich dem einseitigen Diktat ihrer Unternehmer zu fügen. Zweck dieser schwarzen Listen war, den „widerpensitigen Arbeitern“ die Annahme von Arbeit in anderen deutschen Betrieben der Papiererzeugungsindustrie unmöglich zu machen. Leider waren diese Maßnahmen sehr häufig von Erfolg begleitet. Daneben wurde versucht, durch den Bau von Werkwohnungen oder durch Hergabe von Baudarlehen den Arbeiter an die Scholle zu fesseln, gleichzeitig aber auch, um ihn politisch und gewerkschaftlich jederzeit kontrollieren zu können. Der auf den Arbeiter dadurch ausgeübte Zwang ging so weit, daß, wie z. B. in Sillegossen, die Inhaber der Werkwohnungen sich sogar mietvertraglich verpflichten mußten, eine bestimmte Anzahl ihrer Kinder als willige Arbeitskräfte für den Betrieb zu liefern; ja selbst die Arbeiterfrau wurde mietvertraglich verpflichtet, dem Unternehmer des Mannes Frondienste zu leisten. Unter solchen Umständen ist es gerade nicht verwunderlich, daß nach unseren statistischen Ermittlungen im Jahre 1912 nur ganze 18,2 Prozent der Papierarbeiterchaft im Verbands der Fabrikarbeiter Deutschlands organisiert waren.

Nach Beendigung des Weltkrieges und aufgerüttelt durch die Revolution strömten die bis dahin anorganisierten Papierarbeiter in Massen ihrem Verbands zu. Die prozentuale Entwicklung des Organisationsverhältnisses der deutschen Papiererzeugungsarbeiter ergibt sich aus folgender Zusammenstellung. Es waren nach unseren statistischen Ermittlungen organisiert:

- im Jahre 1912 18,2 Prozent,
- im Jahre 1920 98,6 Prozent, davon im Fabrikarbeiterverband 85,5 Prozent,
- im Jahre 1921 94,5 Prozent, davon im Fabrikarbeiterverband 79,5 Prozent,
- im Jahre 1925 89,9 Prozent, davon im Fabrikarbeiterverband 59 Prozent,
- im Jahre 1927 58,7 Prozent, davon im Fabrikarbeiterverband 47,6 Prozent,
- im Jahre 1929 61,6 Prozent, davon im Fabrikarbeiterverband 50,8 Prozent.

Aus dem Rückgang des Organisationsverhältnisses seit 1920 gehen mit aller Deutlichkeit die Früchte der kommunistischen Wählerarbeit hervor, die zur gewerkschaftlichen Zersplitterung der Arbeiterschaft auf der einen und zur Stärkung der Kampfesfront der Arbeitgeber auf der anderen Seite geführt haben.

Gewerkschaftliche Erfolge.

War es bis zur Beendigung des Weltkrieges nur in einzelnen wenigen Betrieben der Papiererzeugungsindustrie möglich, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tarifvertraglich zu regeln, so setzte nach Beendigung des Krieges der zentrale Abschluß der kollektiven Arbeitsverträge ein. Bereits am 18. Dezember 1918 wurde

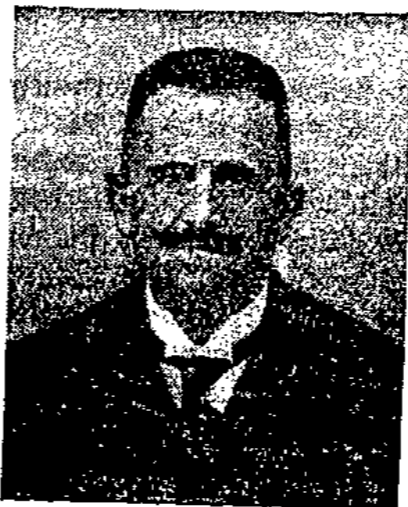
mit dem Arbeitgeberverband ein Abkommen getroffen, das folgende Bestimmungen enthielt:

1. Eingriffe in die Koalitionsfreiheit haben von beiden Seiten zu unterbleiben.
2. Jede Unterfertigung der gelben Werkvereine durch Unternehmer, Angestellte und Werkmeister ist verboten.
3. Eine Unterfertigung der Werkvereine ist dann schon vorhanden, wenn die Arbeitgeber die Mitwirkung von Betriebsleitern und Werkführern in den Werkvereinen dulden.
4. Das Abkommen bestimmt weiter, daß die den vertragschließenden Arbeiterorganisationen nicht angehörigen Arbeiter sich dem Abkommen zu unterwerfen haben.
5. Die Mitwirkung der Arbeiterausschüsse bei der Einstellung und Beschäftigung der aus dem Heeresdienst zurückkehrenden Arbeiter wird sichergestellt.
6. Der Abschluß eines Reichstarifvertrages wird angestrebt.
7. Den Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten wird die Errichtung von Arbeiterausschüssen dringend empfohlen.
8. Die Unstimmigkeit der Arbeiterausschüsse wird auf ein Jahr festgelegt, den Gewerkschaften ein Einspruchsrecht gesichert.
9. Die tägliche achttündige Arbeitszeit ausschließlich der Pausen wird anerkannt. Die Unternehmer haben die Pflicht, die Durchführung dieser Arbeitszeit bis spätestens 1. Februar 1919 zu vollziehen und den zuständigen Verbänden der Arbeitnehmer Mitteilung zu machen.
10. Zur Vorbereitung des Reichstarifvertrages wurde eine Kommission gewählt.

Am 4. Juni 1919 wurde der erste Gesamtarbeitsvertrag für die deutsche Papiererzeugungsindustrie abgeschlossen, der die Arbeitsverhältnisse in der gesamten deutschen Papiererzeugungsindustrie kollektiv regelte und der Arbeiterschaft Ansprüche in der Urlaubsfrage, in der Frage der Altkord- und Prämienarbeit, in der Frage der Werkwohnungen und in anderen Punkten des Arbeitsverhältnisses sicherte. Gleichzeitig wurde die bezirkliche Regelung der Löhne vorgegeben, abgegrenzt nach den bestehenden Sektionen der Papiermacherberufsgenossenschaft.

Die im Jahre 1924 unter dem Einfluß der ersten Arbeitserordnung teilweise vor sich gegangene Einführung des Zweifächtersystems konnte 1927 bei der Tarifvertragsrevision wieder rückgängig gemacht werden. Die damals gleichfalls durch diese gesetzliche Maßnahme in Wegfall gekommenen Aberfundenzuschläge konnten, wenn auch nicht vollkommen in alter Höhe, wieder eingeführt werden. Auch sonst war es möglich, kleinere Verbesserungen seit dem Bestehen des ersten Gesamtarbeitsvertrages zugunsten der Arbeiterschaft durchzusetzen.

Dem Diktat der Arbeitgeber aus der Vorkriegszeit in allen Lohn- und Arbeitsfragen steht heute die kollektive Regelung des Arbeitsvertrages, die ganze Papiererzeugungsindustrie des Deutschen Reiches umfassend, gegenüber. In Stelle der in der Vorkriegszeit um Verbesserung ihrer Wirtschaftslage bittenden Arbeiter ist ein klassenbewußtes, seine Rechte aus dem Arbeitsprozeß forderndes Industrieproletariat getreten.



Die Nahrungsmittelarbeiter im Verband der Fabrikarbeiter.

Von Ernst Senkfeld.

Die von uns vertretenen Nahrungsmittelgruppen sind Industriezweige, in denen die ungelerneten Arbeiter von jeher überwogen. Dieses dürfte ein Grund mit sein, warum diese Gruppen zu unserem Verband gestoßen sind. Bereits vor Gründung unseres Verbandes bestanden einige Lokalorganisationen, in denen die Nahrungsmittelarbeiter vertreten waren. Auf dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftskongress im Jahre 1868 waren bereits Fabrikarbeiter als Delegierte anwesend. Der Delegierte Vork aus Hamburg gibt an, daß er 46 Fabrikarbeiter und 550 H- und sonstige Arbeiter in Hamburg vertrat. Bei Gründung unserer Organisation waren eine Anzahl Orte vertreten, in denen die Nahrungsmittelindustrie noch heute eine erhebliche Rolle spielt. Wir nennen da nur Braunschweig, Elberfeld, Hamburg und Harburg. Die Zahlstellen Hamburg und Harburg sind noch heute mit ausschlaggebend in der H- und Margarineindustrie; Braunschweig ist der typische Ort für die Konservenindustrie.

Da unser Verband ursprünglich als Verband aller ungelerneten Arbeiter gedacht war, war der Rahmen für die Nahrungsmittelindustrie innerhalb unserer Organisation weitaus gesteckt als heute. Neben den Nahrungsmittelgruppen, die wir heute noch umfassen, hatten wir auch die ungelerneten Arbeiter in der Teigwaren-, Schokoladen-, Reks- und Süßwarenindustrie. Wie auf manchen anderen Gebieten, hat unsere Organisation auch da Einschränkungen in Kauf nehmen müssen.

Die Berufsverbände, die ursprünglich die gelernten Nahrungsmittelarbeiter organisierten, wie Müller, Brauer, Bäcker und Konditoren, Fleischer usw., stellten sich später auf Industrieverbände um. Wir traten zunächst die Hilfsarbeiter in einer Anzahl Betriebe unserer Nahrungsmittelgruppen ab. Man kam zu der Einsicht, daß alle gelernten und alle ungelerneten Arbeiter innerhalb einer Industriezweig zu einem Verband gehören. Leider vertreten eine Anzahl Verbände diesen Standpunkt auch heute noch, aber nur für sich, während sie ihn für uns nicht gelten lassen. Jedoch sind Anfänge vorhanden, nach denen man uns in unseren Industriezweigen auch die gelernten Arbeiter zugeführt.

Durch einen Schiedsspruch im Jahre 1919 wurde dem Verband der Bäcker und Konditoren neben den Teigwarenarbeitern auch die Marmeladenindustrie zugesprochen. Die spätere Praxis zeigte, daß dieser Schiedsspruch unzulässig war. Die Marmeladenfabrikation ist mit der Konservenindustrie so eng verbunden, daß beide nicht zu trennen sind. Durch den am 1. Januar 1930 in Kraft getretenen Kartellvertrag ist dieser Schiedsspruch korrigiert, und die Marmeladenarbeiter gehören heute neben den Konservenarbeitern zu unserem Gebiet. Das Bestreben, Industrieverbände zu schaffen, führte dazu, daß sich die übrigen Verbände der Nahrungsmittelarbeiter zum Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter zusammenschloßen. Der Plan ging dahin, auch unsere gesamte Nahrungsmittelgruppe mit zu übernehmen. Organisationsgang und historische Entwicklung sprachen aber dagegen; jedoch sind auch durch diesen Zusammenschluß und durch den Abschluß des Kartellvertrages wieder einige Gruppen von unserer Organisation den anderen überlassen worden.

Die Anfänge der Organisation in unseren Nahrungsmittelgruppen reichen also bis zur Gründung unseres Verbandes zurück. In der Zahlstelle Hamburg spielte die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der H- und Margarinearbeiter zu Anfang der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts schon eine wesentliche Rolle. In der Zahlstelle Harburg waren die Arbeiter mit Gründer unseres Verbandes. Die H- und Margarinearbeiter von Süddeutschland kamen erst später zu unserer Organisation. Bei Gründung der Zahlstelle Nürnberg im Jahre 1908 waren über 100 Margarinearbeiter beteiligt. In Mannheim beginnen sich die H- und Margarinearbeiter in den Jahren 1906/07 für die Organisation zu interessieren. Um die gleiche Zeit beginnt das Interesse der Margarinearbeiter für die Organisation am Niederrhein.

Die Arbeiter der Konservenindustrie bildeten von jeher einen erheblichen Teil der Zahlstelle Braunschweig, da hier die Konservenindustrie ihren Ursprung hatte.

In der Zuckerindustrie reichen die Anfänge der Organisation, soweit Zuckerraffinerien in Frage kommen, bis in die 90er Jahre zurück. 1890 war nach den Reichstagswahlen in Magdeburg ganz plötzlich eine allgemeine Streikbewegung ausgebrochen, der sich auch die Zuckerraffineriearbeiter anschloßen. Da die Bewegung nicht organisiert war, brach sie zusammen und brachte zunächst einen großen Rückschlag. Erst im Jahre 1896 gelang es der Organisationsleitung, unter den Raffineriearbeitern Fuß zu fassen. 1897 war in Halle a. d. Saale eine Anzahl Kollegen der dortigen Raffinerie bei der Gründung der Zahlstelle mit tätig. In Dessau fanden die Raffineriearbeiter im Jahre 1905/06 den Weg zur Organisation.

Die Arbeiter der Kaffee-Ersatz-Industrie kamen in Magdeburg bereits 1896 zur Organisation. Auch sie waren an der allgemeinen Streikbewegung 1890 mit beteiligt. Der Misserfolg führte zunächst zu einer vollständigen Auslosigkeit. Jedoch 1896 rafften sie sich wieder zur dauernden Gewerkschaftsarbeit auf. Die Fischarbeiterinnen und -arbeiter der Wasserkanäle sind seit circa 30 Jahren ein fester Bestandteil unserer Zahlstellen Hamburg, Lübeck, Kiel und Marne. Für die Nahrungsmittelindustrie finden wir die ersten Anfänge der Organisation in Süddeutschland. Bei der Gründung der Zahlstelle Heilbronn im Jahre 1901 waren eine Anzahl Kollegen von der Firma Knorr beteiligt. Im Jahre 1903 wurde die Zahlstelle Singen gegründet. Ein erheblicher Teil der Gründer waren die Kolleginnen und Kollegen der Firma Maggi. Mitgründer der Zahlstelle Karlsruhe im Jahre 1904 war die Arbeiterschaft der Firma Sinner in Grünwinkel.

Eine Aufstellung aus der Vorkriegszeit über die Stärke unserer Organisation in der Nahrungsmittelindustrie ist nicht vorhanden. Diesbezügliche Erhebungen wurden erst 1919/20/21 veranstaltet. Nach einer Erhebung im Jahre 1921 hatten wir folgende Nahrungsmittelgruppen und -betriebe erfasst:

Zahl der Beschäftigten und Organisierten im Jahre 1921.

Industriezweig	Zahl der Betriebe	Zahl der Beschäftigt.	Davon waren organisiert:					
			im Fabrik- u. Verh.	%	in andern Verh.	%		
Müllmühlen	76	7 082	4 848	68,4	1 723	24,3	302	4,3
Margarine	82	15 539	9 852	63,1	1 561	10,0	2 378	15,1
Robzucker	230	18 037	14 536	80,8	1 610	8,9	2 106	11,7
Zuckerraffinerie	25	8 742	5 856	67,3	1 870	21,5	713	8,3
Konferen	127	8 248	6 793	82,8	478	5,8	249	3,0
Nahrungsmittel	112	5 272	3 963	74,8	819	16,0	419	7,9
Stärke	32	2 700	2 318	86,0	285	10,6	41	1,5
Kaffee-Ersatz	47	3 036	2 574	85,0	168	5,5	270	8,8
Fisch-Industrie	129	3 219	2 844	88,9	286	9,0	—	—
	860	71 925	53 584		8 830		6 478	

Für die saisonmäßig arbeitenden Industriezweige sind in vorstehender Aufstellung nur die ständigen Arbeiter mitgezählt. Zählen wir für die Zucker-, Konferen- und Fischindustrie die Saisonarbeiter hinzu, dann waren in diesen Gruppen 1921 rund 152 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Die Industrie ist durch die Rationalisierung mit ihrer Produktion seit 1921 auf das Dreifache gestiegen. Die Zahl der Beschäftigten hat aber nur um ein Drittel zugenommen. In der Margarineindustrie ist die Zahl der Beschäftigten um rund 50 Prozent herabgedrückt; sie beschäftigt heute noch 7800 Arbeiter und Arbeiterinnen. Auch die Zuckerindustrie, Kaffeeersatz- und Nahrungsmittelindustrie haben stark rationalisiert. Die Zahl der Beschäftigten ist immer geringer geworden, dementsprechend ist auch die Mitgliederzahl zurückgegangen. Unsere Nahrungsmittelbranche zählt bei unserem 40jährigen Bestehen rund 40 000 Mitglieder.

Einen erheblichen Bestandteil in den meisten Gruppen stellen die Arbeiterinnen. Die Schwierigkeiten bei der Agitation sind bekannt. Die Margarine- und Konferenarbeiterinnen sind auch heute noch, alle Organisationen zusammengenommen, mit rund 85 Prozent organisiert. Sehr schwierige Organisationsarbeit war und ist in der Zucker-, Konferen- und Fischindustrie zu leisten. Die Robzuckerfabriken liegen fast alle auf dem flachen Lande. Die Hauptbetriebszeit dauert heute nur neun bis zehn Wochen im Jahre. Die Zahl der ständigen Arbeiter beträgt kaum 18 000, die Zahl der Saisonarbeiter annähernd 55 000. Arbeiter aus allen möglichen Berufen und Gegenden strömen im Herbst zur Kampagnezeit in den Betrieb. Ein Teil davon sind Wanderarbeiter, die im Sommer aus Hiegeleien und sonstwo saisonmäßig tätig sind. Zum anderen Teile sind es auch Handwerker aus Vanberufen und kleine Landwirte oder Söhne der selben. Jedes Jahr beginnt die Organisationsarbeit von neuem.

In der Konferenindustrie sind 85 bis 90 Prozent der Beschäftigten Arbeiterinnen. Hausfrauen aus allen Schichten der Bevölkerung sind hier vorübergehend tätig. Oft stoßen unsere Funktionäre auf den Einwand: Ich bin ja nur ein paar Wochen beschäftigt, was soll ich mich organisieren! Ein großer Teil sind Beamtenfrauen, die von vornherein den Organisationsgedanken weit von sich weisen. Die Erfolge der Organisation aber nehmen sie gern in Anspruch. Diese Zustände veranlassen bereits unsere Zahlstelle Braunschweig in ihrem Jahresbericht vom Jahre 1908 zu folgendem Stoßseufzer:

„Das Schmerzenskind ist unbestreitbar die Konferenindustrie. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen dieser Branche sind tariflich geregelt. Die Vorbedingung eines Lohnarbeits, der auf freier Vereinbarung beruht, ist gegenseitige Beachtung der getroffenen Vereinbarungen.“

Der Bericht sagt dann weiter, daß wohl der Arbeitgeberverband für die Einhaltung des Tarifvertrages einsteht, nicht aber die einzelnen Arbeitgeber. Die Interesslosigkeit der Kolleginnen und Kollegen aber gibt den Arbeitgebern die Handhabe zur Umgehung des Vertrages.

Ähnlich wie in der Konferenindustrie ist es in der Fischindustrie. Trotz all dieser Schwierigkeiten verfügen wir heute in den meisten Nahrungsmittelgruppen, die wir zu unserem Organisationsgebiet zählen, wenigstens unter den Stammarbeitern, über ein Organisationsverhältnis, das sich sehen lassen kann.

Bereits im Jahre 1895 führten unsere Kollegen in der Palmkernölfabrik, AG., zu Harburg einen dreiwöchigen Streik, der ihnen eine Lohnzulage von 25 Pf. pro Tag brachte. Die Streikunterstützung betrug wöchentlich ganze 7 Mk. 1896 führten wir den ersten Streik in der Margarinefabrik von A. L. Mohr in Wahrenfeld. Zu gleicher Zeit hatten wir einen Streik in der Gaiserschen Ölfabrik in Herberg, die minimalen Einnahmen des Verbandes nicht anstreichten, derartige Kämpfe zu finanzieren, mußte unser Verband eine Anleihe von 5000 Mk. bei der Generalkommission aufnehmen. Bemerkenswert ist noch, daß der Kampf bei der Firma A. L. Mohr nicht um besseren Lohn, sondern zur Bekämpfung eines Schmarotzer- und Demagogentums geführt wurde. Nach Beendigung blieb eine Anzahl unserer Kollegen auf der Strecke. Harte Gefängnisstrafen und sonstige Opfer mußten mit in Kauf genommen werden. Später sehen wir die ersten Anfänge der Lohn- und Tarifbewegungen der Margarineindustrie in Nürnberg und Mannheim. Der erste Tarifabschluß erfolgte in Nürnberg 1906, in Mannheim 1907. Etwas später finden wir die Anfänge der Tarifbewegung in der Fischindustrie in Mannheim und in der Margarineindustrie am Niederrhein. In der Konferenindustrie wurde der erste Tarifvertrag im Jahre 1904 für Braunschweig und Umgegend abgeschlossen. Seitdem haben wir in Braunschweig für die Konferenindustrie ein tariflich geregeltes Arbeitsverhältnis.

Die ersten Tarifbewegungen in der Zuckerindustrie führen uns, soweit Zuckerraffinerien in Frage kommen, nach Mitteldeutschland. Im Jahre 1897 wurde in Magdeburg erstmalig der Versuch unternommen, für die Zuckerraffinerie einen Tarifabschluß zu erwirken. Grundtätliche Gewerkschaft der Unternehmer verhinderte das zunächst. Ansehensbare Verbesserungen konnten aber trotzdem erreicht werden. In einigen anderen Orten konnte der Verband seit 1896 die Lohnbewegungen in den Zuckerraffinerien beeinflussen. Die Kaffee-Ersatz-Industrie machte in Magdeburg den Anfang bei den Tarif- und Lohnbewegungen. 1897 wurden hier die ersten Verträge unternommen. Bei dem bekannten Standpunkt der Unternehmer, mit keinem „Ansehensbedenklichen“ zu verhandeln, mußte man sich hier einstweilen auch damit begnügen, die Lohnverhandlungen indirekt zu beeinflussen. Im Jahre 1912 konnte hier der erste Vertrag durch die Organisation abgeschlossen werden. In Heilbronn stellen wir zum ersten Male 1901 eine Lohnbewegung mit Unterstützung der Organisation bei der Firma Kaiser-Otto fest.

Im Jahre 1911 wurde mit der Maggi-Gesellschaft in Singen der erste Lohnvertrag abgeschlossen, der unseren Kollegen wesentliche Vorteile brachte. Ein Jahr später schlossen sich die Kollegen der Hohenlohe-Werke in Gerabronn unserer Organisation an, und wir konnten dort die Lohn- und Arbeitsbedingungen beeinflussen.

Aus unserer „Tarifblätter“ vom Jahre 1913 können wir feststellen, daß zu dieser Zeit die Lohn- und Arbeitsbedingungen schon in 19 Orten für die Öl- und Margarinearbeiter tariflich geregelt waren. Die Verträge galten meist nur für

einen Betrieb, in Ausnahmefällen für einen Ort. Die Öl- und Margarineindustrie zählten damals schon 29 Tarifverträge. Für die Zuckerraffinerien bestanden zwei Lohnverträge; für die Konferenindustrie bestanden Lohnverträge in Alfenbürg, Braunschweig, Parchim und Mannheim. Der Braunschweiger Vertrag umfaßte für Braunschweig und Umgegend circa 35 Konferenfabriken. In der Kaffee-Ersatz-Industrie sind Verträge für Karlsruhe, Magdeburg, Fürth, Heilbronn, Parchim und Urdingen abgeschlossen. Die Fischindustrie hatte Verträge für Hamburg, Köln und Schwann. Die Nahrungsmittelindustrie zeigte uns 1913 schon tariflich geregelte Arbeitsverhältnisse in Dresden, München, Singen und einigen anderen Orten. Eine Erhebung für die Robzuckerindustrie aus dem Jahre 1912/13 zeigt noch recht frühe Verhältnisse. Stundenlöhne von 20 bis 22 Pf. für Vollarbeiter waren keine Seltenheit. Die Ursache war in erster Linie die Interesslosigkeit der Arbeiter der Robzuckerfabriken selbst.

In der Margarine- und Fischindustrie wurde schon früh Wert auf eine Verkürzung der Arbeitszeit gelegt. Trotzdem in Harburg ein Tarifvertrag nicht bestand, hatten die Harburger Pressenarbeiter und einige andere Gruppen in der Fischindustrie schon in der Vorkriegszeit den Achtstundentag. Eine Aufstellung aus dem Jahre 1911 über die Arbeitsverhältnisse in der Öl- und Margarineindustrie zeigt, daß wir schon damals für die Margarinearbeiter in den Orten Berlin, Durlach, Elmshorn, Hamburg-Altona, Kiel, Obergürkheim, Osterwieck, Rostock die 9 1/2 stündige Arbeitszeit pro Tag hatten. In einigen anderen Fabriken wurde 9 1/4 Stunden oder 9 1/2 Stunden gearbeitet. Die Firma Kofhfrig & Co. in Hamburg hat bereits eine Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden. Aus diesen Verträgen ist ersichtlich, daß der Kampf um eine Verkürzung der Arbeitszeit in der Margarine- und Fischindustrie schon früh einsetzte. Auch der Erholungsurlaub spielt in diesen Industriezweigen bei den Tarif- und Lohnverhandlungen schon früh eine Rolle. In 23 Orten der Öl- und Margarineindustrie hatten wir bereits im Jahre 1911 einen Erholungsurlaub. Die Zahl der Ferientage war noch gering, aber der Anfang war da. Der Urlaub betrug im Mindestmaß einen Tag, im Höchstmaß sechs Tage.

Und nun die tarifliche Entwicklung in unseren Nahrungsmittelgruppen in der Nachkriegszeit: Für die Öl- und Margarineindustrie sowie für die Robzucker-, Obst- und Gemüsekonservenindustrie sind die allgemeinen Arbeitsbedingungen durch Reichslohnvertrag geregelt. Daneben hat die Margarineindustrie auch einen Reichslohnvertrag, während die Löhne für die Fischindustrie, Robzuckerfabriken und Konferenindustrie durch besondere Bezirksverträge geregelt werden. Für die übrigen Betriebe der Nahrungsmittelbranche bestehen zum Teil Orts-, zum Teil Betriebsverträge. Zum Teil sind diese Betriebe auch allgemeinen Ortsverträgen angeschlossen. In der Lohnentwicklung stehen die Öl- und Margarinearbeiter mit an der Spitze. Wir verfügen hier über ein gutes Organisationsverhältnis; das wirkt sich bei Lohn- und Tarifverhandlungen aus.

Lange hatten wir es mit dem einzelnen Arbeitgeber zu tun, der zum Teil noch persönlich seinen Betrieb leitete und mit der Arbeiterschaft verhandelte. Es war daher ganz natürlich, daß die ersten Tarifverträge auch betrieblich oder örtlich abgeschlossen wurden. Inzwischen hat sich in der deutschen Wirtschaft ein gewaltiger Umschwung vollzogen. Riesegebilde von Konzernen, Kartellen usw. sind auf allen Gebieten, namentlich auch in der Nahrungsmittelindustrie, entstanden. In der Öl- und Margarineindustrie stehen wir einem Riesenruff gegenüber, der über ein Kapital von 1 1/2 Milliarden Mark verfügt. Die Zuckerindustrie wird von großen Gesellschaften und Konzernen beherrscht. In der Kaffee-Ersatz- und Nahrungsmittelindustrie beherrschen einige größere Firmen das Feld immer mehr. Die Welt, in der wir tätig sind, ist umgeformt; wir müssen uns ihr anpassen.

Wir haben heute mit ganz anderen Gegnern zu tun als bei Gründung unserer Organisation. Aber auch wir sind anders geworden. Aus einem kleinen Verband mit ein paar tausend Mitgliedern wurden wir in 40 Jahren eine Organisation, die rund eine halbe Million Mitglieder zählt. Die Schwierigkeiten der Vergangenheit sind überwunden. Die Opfer sind nicht umsonst gebracht. Achtunggebend stehen wir heute da. Den kommenden Schwierigkeiten gegenüber sind wir gerüstet.

Aus der Geschichte der Spielwaren-, Blumen-, Federn- und Hausindustrie

Von H. Eiflein.

Spielwarenindustrie.

Die Entwicklungsgeschichte der Spielwarenindustrie sagt, daß die Herstellung von Spielzeug zu Handelszwecken ihren Anfang im Mittelalter genommen hat. Nürnberg war der Ausgangspunkt der Spielwarenherstellung, später folgte Südtüringen und noch später das Erzgebirge. In Nürnberg kam der Antrieb zur Spielzeugherstellung aus dem Handwerk, im Erzgebirge unter Zutun sächsischer Behörden. In Thüringen waren es Holzfäller und Kohlenbrenner, die ihre Freizeit im Winter benutzten, um Bedarfsartikel herzustellen, die sie in den Handel brachten. Es waren dieses in erster Linie Schachteln, Koffer, Möbel, Tisch, Teller und Schüsseln. Dazu einzelne Spielsachen für Kinder aus Holz.



Der Verkauf der angefertigten Artikel erfolgte durch die Hersteller im Haushandel. Später schlossen sich einzelne Spielwarenhersteller den Warenzügen der Nürnberger Kaufleute an, um die Märkte zu besuchen. Die Nürnberger Kaufleute wirkten befruchtend auf die Entwicklung der Südtüringer Spielzeugherstellung ein.

Das erste Spielzeug wurde aus Holz hergestellt. Später kam solches aus Brotteig, Wachs, Papiermaché, Textilstoffen, Stein, Metall, Porzellan, Zelluloid und Gummi hinzu. Die Spielzeugherstellung ist in der Hauptsache aus dem Handwerk hervorgegangen, und zwar unter Einfluß der Kaufmannschaft. Das ursprüngliche Handwerk wurde durch die Hausindustrie abgelöst. Diese hat sich in zwei Spielwarengewerkschaften erhalten: in Thüringen und im Erzgebirge. Betriebsindustrie ist innerhalb der deutschen Spielzeugherstellung gegenwärtig in allen Spielwarenproduktionsgebieten festzustellen. Die Entwicklung dazu begann im vierten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts unter starker Gegenwehr der Hausarbeiter, insbesondere der Woffierer und Papiermachédrucker. Diese beiden hauptsächlichsten Gruppen in der Spielzeugherstellung lebten in sehr bedrängter Lage und saßten sich durch die Errichtung von Fabrikbetrieben bedroht. Als 1847 eine verheerende Krise die Lage der Woffierer und Papiermachéarbeiter noch verschlechterte, saßen sie sich zusammen und verlangten eine gemeinsame Innung. Das folgende Revolutionsjahr führte zu leidenschaftlichen Ausbrüchen, die den Sonneberger Verleger Fleißmann zwangen, seine Manufaktur aufzugeben.

In den übrigen Spielwarengewerkschaften Deutschlands lagen die Verhältnisse ähnlich wie in Sonneberg. Die Feindschaft der Handwerker und Hausarbeiter gegen die Manufakturbetriebe war groß. Aber trotz dieser Feindschaft setzte sich die Betriebsform auch in der Spielwarenindustrie durch.

Als nun Ausbruch des Weltkrieges 1914 hatte die deutsche Spielwarenindustrie eine Knappstellung auf dem Weltmarkt. Der Absatz war auf alle Länder des Erdballs ausgedehnt. Alle Anstrengungen in der Nachkriegszeit, die Ausfuhrzahlen von 1913 zu erreichen, sind fehlgeschlagen.

Die bisherige Entwicklung der Spielwarenindustrie hat fünf Epochen durchlaufen. Zuerst war der Hersteller zugleich Verkäufer der Produkte, dann übernahm ein Verleger den Verkauf, während die gesamte Produktion in den Händen der von ihm abhängigen Heimarbeiter oder Hausgewerbetreibenden blieb. Später wurde dem Hausgewerbetreibenden ein Teil seiner Produktion abgenommen und in den

Großbetrieb verlegt. Im Laufe der Zeit machte der Fabrikbetrieb sich die Maschine zunutze, um es schließlich mit der neuen Wirtschafts- und Betriebsmode (Rationalisierung, Normierung, Typisierung) zu versuchen.

Schon die zweite Epoche brachte eine fühlbare Ausbeutung. Sie wurde verstärkt durch jede folgende. Das drängte die Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden der Spielwarenindustrie zur Abwehr. So hat es denn in der Entwicklung auch nicht an lokalen Organisationsgründungen von Zünften, Innungen und Vereinen und deren Zusammenbrüchen gefehlt.

Die Holzschneider und Dackelmacher hatten bereits im 13. Jahrhundert in Nürnberg eine Gewerkschaft. 1670 hatten sich zwölf Spielwarenmalermeister zu einer „Sonneberger Lade“ zusammengeschlossen. In den Statuten wird rund 100 Jahre später, am 24. Dezember 1762, darauf verwiesen, daß 29 Meister tätig sind. 1781 gründeten die Boffierer und Dackelmacher eine Innung, 1789 schlossen sich die Kaufleute zusammen.

Im Statut für die plastischen Gewerbe vom 11. April 1849 sind geringe Rechte der Gesellen mit festgelegt. An Versuchen, die Organisation zu fördern, scheint es nie gefehlt zu haben. Der in den Jahren 1885 bis 1890 bestehende Spielwarenarbeiter-Fachverein kam nur wenig zur Entwicklung. 1890 gab dieser 500 Fragebogen heraus. Davon wurden nur 18 Stück zurückgegeben. Der Fachverein zerbrach an der Gleichgültigkeit seiner Mitglieder.

Die Drücker haben sich wiederholt zusammengeschlossen (1896/1897). Im Jahre 1904 haben sie sich durch einen Streik bereits Achtung verschafft, jedoch nur für kurze Zeit.

Die Maskenarbeiter von Jagdschhof b. Sonneberg und Manebach b. Ilmenau gründeten 1902 einen Verband. Die freien Gewerkschaften hatten jahrelang Versuche gemacht, Eingang zu finden, aber ohne Erfolg. Eine örtliche Organisation der Spielwarenarbeiter zu gründen, schlug auch 1905 fehl. In Neustadt b. Coburg haben sich die Drücker in einer geringen Anzahl dem Transportarbeiterverband angeschlossen. Im gleichen Jahre (1905) wurden in Sonneberg und Neustadt h. Coburg Japfstellen des Verbandes der Fabrikarbeiter gegründet. In Neustadt waren es hauptsächlich Drücker, in Sonneberg Dackelstopfer in Heimarbeit und Fabrikbetrieb, welche in geringer Zahl zur Organisation kamen. Die Dackelstopfer haben wohl den Wert der Organisation erkannt, jedoch nicht die Notwendigkeit des Beitragszahlens. Die Versammlungen waren zuweilen Tummelplätze persönlicher Auseinandersetzungen. Dem Alkohol wurde häufig zugesprochen und es kam manchmal auch zu Tötlichkeiten.

Der Fabrikarbeiterverband hat in wechselvoller Reihenfolge sich bemüht, die Interessen der Heim- und Betriebsarbeiter zu fördern. Für die Betriebsarbeiter gelang es 1907, nach einem Streik, einige Werkstätte abzuschließen, und andere Betriebe haben ihre Entlohnung danach eingeleitet. Auch die Heimarbeiter haben dadurch gewonnen. Das Vorhandensein einer Organisation, die nicht nur örtlich begrenzt war, hat gewirkt. 1911 haben sich auch die Spielwarenarbeiter in Rodach und die Angeneinseher im Südbüringer Spielwarengelbiet dem Verbands der Fabrikarbeiter angeschlossen. 1913 erfolgte eine Aussperrung der Betriebsarbeiter in der Spielwarenindustrie Südbüringens. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei. Streikende wurden mit dem Polizeifüßel niedergeschlagen. Ein nachfolgender Landfriedensbruch brachte längere Gefängnisstrafen. 1916 hat sich der Rest der Drücker, 1919 haben sich die Maskenarbeiter sowie die Balgmacher dem Verband der Fabrikarbeiter angeschlossen. Zur gleichen Zeit haben auch die Spielwarenarbeiter in den übrigen für uns zuständigen Spielwarengelieten Anschluß an unsere Organisation gefunden.

In rund 15 Tarifverträgen wurden nunmehr die Arbeits- und Lohnbedingungen für die Spielwarenarbeiterchaft geregelt. Elf davon bestehen heute noch, dazu sechs Heimarbeiterlohnverträge.

Kunstblumenindustrie.

Die Heimat der Kunstblumenindustrie ist China. In Deutschland hat sich zuerst die Französin Madame Jeanne Elisabeth Mouton mit der Herstellung von Kunstblumen befaßt. Diese Frau wurde 1780 mit ihrer Familie in Dresden ansässig.

In Leipzig hielt die künstliche Blumenindustrie 1928 durch den Kriegseinfluß aus den Befreiungskriegen Christian Friedrich Reichert ihren Einzug. Reichert betrieb die Herstellung künstlicher Blumen fabrikmäßig. Die Aufzeichnungen darüber sagen, daß er 1830 in seinem Betriebe 147 Leute beschäftigte, die einen Wochenverdienst von 1 Taler 12 Groschen bis 3 Taler 12 Groschen hatten. In Berlin wurden in der gleichen Zeit für Arbeitskräfte in der dortigen Blumenfabrik 1 bis 10 Taler monatlich gezahlt, also weit niedrigere Löhne als in Leipzig.

Aber den Einzug der Kunstblume in Sebnitz, dem heutigen Hauptgelbiet der Industrie, ist der eigentliche Urheber nicht bekannt. Die Geschichte verweist auf eine Schauspielerin, die anlässlich eines mehrtägigen Aufenthaltes in Sebnitz einige Frauen mit der Bindekunst vertraut gemacht haben soll.

Sebnitz, vor 100 Jahren noch eine arme, kleine, unbekannte Weberstadt mit etwa 3000 Einwohnern, beginnt seit dem Jahre 1834, nachdem Sachsen im März 1833 sich dem deutschen Zollverein angeschlossen hatte, ein Anziehungspunkt für die benachbarten deutschböhmisches Gewerbetreibenden zu werden, deren Verkehr mit dem großen Zollvereinsgebiet durch sehr hohe Zölle zur Unmöglichkeit gemacht wurde. Dadurch wurden viele kleine Fabrikanten und Blumenmacher veranlaßt, Arbeitsräume in den sächsischen Grenzorten, besonders in Sebnitz, zu mieten. Hier ließen sie durch ihre böhmischen Arbeiterinnen die Blumen herstellen und konnten diese nun ohne Zollpfeßen von hier aus in das Reich vertreiben.

Eine Ausdehnung erfährt in Sebnitz die junge Blumenindustrie durch den großen Brand am 15. September 1854. 116 Gebäude wurden eingedacht und dadurch 733 Personen obdachlos. Die Weber des Städtchens Sebnitz haben durch den Brand sehr viele Weibhülfe verloren. Die Möglichkeit, neue anzuschaffen, bestand nicht. Da die Blumenanfertigung mit sehr geringen Unkosten betrieben werden konnte, wendeten sich die Weber der Blumenmacherei zu.

Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte sich die Spezialisierung der Blumenfabrikation in hohem Maße. Damit wird der Weg frei, die teilweise Herstellung von Blumen vom Fabrikbetrieb in die Wohnungen zu verlegen.

Inzwischen haben sich auch Blumenmacher in den benachbarten Neustadt und Langburkersdorf zu selbständigen Fabrikanten entwickelt. Der Weckruf um die Ausbeutung der Bewohner des Sebnitzer Bezirkes hat damit seinen Anfang genommen.

Wie schon zum Ausdruck gebracht, begann in der Kunstblumenindustrie die Ausbeutung mit der Durchführung der Arbeitsteilung. Der Organisationsgedanke wurde durch sie geweckt. In der Pfingstwoche 1901 wurde in Berlin der Verband der Blumenarbeiter gegründet, der bald in Dresden, Neustadt, Leipzig und Sebnitz Mitglieder gewann. Nach der Berufszählung 1907 kamen für die Industrie künstlicher Blumen 30 000 Personen, darunter 7000 als Hausarbeiter, in Frage. Diese Tatsache führte dazu, daß der Anschluß des Verbandes der Blumenarbeiter an eine große Organisation notwendig wurde. Am 1. Januar 1914 schloß sich der Verband der Blumenarbeiter unserer Organisation an, nachdem Verhandlungen mit dem Arbeiterverband gescheitert waren. Beim Übertritt kamen aus Berlin, Dresden, Leipzig, Neustadt und Sebnitz 679 männliche und 449 weibliche, insgesamt also 1128 Mitglieder in Frage.

Seit dieser Zeit hat sich die Mitgliederzahl aus der Kunstblumenindustrie beträchtlich erhöht. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen haben sich unter Zutun unserer Organisation gebessert. Sie sind in 13 Tarifverträgen für die einzelnen Kunstblumenbezirke niedergelegt. Ein Heimarbeiterlohnverträge ist geschaffen. Der ehemaligen willkürlichen Ausbeutung sind Schranken gesetzt.

Wettfedernindustrie.

Die Wettfedernindustrie hat sich erst in den letzten Jahrzehnten zu einem eigenständigen Industriezweig entwickelt. Wohl gehen die Anfänge zurück bis auf circa 100 Jahre, aber die Entwicklung zeigt nicht das Tempo anderer Industrien.

Die maschinelle Arbeit fand nur langsam und verhältnismäßig spät Eingang. Die Veredelung der Rohfedern wurde mit allen möglichen primitiven Mitteln versucht. Die ersten Maschinen wurden in den Jahren 1890 bis 1895 eingeführt. Mit der Zeit hat auch hier die technische Entwicklung weitere Fortschritte gemacht, und heute sind die Wettfedernbetriebe mit den modernsten Maschinen ausgestattet.

Im Jahre 1906 schloß sich ein Teil der Arbeiterschaft unserer Organisation an. Am 1. Februar 1907 wurde in München der erste Tarifvertrag abgeschlossen, der für die Arbeiterschaft bedeutende Verbesserungen brachte. Die Arbeitszeit wurde von neun und halb auf neun Stunden täglich verkürzt. Der 1. Mai wurde als Feiertag anerkannt. Neben der Verbesserung der Löhne wurde auch die Bestimmung mit aufgenommen, wonach bei Krankheit für die ersten drei Tage der Lohn gezahlt wurde.

Hausindustrie.

Die Wirtschaftsverhältnisse in der Hausindustrie waren seit der Zeit, da Manufakturwaren und die Fabrikbetriebe als neue Betriebsformen in Erscheinung traten, mit wenigen Ausnahmen schlecht. Die Lebenshaltung der Beschäftigten war unternormal. Die Heimarbeiter und deren Familien waren den Verlegern „untertan“. Die wirtschaftliche und soziale Not war zur Dauererscheinung geworden. Körperliche und geistige Verelendung griff um sich.

Seit der Jahrhundertwende hat sich in der Heimarbeit vieles geändert. Die für die deutsche Nation beschämenden „Elendsbilder“, wie sie von den Schriftstellern des 19. Jahrhunderts gezeichnet wurden, sind zwar noch nicht gänzlich verbannt, aber sie sind seltener. Eine 40jährige Sozialreform, an welcher auch unsere Organisation reichlich Anteil hat, war nicht vergebens.

Was die Heimarbeiter, Hausarbeiter und Hausgewerbetreibenden heute mitunter sehr stark bedrückt, sind die für die Hausindustrie geschaffenen unklar gehaltenen Befehle. Ein getreues Spiegelbild der Zerrissenheit über den Begriff der Arbeitsstellung zeigt die verschiedene Bezeichnung. Die Begriffe „Heimarbeiter“, „Hausarbeiter“, „Hausgewerbetreibender“, „Zwischenmeister“, „Faktor“ und zuletzt „Rohngewerbetreibender“ schwirren in der Anwendung durcheinander, ohne daß ihr Sinn dem Anwender immer geläufig ist. Ähnlich wirken die Rechtsbestimmungen.

Seit Jahrzehnten bemüht sich unsere Organisation, die sozialen, wirtschaftlichen und Arbeitsrechtsverhältnisse der in der Hausindustrie beschäftigten Personen zu verbessern. Viele Mühe und Arbeit war notwendig, um den Organisationsgedanken in die Köpfe der Hausarbeiter zu verpflanzen.

So wurden die Christbaumschmuckmacher 1916 in eine Zwangsinnung zusammengepreßt; die Thermometer- und Glasinstrumentenmacher im Bezirk Langewiesen 1920, die in den Bezirken Ilmenau und Geraberg 1921. 1928 schlossen sich die Christbaumschmuckmacher zu 80 Prozent unserer Organisation an. Durch das zwölfjährige Vorhandensein der Zwangsinnung waren für die Christbaumschmuckindustrie Verhältnisse geschaffen, die in wirtschaftlicher, sozialer und steuerlicher Beziehung weit unter den normalen lagen. Wohin man auch blickte, überall Lohn- und Steuerdruck und die sich daraus ergebende Not.

Trotz dieser schwierigen Situation haben wir den Mut nicht sinken lassen. Den Kampfweg, der gegangen werden mußte, angeschrieben wir wie folgt:

- Auflösung der Zwangsinnung;
- Schaffung eines Fachauschusses;
- Schaffung eines Tarifvertrages;
- Beseitigung der Handwerkskammerbeiträge;
- Schaffung erträglicher Steuerverhältnisse.

Die vorstehend aufgezählten Forderungen sind erfüllt. Die Zwangsinnung ist aufgelöst, der Fachauschuß ist geschaffen und mit ihm ein Tarifvertrag. Innungs- und Handwerkskammerbeiträge werden nicht mehr gezahlt. Die Umsatzsteuerfreiheit ist errungen. Auch die Auflösung der Zwangsinnungen Langewiesen, Ilmenau und Geraberg ist beantragt.

Zur Schaffung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen für die in der Hausarbeit unseres Organisationsbereiches beschäftigten Personen bedienen wir uns der von uns beantragten und von den Behörden errichteten Fachauschüsse. Während noch 1922 überhaupt kein Fachauschuß vorhanden war und deshalb die Hausarbeiter allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge nicht erlangen konnten, können wir uns gegenwärtig auf sechs Fachauschüsse stützen.

1. Fachauschuß für die Spielwaren- und Karnevalartikelindustrie in Thüringen;
2. Fachauschuß für die Spielwaren- und Karnevalartikelindustrie in Oberfranken;
3. Fachauschuß für die sächsische Kunstblumenindustrie;
4. Fachauschuß für die Glasindustrie;
5. Fachauschuß für die Krabbenschälerel;
6. Gesamtfachauschuß für die Karneval- und Festartikelindustrie im Deutschen Reich.

Trotz der einengenden gesetzlichen Bestimmungen des HVG über die Befugnisse der Fachauschüsse ist durch das Vorhandensein derselben besserer Lohnschuß als früher gegeben.

Die von unserer Organisation vertretenen Heim-, Hausarbeiter und Hausgewerbetreibenden arbeiten mit wenigen Ausnahmen unter Tarifverträgen. Der von früher bekannte Lohndruck ist dadurch zurückgedrängt. Die Lebensverhältnisse haben sich gebessert. Daß die Organisation zu dieser Entwicklung in der Heimarbeit die treibende Kraft, die Führerin aus tiefster Not zu besserer Lebenshaltung war, das danken die Heimarbeiter der Organisation an ihrem 40. Geburtstag.

**Karl Thiemig
25 Jahre Verbandsangestellter.**



Wer von der jetzigen im Verbandsleben tätigen Führergeneration sein 25jähriges Dienstjubiläum feiern kann, der hatte sich im Dienste der Arbeiterbewegung lange vor seiner Anstellung die Sporen verdient. Das war auch bei Thiemig der Fall, denn wir finden ihn bereits im Jahre 1895 gewerkschaftlich und politisch organisiert und aktiv mit tätig. Aktivität ist übrigens bei ihm etwas Selbstverständliches, und sein impulsives Wesen hat ihn schon frühzeitig befähigt, Antriebskraft zu sein. Dafür wurde er gründlich gefäßt durch die Not. Als

Kind armer Leute wurde er am 23. September 1876 in Jüttendorf (Kreis Kalau) geboren und lernte Armut und Not „von unten auf“ in reichem Maße kennen. Dazu kam, daß der Vater starb, als Karl Thiemig 6 Jahre alt war. Unter solchen Umständen wurde die schon vorhandene Not noch größer und damit dem Jungen die Kindheit vergällt. Wer wie der Schreiber dieser Zeilen selbst dem gleichen Schicksal unterlag, der weiß, welche schwere Schatten des Kindes Gemüt bedrückten, wenn es schon im zartesten Alter den Kelch des Leidens leeren muß. Solche Kinder werden früh reif und haben aus eigener praktischer Anschauung längst den Glauben an die göttliche Weltordnung verloren, wenn andere, glücklichere Kinder noch wirklich Kind sein dürfen.

Mit dem Tode des Vaters lag die ganze Last der Sorge um die Kinder auf den Schultern der Mutter. Karl und seine Geschwister wurden der Obhut fremder Leute anvertraut, wenn die Mutter zur Arbeit ging. Sie half, wo es etwas zu tun gab, im Sommer hauptsächlich bei der Ernte. Mit einem Wochenverdienst von 3,60 bis 4,20 Mark mußten die Kinder kümmerlich ernährt werden. Im Winter

strickte die Mutter Strümpfe, gegen eine Bezahlung von 30 Pf. pro Paar. Und doch war die Mutter froh, überhaupt Aufträge zu bekommen.

Wie eine Erlösung wurde der Tag herbeigesehnt, an dem Karl aus der Schule entlassen wurde. Sollte er doch der Mutter ihre schwere Last erleichtern oder abnehmen, er sollte mindestens mitverdienen.

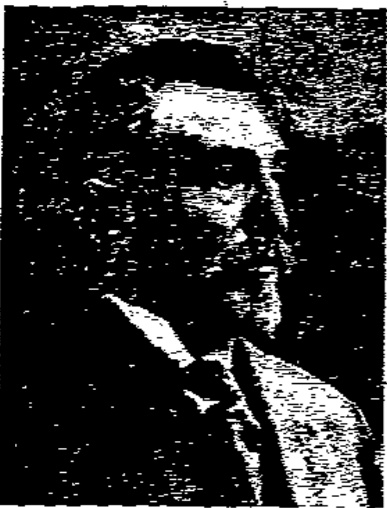
Der begabte und kritisch veranlagte Junge entwickelte frühzeitig hervorragende Geschicklichkeit und Handfertigkeit in den verschiedensten Dingen. Was hätte unter günstigeren Umständen nähergelegen, als ihn ein Handwerk lernen zu lassen? Aber unter dem Druck der Not mußte er in einer Textilarbeiter in Großenhain Arbeit nehmen. Mehr und mehr fällt dem Sohne Karl die Rolle des Ernährers zu. Ein Streik der Weber und die hierbei kraft zutage tretende Parteilichkeit und Ungerechtigkeit der bürgerlichen Presse lösten in dem Jungen Empörung aus und brachten Karl Thiemig zur Arbeiterbewegung. Bereits mit 19 Jahren ist er eifriger Funktionär des Textilarbeiterverbandes, dessen Mitglied er am 22. Juni 1895 wurde. Sehr bald besaß er das Vertrauen nicht nur seiner Berufskollegen, sondern auch das der Arbeitererschaft, denn sie wählten ihn 1896 als Kassierer des Gewerkschaftskartells. Durch die Hände dieses jungen Kassierers liefen erhebliche Beträge, besonders aus den Sammlungen für den Hamburger Werstarbeiterstreik. Die organisierte Arbeitererschaft von Großenhain sah den Kollegen Thiemig ungern scheiden, als er 1898 nach Dresden ging. Dort trat er sofort wieder aktiv in den Vordergrund. Er war unterdessen Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes geworden und wurde zum Vorsitzenden unserer Zahlstelle Dresden gewählt, welche Stelle er von 1898 bis 1901 innehatte. Von 1901 bis 1904 war er Mitglied der Gaukommission (heute sagen wir Gauvorstand), von 1904 bis 1905 Kassierer der Zahlstelle. So hatte die Dresdener Mitgliedschaft reichlich Gelegenheit, die Arbeitskraft Thiemigs kennen und schätzen zu lernen. Er hat die Zahlstelle reorganisiert, man kann auch sagen rationalisiert, und ein tadelloses Funktionieren aller Teilgebiete und des Ganzen hergestell. Daraus mit erwachsener der rasche Aufstieg der Zahlstelle Dresden. So konnte bzw. mußte bereits 1905 ein Geschäftsführer angestellt werden, weil die Arbeiten im Nebenamt nicht mehr erledigt werden konnten. Da war es eigentlich selbstverständlich, daß die Wahl auf Karl Thiemig fiel. Am 1. Juli 1905 trat er hauptberuflich an die Spitze der Zahlstelle, die sich dann so rasch entwickelte, daß bereits im Juli 1907 eine zweite Kraft angestellt werden mußte.

Unter der zielbewußten Leitung Thiemigs hat sich die Zahlstelle Dresden eine gut disziplinierte Mitgliedschaft herangebildet, desgleichen einen zuverlässigen Funktionärkörper.

Unterdessen war Karl Thiemig der Mitgliedschaft im Reich längst kein Unbekannter mehr. Und als im Jahre 1911 im Hauptbüro ein Sekretär angestellt wurde, da griff der Hauptvorstand aus der Zahl der Bewerber Karl Thiemig heraus. Nunmehr war es die Zahlstelle Dresden, die eine hervorragende Kraft verlor, als Thiemig am 1. April 1911 seinen neuen Posten in Hannover antrat und in seinem neuen Tätigkeitsgebiet so arbeitete, als sei er schon immer an derselben Stelle gewesen. Und weil er das verzweigte Arbeitsgebiet des ganzen Hauptbüros bald vollständig übernahm und beherrschte, und weil Thiemigs Arbeitskraft längst richtig erkannt war, deshalb wählte ihn der Verbandstag im Jahre 1920 in Hannover zum zweiten Vorsitzenden. Seit Schaffung unserer Verbandsschule im Jahre 1925 ist der Jubilar an dieser Schule als Lehrer mit tätig.

Auch auf politischem Gebiet hat sich der Kollege Thiemig betätigt. So war er Mitglied des Kreisvorstandes für den 5. sächsischen Wahlkreis, war 1910 Landtagskandidat für den 17. sächsischen Wahlkreis, war in Hannover Vorsitzender des 9. hannoverschen Wahlkreisvorstandes und war eine Zeitlang Gemeinderatsmitglied in Empelde.

Karl Thiemig ist angestiegen aus den Niederungen, aus Not und Armut, hat sich emporgerungen, und der reiche Schatz seiner Lebenserfahrung, sein Organisations-talent und seine Dispositionsfähigkeit kommen dem Gesamtverband zugute. Wir wünschen ihm an seinem Ehrenstage, daß er in voller Frische und ungeminderter Tatkraft noch recht lange gemeinsam mit uns wirken möge zum Wohle unserer Mitgliedschaft und der Arbeiterbewegung überhaupt!



Michael Dirscherl 25 Jahre Gauleiter.

Der Aufstieg des früheren Glasarbeiterverbandes vollzog sich langsam, und wie in allen anderen Gewerkschaften waren Rückschläge im Aufstieg zu verzeichnen. Die Agitation mußte in Bahnen gelenkt werden, damit die neugewonnenen Mitglieder der Organisation erhalten blieben. Bereits im Jahre 1903 wurde der Gedanke laut, zwei Gauleiter anzustellen, aber es blieb leider bei dem Gedanken. Die Glasarbeiter vertraten damals in ihrer Mehrheit die Auffassung, daß neu anzustellende Beamte der

Organisation unnötige Kosten verursachen, das Geld gespart werden kann. Eine Auffassung, die nur schwer niederzukämpfen war, aber diese Idee mußte mit dem weiteren Erstarken der Gewerkschaftsbewegung zur Durchführung gebracht werden. Der Verbandstag von 1905 in Jena faßte den Beschluß, zwei Gauleiter anzustellen. Gewählt wurden die Kollegen Michael Dirscherl (Fürth) und Reinhold Strige (Penzig), die beide am 1. Juli 1905 ihre Tätigkeit aufnahmen. Unser Kollege Strige ist bereits verstorben.

Unser Kollege Dirscherl begeht am 1. Juli 1930 sein 25jähriges Jubiläum als Gauleiter des Fabrikarbeiterverbandes, Abt. Keramischer Bund. Geboren am 27. September 1867, hat unser Kollege Dirscherl fast das 63. Jahr erreicht. Aber mit jehener Frische, mit ganzer Hingabe der Kraft eines Jüngeren unterzieht sich Dirscherl auch heute noch seiner anspruchsvollen Tätigkeit mit der größten Opferbereitschaft. Seine Jugend verlebte Dirscherl in der Oberpfalz (Bayern). Der Vater war Glasarbeiter. Was lag näher, als daß der Sohn denselben Beruf ergriff.

Michael Dirscherls Jugendzeit war nicht die angenehmste, denn eine zahlreiche Kinderfamilie war in der Familie vorhanden, und Not und Entbehrungen waren ständige Begleiterscheinungen. Nach der Schulentlassung trat Dirscherl in die Glasbleiberei ein, erlernte den Beruf des Glasbleibers. Frühzeitig regte sich in dem jungen Kollegen der Gedanke des Zusammenschlusses. Er war der erste, den wir in der Oberpfalz für unsere Organisation und unsere Ideen gewinnen konnten. Was das bedeutet, kann nur der erweisen, der den starken Einfluß des Kleins nicht allein in der Oberpfalz, sondern auch an anderen Orten, vornehmlich Bayerns, kennt. Das führte auch zur Maßregelung und zur dauernden Arbeitslosigkeit. Kollege Dirscherl mußte seinen Erwerb in der Oberpfalz aufgeben und fand Arbeit in Nürnberg-Fürth.

In der Spiegelstadt Fürth war die Organisationsfähigkeit keineswegs leichter. Wohl war bereits eine recht erhebliche Zahl der Glasarbeiter in Fürth Mitglied unseres Verbandes, aber wie die Glasindustriellen im allgemeinen, so auch in Fürth, sie setzten alles ein, um unseren Kollegen Dirscherl brotlos zu machen. Im Jahre 1896 blies Dirscherl nach einem großen Streik auf der Straße. Der Vertretersmann der Glasarbeiter von Fürth, Michael Dirscherl, wird nicht mehr eingestellt. Die Brutalität ging sogar so weit, daß Dirscherl auch in anderen Betrieben keine Arbeit fand. Als Gelegenheitsarbeiter beim Straßen- und Hausbau fand er endlich Arbeit. Per Verdienst karg, die Familie groß und Arbeit in Höhe und Fülle. So war der Lebensweg ein drübenwöller. Die einmal erkannte Idee, daß nur durch starken Zusammenschluß aller Glasarbeiter eine

Besserung der Lage geschaffen werden kann, war das Leitmotiv des Gedankens. So wurde die Zahlstelle Fürth unter seiner Leitung immer größer.

Der Einfluß unserer Kollegen in der sozialdemokratischen Parteio rganisation war von nicht zu unterschätzender Bedeutung. So wurde Dirscherl angestellt als Inseratenfahnder für die sozialdemokratische Zeitung. In dieser Tätigkeit stand Dirscherl unter dem Einfluß unseres verstorbenen Genossen Adolf Braun, des Chefredakteurs der „Fränkischen Tagespost“. Unter diesem Einfluß wurden neue Anregungen gegeben, und Dirscherl wurde führend in der Fürther Gewerkschaftsbewegung.

Nachdem der Verbandstag in Jena den Beschluß gefaßt hatte, zwei Gauleiter anzustellen, wurde unserem Kollegen Dirscherl das große Gebiet für West- und Süddeutschland übertragen. In diesem Riesengebiet fand der neue Gauleiter ein großes Tätigkeitsfeld; aber auch der Aufstieg unseres Verbandes blieb nicht aus. Es war im Kreise unserer Kollegen Gemeingut geworden, die Gauleiter sind nicht zu entbehren. So sehen wir die Bewegung wachsen im Saargebiet, in Baden und Württemberg. Im letzteren zeigt sich nur eine kleine Glasindustrie, aber trotzdem ist Dirscherl auch in diesem Bezirk tätig. In Bayern mit seiner ausgedehnten Glasindustrie, macht der Verband große Fortschritte. Am Rhein wird die Organisation gefestigt, und nicht zuletzt ist unser Gauleiter Dirscherl im Thüringer Gebiet tätig, wird doch der erste Tarifvertrag in der Thermometerindustrie bald nach der Anstellung unseres Kollegen Dirscherl abgeschlossen. Durch die Tätigkeit in der Heimindustrie Thüringens, besonders unter den Fieberthermometerarbeitern — aber nicht minder bei den Christbaumschmuckarbeitern — erwirbt sich Dirscherl großes Vertrauen. Auch die Behörden erkennen an, daß nur durch die Gewerkschaftsbewegung eine Besserstellung der trostlosen Lage unserer Heimarbeiter herbeigeführt werden kann.

Die Kraft reicht kaum aus, aber die Tätigkeit ist nie versagend. Rastlos geht es aus einem Bezirk in den anderen, und Achtung und Ansehen gewinnt die Organisation der Glasarbeiter.

Auf politischem und kommunalem Gebiet muß im Interesse der Arbeitererschaft gearbeitet werden. In der Oberpfalz wird Dirscherl als Kandidat der Sozialdemokratischen Partei zum Reichstag aufgestellt. Sein Gegner ist der bekannte Bauern doktor Heim. Keine Möglichkeit, den Kreis zu gewinnen; um so höher aber muß eingeschätzt werden, daß der nie ruhende Rufer und Werber Dirscherl für die Partei auf aussichtslosm Vorposten steht. Die Klinge wird mit dem Gegner gekrenzt, wenn auch der Sieg noch nicht zu erwarten ist.

Auf kommunalpolitischem Gebiet ist Dirscherl in Fürth hervorragend tätig. Seit langen Jahren wirkt Dirscherl als Stadtrat von Fürth und ist in dem sächsischen Parlament ein geachteter und beliebter Mitarbeiter.

Seit der Verschmelzung mit dem Fabrikarbeiterverband und der Gründung des Keramischen Bundes ist unser Jubilar Gauleiter des Keramischen Bundes im Fabrikarbeiterverband. Wir dürfen ohne jede Überhebung aussprechen, daß es unserem Kollegen Dirscherl gelungen ist, in nie verlagender Tätigkeit durch das Gefühl innerer Kollegialität und Zusammengehörigkeit das Vertrauen aller Glasarbeiter wie aller derer zu erobern, die unseren Dirscherl kennengelernt haben.

So ist der Aufstieg des früheren Glasarbeiterverbandes, des jetzigen Keramischen Bundes, sowie des Fabrikarbeiterverbandes unserem Dirscherl mit zu verdanken.

25 Jahre als Gauleiter lassen viel Freude in der Familie fehlen, denn der Beruf zwingt, bald in diesem, bald in jenem Bezirk die Tätigkeit aufzunehmen. Michael Dirscherl hat in seiner langen Tätigkeit weder Mühe noch Arbeit gescheut. Wir bringen unserem Jubilar an diesem Tage unsere herzlichste Gratulation zu seinem 25jährigen Jubiläum dar und wünschen, daß er noch recht lange seinen Platz in voller Gesundheit ausfüllen möge.

Luise Zielz in Eschershausen.

Von August Meier.

Als wir an einem schönen Herbstmorgen 1901 zur Arbeit gingen, sahen wir an den Telegraphenstangen und an den Ecken verschiedener Häuser Zettel angeklebt mit dem Inhalt, daß am selben Abend im Saale des Gastwirts Kuhlmann eine Versammlung des Verbandes der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands stattfinden. Als Referentin war für diese Versammlung Luise Zielz (Hamburg) vorgesehen. Natürlich bildete dieses bevorstehende Ereignis in dem 2000 Einwohner zählenden Städtchen Gesprächsstoff für den ganzen Tag, denn daß eine Frau auch Reden halten könne, hatte man ja in Eschershausen noch nicht gehört. Einige Spielbürger, die das Gras wachsen hörten, wußten „aus ganz bestimmter Quelle“, daß in Wirklichkeit gar keine Frau als Redner käme, sondern ein von den Sozialdemokraten als Frau verkleideter Mann. Der Abend kam heran, und die Versammlung war von Männern und Frauen sehr gut besucht. Selbstverständlich durften der Polizeiwachmeister Lillich und der Polizeijergeant Buchholz nicht fehlen. Kaum hatte der erste Bevollmächtigte Wilhelm Warncke die Versammlung eröffnet, als sich auch schon der Polizeiwachmeister erhob und erklärte, daß auf Grund des Braunschweigischen Vereinsgesetzes sich Frauen an politischen Versammlungen und Vereinen nicht beteiligen dürften. Dazu gehörte selbstverständlich auch die Referentin, und er fordere daher sämtliche Frauen auf, den Saal zu verlassen. Falls dieses nicht geschehe, würde er die Versammlung auflösen.

Mit derartigen Geistesblitzen hatte die Versammlungsleitung sicherlich nicht gerechnet; aber sie wußte trotzdem Rat. Ein redogewandter Genosse war nicht zur Stelle, und so erklärte dann der Versammlungsleiter die Versammlung für geschlossen und bat die Anwesenden, noch zu einem Glase Bier ein Stündchen zusammenzubleiben, was auch geschah. Luise Zielz ging nun zu den verschiedenen Gruppen und machte eine schöne Anzahl Neuaufnahmen für den Verband. Die Polizei hatte das Vergnügen, mit zusehen zu dürfen, wie die einzelnen Kollegen ihren Beitritt erklärten. Einen Abend später fand eine Versammlung in Hohlenberg statt. Dieses Dörfchen gehört zum Amtsbezirk Stadtdöbendorf, also hatte die Stadtdöbendorfer Polizei über das Wohl der Einwohner Hohlenbergs zu wachen. Sie schien aber sehr modern zu sein, denn sie ließ Genossin Zielz ungehindert reden. Der Staat Braunschweig ist aber durch diese Rede nicht zusammengebrochen.

Den dritten Abend sollte Genossin Zielz in Holzen (Polizeibezirk Eschershausen) reden, und es war klar, daß die Polizei dieses nicht dulden würde. Um aber mit der Polizei abrechnen zu können, hatte sich die Zahlstellenleitung mit dem ehrenamtlichen Gauleiter unseres Verbandes, dem „Konsumbruder“ Fritz Ohlendorf, in Verbindung gesetzt, damit dieser noch einen Referenten besorge. Die Versammlung war sehr gut besucht. Leider kam kein Redner. Nach Eröffnung der Versammlung erlebten wir dasselbe Komödientpiel wie in Eschershausen. Die Polizei verlangte sogar, die Frauen sollten den Nebenraum (Echenke) verlassen. Für den nicht erschienenen Referenten sprang Schneidermeister August Moritz ein. In einer kurzen, kernigen Ansprache wies er auf die Notwendigkeit der Organisation hin und geißelte das Verhalten der Polizei. Dann wurde die Versammlung geschlossen, die Frauen, auch Genossin Zielz, durften wieder in den Saal, und nun konnte die Genossin Zielz wieder eine Anzahl Neuaufnahmen machen.

Die Polizei ließ aber trotzdem nicht davon ab, der Arbeitererschaft immer wieder den Blick vor Augen zu führen, daß sie im allgemeinen und die Frauen im besonderen keine Rechte im Staate hätten, denn einige Jahre später, als der Mann Heinrich Rieke in Eschershausen in einer Versammlung sprach, forderte der diensthabende Gendarm Haase, daß alle Stühle und Stühle aus dem Saal gebracht würden. (Wo Stühle sind, werden die Leute leicht überspannt. Außerdem war die Polizei selbst Schirm genug.)

Doch allen diesen Maßnahmen zum Trotz hat sich unser Verband gut gehalten. Aus unserer Zahlstelle Eschershausen gingen später die Zweigvereine der Mannen sowie der Steinarbeiter und verschiedene andere hervor, und wenn heute im Bezirk Eschershausen eine gute Arbeiter- sowie Genossenschaftsbewegung vorhanden ist, so dürfte dieses in erster Linie mit auf die Pionierarbeit zurückzuführen sein, die unser Verband dort geleistet hat. Mancher unserer braven Vorkämpfer, der unter den größten Entbehrungen hier Pionierarbeit geleistet hat, ruht längst unter kühlem Rasen. Ihrer aller sei heute, da unser Verband eine Riesenzunahme geworden ist, ehrend gedacht.